



Landtag Mecklenburg-Vorpommern

52. Sitzung

3. Wahlperiode

Mittwoch, 31. Januar 2001, Schwerin, Schloss

Vorsitz: Präsident Hinrich Kuessner, Vizepräsidentin Renate Holznagel und Vizepräsidentin Kerstin Kassner

Inhalt	Jörg Vierkant, CDU.....	3397
	Sylvia Bretschneider, SPD.....	3398
Mitteilungen des Präsidenten.....		3382
Genehmigung der Tagesordnung		
Wolfgang Riemann, CDU (zur Geschäftsordnung)		3382
Reinhard Dankert, SPD (zur Geschäftsordnung)		3383
Beschluss		3382, 3383
Aktuelle Stunde		
Situation der Unterrichtsversorgung an den allgemein bildenden Schulen in Mecklenburg-Vorpommern		3383
Steffie Schnoor, CDU		3384
Minister Dr. Peter Kauffold		3384
Andreas Bluhm, PDS		3388, 3395
Volker Schlotmann, SPD		3389
Eckhardt Rehberg, CDU		3391
Dr. Gerhard Bartels, PDS		3392
Heike Polzin, SPD.....		3393, 3396
Dr. Ulrich Born, CDU		3394
	Gesetzentwurf der Landesregierung: Entwurf eines Gesetzes zur Zustimmung zum Staatsvertrag zwischen dem Land Mecklenburg- Vorpommern und dem Land Nordrhein-Westfa- len über die Zugehörigkeit der Wirtschaftsprü- fer und der vereidigten Buchprüfer des Landes Mecklenburg-Vorpommern zum Versorgungs- werk der Wirtschaftsprüfer und vereidigten Buchprüfer im Lande Nordrhein-Westfalen (Wirtschaftsprüferversorgungsgesetz – WVZG M-V –) (Zweite Lesung und Schlussabstimmung)	
	– Drucksache 3/1521 –	3399
	Beschlussempfehlung und Bericht des Finanzausschusses	
	– Drucksache 3/1835 –	3399
	Beschluss	3399
	Gesetzentwurf der Landesregierung: Entwurf eines Gesetzes zur Änderung besoldungsrechtlicher Vorschriften (Erste Lesung)	
	– Drucksache 3/1805 –	3400
	Ministerin Sigrid Keler.....	3400
	Georg Nolte, CDU.....	3400
	Beschluss	3401

Beschlussempfehlung und Bericht des Petitionsausschusses gemäß § 10 Absatz 2 des Gesetzes zur Behandlung von Vorschlägen, Bitten und Beschwerden der Bürger sowie über den Bürgerbeauftragten des Landes Mecklenburg-Vorpommern (Petitions- und Bürgerbeauftragtengesetz – PetBüG M-V)

– Drucksache 3/1828 –	3401
Thomas Nitz, CDU	3401, 3402
Beate Mahr, SPD	3401, 3402
Beschluss	3402

Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Justiz, Bundes- und Europaangelegenheiten, Verfassung, Geschäftsordnung, Wahlprüfung und Immunitätsangelegenheiten (Rechtsausschuss) gemäß § 32 Absatz 2 der Geschäftsordnung des Landtages:

Stellungnahme zu dem Verfahren vor dem Landesverfassungsgericht Mecklenburg-Vorpommern mit dem Aktenzeichen LVerfG 2/00

Organstreitverfahren wegen Verletzung von verfassungsrechtlichen und geschäftsordnungsmäßigen Rechten einer Minderheit im Landtag

– Drucksache 3/1838 –	3402
-----------------------------	------

Änderungsantrag der Fraktion der CDU

– Drucksache 3/1867 –	3402
Götz Kreuzer, PDS	3402, 3412, 3416, 3417
Dr. Ulrich Born, CDU	03403, 3416, 3417
Siegfried Friese, SPD	3408
Dr. Armin Jäger, CDU	3416

Beschluss	3417
-----------------	------

Antrag der Fraktionen der PDS und SPD:

Beteiligungskampagne

– Drucksache 3/1301 –	3417
-----------------------------	------

Beschlussempfehlung und Bericht des Sozialausschusses

– Drucksache 3/1836 –	3417
Dr. Margret Seemann, SPD	3418
Monty Schädel, PDS	3418
Lorenz Caffier, CDU	3420, 3421
Peter Ritter, PDS	3421
Sylvia Bretschneider, SPD	3421
Ministerin Dr. Martina Bunge	3423

Beschluss	3424
-----------------	------

Unterrichtung durch die Landesregierung:
Entwurf einer Vereinbarung zwischen Bund und Ländern zur Änderung der Rahmenvereinbarung „Forschungsförderung“ und der Ausführungsvereinbarung DFG/SFB sowie zur Aufhebung der Ausführungsvereinbarung Graduiertenkollegs

– Drucksache 3/1679 –	3424
Beschluss	3424

Unterrichtung durch die Landesregierung:
Zwischenbericht über Entwicklungstendenzen der Theater- und Orchesterstrukturen des Landes Mecklenburg-Vorpommern

– Drucksache 3/1564 –	3424
-----------------------------	------

Antrag der Fraktion der CDU:

Theaterstrukturen und Theaterfinanzierung in Mecklenburg-Vorpommern

– Drucksache 3/1819 –	3424
-----------------------------	------

Dr. Armin Jäger, CDU	3424, 3436, 3437, 3442, 3443
----------------------------	------------------------------

Minister Dr. Peter Kauffold	3427
-----------------------------------	------

Dr. Gerhard Bartels, PDS	3429, 3438
--------------------------------	------------

Siegfried Friese, SPD	3433, 3436, 3437, 3441
-----------------------------	------------------------

Sylvia Bretschneider, SPD	3437, 3441
---------------------------------	------------

Steffie Schnoor, CDU	3437, 3438, 3441, 3442
----------------------------	------------------------

Dr. Klaus-Michael Körner, SPD	3442, 3443
-------------------------------------	------------

Beschluss	3443
-----------------	------

Unterrichtung durch die Landesregierung:
Fortschreibung des Landesaltenplanes

– Drucksache 3/1713 –	3443
-----------------------------	------

Antrag der Fraktionen der SPD und PDS

– Drucksache 3/1851 –	3443
-----------------------------	------

Antrag der Fraktion der CDU

– Drucksache 3/1854 –	3443
-----------------------------	------

Unterrichtung durch die Landesregierung:
Bericht zur Sucht- und Drogenprävention sowie Bekämpfung der Drogenkriminalität

– Drucksache 3/1715 –	3443
-----------------------------	------

Antrag der Fraktionen der SPD und PDS

– Drucksache 3/1852 –	3443
-----------------------------	------

Antrag der Fraktion der CDU

– Drucksache 3/1855 –	3443
-----------------------------	------

Unterrichtung durch die Landesregierung:

Gestaltung Strafvollzug

– Drucksache 3/1804 –	3443
-----------------------------	------

Antrag der Fraktionen der SPD und PDS

– Drucksache 3/1853 – 3443

Antrag der Fraktion der CDU

– Drucksache 3/1856 – 3443

Reinhard Dankert, SPD..... 3444

Lorenz Caffier, CDU..... 3444

Gabriele Schulz, PDS 3446

Beschluss 3448

Antrag der Landesregierung:

Zustimmung des Landtages zum Verwaltungsabkommen zwischen den Ländern Berlin, Brandenburg und Mecklenburg-Vorpommern über den Betrieb des Archivs der Kunstsammlungen von Parteien und Massenorganisationen und Staatsorganen der DDR durch das Land Brandenburg (Verwaltungsabkommen Kunstarchiv)

– Drucksache 3/1744 – 3448

Minister Dr. Peter Kauffold 3449

Steffie Schnoor, CDU 3449

Dr. Gerhard Bartels, PDS 3449

Siegfried Friese, SPD..... 3450

Beschluss 3451

Antrag der Finanzministerin:

Entlastung der Landesregierung für das Haushaltsjahr 1999**– Vorlage der Haushaltsrechnung und Vermögensübersicht des Landes –**

– Drucksache 3/1757 – 3451

Beschluss 3451

Nächste Sitzung

Donnerstag, 1. Februar 2001 3452

Beginn: 10.00 Uhr

Präsident Hinrich Kuessner: Meine Damen und Herren, ich begrüße Sie zur 52. Sitzung des Landtages. Ich stelle fest, dass der Landtag ordnungsgemäß einberufen wurde und beschlussfähig ist. Die Sitzung ist eröffnet. Die Tagesordnung der heutigen Sitzung liegt Ihnen vor.

Nach Paragraph 5 Absatz 2 unserer Geschäftsordnung benenne ich für die heutige und morgige Sitzung den Abgeordneten Friedbert Grams zum Schriftführer.

(Zurufe aus dem Plenum: Oh!)

Meine Damen und Herren, bevor wir in die Tagesordnung eintreten, gestatten Sie mir noch zwei Hinweise: Die Beratung des Antrages der Fraktion der CDU auf Drucksache 3/1823 zum Tagesordnungspunkt 5 b) der heutigen Landtagssitzung entfällt, da der Antrag zurückgezogen wurde. Zwischenzeitlich liegt Ihnen auf Drucksache 3/1867 ein Änderungsantrag der Fraktion der CDU zum Tagesordnungspunkt 5 a) vor.

Meine Damen und Herren, es liegen Ihnen folgende Anträge zur Aufnahme in die Tagesordnung vor:

1. Antrag der Fraktion der CDU – Pläne der Bundesregierung zur Strukturreform der Bundeswehr, Drucksache 3/1864
2. Antrag der Fraktionen der SPD und PDS – Geplante Schließungen von Bundeswehrstandorten in Mecklenburg-Vorpommern, Drucksache 3/1868

Der Ältestenrat empfiehlt, die Tagesordnung um die Beratung beider Anträge zu erweitern. Bei Zustimmung über die Aufsetzung beider Anträge empfiehlt der Ältestenrat weiterhin, beide Vorlagen in verbundener Aussprache als Zusatztagesordnungspunkt 1 am Schluss der morgigen Sitzung zu beraten. Sind Sie mit dieser Erweiterung der Tagesordnung und der vorgeschlagenen Behandlung einverstanden?

(Handzeichen von Abgeordneten der SPD, CDU und PDS)

So viel wollte ich gar nicht von Ihnen haben! Ich wollte nur gucken, ob Sie etwas dagegen haben, ob es Widerspruch gibt. Aber Ihre Handzeichen interpretiere ich so, dass Sie dem zustimmen. Dann ist das mit der erforderlichen Mehrheit so beschlossen.

Von der Fraktion der CDU liegt Ihnen auf Drucksache 3/1865 ein weiterer Antrag zum Thema „Bewirtschaftungserlass der Finanzministerin“ vor. Auf Wunsch der Antragsteller soll die Tagesordnung auch um diesen Antrag erweitert werden. Nach Paragraph 40 Absatz 3 unserer Geschäftsordnung kann diese Vorlage beraten werden, wenn zwei Drittel der Mitglieder des Landtages die Dringlichkeit bejahen. Zugleich muss über die Einreichung in die Tagesordnung beschlossen werden.

Das Wort wünscht der Abgeordnete Herr Riemann. Bitte sehr, Herr Riemann.

Wolfgang Riemann, CDU (zur Geschäftsordnung): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich möchte namens der CDU-Fraktion den Dringlichkeitsantrag „Bewirtschaftungserlass der Finanzministerin“ auf der Drucksache 3/1865 einbringen.

„Der Landtag möge beschließen:

Die Finanzministerin hat soeben einen Bewirtschaftungserlass mit der Zielsetzung in Kraft gesetzt, bei den

sächlichen Verwaltungsausgaben und den Zuweisungen und Zuschüssen in einer Gesamthöhe von 2 % Einsparungen gegenüber dem beschlossenen Landeshaushalt für das Jahr 2001 vorzunehmen.

Vor diesem Hintergrund erklärt der Landtag:

1. Der Landtag von Mecklenburg-Vorpommern erklärt sein Unverständnis darüber, dass die Landesregierung keine vier Wochen nach Beginn des Haushaltsjahres Maßnahmen zur Haushaltsbewirtschaftung ergreift und den Landtag und seine Ausschüsse hierzu nicht offiziell in Kenntnis setzt.
2. Der Landtag Mecklenburg-Vorpommern erwartet eine sofortige Aufklärung seitens der Landesregierung hinsichtlich Begründung, Vorhersehbarkeit, Zielsetzung, Zeithorizont und Auswirkungen der Maßnahmen. Dabei ist insbesondere auf folgende Aspekte einzugehen:
 - a) Wie ist der Begriff der „Dispositionsreserve“ zu verstehen, die laut der Pressemitteilung Nr. 04/01 vom 16.01.2001 des Finanzministeriums geschaffen werden soll?
 - b) Trifft es zu, dass dieser Bewirtschaftungserlass sich in Form einer allgemeinen Verfügungsbeschränkung niederschlägt?
 - c) Wie steht diese Maßnahme im Verhältnis zu den Darlegungen des Finanzministeriums gegenüber dem Parlament im Rahmen der Etatberatungen 2001, dass insbesondere bei den sächlichen Verwaltungsausgaben kein Spielraum im Sinne von Einsparungen bzw. zur Deckung anderer Ausgaben vorhanden ist und dass sämtliche Deckungsvorschläge aus dem Bereich der Zuweisungen und Zuschüsse der Fraktion der CDU abgelehnt wurden?
 - d) Welche Ministerien sind von den Maßnahmen in welcher Höhe betroffen?
 - e) Warum wurden weder Landtag noch Finanzausschuss über die Notwendigkeit der Maßnahmen in Kenntnis gesetzt?
 - f) Plant die Landesregierung darüber hinaus weitere Maßnahmen?
 - g) Worauf gründen sich die fehlenden EU-Einnahmen in Höhe von rd. 100 Mio. DM, wann werden diese verbucht werden können?

(Andreas Bluhm, PDS: Da hätte man eine Kleine Anfrage stellen können!)

 - „h) Wie wurde die sich daraus ergebende Unterdeckung finanziert?
 - i) Seit wann liegen der Landesregierung die entsprechenden Erkenntnisse vor, die einen Bewirtschaftungserlass begründen würden?
 - j) Plant die Landesregierung, in 2001 einen Nachtragshaushalt vorzulegen?
3. Der Landtag Mecklenburg-Vorpommern fordert die Landesregierung angesichts des Umstandes, dass es offenkundig nicht gelungen ist, für einen Zeitraum von wenigen Wochen seit der Verabschiedung des Landeshaushalts 2001 durch das Parlament Planungssicherheit zu gewährleisten, auf, von ihren Planungen

Abstand zu nehmen, für die Haushaltsjahre 2002 und 2003 einen Entwurf für einen Doppelhaushalt vorzulegen.“

(Angelika Gramkow, PDS: Das fällt aus.)

„Begründung:“

Vor wenigen Wochen hat uns die Finanzministerin eine Punktplanung für das Haushaltsjahr 2000 versprochen. Es handelt sich darum um eine grobe Missachtung des Landtages, „dass unmittelbar nach Verabschiedung durch das Parlament und Beginn des Haushaltsjahres auf Grund aktueller Entwicklungen auf der Einnahmeseite, die auch schon zum Zeitpunkt der Haushaltsberatungen dem Finanzministerium bekannt oder für dieses zumindest absehbar gewesen sein müssen,“

(Angelika Gramkow, PDS:
Das ist eine Unterstellung!)

„Bewirtschaftungsmaßnahmen für den Haushalt durch die Finanzministerin eingeleitet werden. Daher erscheint es dringlich geboten, dass die Landesregierung unverzüglich über ihre Maßnahme und die Folgen berichtet. Angesichts der zeitlichen Enge zwischen Beginn des Haushaltsjahres 2001 und den ergriffenen Maßnahmen wird deutlich, dass die Landesregierung überfordert ist, finanzpolitisch längere Zeiträume zu erfassen und zur Handlungsgrundlage zu machen. Daher ist es nicht vernünftig, einen Doppelhaushalt für die Jahre 2002/2003 vorzulegen.“ – Danke.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU –
Angelika Gramkow, PDS: Der
liegt Ihnen im Magen, was?! –

Heiterkeit bei Dr. Gerhard Bartels, PDS –
Wolfgang Riemann, CDU: Das werden wir
erst mal sehen, wer Ihnen im Magen liegen
wird. Ihnen und den Kommunen wird er im
Magen liegen! – Angelika Gramkow, PDS:
Das werden wir erst noch sehen!)

Präsident Hinrich Kuessner: Das Wort hat der Abgeordnete Herr Dankert von der SPD-Fraktion. Bitte sehr.

Reinhard Dankert, SPD (zur Geschäftsordnung): Meine Damen und Herren von der CDU-Fraktion! Ihr Antrag ist nicht fristgerecht eingereicht worden, deswegen soll er heute als dringlich bewertet werden. Dafür sehen wir natürlich keinen Grund,

(Unruhe und Heiterkeit bei
einzelnen Abgeordneten der CDU –
Dr. Armin Jäger, CDU: Das ist doch wohl ...!)

beim besten Willen nicht!

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der PDS)

Die Koalitionsfraktionen halten die Bewirtschaftungsvorgabe der Finanzministerin für richtig, für angemessen und verantwortungsbewusst.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und PDS)

Wir fühlen uns auch nicht übergangen,

(Harry Glawe, CDU: Nein, natürlich nicht.)

denn die Ausführung des Haushaltsplanes ist – und das sollte Ihnen bekannt sein – Sache der Exekutive. Mir scheint, Sie wollen jetzt auch noch die Verwaltungstätigkeit selbst übernehmen.

(Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten der
PDS – Wolfgang Riemann, CDU: Das ist
notwendig. – Angelika Gramkow, PDS:
Das Chaos wäre zu groß.)

Zu Ihrem Hauptvorwurf, dass die Maßnahmen so kurz nach der Verabschiedung des Haushaltes überraschend kommen, kann ich nur sagen, ich bin nicht überrascht, denn seit der Verabschiedung des Haushaltes sind wichtige neue Erkenntnisse aufgetreten.

(Heiterkeit bei Abgeordneten der CDU –
Zuruf von Lutz Brauer, CDU)

Die Steuereinnahmen lagen um 40 Millionen DM unter der Novembersteuerschätzung. Inzwischen wissen wir, dass dies auch bundesweit gilt. Das Ausmaß der BSE-Krise wird erst allmählich sichtbar. Daher ist es vernünftig, ...

(Wolfgang Riemann, CDU: Die BSE-Krise
hat die Landesregierung erreicht.)

Na bei Ihren Anfragen bin ich mir nicht so sicher, Herr Riemann!

(Beifall und Heiterkeit
bei Abgeordneten der PDS)

Deswegen ist es vernünftig, Vorsorge zu treffen.

(Zuruf von Dr. Ulrich Born, CDU)

Übrigens, in Sachsen ist eine vergleichbare Regelung praktiziert worden. Unsere Finanzministerin allerdings hat nicht von Sachsen abgeschrieben, sondern ist eigenständig zu einer Lösung gekommen.

(Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten der
SPD und PDS – Zuruf von Heinz Müller, SPD)

Und in einem sollten wir uns an Sachsen kein Vorbild nehmen: Wir würden einen erfolgreichen Finanzminister nicht in die Wüste schicken.

(Angelika Gramkow, PDS: Das ist richtig.)

Es gibt also keine Dringlichkeit für Ihren Antrag.

(Zuruf von Reinhardt Thomas, CDU)

Ich bitte die Fraktionen um ihr Votum in diesem Sinne.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und PDS)

Präsident Hinrich Kuessner: Wir kommen zur Abstimmung.

Wer stimmt der Erweiterung der Tagesordnung um diese Vorlage zu? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Damit ist die Erweiterung der Tagesordnung um diese Vorlage abgelehnt.

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 1:** Aktuelle Stunde. Die Fraktion der CDU hat gemäß unserer Geschäftsordnung eine Aktuelle Stunde zu dem Thema „Situation der Unterrichtsversorgung an den allgemein bildenden Schulen in Mecklenburg-Vorpommern“ beantragt.

Aktuelle Stunde Situation der Unterrichtsversorgung an den allgemein bildenden Schulen in Mecklenburg-Vorpommern

Das Wort hat die Abgeordnete Frau Schnoor von der CDU-Fraktion. Bitte sehr, Frau Schnoor.

Steffie Schnoor, CDU: Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Der Bildungsminister wird sich sicher freuen, dass die Schule erneut Thema in diesem Landtag ist.

(Heiterkeit bei einzelnen
Abgeordneten der SPD, CDU und PDS –
Dr. Henning Klostermann, SPD: Alle freuen sich.)

Aber wir haben Ihnen versprochen, dass dies ein Dauerthema sein wird, und wir halten unsere Versprechen.

(Heiterkeit bei Sylvia Bretschneider, SPD,
und Volker Schlotmann, SPD –
Zuruf von Sylvia Bretschneider, SPD)

Die Dauerhaftigkeit des Themas bestimmt aber nicht die Opposition, sondern alleine die Regierung. Die Situation an den Schulen ist katastrophaler geworden. Je schlimmer die tatsächliche Situation an den Schulen wird, desto eifriger ist das Bildungsministerium bemüht, mit Statistiken den Eindruck zu erwecken, als gäbe es kein Problem – mitnichten. Meine sehr geehrten Damen und Herren, es ist also an der Zeit, dass wir den Begriff der „Unterrichtsversorgung“ einmal etwas weiter fassen. Bisher lässt uns das Bildungsministerium mit seinen periodisch veröffentlichten nutzlosen Statistiken im Glauben, dass sich die Unterrichtsversorgung nur anhand der tatsächlich ausgefallenen Unterrichts messen lässt. Wenn die Nachfragen bohrender werden, dann gesteht man auch eine Zahl ein, die der Vertretung anstehenden Unterrichts. Dazu kommt die Zahl der Lehrer, die zur Sicherstellung einer hundertprozentigen Unterrichtsversorgung notwendig sind. Diese drei Bausteine definieren in diesem Land den Begriff „Unterrichtsversorgung“.

Fassen wir nun diesen Begriff einmal weiter, denn unter dem Begriff „Unterrichtsversorgung“ können wir auch die Qualität des Unterrichts einordnen. Wir können unter diesem Begriff ebenso die Zahl der Unterrichtsstunden fassen, die in den einzelnen Schularten fachfremd unterrichtet werden. Wir können Unterrichtsversorgung an den Prüfungsergebnissen messen.

(Andreas Bluhm, PDS: Na, bedingt, bedingt.)

Aus dieser zugegeben komplexen Sicht ergibt sich ein Bild der Unterrichtsversorgung in Mecklenburg-Vorpommern, das zunehmend bedenklich stimmt. Die „Schweriner Volkszeitung“ meldete am 25.01. diesen Jahres, dass 1.848 Schüler in Mecklenburg-Vorpommern die Schule ohne Abschluss verlassen. Nach einer Kleinen Anfrage meiner Fraktion auf Drucksache 3/1846 zeigte sich, dass mehr als 25 Prozent aller Realschüler aller Schularten die Mathematikprüfung im vergangenen Schuljahr mit der Note 5 oder 6 abschlossen.

(Zuruf von Dr. Ulrich Born, CDU)

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Diese Zahlen sind kein Wunder, denn die Unterrichtsversorgung stimmt trotz aller Statistiken hinten und vorne nicht. Und ich werde dabei zornig, wenn ich die Statistiken des Bildungsministers zur Kenntnis nehmen muss und der gleiche Bildungsminister gleichzeitig zum 100-sten Mal im Vorwort zum „Thesenpapier zur regionalen Schule“ feststellt: „Die Akzeptanz der Hauptschule ist bei den Eltern und Ausbildungsbetrieben gering.“ Diese Annahme stimmt nicht, so auch Presseverlautbarungen der Unternehmensverbände. Sie wissen dies! Sie, Herr Professor

Kauffold, haben sich persönlich mit den Eltern der Hauptschule Rambin auf Rügen getroffen und wissen daher sehr wohl, dass die Eltern diese Schule akzeptieren.

Aber der Punkt ist doch: Selbst wenn Ihre Einschätzung stimmen sollte, dass Ihre Bildungspolitik dafür verantwortlich ist, wie wollen Sie in diesen Schulen Akzeptanz erreichen, wenn Sie in Greifswald 16,6 Prozent des Mathematikunterrichts fachfremd erteilen, im Schulamtsbezirk Neubrandenburg 6,4 Prozent, in Rostock 10,6 Prozent und in Schwerin 16,7 Prozent? Was aus diesen Zahlen eindeutig hervorgeht, ist, dass SPD und PDS zusammen in Mecklenburg-Vorpommern eine Zweiklassenbildungspolitik betreiben,

(Unruhe bei Abgeordneten der SPD und CDU –
Beifall Wolfgang Riemann, CDU – Heiterkeit
bei Sylvia Bretschneider, SPD: Ich fasse es
nicht! – Zuruf von Annegrit Koburger, PDS)

unter der vor allem die Schwächeren unter den Schülern in Mecklenburg-Vorpommern zu leiden haben.

(Sylvia Bretschneider, SPD:
Oje, oje, Frau Schnoor!)

Denn, meine Damen und Herren, außer in den Fächern Sozialkunde und Englisch wird in allen anderen Fächern in den Gymnasien aller Schulamtsbezirke fachgerecht unterrichtet. Diese Diskrepanz müssen Sie den Menschen erklären

(Zurufe von Heike Polzin, SPD,
und Wolfgang Riemann, CDU)

und sich über die gleichbleibende Zahl der jungen Menschen ohne Schulabschluss wundern! – Vielen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Präsident Hinrich Kuessner: Das Wort hat jetzt der Bildungsminister Herr Professor Kauffold. Bitte sehr, Herr Kauffold.

Minister Dr. Peter Kauffold: Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Diese Aktuelle Stunde zur Unterrichtsversorgung ist von der CDU gründlich vorbereitet worden und wir haben ja dabei geholfen.

(Harry Glawe, CDU: Richtig.)

Wir haben nämlich ohne Rückhalte und sehr präzise alle Zahlen in transparenter Weise vorgelegt, über die wir verfügen.

(Beifall Dr. Ulrich Born, CDU:
Das ist ja auch gut.)

Das müssen wir ja auch,

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

aber wir weichen in dieser Praxis dabei nicht ab von den Praktiken, die wir üblicherweise haben. Und wir kehren hier nichts unter den Tisch, sondern wir antworten auf jede Anfrage, auch die der Medien und der Öffentlichkeit,

(Harry Glawe, CDU: Aha.)

in gleicher Weise, wie Sie unterrichtet worden sind.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, es sind also die Grundlagen geschaffen worden für eine sehr sachliche Aussprache. Die Ansätze, die sich im ersten Beitrag zeigen, weisen eigentlich nicht darauf hin,

(Zuruf von Dr. Ulrich Born, CDU)

dass die Beratung diesen Verlauf nehmen wird.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD und PDS – Dr. Ulrich Born, CDU: Doch.)

Natürlich messen wir am besten die Leistungen eines Bildungssystems am Ergebnis. Es ist sehr wichtig zu schauen, wie die Realschulprüfungen ausgefallen sind und wie viele Schüler ohne einen Hauptschulabschluss sind. Meine sehr verehrten Damen und Herren, das ist völlig richtig. Wir müssen auch sehen, wie viele Schüler das Gymnasium abgeschlossen haben und wie. Hier können wir sehr zufrieden sein, im gymnasialen Bereich. Da haben wir Durchschnittsergebnisse von 2,4 Prozent. Damit liegen wir gleich hinter Baden-Württemberg

(Heike Polzin, SPD: Ja, das passt gar nicht.)

im Realschulbereich und wir liegen noch vor dem Mittel von Bremen, Hamburg und Nordrhein-Westfalen. Bei den Realschulen sieht das anders aus. Die Zahlen sind nicht gut. Und das zeigt ja auch, wo der Schwerpunkt der Bildungspolitik in Zukunft liegen muss,

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD und PDS)

nämlich bei den Real- und Hauptschulen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und einzelnen Abgeordneten der PDS)

Das haben wir von Anfang an gesagt. Wir haben gute Gymnasien, aber wir haben schlechte Real- und Hauptschulen, nicht nach der Leistung der Lehrer, sondern nach den Voraussetzungen, die diesen Schulen eingeräumt worden sind.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und einzelnen Abgeordneten der PDS)

Und da müssen wir was tun, da müssen wir sehr viel tun! Dieser Flügel lahmt im Bildungssystem.

Das dreigliedrige Schulsystem, so, wie es eingeführt worden ist, hat das Gymnasium zum Maß aller Dinge gemacht.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und einzelnen Abgeordneten der PDS)

Das Gymnasium ist gut und die Haupt- und Realschulen müssen besser werden. Dem wird unser aller Fürsorge gelten. Natürlich ist die Unterrichtsversorgung ein entscheidender Parameter für die Leistung des Bildungssystems,

(Heike Polzin, SPD: Aber nur einer!)

ein entscheidender Parameter, also die Erteilung der Stundenvolumina, und zwar die fachgerechte und hochqualifizierte Erteilung des Unterrichts. Die Stabilisierung der Unterrichtsversorgung ist deswegen auch ein wichtiger Bestandteil der Vereinbarungen der Koalitionspartner. Wir tun auch einiges dafür.

Es gibt einige Parameter, die den erreichten Stand kennzeichnen. Frau Schnoor erwähnte diese entscheidenden Parameter, die man auch nennen muss. Diese sind:

1. Wie viel Unterricht ist absolut ausgefallen?
2. Wie viel Unterricht ist fachfremd zur Vertretung angefallen?

(Reinhard Dankert, SPD: Ja.)

Fachfremd zur Vertretung angefallen sind bei uns im Schuljahr 1999/2000 5,3 Prozent des Unterrichts. Absolut ausgefallen sind im Schuljahr 1998/1999 3,0 Prozent und 1999/2000 2,8 Prozent. 8,7 Prozent waren zur Vertretung angefallen im vorletzten Schuljahr – und wir kehren diese Zahlen nicht unter den Tisch – und im letzten Schuljahr 9,2 Prozent.

(Wolfgang Riemann, CDU: Alles wird gut.)

Das ist nicht gut. Jede Ausfallstunde ist eine Stunde zu viel. Aber natürlich muss man vergleichen, wie wir insgesamt in Deutschland liegen und wie wir im Vergleich zu Ländern liegen,

(Wolfgang Riemann, CDU: Sind die Statistiken einheitlich? Sind die Statistiken einheitlich oder hat jedes Land eine andere?)

die keine dramatischen Umbrüche seit 1990 durchmachen mussten und ein stabiles Schulsystem haben.

(Zuruf von Wolfgang Riemann, CDU)

Nicht alle Länder lassen bereitwillig gucken, wie die Situation ist, weil es ja auch sensible Zahlen sind. Wir haben uns vorgenommen – ich sagte das eingangs und wiederhole das –, immer transparent und offen zu sein.

In Brandenburg sind zur Vertretung angefallen 8,0 Prozent und absolut ausgefallen 2,6 Prozent. Das ist auch ein neues Bundesland.

(Harry Glawe, CDU: Wer ist nun besser?)

Aus Baden-Württemberg ist nur verfügbar, wie viel absolut ausgefallen ist. Das sind 3,3 Prozent. Und in Nordrhein-Westfalen sind absolut ausgefallen in Grundschulen 5,8 Prozent und in Realschulen 7,9 Prozent. Aus Bayern wissen wir, dass absolut ausgefallen sind 1,3 Prozent in der Volksschule und 4 Prozent im Gymnasium. Sie sehen also, es ist eine beachtliche Spannweite. Wir unterscheiden uns da nicht wesentlich, wir ordnen uns ein in eine Front und liegen dabei gar nicht schlecht.

Aber das macht uns nicht zufrieden. Wir müssen arbeiten an diesem Problem. Dazu müssen wir es natürlich analysieren. Und wenn wir das analysieren, dann müssen wir zwei Dinge sehen. Wir müssen zum einen sehen die Landesweite, nach Schuljahren oder mittelfristig geplante Gesichtspunkte und zum anderen die punktuelle Situation und operative Handlungen, die notwendig sind.

Wenn wir den ersten Gesichtspunkt sehen, also den langfristigen Bereich, den planerischen Bereich, da ist es natürlich richtig zu erwähnen, dass wir seit dieser Legislaturperiode, und zwar seit dem letzten Schuljahr, zum ersten Mal über Stellen eine hundertprozentige rechnerische Unterrichtsversorgung haben.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD und PDS)

Das ist natürlich eine wesentliche landespolitische Größe. Zweitens müssen wir sehen, dass wir auskömmliche Ressourcen haben – bisher hatten wir die jedenfalls –, um den Vertretungsunterricht, der ansteht, disponibel, also finanziell abzusichern. Das ist also die eine Seite.

Die zweite Seite, die wir sehen müssen, ist der Personalkörper. Zum Jahresende 1999 waren 16.601 Lehrkräfte in den allgemein bildenden Schulen tätig. Der Beschäf-

tigungsumfang wird im Wesentlichen auf der Grundlage von Schüler-Lehrer-Relationen den sinkenden Schülerzahlen angepasst.

Nun wird gelegentlich Unsicherheit dahin gehend verbreitet – ich möchte sagen, gezielt verbreitet, und das ist nicht gut für unser Land, weil es unser Land schlecht redet –,

(Harry Glawe, CDU: Ja, ja, ja.)

indem gesagt wird, uns kämen die Lehrer abhanden. Das ist nicht verantwortungsbewusst.

(Zuruf von Dr. Armin Jäger, CDU)

Uns kommen nicht die Lehrer abhanden, sondern uns verlassen bedauerlicherweise jüngere Lehrer in Größenordnungen,

(Zuruf von Harry Glawe, CDU)

die im Vergleich zu den insgesamt im Personalkörper befindlichen Lehrern total vernachlässigt werden können.

(Unruhe bei Eckhardt Rehberg, CDU – Harry Glawe, CDU: Was?)

Uns haben nämlich in dem Zeitraum, den wir mit Sicherheit absehen können, 67 Lehrer verlassen.

(Eckhardt Rehberg, CDU:
Das kann wirklich nicht wahr sein!)

Das sind 0,4 Prozent der insgesamt im System befindlichen Lehrkräfte.

(Dr. Ulrich Born, CDU: Das sind aber doch 67 Lehrer zu viel! – Dr. Berndt Seite, CDU: Ich glaube es nicht!)

Wir haben also, meine sehr verehrten Damen und Herren, nicht zu wenig Lehrer. Wir haben zu viel Lehrer, leider, in Anbetracht der leider sinkenden Schülerzahlen. Im Grundschulbereich, das wissen Sie, mussten wir Teilzeit einführen. Der Geburtenknick erreicht nun mittlerweile den Sekundarbereich. Wir werden also genug Lehrer haben.

Worin liegt denn nun das Problem? Das erste Problem liegt darin, dass wir Bedarfs- und Mangelfächer haben. Wir haben Disproportionen in diesem Personalkörper. Was die Bedarfs- und Mangelfächer sind, das haben wir Ihnen bei der Beantwortung der Kleinen Anfragen, die allen Abgeordneten vorliegen, mitgeteilt. Und auf diesen Mangelfächern liegen die Schwerpunkte der Weiterbildung. Zum anderen, meine sehr verehrten Damen und Herren, ergibt sich das Problem einer zunehmenden Überalterung. Der Altersdurchschnitt betrug 1997 44,1 Jahre, 1998 43,8 und 1999 44,3 Jahre. Das ist natürlich für einen gesunden Altersaufbau in einer Berufsgruppe, die sehr hart arbeiten muss und hohe verantwortungsvolle Aufgaben hat, keine gute Zusammensetzung. Nun frage ich mich: Wer trägt denn aber zunächst die Verantwortung? Wer trägt die Verantwortung dafür, dass der Personalkörper altersmäßig so zusammengesetzt ist?

(Siegfried Friese, SPD: Richtig.)

1992 wurden in einer sehr kurzen Amtszeit massenhaft Kündigungen von Lehrern eingeleitet.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD und PDS – Zuruf von Heike Polzin, SPD)

Bei der Sozialauswahl, die erfolgen muss, das wissen Sie ja, waren nicht die älteren Jahrgänge betroffen. Das ist also der eine Punkt.

Es ist noch eine andere Problematik in diesen Jahren entstanden,

(Harry Glawe, CDU: Haben Sie vielleicht einen Personalrat?)

die uns heute zu schaffen macht, nämlich in der Unterrichtsqualität. Das ist der Kahlschlag in der Stundentafel, der behoben werden muss. Das wissen Sie auch.

(Zuruf von Steffie Schnoor, CDU)

Wir haben also eine Überalterung. Wir müssen versuchen, den Einstellungskorridor, den wir haben, mit jungen Lehrerinnen und Lehrern zu besetzen,

(Wolfgang Riemann, CDU:
Die kommen ja gar nicht.)

die Mangelfächer erfüllen.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD und PDS)

Das ist schwierig. Wir haben nicht zu wenig Lehramtsstudenten. An den Universitäten studieren gegenwärtig 2.165 Studenten, die ein Lehramt anstreben, auch in den Fächern, die wir nötig haben. Aber wir haben wenig junge qualifizierte Absolventen, die nach dem Abschluss der Referendarzeit eine Tätigkeit in unserem Bundesland aufnehmen wollen.

(Harry Glawe, CDU: Woran liegt denn das?)

Das ist die Tatsache.

Woran das liegt, das wissen wir doch.

(Harry Glawe, CDU: Na sagen Sie doch mal, sagen Sie doch mal! – Wolfgang Riemann, CDU: Dann müssen wir das ändern, wenn wir das wissen.)

Das liegt vor allen Dingen daran, dass die alten Bundesländer, die alle über einen akuten Lehrermangel verfügen, Wettbewerbsbedingungen bieten, denen wir gar nicht nachkommen können.

(Harry Glawe, CDU: Also die Rahmenbedingungen stimmen hier nicht, ne? Genau! Die Rahmenbedingungen haben wir nicht.)

Wenn ich mich mit Referendaren unterhalte, dann sagen die mir: Uns gefällt das hier sehr gut in diesem Land,

(Dr. Ulrich Born, CDU: Ja.)

aber wie sieht das denn nun aus mit der Verbeamtung?

(Dr. Ulrich Born, CDU: Ja. – Harry Glawe, CDU: Und wer hat jetzt das Sagen, Herr Minister? Wer hat jetzt das Sagen?)

Wie sieht es denn aus mit 100 Prozent Gehalt und wie sieht es aus mit der Teilzeit?

(Unruhe bei Sylvia Bretschneider, SPD, und Dr. Ulrich Born, CDU – Harry Glawe, CDU: Wer hat das Sagen? Wer hat das Sagen?)

Teilzeit, meine sehr verehrten Damen und Herren, wird bei uns in Mangelfächern nicht entstehen.

(Harry Glawe, CDU: Frau Keler hat das Sagen.)

Das wird nicht entstehen, aber wir werden hier nicht verbeamtet.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und PDS –
Angelika Gramkow, PDS: Richtig.)

Länder, die das jetzt einführen, folgen einem absoluten Leidensdruck, den sie haben.

(Angelika Gramkow, PDS:
Nicht den eigenen Zopf abschneiden!)

Das ist das eine. Zum Zweiten ist es eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, um die wir uns alle bemühen müssen,

(Zuruf von Dr. Ulrich Born, CDU)

und zwar, eine Angleichung der Gehälter im öffentlichen Dienst an das Niveau der Bundesrepublik insgesamt herbeizuführen.

(Harry Glawe, CDU: Aber insbesondere sind die Regierenden dazu in der Verantwortung. Sie müssen sich mal am Kabinetttisch etwas mehr durchsetzen. – Dr. Berndt Seite, CDU: Richtig.)

Das ist das Problem, das bei der Gewinnung der jungen Lehrer besteht,

(Zuruf von Sylvia Bretschneider, SPD)

und nicht, dass dieses Land unsympathisch ist und die Schulen schlecht wären. So sieht das aus. Wir haben also bekannte Gründe, aber wir haben keine vergleichbaren Bedingungen zu bieten. Damit müssen wir zunächst leben und damit können wir zunächst auch noch leben. Aber wenn der Leidensdruck größer wird, dann müssen auch wir uns etwas einfallen lassen,

(Wolfgang Riemann, CDU: Na, der ist doch groß!)

was auch eine Ungleichbehandlung von Lehrern vorsehen könnte.

(Wolfgang Riemann, CDU: Nicht warten, Herr Minister, nicht warten!)

Aber das wäre zusammen mit den Partnern, die wir haben, mit den gewerkschaftlichen Partnern, mit den Lehrervertretern, zu vereinbaren.

Die Opposition hat vor kurzem die Erarbeitung eines Personalentwicklungskonzeptes für Lehrer angemahnt. Wir haben uns hier im Landtag dazu positioniert. Wir haben ein Personalentwicklungskonzept für Lehrer – das ist das Lehrpersonalkonzept. Es wird, meine sehr verehrten Damen und Herren, ständig überarbeitet und es werden bei dieser Überarbeitung auch die Gesichtspunkte berücksichtigt, die wichtig sind, um das zu erreichen, was wir nötig haben, nämlich auch die Absicherung von Bedarfsmängeln. Es wird überarbeitet unter dem Gesichtspunkt, attraktivere arbeitsvertragliche Regelungen, Anreize für die Fort- und Weiterbildung sowie Perspektiven für die Beendigung von Teilzeit zu schaffen. Das sind die Gegenstände, zu denen wir uns mit den Partnern des Lehrpersonalkonzeptes in Beratung begeben werden oder befinden. Und sie werden in neue Verhandlungen münden, um die sich einige der Partner schon bemüht haben.

Wir sind froh, dass wir dieses Lehrpersonalkonzept haben, was natürlich auch Nachteile hat, denn Solidarität wird nicht immer geschätzt. Und die in der Weise geübte

Solidarität ist auch nicht in jedem Falle stimulierend, setzt nicht immer ausreichend Anreize. Aber ich glaube, wir sind besser dran als die Lehrerinnen und Lehrer in Thüringen. Es liegen Presseinformationen vor, wonach in der nächsten Zeit weitere 1.118 Vollzeitpädagogstellen durch Bedarfskündigungen aus dem Lehrerbestand eingespart werden müssen. Das ist eine herbe Situation und ich bin mir sicher, dass wir hier auf der besseren Seite sind.

Es stimmt nicht, ich glaube, es stimmt absolut nicht, dass das Lehrpersonalkonzept junge Lehrer davon abschreckt, bei uns ein Beschäftigungsverhältnis aufzunehmen. Ich sehe es eher so, dass fortgesetzte Kündigungen in Ländern, in denen dieses Konzept nicht besteht, so viel Unsicherheiten schaffen, dass junge Leute davon abgeschreckt werden, überhaupt ein Beschäftigungsverhältnis einzugehen, weil sie auch unter den Bedingungen der Sozialauswahl von Kündigungen bedroht sein können.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD –
Zuruf von Harry Glawe, CDU)

So ist das, meine sehr verehrten Damen und Herren, in Thüringen.

(Zuruf von Harry Glawe, CDU)

Nun zu den punktuellen, also an einzelnen Schulen kurzfristig auftretenden, gelegentlich lang andauernden und in jedem Falle operativ zu lösenden Problemen, die vor allem durch Krankheit – das sind 56 Prozent der Fälle, in denen Unterricht zur Vertretung anfällt – bedingt sind und wo Abhilfe geschaffen werden muss. Bei 862 allgemein bildenden Schulen im Land, die wir jetzt haben, entstehen diese Probleme fast täglich. Und wenn Sie auf dieser Grundlage Aktuelle Stunden veranstalten wollen, dann können wir bei jeder Landtagssitzung eine solche Stunde vorsehen. Ich wäre nebenbei gesagt nicht traurig,

(Heiterkeit bei Harry Glawe, CDU)

weniger über den Anlass, aber darüber, dass wir uns hier dann regelmäßig über die Schulpolitik unterhalten würden.

Nun, wenn solche Situationen auftreten, diese punktuellen Ausfälle von Unterricht, die punktuellen Erfordernisse zur Absicherung von Ausfällen, dann wird zunächst versucht, die Lehrkräfte der eigenen Schule vermehrt einzusetzen. Dazu gibt es Möglichkeiten. Und dann gibt es sehr intensive Bemühungen der Schulämter. Es werden Abordnungen aus anderen Schulen geprüft, es wird im Ministerium nachgefragt, es wird bei anderen Schulämtern nachgefragt, es wird beim Arbeitsamt nachgefragt. Es erfolgt eine Recherche im Netz

(Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

und es gibt außerdem zweimal jährlich Stellenausschreibungen.

(Dr. Ulrich Born, CDU: Sie sind voll aktiv.)

Ich muss Ihnen sagen, Herr Rehberg, so läuft das

(Eckhardt Rehberg, CDU: Jaja. Machen Sie mal, Herr Kauffold, machen Sie mal weiter so!)

und so muss das laufen.

(Eckhardt Rehberg, CDU:
Machen Sie mal weiter so!)

So läuft das und so muss das laufen!

(Eckhardt Rehberg, CDU:
Machen Sie mal immer weiter so!)

Und das ist also eine hochverantwortliche

(Eckhardt Rehberg, CDU: Ja.)

und sehr intensive Arbeit,

(Eckhardt Rehberg, CDU: Ja.)

die hier geleistet werden muss, um die Ausfälle abzusichern.

(Eckhardt Rehberg, CDU: Mir kommen
gleich die Tränen. – Dr. Ulrich Born, CDU:
Der Ministerpräsident scheint nicht
davon überzeugt zu sein.)

Eine Vertretungsreserve können wir nur im Grundschulbereich schaffen.

(Eckhardt Rehberg, CDU:
Ich werde Ihre Rede an alle Schulen
des Landes verschicken, wo Unterricht ist. –
Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten der CDU –
Dr. Ulrich Born, CDU: Er guckt ganz kritisch.)

Sie ist nur dort sinnvoll, weil wir da nicht das Problem haben, viele Unterrichtsfächer abzusichern. Der Fachunterricht in weiterführenden Schulen jedoch macht diese Vertretungsreserve nicht sinnvoll oder macht sie unbezahlbar dahin gehend,

(Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

optimale und schnelle Lösungen zu finden. Wer darin einen Skandal oder ein Horrorszenario – das sind ja beliebte Vokabeln Ihrer Fraktion – sehen sollte, der ist nicht von dieser Welt. Absolut nicht!

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD)

Die Probleme sind in einzügigen weiterführenden Schulen noch komplizierter zu lösen und wir müssen aufpassen, dass wir hier nicht in Situationen geraten, die uns diese Arbeit noch schwieriger machen.

Die Kleinen Anfragen auf den Drucksachen 3/1743 und 3/1771, die allen Abgeordneten vorliegen, zeigen, wie hier in solchen punktuellen Fällen gehandelt und wie Abhilfe geschaffen wurde. Und sie zeigen, dass in zwei Schulen – einmal von 2.758 zur Vertretung angefallenen Stunden in der einen Schule und von 4.362 Stunden in der anderen Schule – jeweils nur drei Prozent der Stunden nicht vertreten wurden. Das ist keine schlechte Leistung aller an dieser Situation Beteiligten und zeigt sehr plastisch, welche Anstrengungen erforderlich sind, welche hohen Bemühungen da sind, den Unterrichtsausfall so weit wie möglich zu minimieren.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD)

Ich habe auch gar nichts dagegen, meine sehr verehrten Damen und Herren, wenn engagierte Schulkonferenzen, wenn auch engagierte Eltern aus diesen Schulkonferenzen sich einbringen, um hier durch Lehrer, die sie kennen, Abhilfe zu schaffen. Da habe ich überhaupt nichts dagegen. Das ist auch kein Horrorszenario, sondern das ist ein Beispiel für ein gutes Zusammenwirken zwischen Schule und Eltern.

Unsere Schulen sollen besser werden. Schulqualität muss am Ergebnis gemessen werden. Ich habe das ein-

gangs ebenso festgestellt wie Frau Schnoor. Vor allem die Haupt- und Realschulen wurden bisher vernachlässigt. Ich möchte das wiederholen. Inhalte, Maßnahmen, Instrumentarien werden ausgearbeitet oder liegen bereit.

(Zuruf von Harry Glawe, CDU)

Davon werden einige keine Ressourcen binden, wie Prüfungs- und Versetzungsordnung, andere münden letztlich dahinein, dass sie Ressourcen binden. Zu nennen wären stabile Unterrichtsversorgung nach Qualität und Fachlichkeit, Aufstockung der Stundentafel einschließlich eines Ausbaus von Ganztagschulen, Entwicklung des Personalkörpers auch dahin gehend, dass Teilzeitarbeit verringert wird, dass der Personalbestand verjüngt wird, dass Fort- und Weiterbildung geschieht, dass die Bedingungen für Schulleiter verbessert werden. Wenn wir Schulen besser machen wollen, gehört es auch dazu, die Ausstattung der Schulen zu verbessern. Das also braucht Ressourcen.

Was wir zunächst natürlich tun müssen, ist, dass wir uns selber bemühen, im Bildungssystem solche Bedingungen zu schaffen, dass wir ressourcenschonend arbeiten. Diesbezüglich müssen wir bei der Entwicklung eines zukunftsfähigen Schulsystems darauf achten, dass wir sehr große Sorge dafür tragen, dass nicht zu viele einzügige Schulen entstehen, die sehr ressourcenintensiv sind. Und dazu können wir alle beitragen.

Ich erwarte von mir und ich erwarte von der Regierung,

(Zuruf von Wolfgang Riemann, CDU)

der ich angehöre, und ich erwarte auch von denen, meine Damen und Herren, die diese Regierung tragen, dass wir uns im Interesse der Stabilisierung, der Weiterentwicklung unseres Bildungssystems, der Stärkung von Haupt- und Realschulen, der Wiedereinführung der allgemeinen Hochschulreife nach zwölf Jahren

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der PDS –
Heiterkeit bei Harry Glawe, CDU)

sehr genau überlegen, wo wir Schwerpunkte setzen müssen und wo wir Prioritäten setzen. Daran müssen wir alle gemeinsam arbeiten. – Ich danke Ihnen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und PDS)

Präsident Hinrich Kuessner: Das Wort hat der Abgeordnete Herr Bluhm von der PDS-Fraktion. Bitte sehr, Herr Bluhm.

(Zuruf von Dr. Berndt Seite, CDU –
Angelika Gramkow, PDS: So, Andreas, jetzt!)

Andreas Bluhm, PDS: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Lassen Sie mich mit zwei grundsätzlichen Feststellungen zum Thema beginnen:

Erstens. Vertretungsunterricht und auch Unterrichtsausfall sind im täglichen Schulbetrieb nicht vermeidbar.

Und zweitens. Alle bisherigen Landesregierungen und alle bisherigen Bildungsministerinnen und Bildungsminister haben dieses Problem nicht umfassend lösen können.

(Beifall bei Abgeordneten der PDS
und einzelnen Abgeordneten der SPD)

Zu erstens. Durch Krankheit, unverschuldete Verspätung oder andere Gründe kann eine Lehrkraft ihren Unterrichtsverpflichtungen nicht nachkommen. Damit ist der

Unterricht nicht abgesichert. Es kommt zu Vertretungsunterricht, fachgerecht oder fachfremd, oder gar zum Ausfall. Das hat es immer gegeben und das wird es auch zukünftig weiterhin geben, weil diese Situationen für niemanden vorhersehbar oder planbar sind.

Anders allerdings verhält es sich, wenn es – auch aus unterschiedlichen Gründen – zu einem längerfristigen Ausfall der Lehrkraft kommt und dafür kein fachgerechter Ersatz verfügbar ist. Nun, ohne Frage, am geringsten sind die Probleme, wenn der Vertretungsunterricht fachgerecht, das heißt im geplanten Fach, abgesichert werden kann. Noch zumutbar ist eine fachfremde Vertretung, weil der Unterricht stattfindet und möglicherweise durch spätere Stundenverschiebungen wieder im Rahmen der Stundentafel ausgeglichen wird. Und hier leisten die Lehrerinnen und Lehrer dieses Landes seit Jahren sehr viel und dafür gebührt ihnen auch der Dank dieses Hauses.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und PDS)

Ein ernstes Problem allerdings wird es dann, wenn der Unterricht ersatzlos ausfällt.

Zu zweitens. Ich habe mir die Arbeit gemacht und aus den seit der ersten Legislaturperiode vorliegenden Kleinen Anfragen zu diesem Thema – es sind inzwischen über 30 – die Entwicklung der Unterrichtsversorgung und des Unterrichtsausfalls versucht zu analysieren.

(Zuruf von Wolfgang Riemann, CDU)

Mal abgesehen davon, dass in vielen Antworten ganz unterschiedlicher Regierungen davon ausgegangen wird, dass konkrete Zahlen nicht geliefert werden können, dass sie nicht miteinander vergleichbar wären, dass sie nicht klar voneinander abzugrenzen wären und was es sonst noch alles so für Verschleierungsgründe gab, alles unterm Strich liegt die Unterrichtsversorgung in dem Zeitraum 1992 bis heute in der Regel bei 93 Prozent, der reine Stundenausfall zwischen 2,2 und 3 Prozent. Die Schwankungen sind also relativ gering.

Neu in dieser Legislaturperiode ist, dass erstmals die rechnerische Unterrichtsversorgung mit Stellen untersetzt bei 100 Prozent liegt. Das war vorher nie der Fall und hatte eine Verschiebung von kw-Vermerken in der Größenordnung von 450 zur Folge. Ich will ja gerne zugestehen, dass es notwendig wäre, eine rechnerische Unterrichtsversorgung von 103 Prozent mit Stellen zu planen, um Ausfälle zu kompensieren. Aber das allein reicht ja nicht aus, denn ich brauche auch die dazugehörigen fachgerechten Lehrer. Doch dazu später.

Was sagt uns das Ergebnis der Analyse? Es gibt seit 1992 ein Problem, das nicht gelöst werden konnte, weder von der CDU noch von der SPD in ministerieller Verantwortung, und, meine Damen und Herren, der Ehrlichkeit halber, auch in dieser Legislaturperiode noch nicht, was den Lehrerberdarf in Mangelfächern betrifft.

(Sylvia Bretschneider, SPD: Was aber nicht heißt, dass die PDS ...)

Und da mutet es schon ein wenig seltsam an, wenn die CDU-Fraktion heute so tut, als hätte sie eine Lösung für das Problem. Aber ich bin ja schon froh, dass die CDU jetzt auch ihr Herz für den HR-Bereich entdeckt hat.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD und PDS – Zuruf von Wolfgang Riemann, CDU)

Da kann ich aber nur sagen: Warum haben Sie dieses alles nicht getan, als Sie es tun konnten? Auch Sie scheiterten damals – und da gibt es spannende Zitate des damaligen Ministerpräsidenten Herrn Seite – an den finanziellen Rahmenbedingungen. Und die haben sich seit den vergangenen Jahren im Land nicht verbessert, sondern verschlechtert.

(Dr. Ulrich Born, CDU: Richtig.)

Damit ich nicht falsch verstanden werde, die Situation der praktischen Unterrichtsversorgung und des Unterrichtsausfalls ist nicht zu negieren und auch nicht schön zu reden.

(Beifall bei Abgeordneten der PDS)

Sie ist ein ernst zu nehmendes Problem und die Auswirkungen auf den Bildungs- und Erziehungsprozess sind nicht zu bestreiten. Was aber besonders wichtig ist, ist eine realistische Analyse der Ursachen, der Verursacher und die konsequente Umsetzung der sich daraus ableitenden Schlussfolgerungen. Pauschalurteile oder auf Vermutungen basierende Aussagen machen keinen Sinn, denn es gibt innerhalb des Schulsystems erhebliche Unterschiede in den einzelnen Schularten und in den territorialen Verteilungen. Es gibt unterschiedliche Reaktionszeiten von Schulleitungen und Schülern auf eintretenden Ausfall. Es gibt sehr unterschiedliche Bedingungen für die Unterrichtsversorgung in der Abhängigkeit von der Größe der Schulen. Es ist doch ganz unstrittig, dass ein vierzügiges Schulsystem an einem Objekt viel besser Unterrichtsvertretungen organisieren kann als ein einzügiges. Es gibt unterschiedliche Bedingungen hinsichtlich des Fachs, in dem der Unterricht ausfällt, was Mangelfächer betrifft, aber auch die Altersstruktur und die damit verbundenen Probleme.

Jawohl, ich möchte eins an dieser Stelle formulieren: Ohne eine vernünftige Fortschreibung des Lehrerpersonalkonzepts ist eine langfristige Verbesserung nicht zu erreichen. Wer dies nicht will, nimmt auch künftig erheblichen Unterrichtsausfall in Kauf.

(Beifall bei Abgeordneten der PDS und einzelnen Abgeordneten der SPD)

Präsident Hinrich Kuessner: Das Wort hat der Vorsitzende der SPD-Fraktion Herr Schlotmann. Bitte sehr, Herr Schlotmann.

Volker Schlotmann, SPD: Herr Präsident! Meine Damen und Herren!

Vorab, Frau Schnoor, Sie arbeiten wirklich nach dem Motto „Frechheit siegt“, habe ich den Eindruck, denn ich glaube oder ich weiß sehr genau, dass Sie es waren, die in diesem Land das dreigliedrige Schulsystem eingeführt hat, das zur Zweiklassenbildung führt.

(Steffie Schnoor, CDU: Das war Herr Wutzke!)

Sie werden mit Ihrer Frechheit trotzdem nicht siegen, das verspreche ich Ihnen.

(Zuruf von Georg Nolte, CDU)

Meine Damen und Herren, zum wiederholten Mal beschäftigen wir uns heute mit dem Thema Schule in Mecklenburg-Vorpommern.

(Zuruf von Harry Glawe, CDU)

Klar ist, Schule ist ein für die Zukunft des Landes zentraler Bereich. Und es ist gut und richtig so, wenn sich alle

hier im Landtag vertretenen Kräfte darüber ihre Gedanken machen, denn es zeigt einmal mehr, die Zukunft der Schulbildung unserer Kinder muss uns allen von besonderer Wichtigkeit sein. Die Ernsthaftigkeit dieses Themas gebietet es aber auch, damit nicht Schindluder zu betreiben. Und so bitte ich alle an der Diskussion Beteiligten zunächst einmal: Denken Sie immer daran, dass wir heute über die Zukunft von Schülerinnen und Schülern sprechen! Nutzen Sie dieses Thema nicht für politische Spiegelfechtereien!

(Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Denn manchmal habe ich den Eindruck, dass Oppositionsvertreterinnen und auch manchmal -vertreter

(Zuruf von Wolfgang Riemann, CDU)

dieses Feld nur allzu gern für ihre eigene Ideologie missbrauchen.

Meine Damen und Herren, wer über die Zukunft der Schule in Mecklenburg-Vorpommern redet, muss sich nicht erst seit heute mit sinkenden Schülerzahlen und der demographischen Entwicklung auseinandersetzen. In dieser Situation ist das Lehrpersonalkonzept unter Beteiligung aller Betroffenen ausgehandelt worden. Und so grenzt es heute an Scheinheiligkeit hoch drei, wenn sich die ehemalige Kultusministerin Frau Schnoor hinstellt und mit Begriffen wie Horrorliste und Ähnlichem meint, sich als alleinige Anwältin der Schule in Mecklenburg-Vorpommern zu präsentieren. So nicht, liebe Kollegin Schnoor!

An der Alternative zum Personalkonzept ist doch nicht zu zweifeln. Die Schülerzahlen der allgemein bildenden Schulen sind von 1991 mit rund 290.000 auf knapp 245.000 in diesem Schuljahr zurückgegangen. Und für das Schuljahr 2008/09 werden laut Prognose gar nur noch 130.000 Schüler im Lande unterrichtet werden.

(Harry Glawe, CDU: Wer ist daran schuld?)

Das sind die Herausforderungen, denen wir uns stellen müssen. Das Horrorszenario von großflächigem Lehrermangel ist angesichts dieser Zahlen geradezu absurd, meine Damen und Herren, und es wird durch die ständige Wiederholung durch CDU-Vertreter nicht richtiger oder besser.

(Wolfgang Riemann, CDU: Die Eltern und Schüler sehen das anders.)

Meine Damen und Herren, eines hat der Bildungsminister deutlich gesagt – und damit hat er die klare Unterstützung meiner Fraktion –, Kündigungen als Alternative zum solidarischen Lehrpersonalkonzept wird es mit uns nicht geben.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD – Zuruf von Dr. Ulrich Born, CDU)

Und um Ihrem Gedächtnis auf die Sprünge zu helfen, die Politik der ehemaligen Kultusminister Wutzke, CDU, und Schnoor, CDU,

(Wolfgang Riemann, CDU: Und Marquardt, SPD. Die SPD blendet er immer aus.)

mal eben 4.000 Lehrerinnen und Lehrer mangels Bedarf zu kündigen, wird von uns entschieden abgelehnt, meine Damen und Herren. Diese beiden Herrschaften tragen damit die Verantwortung für die Probleme,

(Heiterkeit bei Harry Glawe, CDU)

die wir heute gemeinsam zu lösen haben.

(Unruhe bei einzelnen Abgeordneten der CDU – Heiterkeit bei Dr. Ulrich Born, CDU, und Dr. Berndt Seite, CDU: Peinlich ist das. Peinlich ist das. – Zuruf von Dr. Armin Jäger, CDU)

Ja, ich weiß nicht, wenn Sie das so lustig finden, denn von Ihren Kündigungen waren insbesondere junge Lehrkräfte betroffen. Und Sie haben damit den Grundstein gelegt für Negativentwicklungen in diesem Lande, mit deren Folgen wir heute zu tun haben.

(Heiterkeit bei Harry Glawe, CDU – Sylvia Bretschneider, SPD: Das stimmt. – Zuruf von Wolfgang Riemann, CDU)

Deswegen ist es einfach purer Populismus, wenn Sie sich heute als Anwalt der Schule aufspielen, Frau Schnoor.

(Wolfgang Riemann, CDU: Sie haben ja keine Verantwortung.)

Und ein Weiteres ist mir wichtig: Wiederholt hat Frau Schnoor das Lehrpersonalkonzept als Ursache dafür ausgemacht, dass Lehrerinnen und Lehrer demotiviert an ihre Aufgabe herangehen würden. Pauschalisierungen in diesem Sinne helfen überhaupt nicht weiter und verzerren die Situation nur. Klar ist aber, ...

(Wolfgang Riemann, CDU: Haben Sie sich eigentlich mal mit Lehrern unterhalten?)

Ja, Sie wahrscheinlich noch nie.

(Wolfgang Riemann, CDU: In der Fraktion, ja?)

Klar ist aber, das Lehrpersonalkonzept ist eine Entscheidung für die solidarische Lösung und gegen eine je nach Bedarf anzuwendende Hire-and-Fire-Methode.

Meine Damen und Herren, angesichts dieser Fakten gilt es, dafür Sorge zu tragen, dass der Lehrerberuf insgesamt weiter an Qualität und Ansehen gewinnt. Und hier sind wir alle gefordert. Bildung ist eine zentrale Ressource für den Standort Mecklenburg-Vorpommern.

(Wolfgang Riemann, CDU: Worthülsen, Herr Professor! Worthülsen, Herr Professor!)

Und es stimmt einfach nicht, dass Professor Kauffold die vorhandenen Probleme insbesondere bei der Frage der Einstellungspraxis jüngerer Lehrer nicht sehen würde. Nicht umsonst arbeitet die Begleitgruppe zum Lehrpersonalkonzept ständig daran, das Personalkonzept auch stetig fortzuentwickeln. Und dabei geht es auch darum, den Lehrerberuf attraktiver zu machen. Ich versichere Ihnen, es wird Ihnen als CDU nicht gelingen, einen Keil zwischen Lehrer, Gewerkschaften und das Bildungsmministerium zu treiben,

(Harry Glawe, CDU: Jaja.)

denn alle Partner – wohlgemerkt, Partner – sind sich darin einig, dass eine erfolgreiche Fortschreibung des Lehrpersonalkonzeptes notwendig ist. Alle an Schule Beteiligten wissen, dass sich die Landesregierung in verantwortungsvoller Weise den Herausforderungen stellt, die zukünftig auf die Bildungslandschaft in Mecklenburg-Vorpommern zukommen. – Danke.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD
und einzelnen Abgeordneten der PDS –
Wolfgang Riemann, CDU: Vorwärts
zum XII. Parteitag!)

Präsident Hinrich Kuessner: Das Wort hat der Vorsitzende der CDU-Fraktion Herr Rehberg. Bitte sehr, Herr Rehberg.

Eckhardt Rehberg, CDU: Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wer sich alle Statistiken, ich betone, alle Statistiken genau anschaut, sich daraus ein Gesamtbild konstruiert und sich dazu noch vor Ort in den einzelnen Schulen über die Situation mit den tatsächlich Betroffenen, nämlich Lehrern, Eltern und Schülern unterhält, dem kann um die Zukunft des Landes Angst und Bange werden.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU –
Wolfgang Riemann, CDU: Richtig. –
Minister Dr. Peter Kauffold: Jaja.)

Da nutzt es gar nichts, Herr Minister Kauffold, wenn Sie auch hier und heute wieder verkünden, wie toll Ihre Bildungspolitik im Vergleich zu anderen Bundesländern sei. Ich möchte Sie daran erinnern, wir leben in Mecklenburg-Vorpommern und es geht um die Schüler in Mecklenburg-Vorpommern.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU –
Zuruf von Siegfried Friese, SPD)

Es nutzt den betroffenen Schulen in Stralsund, Schwerin und in Barth gar nichts, dass Sie flächendeckend für das Land feststellen, dass im vergangenen Schuljahr nur 2,8 Prozent – in Anführungsstrichen – des gesamten Unterrichts vollständig ausgefallen seien, aber 9,2 Prozent vertreten werden mussten, und Sie nicht darstellen, wie diese Vertretung denn wirklich aussieht.

(Minister Dr. Peter Kauffold:
Haben wir doch eben gemacht.)

Herr Minister Kauffold und Herr Schlotmann, Sie brauchen den Lehrern gar nicht zu kündigen. Die zwei Grundschullehrer aus Anklam, die haben gekündigt, junge Lehrer, und sind nach Bayern gegangen. Fragen Sie mal, warum!

(Barbara Borchardt, PDS:
Weil sie mehr verdienen.)

Wenn Sie so weitermachen, gerade mit jungen Lehrern, dann brauchen Sie gar nicht von Kündigungen zu reden. Die jungen Lehrer gehen allein und Sie finden weiter keine. Darauf werde ich auch noch eingehen.

Und was antworten Sie denn den Lehrern, die zu uns kommen, die auf die Missstände aufmerksam machen, wo seltsame Krücken auf Kosten aller Beteiligten zu Dauerzuständen werden?

(Wolfgang Riemann, CDU: Richtig.)

Ich nenne das Beispiel Hanse-Gymnasium Stralsund. Die Eltern machten auf hohe Ausfälle im Fach Sozialkunde aufmerksam. Zitat aus der Antwort auf meine Kleine Anfrage: „Der Unterricht in den Fächern Geografie und Sozialkunde wird durch Mehrarbeit sowie durch den Einsatz von Referendaren im vollen Umfang abgedeckt. In die Vertretung sind Lehrer mehrerer Gymnasien der Hansestadt Stralsund einbezogen. Zum Einstellungstermin Februar 2001 ist die Sozialkundestelle ... ausgeschrie-

ben.“ Was heißt das konkret? Der Unterricht wird nicht optimal gegeben. Mit Datum vom 23. Januar 2001 ist die Stelle nur ausgeschrieben, das heißt, es ist noch kein Bewerber vorhanden, so dass das Provisorium andauern wird. Das heißt dann wieder weiterhin schlechteren Unterricht als nötig, Mehrbelastung der Lehrer, dadurch weniger Motivation, da noch nicht mal ein Ende abzusehen ist – Grund zur Unruhe also für Schüler, Lehrer und Eltern. Doch die Statistik stimmt, Herr Minister Kauffold: hundertprozentige Unterrichtsversorgung.

Lassen Sie mich noch eine Einlassung zu Ihrer Aussage machen, wir haben gute Gymnasien und schlechte Haupt- und Realschulen. Das haben Sie hier gesagt. Herr Minister Kauffold, sind Sie wirklich davon überzeugt, dass allein die Durchschnittsnote am Gymnasium das Kriterium für Qualität ist? Für mich ist das Kriterium für Qualität von Abitur, wie viele Abiturienten gehen zum Studium und wie erfolgreich absolvieren sie ihr Studium, mit welcher Qualität.

(Beifall bei der CDU – Dr. Armin Jäger, CDU:
Richtig! – Dr. Berndt Seite, CDU: Ja.)

Das ist das Kriterium. Und wenn nicht mal jeder zweite Abiturient in Mecklenburg-Vorpommern nach dem Abitur zum Studium geht, dann können Sie doch nicht von Qualität reden.

Und ich sage Ihnen ein Zweites, Herr Minister Kauffold. Es gibt wenige Maßstäbe in diesem Land, wo Sie wirklich nachvollziehen können, wie Qualität von Schule ist. Übrigens, seit 1994 Kultusministerium SPD-geführt, seit April 1996 Finanzministerium SPD-geführt – nur, Herr Schlotmann, wenn Sie hier immer von Scheinheiligkeit reden, Sie tragen seit fast sieben Jahren Verantwortung für die Schulpolitik in diesem Land.

(Beifall bei der CDU)

Die SPD ist das und niemand anderes.

(Zuruf von Dr. Gerhard Bartels, PDS –
Barbara Borchardt, PDS: Und die
CDU war der kleinere Partner.)

Herr Kauffold, ich sage Ihnen eins, wenn Sie drei Jahre nacheinander 20 Bewerberinnen und Bewerber für die Ausbildung als Verwaltungsfachangestellte in einer Stadtverwaltung haben und in einem Jahr von 20 nur drei den Eingangstest bestehen beim kommunalen Studieninstitut in Greifswald, im nächsten Jahr nur eine und im darauffolgenden Jahr nur zwei, das heißt, nicht mal 15 Prozent von Gymnasiasten und Realschülern erfüllen die Kriterien des kommunalen Studieninstitutes Greifswald für diese Berufsausbildung, dann frage ich mich: Was ist Qualität von Schule?

(Beifall bei der CDU –
Dr. Armin Jäger, CDU: Richtig.)

Nehmen Sie endlich zur Kenntnis, dass die Qualität von Schule in den letzten Jahren dramatisch nachgelassen hat unter dem SPD-geführten Kultusministerium!

(Beifall bei Abgeordneten der CDU –
Zuruf von Andreas Bluhm, PDS)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, gucken Sie sich doch die Vergleichsarbeiten in der 9. Klasse an und in der Klassenstufe 5, wie die Ergebnisse sind! Es muss Sie doch erschrecken, dass bei den Vergleichsarbeiten in der Klassenstufe 5 im Schuljahr 1998/99 nur 40 Prozent die Mathearbeit geschafft haben,

(Andreas Bluhm, PDS: Na wer hat denn damals die Stunden gekürzt?)

das heißt besser als Note 6.

(Unruhe bei Abgeordneten der PDS – Angelika Gramkow, PDS: Na, wer hat denn Mathestunden in der Grundschule abgeschafft?! – Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Meine sehr verehrten Damen ...

(Angelika Gramkow, PDS: Nun bauen wir ihn mühsam gerade wieder auf. – Zurufe von Dr. Gerhard Bartels, PDS, und Andreas Bluhm, PDS)

Wissen Sie, Herr Kollege Bluhm, auch in diesem Fall, hören Sie auf, die Verantwortung auf das Jahr 1992 zu schieben!

(Dr. Gerhard Bartels, PDS: Das kann doch nicht wahr sein!)

Sie sind seit 1998 in diesem Land in der Verantwortung und Sie hätten die Studentafel schon längst weiter aufstocken können,

(Annegrit Koburger, PDS: Wir haben die Folgen von 1992 gespürt.)

wenn Sie sagen, dass sie zu gering ist.

(Angelika Gramkow, PDS: Diese Regierung hat überhaupt erst aufgestockt, in Mathe und in Deutsch. Deutsch haben Sie nämlich vergessen.)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, einen letzter Satz zu Ihnen, Herr Bildungsminister Kauffold: Alles, was Sie gesagt haben zum Lehrpersonal-konzept, zur Einstellung von jungen Lehrern, das ist die politische Bankrotterklärung Ihrer Personalpolitik seit 1994. – Herzlichen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Zuruf von Angelika Gramkow, PDS – Heinz Müller, SPD: Ist schon Karneval?)

Präsident Hinrich Kuessner: Das Wort hat der Abgeordnete Herr Bartels von der PDS-Fraktion. Bitte sehr, Herr Bartels.

Dr. Gerhard Bartels, PDS: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Gestatten Sie mir einen kleinen Ausflug. Wir hatten gestern Abend eine sehr schöne Stunde in diesem Parlament, die hieß „Poesie im Parlament“.

(Heiterkeit bei Annegrit Koburger, PDS – Siegfried Friese, SPD: Das waren zwei Stunden.)

Sie war zwar eine sehr kleine, ...

Drei Stunden waren es sogar, Herr Friese, das ist richtig.

... aber wenn ich das hier so höre, dann vergeht mir jegliche Poesie. Und, Herr Rehberg, wenn Sie von Bankrotterklärung reden, dann ist Ihre Amnesie, was die Verantwortung der CDU betrifft, viel mehr als eine Bankrotterklärung,

(Beifall bei Abgeordneten der PDS und einzelnen Abgeordneten der SPD – Volker Schlotmann, SPD: Offenbarungseid.)

es ist eher schon ... Entschuldigen Sie, ich führe diesen Satz nicht weiter, um hier nicht allzu unparlamentarisch zu

werden. Und Lautstärke kann nicht verdecken, Herr Kollege Rehberg, dass Sie sich einfach nicht erinnern wollen oder in Ihrer Zeit bei Hansa tatsächlich den Bezug zur realen Politik in Mecklenburg-Vorpommern verloren haben.

(Beifall bei der SPD und einzelnen Abgeordneten der PDS – Heiterkeit bei Andreas Bluhm, PDS, und Annegrit Koburger, PDS – Zuruf von Reinhard Dankert, SPD – Dr. Armin Jäger, CDU: Das ist sein Niveau.)

Angesichts der Zeit will ich nur auf zwei Dinge eingehen und den Versuch machen, sie etwas weiter zu untersetzen. Sie sind schon genannt worden, zwei wesentliche Probleme, mit denen wir es hier zu tun haben. Zum einen ist das die rechnerische Unterrichtsversorgung. Und es ist nicht so, wie ich gestern in der Zeitung gelesen haben, dass sie bei 104 Prozent liegt, sondern sie liegt bei 100,4 Prozent. Das ist dann doch ein erheblicher Unterschied.

(Wolfgang Riemann, CDU: Recht hat er.)

Und in diesem Zusammenhang ist schon erwähnt worden, dass es erstmalig so ist in dieser Legislaturperiode, dass wir diese rechnerische Unterrichtsversorgung von 100,4 Prozent haben. Und das ist ein Erfolg. Aber selbst wenn wir – Herr Bluhm sagte das schon – auf 103 Prozent erhöhen würden, würde das die Probleme nicht erledigen, denn ein ganz wesentlicher Problemfall ist eben die Tatsache, dass eine ganze Reihe verfügbarer Lehrerstellen nicht besetzt sind oder nicht besetzt werden können.

Und besonders deutlich – auch das ist schon gesagt worden – wird das eben bei den Mangelfächern. Sowohl die betroffenen Fächer als auch der Lehrermangel sind nicht neu, auch wenn unsere liebe Opposition so tut, als sei dies heute so und als sei das alles erst nach 1998 entstanden.

(Zuruf von Sylvia Bretschneider, SPD)

Nein, meine Damen und Herren der CDU, schon 1992 – also zu Ihrer Regierungszeit, Frau Schnoor als Kultusministerin – wurde in der Antwort auf eine Kleine Anfrage meines Kollegen Bluhm auf Drucksache 1/2595 festgestellt: „Im Rahmen des Einstellungsverfahrens zum 24.08.1992 haben Bewerberinnen und Bewerber, die für die Besetzung der für die Bedarfsfächer Englisch, Französisch, Latein, Kunst und Gestaltung, Musik, Sozialkunde und Religion ausgeschriebenen Stellen vorgesehen waren, kurzfristig abgesagt bzw. haben neu eingestellte Lehrkräfte kurz nach Dienstantritt gekündigt.“ Ähnliche Antworten wurden 1994 und 1998 gegeben.

Eine der wesentlichen Ursachen dabei ist natürlich die Tatsache, dass der Bedarf gerade in diesen Fächern nach der Wende entweder neu entstanden oder wesentlich erhöht worden ist. Die dafür erforderlichen Lehrkräfte mussten erst ausgebildet werden und auch gegenwärtig übersteigt der Bedarf in diesen Bereichen offensichtlich die Ausbildungskapazität. Es handelt sich also um ein Loch, das nicht kurzfristig zu stopfen ist. Und in den genannten Fächern – auch darauf sei hingewiesen – ist natürlich Teilzeit kein Thema. Bei dem vorhandenen Bedarf und der Unterbedarfsdeckung kann von Teilzeit in diesen Bereichen natürlich überhaupt nicht gesprochen werden.

Und wenn wir über diesen Bereich reden, dann müssen wir natürlich auch über die Ursachen reden. Und wir müssen auch darüber reden, wieso Lehrer abwandern. Herr

Kollege Rehberg hat das hier so dramatisch zelebriert. Ich will nur darauf hinweisen, dass in der Antwort auf eine Kleine Anfrage von Frau Beyer, SPD, im Jahre 1992 Folgendes geantwortet wurde von der damaligen Regierung und der damaligen Kultusministerin: „Von 456 Lehrkräften, die ein Einstellungsangebot erhalten haben, haben 136 Lehrkräfte ihre Stelle zum Schuljahresbeginn nicht angetreten bzw. wieder aufgegeben.“ Weiter heißt es: „Als Gründe wurden Einstellungsangebote aus anderen Bundesländern ... und die Wohnraumsituation genannt.“

(Heike Polzin, SPD: Gab's also auch schon. Hört, hört!)

Dass sich das bis heute leider nicht geändert hat, ist sicher kein Grund zum Jubeln, aber es sei mal darauf hingewiesen, dass wir bestimmte Entwicklungen schon seit längerer Zeit haben.

Es sei natürlich auch auf Gründe dafür hingewiesen. Natürlich ist die unterschiedliche Bezahlung in Ost und West ein Problem, natürlich sind, exemplarisch genannt, Arbeitsbedingungen für unsere Lehrer ein Problem, die gesellschaftliche Anerkennung und Wertschätzung des Berufs ist auch ein ganz wesentliches Problem, um junge Leute für den Lehrerberuf zu motivieren, und natürlich ist auch die Tatsache, dass wir – Herr Präsident, ich komme sofort zum Schluss – das Lehrpersonal-konzept überarbeiten müssen und dass wir nach Wegen suchen müssen, um zu neuen Lösungen, die der entsprechenden Entwicklung angepasst sind, zu kommen, Herr Bluhm hat darauf auch schon hingewiesen, unbedingt notwendig. Und natürlich vertreten die verschiedenen Seiten dabei verschiedene Interessen, aber es geht darum, einen Kompromiss zu finden, der am Ende das wichtigste Interesse, nämlich das Interesse unserer Schüler auf eine gute Ausbildung, realisieren kann. – Danke.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und PDS)

Präsident Hinrich Kuessner: Das Wort hat die Abgeordnete Frau Polzin von der SPD-Fraktion. Bitte sehr, Frau Polzin.

Heike Polzin, SPD: Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Herr Riemann ist leider nicht da, ihn wollte ich noch mal explizit begrüßen und ihm wenigstens eine Frage vorweg nehmen, nämlich die nach meiner Bekanntheit mit Lehrerproblemen. Das könnte ich schon mal vorher sagen: Ich weiß, wovon ich rede, wenn wir bei der heutigen Thematik sind.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, Bevölkerungsschwund, wegbrechende Arbeitsplätze, gravierender Vertrauensverlust in der Nahrungsmittelbranche, Rentenproblem, Finanzlöcher, das ewige Mistwetter – die Opposition singt die Schauerballade nach der Melodie von Rudi Carrell: „Und schuld daran ist nur die SPD“

(Heiterkeit bei Volker Schlotmann, SPD: Ja.)

und nun eine neue Strophe oder Katastrophe

(Zuruf von Dr. Armin Jäger, CDU)

mit dem Titel „Der Unterrichtsausfall in Mecklenburg-Vorpommern“. Lohnt es sich eigentlich, unter diesen Umständen und nach diesen Tönen, die ich heute auch wieder gehört habe, erneut zu beteuern, dass die Unterrichtsversorgung Priorität in der Bildungspolitik der Koalition hat? Der Minister, meine ich, hat detailliert dargestellt, wie intensiv wir uns mit diesem Problem befassen und um eine Minimierung kämpfen.

(Zuruf von Harry Glawe, CDU)

Die rechnerisch hundertprozentige Unterrichtsversorgung fängt natürlich in der Praxis nicht jeden Krankheitsfall, nicht jede Grippewelle und nicht jede nicht besetzte Stelle auf, aber sie ist doch wohl ein Schritt, der zu Ihren Amtszeiten, Frau Schnoor, nicht denkbar war.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD)

Angesichts der Thematik habe ich meine alten Vertretungspläne von 1992 bis 1994 mal wieder herausgekratzt. Ich war nämlich diejenige, die in solchen Zeiten ganz schnell eine Lösung finden musste, wenn es morgens hieß, drei Lehrer fehlen und nun sieh mal zu, wie können wir es kompensieren, wir können die Kinder nicht auf den Hof schicken. Ich weiß, wie oft mir selbst der Angstschweiß auf der Stirn stand, um noch etwas herauszuholen. Aber das war auch zu Ihren Amtszeiten durchaus so, Frau Schnoor, und ich sehe da kaum Unterschiede. Leider, an und für sich müssten wir ja langsam mal etwas besser werden durch die bessere Unterrichtsversorgung.

In Spitzenzeiten mussten wir teilweise – 1992 habe ich das detailliert bei uns nachgelesen – sogar ganze Klassen tageweise zu Hause lassen, weil kein Lehrer zur Verfügung stand. Ich kann mich nur nicht erinnern, dass wir dafür eine Kultusministerin verantwortlich gemacht haben,

(Harry Glawe, CDU: In welcher Schule waren Sie denn da?)

denn damals hat man wirklich versucht, Ursache und Wirkung zueinander zu bringen. Nur damals waren die landesweiten Erfassungen ja noch auf einem anderen Level, wie jeder Insider weiß, und ich weiß nicht, offensichtlich leiten Sie daraus das Recht ab, jetzt und heute den Katastrophenzustand auszurufen. Den hatten wir, wenn man es so bewerten will, jedes Jahr zur Winterzeit, und nicht nur in Mecklenburg-Vorpommern. Der Ländervergleich zeigt, dass der Unterrichtsausfall in unserem Land keinesfalls an der Spitze liegt. Offensichtlich kann auch keine CDU/CSU-Regierung in Bayern verhindern, dass Lehrer erkranken oder in vorzeitigen Ruhestand treten.

(Harry Glawe, CDU: CDU gibt's in Bayern nicht. – Dr. Ulrich Born, CDU: Die haben CSU-Regierung.)

Fast ist es mir peinlich, hier über Selbstverständlichkeiten zu reden, aber das Problem liegt nun mal am Faktor Mensch. Bei kranken Beamten stapeln sich die Akten höher, die Arbeit des Lehrers kann nicht liegen bleiben. Papier ist geduldig, Kinder sind es in der Regel nicht. Vertretungsunterricht und auch Ausfall werden also nie ganz zu vermeiden sein.

(Dr. Ulrich Born, CDU: Ja, ja.)

Das ist schlecht, aber irgendwo auch gesetzmäßig. Eine Horrormeldung ist aber erst dann berechtigt, wenn der Ausfall signifikant größer ist als in Vorjahren oder signifikant größer als in anderen Ländern. Beides ist nicht der Fall. Worüber reden wir hier also? Worüber reden wir, wenn wir bei fachfremd erteiltem Unterricht alles Mögliche inszenieren? Beispielsweise der Zusammenhang der Landesvorsitzenden: Nur weil im Sozialkundeunterricht so viel fachfremd erteilter Unterricht stattfindet, hat die Regierung im Kampf gegen Rechtsextremismus versagt.

(Volker Schlotmann, SPD: Hört, hört!)

Nee, ne? Ich habe auch schon überlegt, wenn der Wind von rechts kommt, ob es dann dunkel wird, oder ob hohe Schuhe wärmer sind als braune.

(Heiterkeit bei Harry Glawe, CDU)

Also um einfach mal die Logik vollständig zu machen, das wird doch einfach ein bisschen schlicht und billig. Ich stelle dann auch mal die Frage: Ist denn jetzt nur noch der Sozialkundelehrer für Erziehung zuständig? Das lässt ja an und für sich diese Behauptung zu.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD
und einzelnen Abgeordneten der PDS)

Und da sind wir nämlich genau bei dem grundsätzlichen Problem:

(Harry Glawe, CDU: Wollen wir mal nach vorne gucken.)

Warum inszenieren Sie dieses? Ich werde im zweiten Teil meiner Rede – das drohe ich jetzt schon mal an, ich komme noch mal –

(Wolfgang Riemann, CDU: Ist das 'ne Drohung?)

auf einige detaillierte Anfragen und Aussagen hier noch eingehen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD
und einzelnen Abgeordneten der PDS)

Präsident Hinrich Kuessner: Das Wort hat der Abgeordnete Herr Born von der CDU-Fraktion. Bitte sehr, Herr Born.

Dr. Ulrich Born, CDU: Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren!

Ja, Herr Ministerpräsident, Schule ist eben nicht nur ein Problem von Lehrern, weil ich gerade schon Ihre Bemerkung hörte „Schulpolitiker“. Nein, das ist ein Problem, was die ganze Gesellschaft betrifft. Und wenn die Unterrichtsversorgung und vor allen Dingen die Qualität nicht stimmen, dann spüren wir die Auswirkungen in unserer gesamten Gesellschaft. Die Auswirkungen reichen bis in die berufliche Ausbildung, sie reichen bis in die berufliche Tätigkeit von Jugendlichen. Die Klagen aus der Wirtschaft sind ja nicht zu übersehen und zu überhören und leider sind diese Klagen berechtigt. Das unterstreichen die jüngst dargestellten Ergebnisse der Realschulabschlussprüfungen aus dem Schuljahr 1999/2000. In einem so elementar wichtigen Fach wie Mathematik, Grundvoraussetzung für fast jeden Ausbildungsberuf, versagt nahezu jeder vierte Jugendliche. Die Folge davon ist, dass an einer beruflichen Schule des Landes im gewerblichen Bereich nahezu 54 Prozent der Auszubildenden die Berufsschulprüfung nicht bestanden haben und die Negativbilanz lässt sich leider mühe los fortsetzen.

Und, Herr Professor Kauffold, wenn Sie das prozentual hier beziffern, weil wir gerade bei Mathematik sind, bei nur 0,4 Prozent die 67 Lehrer, die weggehen, dann muss ich Ihnen sagen, das sind 67 Lehrer zu viel, die das Land verlassen. Es ist in der Tat so, Sie brauchen den Lehrern nicht mehr zu kündigen, weil leider die Lehrer diesem Land kündigen. Und hier muss dringend eine Änderung, eine fundamentale Änderung herbei, das darf so nicht weitergehen.

Die Qualität unserer Schulbildung spiegelt sich unter anderem auch in der Zahl der Abbrecher einer Ausbildung

wider. Seit 1995 steigt diese Zahl an. Brachen 1995 noch 19,3 Prozent der Auszubildenden ihre Lehre ab, waren es 1999 schon 24,1 Prozent, so der Berufsbildungsbericht 1999. Die Schule löst heute leider nicht mehr den Anspruch ein, Schüler für das lebenslange Lernen vorzubereiten. Die Gründe für den Abbruch sind vielschichtig. Zentrales Argument ist jedoch, dass die Auszubildenden mit den an sie gestellten Anforderungen nicht klarkommen. Das hat auch etwas damit zu tun, dass ihre bisherige Schulbildung nicht gerade von Kontinuität und Autorität geprägt war. Ständig wechselnde Lehrer sind nun einmal kein Garant für eine kontinuierliche Persönlichkeitsentwicklung in jeder Hinsicht.

(Beifall Harry Glawe, CDU: So ist es.)

Ein weiteres Problem müssen wir in der Neigung oder, besser gesagt, Abneigung zum Studieren von Abiturienten zur Kenntnis nehmen. Nur 48,1 Prozent der jungen Frauen nehmen nach dem Abitur ein Studium auf, bei den jungen Männern sind es 69,1 Prozent. Was machen aber die restlichen Abiturientinnen und Abiturienten? Sie konkurrieren mit den Realschülern und Hauptschülern um die wenigen Ausbildungsplätze. Der Kampf ist unfair, da die Abiturienten aus dem Jugendschutzgesetz herausfallen und schon so als voll einsetzbare Arbeitskräfte den Betrieben für die Lehrzeit zur Verfügung stehen. Bis 2020 sagen Gutachter, so die Prognose, weiterhin eine Studierquote von gerade mal 57 Prozent voraus. Das ist ein Armutszeugnis für ein Land, dessen einzig wahrer Rohstoff, ja das Juwel des Landes das so genannte Humankapital ist. Diese Quote ist gleichzeitig das Zeugnis einer verfehlten Bildungspolitik, die nicht in der Lage ist, aus ideologischer Verblendung ordnend in die vorhandenen Verwerfungen einzugreifen. Ein solcher Ordnungsprozess würde die Qualität des Unterrichts und damit die Unterrichtsversorgung an allen Schularten dramatisch verbessern.

Herr Professor Kauffold, Sie haben hier dargestellt, dass die Rahmenbedingungen schlecht seien. Das ist richtig, doch Sie sind es, der das ändern muss, und Sie könnten es ändern. In erster Linie ist es nicht das Gehalt, was die Lehrer aus dem Land treibt beziehungsweise sie gar nicht erst dazu veranlasst, sich hier bei Ihnen um einen Arbeitsplatz zu bewerben. Nein, was erforderlich ist, sind verlässliche Rahmenbedingungen. Sie haben völlig Recht, wenn Ihnen die jungen Leute sagen, die Schönheit des Landes allein reicht uns nicht aus. Was notwendig ist, sind Mut und Kraft der Landesregierung, annehmbare Rahmenbedingungen zu schaffen. Sie haben gesagt, ja, wir haben hier keine Verbeamtungen. Das liegt doch ausschließlich an Ihnen, dass die Lehrer nicht verbeamtet werden, doch an niemandem sonst, doch nicht etwa an den ...

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU –
Angelika Gramkow, PDS: Wir wollen die
Lehrerinnen und Lehrer nicht verbeamten,
Herr Dr. Born, verstehen Sie's denn nicht?!)

Ja, meine Damen und Herren, selbst Rot-Grün in Schleswig-Holstein, das muss man sich einmal vorstellen, ist Ihnen hier voraus und das will schon was heißen.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Herr Wirtschaftsminister, dafür sind Sie verantwortlich. Diese Regierung ist schlicht zu saft- und kraftlos, um solche Rahmenbedingungen zu schaffen. Machen Sie Ihre Hausaufgaben, dann werden Sie auch Schüler haben, die

motiviert sind, und vor allen Dingen Schulabsolventen, die in der Lage sind, den Anforderungen gerecht zu werden, die sie im Leben erwarten. – Vielen Dank.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Präsident Hinrich Kuessner: Das Wort hat der Abgeordnete Herr Bluhm von der PDS-Fraktion. Bitte sehr, Herr Bluhm.

Andreas Bluhm, PDS: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich komme auf einige Ausführungen von Herrn Rehberg, Frau Schnoor und Herrn Born gleich noch zurück, möchte aber vorher noch zwei Probleme benennen, die sich ebenfalls nicht gerade produktiv auf die Unterrichtsversorgung auswirken.

Zum einen das Problem der staatlichen Schulämter und ihre Reduzierung auf vier: Heute zeigt sich, dass durch die damals im Rahmen des Gesetzes über die kostensenkenden Strukturmaßnahmen vorgesehene oder vorgenommene Reduzierung der Schulämter zumindest das operative Reagieren auf Unterrichtsausfall erheblich eingeschränkt wurde. Die personalpolitischen Erbhöfe der kreislichen Strukturen wurden damit zwar beseitigt, aber nun sind die Wege länger geworden. Mit moderner Kommunikationstechnik allein kann eben ein Stundenausfall über diese vier großen Ämter nicht kompensiert werden. Hinzu kommt, dass auch die Bedarfsermittlung in den vier Schulämtern durch die dafür zuständigen, was den tatsächlichen Unterrichtsbedarf betrifft, sehr unterschiedlich beurteilt werden muss.

Das zweite Problem, was uns noch heftig Kopfzerbrechen bereiten wird, ist die Frage der Schulentwicklungsplanung, denn bei der ganzen Frage der Standortdiskussion ist abzusehen, dass etwa 15 Prozent einzügige Systeme entstehen werden. Ich will das hier nicht bewerten, weil es eine kommunale Aufgabe ist, die zudem mit sehr viel Emotion und politischer Brisanz verbunden ist, aber auf das Problem der Unterrichtsversorgung bezogen werden die Probleme in diesem Kreis größer werden, die gegenwärtig so wohl oft nicht gesehen werden. Es ist praktisch erwiesen, dass größere Schulen, ich habe bereits darauf verwiesen, einen Lehrerausfall besser und schneller ausgleichen können als kleinere Einheiten, insbesondere wenn es um Fachunterricht geht. Der Grund liegt natürlich in der größeren Anzahl von Fachlehrern und betrachten wir nun das Stundensoll eines Lehrers, dann muss er möglicherweise künftig an mehreren einzügigen Schulen unterrichten. Fällt dieser Lehrer aus, dann haben gleich mindestens zwei Schulen ein Problem mit fachgerechter Unterrichtsversorgung.

Hieran wird deutlich, welch enger Zusammenhang zwischen der Gewährleistung eines wohnortnahen Schulangebotes und der Sicherung der Unterrichtsversorgung und damit der Qualität besteht. Hier entsteht ein neues Problem, das zu den bestehenden hinzukommt. Einfache Lösungen wird es deswegen hier nicht geben, aber wir müssen vorab die entsprechenden Regularien finden, um mit diesem Problem auch umgehen zu können.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der PDS)

Nun zu einer Bemerkung von Frau Schnoor, dass diese Landesregierung eine Zweiklassenbildungspolitik realisiert.

(Dr. Ulrich Born, CDU: Das ist doch richtig, ne? Das ist doch richtig, oder?)

Nun, Herr Born, diese Schule, wie sie heute existiert, ist nicht ein Ergebnis von 1998/1999/2000,

(Dr. Ulrich Born, CDU: Von sieben Jahren.)

sondern ein Ergebnis zehnjähriger Entwicklung in diesem Land.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der PDS und Dr. Henning Klostermann, SPD)

Und wenn Herr Rehberg über die Qualität von Schule redet und daran allein festmacht, ob die Studierquote unter 50 Prozent im Land liegt, dann sage ich Ihnen, es liegt sowohl am Arbeitsmarkt und es liegt natürlich auch an den zurückliegenden zehn Jahren und den damit verbundenen Stundentafelkürzungen, denn, Herr Born, die Realschüler, die die Schule 1999 verlassen haben, haben seit 1989 die Schule in diesem Land besucht und 1991 den Systemwechsel von der Einheit hin zum gegliederten Schulsystem durchgemacht, die haben die Stundentafelreduzierung 1992 mitgemacht, die haben Umstrukturierungen in Größenordnungen in diesem Lande mitgemacht, die haben nicht passende Rahmenpläne mitgemacht. Und das alles sind natürlich auch Bedingungen, die sich auf zehn Jahre Schulbesuch nicht unbedingt positiv auswirken.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und PDS – Dr. Ulrich Born, CDU: Ja, ja.)

Auch das gehört der Ehrlichkeit halber dazu, auch das muss man sagen. Und wenn wir feststellen, dass 56 Prozent der Ausfälle durch Krankheit entstehen, 56 Prozent durch Krankheit, dann macht das zwei Probleme deutlich:

Erstens. Wir haben eine ungesunde Alterspyramide im Schulbereich, die auch durch Überlastung von Lehrern zu höheren Krankenständen führt.

Und zweitens. Im System von kleinen Schulen wohnortnah – was wir ja immer favorisiert haben – ist der krankheitsbedingte Ausfall größer als in Ballungsräumen. Das ist so, das muss man einfach der Ehrlichkeit halber dann auch sagen.

Also wie gesagt, meine Damen und Herren, für eine Aktuelle Stunde sicherlich ein Thema,

(Harry Glawe, CDU: Gutes Thema.)

aber sie löst das Problem nicht und wir müssen alle gemeinsam – und dazu lade ich Sie nach wie vor auch erneut wieder ein – mit den Vertretern vor Ort über die richtigen Lösungen reden, wie wir dazu kommen, Unterrichtsausfälle zu minimieren, wie wir tatsächlich dazu kommen, junge Lehrerinnen und Lehrer in diesem Land zu halten. Der einzige Weg, der dafür gangbar ist, das habe ich bereits mehrfach gesagt, ist aus unserer Sicht die entsprechende Umsetzung des bestehenden Lehrerpersonalkonzeptes mit den Tarifpartnern unter den neuen Bedingungen.

(Beifall bei Abgeordneten der PDS und einzelnen Abgeordneten der SPD)

Präsident Hinrich Kuessner: Das Wort hat die Abgeordnete Frau Polzin von der SPD-Fraktion. Bitte sehr, Frau Polzin.

(Wolfgang Riemann, CDU: Eine Frau, ein Wort. – Dr. Ulrich Born, CDU: Ein Lehrer muss doch in der Lage sein, in der vorgegebenen Zeit seine Rede zu Ende zu bringen.)

Heike Polzin, SPD: Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren,

(Harry Glawe, CDU: Aber jetzt geht's vorwärts. – Zuruf von Dr. Ulrich Born, CDU)

vor allem meine sehr geehrten Damen und Herren von der Opposition!

(Harry Glawe, CDU:
Aber jetzt vorwärts gewandt!)

Wenn Sie denn mal einen kurzen Moment von Ihrer Haut-drauf-um-jeden-Preis-Taktik abließen

(Dr. Ulrich Born, CDU: Machen wir doch nicht.)

und ein wenig Objektivität in Ihren Wahlkampfhorizont bekämen,

(Harry Glawe, CDU: Wat?)

wüssten Sie sehr wohl, dass etwas mehr nötig ist,

(Wolfgang Riemann, CDU:
Genau, etwas mehr ist nötig.)

um anhand von Statistiken gültige Aussagen zu treffen.

(Wolfgang Riemann, CDU: Etwas mehr ist nötig als das, was bisher getan wird. – Zuruf von Dr. Ulrich Born, CDU)

Vor allem, meine ich, kommt es in erster Linie darauf an, den Willen nach den richtigen Fragen zu offenbaren und auch die Zusammenhänge zu benennen. Ich möchte das ganz gern anhand etlicher Aussagen Ihrerseits mal ein bisschen untersetzen.

(Dr. Ulrich Born, CDU: Taktisch war das nicht so geschickt von Ihrem Vorredner.)

Ach, ich fand das schon motivierend für bestimmte Leute, Herr Born.

(Harry Glawe, CDU: Vorwärts gewandt sollen Sie jetzt mal 'ne Rede bringen.)

Sie stellen fest, wenn die Realschulprüfungen so schlecht ausfallen, dann liegt das daran, dass der Minister nicht imstande ist, die Unterrichtsversorgung in Ordnung zu bringen. Nun frage ich jetzt aber mal nach Zusammenhängen insgesamt. Welche Umstände beispielsweise führen dazu, dass etliche Schüler gar keinen Schulabschluss mehr bekommen, dass viele nicht mehr zur Prüfung zugelassen werden, in Mathematik versagen und so weiter?

(Heiterkeit bei Harry Glawe, CDU:
Weil die Lehrer, statt in die Schule zu gehen, hier im Landtag sitzen.)

Die Zahlen haben wir ja alle gelesen. Die Kleinen Anfragen von Herrn Caffier waren da.

(Zuruf von Dr. Ulrich Born, CDU)

Darf ich denn in diesem Zusammenhang auch mal folgende Frage stellen: Hat sich mal jemand Gedanken gemacht über individuelle Ausfallstatistiken einzelner Schüler, die sich so auf bis zu 20, 30 Tage im Jahr belaufen,

(Harry Glawe, CDU: Reden wir jetzt über Unterrichtsverweigerung oder worüber reden wir jetzt?)

die dann in zweitägigen Unpässlichkeiten verstreut dazu führen,

(Wolfgang Riemann, CDU:
Bayern führt die Schüler zu.)

dass der einzelne Schüler noch viel weniger Unterricht bekommt als das offizielle Angebot? Dieser Faktor ist nicht mehr zu verniedlichen, das kann ich Ihnen aus der Praxis sagen.

(Dr. Ulrich Born, CDU: Und woran liegt das?)

Mittlerweile kann ja auch mit jedem Attest – Attestunwesen sagen wir dazu unter Kollegen schon –

(Harry Glawe, CDU: Jetzt sind die Ärzte schuld oder was?)

jeder jederzeit fehlen. Da läppert sich mitunter ganz schön was zusammen, ganz selbstverständlich.

(Dr. Ulrich Born, CDU: Ja, woran liegt denn das? Worauf führen Sie das denn zurück? – Harry Glawe, CDU: Ach, jetzt ist die Zweiklassenmedizin schuld.)

Herr Born, ich werde mit Ihnen ganz gewiss noch mal ein Vieraugengespräch

(Dr. Ulrich Born, CDU: Ja.)

oder wie auch immer führen,

(Harry Glawe, CDU: Reden wir jetzt mal über Gutachten.)

aber lassen Sie mir jetzt einfach mal die fünf Minuten, das zu sagen, was ich gern möchte. Danke sehr.

Wir müssen also feststellen, dass die einzelne Verantwortung ja offensichtlich nach diesen Zusammenhängen null Komma nix ist.

(Harry Glawe, CDU: Wat?)

Was ist denn noch mit der Erziehung aus dem Elternhaus? Wenn man wirklich die Kurve so kurz zieht – Unterricht fällt aus, also schlechte Ergebnisse, das kann es ja wohl nicht sein. Da gibt es noch eine ganze Menge mehr Ursachen, auf die man sich mal gründlich einstellen sollte, und wer Schule kennt, der kann Ihnen auf Anhieb mindestens fünf aufzählen. Ich habe leider heute insgesamt nicht die Zeit dazu, biete mich aber gerne dazu an.

(Dr. Ulrich Born, CDU: Sie haben schon zehn Minuten, doppelt so viel wie alle anderen. Also das muss ja möglich sein.)

Die zweite Frage: Ich möchte Sie mal darauf aufmerksam machen, was hier alles so abwertend unter fachfremd erteiltem Unterricht läuft. Das ist dieses ja vielleicht nicht einmal. Ich sage jetzt bloß mal, es gab eine Zeit nach meiner Kenntnis, nämlich 1991, da hatten wir hier auf Schlag die Situation im Land, dass Sozialkunde zu hundert Prozent fachfremd erteilt wurde. Warum? Ganz klar, es gab dieses Fach vorher bei uns nicht.

(Unruhe bei Dr. Ulrich Born, CDU,
und Harry Glawe, CDU)

Die Staatsbürgerkundefachlehrer haben ihre Teilkündigung erhalten und jedermann musste sehen, wie er das nun fachlich auf die Reihe bekommt.

(Zuruf von Harry Glawe, CDU)

Und ich versichere Ihnen, meine sehr geehrten Damen und Herren, das haben die Fachlehrer sehr gut auf die Reihe bekommen.

(Beifall Heidemarie Beyer, SPD,
und Dr. Gerhard Bartels, PDS)

Ob es der Klassenleiter war, der sich ganz intensiv damit befasste und sein enges Verhältnis zur Klasse genutzt hat, um hier zu motivieren, ob es die Kollegen waren, die sich in intensiven Weiterbildungen neben ihrem Beruf kundig machten und einen ganz ausgezeichneten Unterricht erteilten, fachfremder Unterricht ist noch lange nicht sachfremd, das möchte ich wirklich hier mal deutlich sagen. Es gibt in vielen Ländern schon Überlegungen, ob man nicht grundsätzlich einfach mal sagt, der Fachlehrer unterrichtet genau in einem Fach, in dem er nicht ausgebildet ist. In Amerika gibt es da ganz tolle Ergebnisse, und zwar hervorragende. Das hat nämlich den Vorteil, dass der Lehrer, der selbst Lernender in diesem Moment ist, methodisch sehr klug und auf einem verständlichen Niveau seine Botschaften anbringen kann.

(Harry Glawe, CDU: Auf nach Amerika!)

Also kann man im Grunde auch nicht sagen, dass das nun wirklich so schlecht ist. Ich kenne ausgezeichnete Fachlehrer, die haben nicht Mathematik studiert, sind aber sehr wohl in der Lage,

(Dr. Ulrich Born, CDU: Sie machen hier so einen tollen Unterricht. Sie fehlen an der Schule. –
Harry Glawe, CDU: Sie müssen das alles mal an der Basis verkünden. –
Heiterkeit bei Lorenz Caffier, CDU)

in Hauptschulklassen einen qualifizierten Unterricht zu erteilen. Was ist also dieses Pauschalurteil? – Schall und Rauch, wenn man es einfach mal hinterfragt.

(Beifall Heidemarie Beyer, SPD –
Dr. Ulrich Born, CDU: Sehen Sie, Sie fehlen an der Schule. Bei Ihren taktischen Fähigkeiten ist das jammerschade.)

Ich kann leider nicht überall sein, Herr Kollege Born.

(Harry Glawe, CDU: Das sind ja schon strategische Dinge, die Sie vortragen. –
Heiterkeit bei Dr. Ulrich Born, CDU)

Präsident Hinrich Kuessner: Sie müssen leider das Rednerpult wieder verlassen.

Heike Polzin, SPD: Ein letztes Wort sei mir noch gestattet, weil das hier ständig von der CDU angemahnt wurde. Schauen Sie doch einfach mal rein, wie das in den anderen Bundesländern aussieht,

(Dr. Ulrich Born, CDU: Ah ja. –
Harry Glawe, CDU: Oder in Amerika.)

wie hoch die Studienquote da ist! Vielleicht liegt es ja an den Bundesländern Germany –

(Dr. Ulrich Born, CDU: Freistaat Bayern. –
Heiterkeit bei Harry Glawe, CDU)

das sage ich sicherheitshalber mal –, vielleicht liegt es auch einfach daran, dass die Anforderungen an abrufbares Wissen doch sehr vielfältig geworden sind,

(Zuruf von Wolfgang Riemann, CDU)

so dass ein Abitur einer Berufsausbildung nicht unbedingt schaden kann. – Ich bedanke mich für die Aufmerksamkeit.

(Harry Glawe, CDU: Der Minister ist begeistert.)

Meine Redezeit ist zu Ende.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD
und einzelnen Abgeordneten der PDS)

Präsident Hinrich Kuessner: Das Wort hat Herr Vierkant von der CDU-Fraktion. Bitte sehr, Herr Vierkant.

Jörg Vierkant, CDU: Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren Abgeordnete! Mein Kollege Dr. Born wies bereits auf die gesamtgesellschaftliche Komponente von Schule hin und Frau Polzin sprach auch von der Erziehung, die in ihrer Schule stattfindet. Vielleicht wähle ich auch den Einstieg zur Problematik Unterrichtsversorgung über diesen Weg und möchte also zunächst feststellen, dass gewiss Schule, Bildung nicht die massiven gesellschaftlichen Probleme insgesamt lösen kann. Die CDU hat sich immer gegen diese Auffassung gewehrt, dass Schule ein Reparaturbetrieb der Gesellschaft ist. Sie kann es nicht sein.

(Zuruf von Heike Polzin, SPD)

Aber gerade Bildungspolitiker der SPD haben immer wieder diesen Anspruch erhoben und in die Schule Erziehungsbereiche verlagert, die dort nicht hingehören. Verstehen Sie mich bitte nicht falsch, die Schule hat eine Erziehungsfunktion und wird sie auch behalten. Sie ergänzt die Erziehung im Elternhaus, das ist der feine Unterschied. Sie ersetzt die Erziehung des Elternhauses nicht, aber sie ergänzt diese. Daher zeugen Umwelterziehung, Verkehrserziehung, Sexualerziehung und vieles andere mehr von dem Anspruch der Schule, vieles von dem zu vermitteln, was eigentlich originäre Aufgabe der Eltern ist.

Wenn es um Unterrichtsversorgung geht, dann müssen wir uns auch dieser Tatsache stellen, denn viele Ressourcen werden durch die Einbeziehung solcher Erziehungsziele gebunden. Zeit, die für Wissensvermittlung, Wiederholung und Vertiefung sowie für die Aneignung von Methodenkenntnissen verloren geht. Wenn es um die Unterrichtsversorgung geht, dann müssen wir auch ganz genau prüfen, was in die Schule hineingehört und was im Sinne der eigentlichen Aufgaben wieder stärker denen übertragen werden muss, die nach dem Grundgesetz dafür zuständig sind.

Meine Damen und Herren, das Problem der Unterrichtsversorgung wird sich in Kürze dramatisch zuspitzen. Viele Lehrer spüren es in den Schulen deutlich, dass die Einführung des 13. Schuljahres rein personell zu Lasten der Haupt- und Realschulen geht. Die zusätzlichen Stunden müssen abgesichert werden, denn die Lehrkräfte, die nun zusätzlich in der 11. Klasse eingesetzt sind, fallen in der Sekundarstufe I weg und müssen kompensiert werden.

(Harry Glawe, CDU: So ist es.)

Neben dem fachfremd erteilten Unterricht, vor allem in Haupt- und Realschulen, findet wiederholt eine Verschiebung im Bildungsangebot zu Lasten der Mehrheit der Schüler statt. Nicht zu verschweigen ist die Tatsache, dass sich heute schon zahlreiche Grundschullehrer einen weiteren Job gesucht haben. In den Kollegien macht der Spruch die Runde, dass die Lehrer vormittags in der Schule unterrichten und nachmittags bei McDonalds bedienen.

(Dr. Ulrich Born, CDU: Ja.)

Wir sollten uns fragen, ob wir das gewollt haben. Herr Kauffold sagte, dass wohl 67 Lehrer in Mecklenburg-Vorpommern kündigen wollen. Die Dunkelziffer muss höher sein oder es muss zumindest eine Dunkelziffer geben, denn Folgendes stimmt mich mehr als bedenklich: Allein im Schulamtsbezirk Greifswald haben sich bis heute schon mehr als 30 junge Lehrer gemeldet, die im laufenden Schuljahr oder zum Ende dieses Schuljahres kündigen wollen. Ich frage: Wie werden die im laufenden Schuljahr ausscheidenden Lehrer ersetzt? Nach unseren Informationen gar nicht. Der Unterricht wird, wie auch immer, vertreten. Die Schüler werden beschäftigt oder der Unterricht fällt aus.

Zur Diskrepanz in der Fachlichkeit des Unterrichts kommt noch ein weiteres Problem, eigentlich sind es mehrere. Wir haben ein deutliches Stadt-Land-Gefälle zu verzeichnen. In größeren Städten, so resümieren die Schulräte unseres Landes, kann man eher von einer entspannten Situation ausgehen, in ländlichen Gegenden gibt es bei der Unterrichtsversorgung überproportional viele Probleme.

(Andreas Bluhm, PDS: Na logisch, ist doch klar.)

Dieses Gefälle berücksichtigen Ihre Statistiken ebenso wenig, sehr geehrter Herr Bildungsminister, wie die Situation an einzelnen Schulen. Mittlerweile geht Ihnen nun auch die letzte Reserve noch aus, denn bisher können die Referendare im Rahmen ihres Vorbereitungsdienstes Lückenbüßer für ausfallende Kollegen sein. Aber wenn jedes Jahr im Haupt- und Realschulbereich nur vier junge Kollegen in den Vorbereitungsdienst gehen, dann schmilzt diese strategische Reserve sehr schnell dahin und die Einschreibbezahlen in den Universitäten sprechen für diesen Trend.

Sie haben sehr viel zu tun, sehr geehrter Herr Bildungsminister, Sie haben einen Job auszufüllen, um den ich Sie nicht gerade beneide.

(Harry Glawe, CDU: Oh, oh! –

Dr. Ulrich Born, CDU: Vorsicht! Vorsicht!)

Es ist aber aus meiner Sicht an der Zeit, endlich die richtigen Prioritäten zu setzen. Die regionale Schule gehört aus meiner Sicht gewiss nicht dazu. Herr Kauffold, schaffen Sie endlich Anreize, um junge Menschen – und da stimme ich auch dem Schlusssatz von Herrn Bluhm zu – für ein Lehramtstudium zu motivieren und junge tätige Lehrer im Land zu halten. Genau das ist das entscheidende Erfordernis unserer Zeit, und nicht das Abwarten, bis der Leidensdruck an der Schule noch größer wird. – Danke schön.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU –
Andreas Bluhm, PDS: Machen wir alles gemeinsam. – Zuruf von Dr. Gerhard Bartels, PDS)

Präsident Hinrich Kuessner: Das Wort hat die Abgeordnete Frau Bretschneider von der SPD-Fraktion. Bitte sehr, Frau Bretschneider.

(Beifall Dr. Ulrich Born, CDU: Oh, jetzt! –
Kerstin Kassner, PDS: Persönlicher Fan!)

Sylvia Bretschneider, SPD: Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Herr Born, der Beifall wird Ihnen gleich vergehen,

(Dr. Ulrich Born, CDU: Nein. –
Harry Glawe, CDU: Was?)

weil ich natürlich als Erstes die Frage stellen muss, ob die CDU nicht mehr bis zehn zählen kann, denn die Schüler, die jetzt die Schule verlassen

(Wolfgang Riemann, CDU: Na, euer Harald beherrscht ja noch nicht mal die Prozentrechnung!)

und über deren Ergebnisse hier so heftig von Frau Schnoor debattiert wurde,

(Zuruf von Steffie Schnoor, CDU)

das sind genau diejenigen, Frau Schnoor und meine Damen und Herren von der CDU,

(Wolfgang Riemann, CDU: Ein Achtel ist mehr als ein Zwölftel und nicht umgekehrt. – Dr. Ulrich Born, CDU:
Zehn minus drei ist sieben.)

die die Stundentafelkürzungen im vollen Umfang abbekommen haben.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD)

Das sind die Ergebnisse Ihrer verfehlten Politik, die Sie damals betrieben haben. Und ob Sie das nun hören wollen oder nicht, es ist so.

Nun haben Sie ja auch schon zugegeben, dass Sie lange danach gesucht haben, ein Thema für diese Aktuelle Stunde zu finden, weil Ihnen inhaltlich ja auch nicht allzu viel einfällt, und haben sich deshalb den Monat Januar ausgeguckt, der ja nicht nur im Bereich der Schulen von einem besonders hohen Krankenstand geprägt ist. Und deshalb war das natürlich ein willkommener Anlass, hier noch einmal draufzuhauen.

Ich will an der Stelle noch einmal grundsätzlich betonen, dass die Probleme, die in der Schul- und Bildungspolitik anstehen, keineswegs hausgemachte sind, nur in Mecklenburg-Vorpommern, sondern sie sind bundesweit zu lösen.

(Harry Glawe, CDU: Schulen sind doch Ländersache, Frau Bretschneider.)

Und ich rede da sowohl von sinkenden Schülerzahlen als auch von überalterten Kollegen, von der Verkürzung der Schulzeit bis zum Abitur, von der Modernisierung und Qualitätsverbesserung, die sowohl in alten und neuen, in SPD- und in CDU-geführten Bundesländern Probleme darstellen und die wir zu lösen haben. Ich denke, wir sollten konstruktiv nach vorn blicken

(Harry Glawe, CDU: Genau.)

und uns diesen Aufgaben stellen.

(Harry Glawe, CDU: Richtig.)

Ich will vielleicht einige Fakten aus der Diskussion heute noch einmal zusammenfassen, weil ich denke, einigen von Ihnen muss man das auch immer wieder sagen, damit Sie es endlich begreifen: Wir liegen mit unseren Ausfallquoten im Schulbereich im Bundesdurchschnitt, und das nicht mal schlecht. Die Vorwürfe der CDU, dass hier jede zehnte Stunde ausfiele, sind nicht haltbar

(Harry Glawe, CDU: Das hat Herr Kauffold doch selbst bestätigt.)

und auch die Unterrichtsversorgung ist verbessert worden.

(Zuruf von Dr. Ulrich Born, CDU)

Und wenn die Anzahl der zur Vertretung anstehenden Stunden angestiegen ist, dann ist das nicht erfreulich,

(Harry Glawe, CDU: Dann lesen Sie mal die Pressemitteilung von Herrn Kauffold!)

aber wir haben uns dem Problem gestellt und auch auf diesem Gebiet ist ja in den letzten Jahren etwas getan worden. Wenn Lehrer krank sind, dann wird man das auch durch die unterschiedlichsten Modelle und durch die unterschiedlichsten Variationen in keinem Fall endgültig verhindern können. Wir werden immer und überall damit leben müssen, dass Menschen krank werden.

(Dr. Ulrich Born, CDU: Ja, Sie kommen aber trotzdem, Frau Bretschneider.)

Außerdem ist offensichtlich auch kein Zusammenhang herzustellen zwischen Krankenstand und Schulart und auch nicht zwischen Langzeiterkrankung und Schulart. Natürlich müssen wir an der Stelle darauf hinweisen, dass es im Lehrerberuf, weil er eben so stressig ist und weil dort mit Menschen gearbeitet wird, eine Reihe von Problemen gibt, die vielleicht in anderen Berufsgruppen nicht ganz so häufig auftreten, wie beispielsweise vermehrtes Auftreten von Burn-out-Syndromen, ebenfalls allgemeine erhöhte Krankheitsanfälligkeit und natürlich auch im Zusammenhang mit dem Alter.

Ich bin eigentlich froh, dass es durch die Maßnahmen, die wir eingeleitet haben im Land, natürlich auch hier ein paar Möglichkeiten gab, gegenzuhalten und Effekte zu erzielen, wie beispielsweise durch Altersteilzeit, dass Kollegen, wenn sie älter sind, eben nicht mehr ganz so lange vor der Klasse stehen müssen, wie das sonst notwendig wäre. Das wirkt sich positiv auf den Gesundheitszustand aus. Und natürlich gilt das ebenso für Vorruhestandsregelungen, dass Kollegen eben eher als sonst diese Möglichkeiten in Anspruch nehmen können, aus dem Bereich auszuscheiden.

Ich denke, an der Stelle sei auch noch mal darauf hingewiesen, dass natürlich das Lehrpersonal Konzept gerade im Grundschulbereich uns hier positive Effekte beschert hat, Nebeneffekte sicherlich, aber hier sind die Vertretungsregelungen längst nicht so gravierend wie in den anderen Schularten.

Wenn wir uns umschauen – und wir leben ja nicht auf einer Insel –, dann müssen wir an der Stelle auch konstatieren, dass unsere Probleme natürlich in dem Maße zunehmen werden, wie die Pensionierungswellen in den alten Bundesländern fortschreiten, und das wird in den nächsten Jahren massiv der Fall sein. Wir haben eben leider auch aufgrund dieser Situation schon jetzt das Problem, dass die Stellen nicht so besetzt werden können und dass es Auswirkungen auf den Vertretungsunterricht gibt. Ich will aber an dieser Stelle auch noch mal ein paar Zahlen nennen, die deutlich machen, dass Mecklenburg-Vorpommern keineswegs allein steht mit dem Problem der offenen Stellen. Wir haben in unserem Land wie gesagt 170 davon, meine Damen und Herren,

(Dr. Ulrich Born, CDU: Das werden aber mehr.)

und in Bayern und in Baden-Württemberg sind es jeweils 3.500 –

(Dr. Ulrich Born, CDU: Ja, die sind ja auch ein bisschen größer.)

also keineswegs ein Problem, mit dem wir alleine sind.

Ja, ich sehe schon die rote Lampe.

(Dr. Ulrich Born, CDU: Sie hat aber so viel gehustet und das waren dann so lange Pausen. – Zuruf von Harry Glawe, CDU)

Ich will dann auch zum Schluss meiner Rede nur noch mal sagen, es ist zu dieser Problematik hier sehr umfangreich ausgeholt worden. Wir werden das Problem im Auge behalten und daran arbeiten, aber geeignet, damit Politik zu machen auf dem Rücken der Betroffenen, ist dieses Thema bei weitem nicht.

(Dr. Ulrich Born, CDU: Richtig, richtig. Ja, das stimmt.)

Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD – Harry Glawe, CDU: Ja, das war gut.)

Präsident Hinrich Kuessner: Ich schließe die Aussprache.

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 2:** Zweite Lesung und Schlussabstimmung des Gesetzentwurfes der Landesregierung – Entwurf eines Gesetzes zur Zustimmung zum Staatsvertrag zwischen dem Land Mecklenburg-Vorpommern und dem Land Nordrhein-Westfalen über die Zugehörigkeit der Wirtschaftsprüfer und der vereidigten Buchprüfer des Landes Mecklenburg-Vorpommern zum Versorgungswerk der Wirtschaftsprüfer und vereidigten Buchprüfer im Lande Nordrhein-Westfalen, auf Drucksache 3/1521, hierzu Beschlussempfehlung und Bericht des Finanzausschusses auf Drucksache 3/1835.

**Gesetzentwurf der Landesregierung:
Entwurf eines Gesetzes zur Zustimmung zum Staatsvertrag zwischen dem Land Mecklenburg-Vorpommern und dem Land Nordrhein-Westfalen über die Zugehörigkeit der Wirtschaftsprüfer und der vereidigten Buchprüfer des Landes Mecklenburg-Vorpommern zum Versorgungswerk der Wirtschaftsprüfer und vereidigten Buchprüfer im Lande Nordrhein-Westfalen (Wirtschaftsprüferversorgungsgesetz – WVZG M-V -)**
(Zweite Lesung und Schlussabstimmung)
– Drucksache 3/1521 –

Beschlussempfehlung und Bericht des Finanzausschusses
– Drucksache 3/1835 –

Das Wort zur Berichterstattung wird nicht gewünscht.

Im Ältestenrat ist vereinbart worden, eine Aussprache nicht vorzusehen. Ich sehe und höre keinen Widerspruch, dann ist es so beschlossen.

Wir kommen zur Einzelabstimmung über den von der Landesregierung eingebrachten Entwurf eines Gesetzes auf Drucksache 3/1521. Der Finanzausschuss empfiehlt in seiner Beschlussempfehlung auf Drucksache 3/1835, den Gesetzentwurf der Landesregierung auf Drucksache 3/1521 unverändert anzunehmen.

Wir kommen zur Einzelabstimmung.

Ich rufe auf Artikel 1 und 2 sowie die Überschrift in der Fassung des Gesetzentwurfes der Landesregierung auf Drucksache 3/1521. Wer dem zustimmen wünscht, den bitte ich um ein Handzeichen. – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Damit sind die Artikel 1 und 2 sowie die Überschrift

in der Fassung des Gesetzentwurfes der Landesregierung auf Drucksache 3/1521 einstimmig angenommen.

Wir kommen zur Schlussabstimmung.

Wer dem Gesetzentwurf im Ganzen in der Fassung des Gesetzentwurfes der Landesregierung auf Drucksache 3/1521 zuzustimmen wünscht, den bitte ich um ein Handzeichen. – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Damit ist dieser Gesetzentwurf auf Drucksache 3/1521 einstimmig angenommen.

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 3**: Erste Lesung des Gesetzentwurfes der Landesregierung – Entwurf eines Gesetzes zur Änderung besoldungsrechtlicher Vorschriften, auf Drucksache 3/1805.

**Gesetzentwurf der Landesregierung:
Entwurf eines Gesetzes zur Änderung
besoldungsrechtlicher Vorschriften**
(Erste Lesung)

– **Drucksache 3/1805** –

Das Wort zur Einbringung hat die Finanzministerin Frau Keler. Bitte sehr, Frau Ministerin.

Ministerin Sigrid Keler: Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren Abgeordnete! Um Missverständnissen gleich vorzubeugen, mit diesem Gesetzentwurf beabsichtigt die Landesregierung keine grundlegenden Reformen für unsere Beamten geltenden Bezahlsregelungen. Für eine solche Reform ist der Bund zuständig und wie uns bekannt ist, wird dort gegenwärtig auch an diesem Thema intensiv gearbeitet. Unabhängig davon sind die Länder jedoch ermächtigt und auch verpflichtet, in Bereichen, in denen länderspezifische Regelungen erforderlich sind, eigene Besoldungsvorschriften zu erlassen. Aus diesem Grunde ist 1993 unser Landesbesoldungsgesetz verabschiedet worden und inzwischen schon mehrfach novelliert.

Da sich mittlerweile eine Reihe von Veränderungen durch die Neuorganisation beziehungsweise Zusammenlegung von Landesbehörden ergeben haben, ist nun eine erneute Änderung des Landesbesoldungsgesetzes notwendig geworden. So sieht der Gesetzentwurf vor, dass einige Amtsbezeichnungen neu ausgebracht und andere redaktionell angepasst oder gestrichen werden, weil Dienststellen aufgelöst oder in andere Behörden eingegliedert wurden. Ein Beispiel ist das Lehrprüfungsamt, dessen Aufgaben in das Landesinstitut für Schule und Ausbildung überführt wurden. Gleichzeitig wurde eine Neubewertung beziehungsweise Herabstufung von Ämtern vorgenommen, zum Beispiel beim Amt des Direktors des Landesamtes für Asyl- und Flüchtlingsangelegenheiten. Außerdem haben wir Vorsorge für den Fall getroffen, dass die bisher bundesrechtlich geregelten Ämter unserer Staatssekretäre bei Außer-Kraft-Treten der Bundesregelung landesrechtlich gesichert sind.

Darüber hinaus mussten nach der Änderung von Bundesrecht einige der entsprechenden landesrechtlichen Vorschriften angepasst werden. So wird bei der Gewährung von Aufwandsentschädigungen nach dem Landesbesoldungsgesetz künftig ein strengerer Maßstab angelegt. Zudem ist die derzeitige Einstufung der Fachlehrer ohne Fachschulabschluss oder Ingenieurprüfung zu korrigieren. Aus Gründen der Rechtssicherheit beinhaltet der Gesetzentwurf zudem eine Ermächtigung für die Landesregierung, die Zuständigkeit insbesondere für die Rückforderung von Zahlungen an die Beamten aufgrund

von Landesrecht, zum Beispiel Umzugskosten, Trennungsgeld und Beihilfen, durch Rechtsverordnung festzulegen.

Der Gesetzentwurf ist mit den Berufs- und Kommunalverbänden sowie mit dem Bund und den Ländern abgestimmt worden. Soweit sinnvoll, wurden Anregungen und Vorschläge aufgegriffen und eingearbeitet.

Ich denke, Details sollten in den Ausschussberatungen erörtert werden, und ich bitte um eine möglichst zügige Verabschiedung. – Herzlichen Dank fürs Zuhören.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten
der SPD und Johann Scheringer, PDS)

Präsident Hinrich Kuessner: Im Ältestenrat wurde eine Aussprache mit einer Redezeit von bis zu fünf Minuten für jede Fraktion vereinbart. Ich sehe und höre keinen Widerspruch, dann ist es so beschlossen.

Ich eröffne die Aussprache.

Das Wort hat Herr Nolte von der CDU-Fraktion. Bitte sehr, Herr Nolte.

Georg Nolte, CDU: Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Mit dem vorgelegten Gesetz wird eine etwas trockene, unspektakuläre Materie behandelt, die aber trotzdem in einigen Details von uns angesprochen werden muss.

Zunächst ist es völlig normal, dass bei Organisationsänderungen wie in den angesprochenen Fällen die Konsequenzen im Landesbesoldungsgesetz gezogen werden müssen. Die Frage, die sich jedoch ergibt, ist, mit welcher Zeitnähe sind solche Korrekturen erforderlich, um Rechtssicherheit herzustellen. So wurde, wie Sie der Gesetzesbegründung entnehmen können, das Landestierzuchtamt bereits 1995 aufgelöst. Andere Strukturänderungen traten erst später, zum Beispiel 1998 oder 1999 ein. Ich halte zumindest eine Verständigung darüber für sinnvoll, mit welcher Zeitnähe auf Strukturveränderungen dann auch im Landesbesoldungsgesetz zu reagieren ist.

Zweitens möchte ich die Zuständigkeitsregelung laut Paragraph 7, hier Artikel 1 Ziffer 4, des Gesetzentwurfes ansprechen. Es ist schon gut und richtig, eine Zuständigkeitsregelung, wie hier genannt, zu treffen. Allerdings ist hier die Landesregierung bisher nicht regelnd aktiv geworden. Das heißt im Klartext, es fehlte bisher an einer klarstellenden Verordnung. Erst infolge der Feststellung des Verwaltungsgerichtes Schwerin im Jahr 1999 ist die Landesregierung aktiv geworden und hat die erforderliche Rechtssicherheit hergestellt, die in der oben genannten Passage wiedergegeben wird.

Als Drittes möchte ich die Ziffer 7 des Artikels 1 ansprechen. Unter den Buchstaben e) und f) wird die Ausweisung der Staatssekretäre in den Besoldungsgruppen B 9 und B 10 angesprochen. Die Begründung macht deutlich, dass in der zweiten Besoldungsübergangsverordnung des Bundes diese Fälle geregelt sind, aber für den Fall des Außer-Kraft-Tretens dieser Bundesregelung Vorsorge getroffen wurde im Landesrecht.

Genau in diesem Punkt muss ich für die Opposition auf die bereits politisch diskutierte Ausbringung einer Planstelle B 10 für den Chef der Staatskanzlei aufmerksam machen. Schon während der Haushaltsberatungen und bei der Beschlussfassung über das Haushaltsgesetz hat meine Fraktion ihre ablehnende Haltung zu dieser Einstu-

fung deutlich gemacht. Es scheint uns auch heute geboten, nochmals auf diese Argumente hinzuweisen. Es war bisher Praxis, nur beim ersten Amtsinhaber wegen der Aufbauproblematik eine bevorzugte Einstufung vorzunehmen. In einer Reihe von Fällen wurde für den folgenden Amtsinhaber eine tiefere Einstufung vorgenommen. Es widerspricht dieser Logik und der bisherigen Praxis, den dritten Amtsinhaber mit einer höheren Einstufung auszustatten. Es sprechen auch Sachargumente wie gesunkene Einwohnerzahl, gesunkener Personalbestand der Landesverwaltung, konzentriertere Behördenstruktur und gewachsene Aufgabenroutine gegen die von der Koalition beschlossene höhere Einstufung des Chefs der Staatskanzlei in die Besoldungsgruppe B 10.

Die Opposition sieht sich veranlasst, aus den angeführten Gründen diese Einstufung abzulehnen. Es hat den Anschein, dass die Gesetzesvorlage insgesamt zum jetzigen Zeitpunkt nur veranlasst wurde, um die Planstelle des Chefs der Staatskanzlei auch durch Landesrecht zu untersetzen. Anders ist nicht zu erklären, warum nicht bereits zu einem früheren Zeitpunkt alle notwendigen Korrekturen infolge eingetretener Strukturveränderungen vorgenommen wurden. Insofern betrachtet meine Fraktion dieses Gesetz nicht als Formalie, sondern als ein Gesetz, an dem auch politisch die erwähnte Kritik anzubringen ist. – Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Präsident Hinrich Kuessner: Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Ich schließe die Aussprache.

Der Ältestenrat schlägt vor, den Gesetzentwurf der Landesregierung auf Drucksache 3/1805 zur federführenden Beratung an den Finanzausschuss und zur Mitberatung an den Innenausschuss, an den Ausschuss für Bildung, Wissenschaft und Kultur, an den Landwirtschaftsausschuss sowie an den Umweltausschuss zu überweisen. Wer stimmt für diesen Überweisungsvorschlag? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Damit ist dieser Überweisungsvorschlag einstimmig angenommen.

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 4:** Beschlussempfehlung und Bericht des Petitionsausschusses gemäß § 10 Absatz 2 des Gesetzes zur Behandlung von Vorschlägen, Bitten und Beschwerden der Bürger sowie über den Bürgerbeauftragten des Landes Mecklenburg-Vorpommern, auf Drucksache 3/1828.

Beschlussempfehlung und Bericht des Petitionsausschusses gemäß § 10 Absatz 2 des Gesetzes zur Behandlung von Vorschlägen, Bitten und Beschwerden der Bürger sowie über den Bürgerbeauftragten des Landes Mecklenburg-Vorpommern (Petitions- und Bürgerbeauftragtengesetz – PetBüG M-V) – Drucksache 3/1828 –

Das Wort zur Berichterstattung wird nicht gewünscht.

Im Ältestenrat wurde eine Aussprache mit einer Redezeit von bis zu fünf Minuten für jede Fraktion vereinbart. Ich sehe und höre keinen Widerspruch, dann ist das beschlossen.

Ich eröffne die Aussprache.

Das Wort hat der Abgeordnete Herr Nitz von der CDU-Fraktion. Bitte sehr, Herr Nitz.

Thomas Nitz, CDU: Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich habe vorhin erfahren, dass ich

zu der Thematik alleine sprechen werde. Ich finde das eigentlich sehr schade, denn wenn man wahrgenommen werden will, muss man sich auch bemerkbar machen. Und wenn man diesem Petitionsausschuss mehr Gewicht verleihen will, dann ist das ganz bestimmt auch kein Selbstzweck.

Ich will mich aber dennoch kurz fassen, lasse mal einiges weg und möchte nur auf eine Sache hinweisen, die aus unserer Sicht so nicht weitergehen kann. Wenn Bürger Petitionen an uns richten, dann waren sie in der Regel schon überall. Es macht aus unserer Sicht und auch aus unserer Erfahrung wenig Sinn, die Verwaltungsmeinung in mehreren Ebenen x-fach zu wiederholen. Wenn also die Petenten nicht die Möglichkeit haben, bei bestimmten Petitionen, wo sich das anbietet, Aussagen richtig zu stellen, auf neue Gesichtspunkte, die sich in der Diskussion möglicherweise vielfach auch ergeben, zu reagieren, wird man oftmals ein einseitiges Bild erhalten. Um jetzt nicht falsch verstanden zu werden, schriftliche Rückäußerungen sind ja immer möglich, nachdem der Petitionsausschuss so oder so oder so entschieden hat. Nur, das Bild, was man in der Diskussion erhält, mit einer schriftlichen Rückäußerung einer einzelnen Person zu korrigieren, das gelingt meistens nicht. Die Auswahl der Petenten, die man einlädt, wo sich das als geboten zeigt, zu treffen, das ist unsere Berufskunst, liebe Kollegen. Und das heißt für mich, auch im Zweifelsfall immer zu Gunsten des Petenten zu entscheiden.

Noch eins: In der Regel scheuen die Petenten die Auseinandersetzung auch persönlich nicht, sonst hätten sie wahrscheinlich auch gar keine Petition geschrieben. Also sie bedürfen aus meiner Sicht auch keiner vordergründigen Fürsorge.

Präsident Hinrich Kuessner: Erlauben Sie eine Zwischenfrage?

Thomas Nitz, CDU: Ja.

Präsident Hinrich Kuessner: Bitte sehr, Frau Mahr.

Beate Mahr, SPD: Herr Nitz, hatten Sie im Petitionsausschuss nicht auch den Eindruck, wenn wir Petenten eingeladen haben, dass das für diese Damen und Herren eine große psychische Belastung war und sie sich eigentlich besser geäußert haben, wenn ihr Anliegen schriftlich zu uns kam?

Präsident Hinrich Kuessner: Bitte sehr, Herr Nitz.

Thomas Nitz, CDU: Ja, den Eindruck hatte ich durchaus in einigen Fällen. Nur wird man, ohne dass man sich auch der Rede und Gegenrede stellt, wenig erreichen. Und das wissen auch die Petenten in aller Regel. Ich denke mal, so manchem kann man auch die persönliche Auseinandersetzung nicht ersparen. Das kann doch nicht das Ziel sein. Ich habe gesagt, unsere Berufskunst ist es, die Petitionen auszuwählen. Wenn wir dort jemanden haben, der ein gewisses Alter erreicht hat, möglicherweise sehr krank ist, das ergibt sich ja aus den Unterlagen, und die Petition hat aufgrund mehrfacher Rechtsprechung und, und, und keine Aussicht auf Erfolg, ja dann, in dem Fall würde ich auch Abstand nehmen von einer Beteiligung des Petenten im Verfahren. Aber es gibt durchaus Petitionen, die sind von der Darstellung und von der Sichtweise so verschieden und unterschiedlich, dass man aus meiner Sicht der Wahrheit überhaupt nur nahe kommen kann, wenn man den Petenten mit einlädt oder die Petenten und die Verfahrensbeteiligten, das sind ja

manchmal noch ganz andere Institutionen, um zu einem runden Bild zu kommen.

Was war der zweite Teil der Frage? Das hatte ich jetzt vergessen.

Beate Mahr, SPD: Das war die Frage schon. Ich danke Ihnen.

Thomas Nitz, CDU: Okay.

Ja also, wir sagen immer, wir sollen die Menschen motivieren, dass sie für ihre eigenen Rechte auch persönlich eintreten. Doch dann ist es meiner Meinung nach widersinnig, wenn man sie nicht vorlässt.

Das war eigentlich schon alles, das wollte ich nur loswerden. Nur noch eine Bemerkung: Wir können weiter Coca-Cola aus Stralsund trinken. – Im doppelten Sinne Danke!

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten
der SPD, Torsten Koplín, PDS,
und Johann Scheringer, PDS)

Präsident Hinrich Kuessner: Es ist an und für sich nicht üblich, dass Sie hier Reklame aussprechen.

Ich schließe die Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung.

Der Petitionsausschuss empfiehlt in Ziffer 1 seiner Beschlussempfehlung, die in der Sammelübersicht aufgeführten Petitionen entsprechend den Empfehlungen des Petitionsausschusses abzuschließen. Wer der Ziffer 1 der Beschlussempfehlung zuzustimmen wünscht, den bitte ich um ein Handzeichen. – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Damit ist die Ziffer 1 der Beschlussempfehlung des Petitionsausschusses auf Drucksache 3/1828 mit den Stimmen der SPD- und PDS-Fraktion sowie zwei Stimmen der CDU-Fraktion und drei Stimmenthaltungen der CDU-Fraktion angenommen.

Wer der Ziffer 2 der Beschlussempfehlung zuzustimmen wünscht, den bitte ich um ein Handzeichen. – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Damit ist die Ziffer 2 der Beschlussempfehlung des Petitionsausschusses auf Drucksache 3/1828 mit den Stimmen der SPD- und PDS-Fraktion bei Stimmenthaltung der CDU-Fraktion angenommen.

Meine Damen und Herren, wir treten nun in die Mittagspause ein. Die Sitzung wird um 13.00 Uhr fortgesetzt.

Unterbrechung: 11.55 Uhr

Wiederbeginn: 13.02 Uhr

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Meine Damen und Herren, die unterbrochene Sitzung ist wieder eröffnet.

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 5**: Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Justiz, Bundes- und Europaangelegenheiten, Verfassung, Geschäftsordnung, Wahlprüfung und Immunitätsangelegenheiten gemäß § 32 Absatz 2 der Geschäftsordnung des Landtages – Stellungnahme zu dem Verfahren vor dem Landesverfassungsgericht Mecklenburg-Vorpommern mit dem Aktenzeichen LVerfG 2/00 – Organstreitverfahren wegen Verletzung von verfassungsrechtlichen und geschäftsordnungsmäßigen Rechten einer Minderheit im Landtag, Drucksache 3/1838. Auf Drucksache

3/1867 liegt Ihnen ein Änderungsantrag der Fraktion der CDU vor.

Der ursprünglich von der Fraktion der CDU gestellte Antrag „Organstreitverfahren wegen Verletzung von verfassungsrechtlichen und geschäftsordnungsmäßigen Rechten einer Minderheit im Landtag – LVerfG 2/00“, Drucksache 3/1823, wurde, wie bereits zu Beginn der heutigen Landtagssitzung erwähnt, zwischenzeitlich zurückgezogen.

Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Justiz, Bundes- und Europaangelegenheiten, Verfassung, Geschäftsordnung, Wahlprüfung und Immunitätsangelegenheiten (Rechtsausschuss) gemäß § 32 Absatz 2 der Geschäftsordnung des Landtages: Stellungnahme zu dem Verfahren vor dem Landesverfassungsgericht Mecklenburg-Vorpommern mit dem Aktenzeichen LVerfG 2/00 Organstreitverfahren wegen Verletzung von verfassungsrechtlichen und geschäftsordnungsmäßigen Rechten einer Minderheit im Landtag – Drucksache 3/1838 –

Änderungsantrag der Fraktion der CDU – Drucksache 3/1867 –

Das Wort zur Berichterstattung hat der Abgeordnete Herr Kreuzer von der Fraktion der PDS.

Der Berichterstatter ist der Vorsitzende des Rechtsausschusses.

Götz Kreuzer, PDS: Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Zum vierten Male in dieser Legislaturperiode unterbreitet Ihnen der Rechtsausschuss als Verfassungsausschuss einen Vorschlag, in welchem Sinne der Landtag Mecklenburg-Vorpommern Stellung zu einem Verfahren vor dem Landesverfassungsgericht nehmen soll.

Erlauben Sie mir, dass ich kurz zum Verfahren im Rechtsausschuss Stellung nehme, ohne hier auf eine inhaltliche Erörterung des Verfahrens eingehen zu wollen. Ich denke, das wird in der nachfolgenden Aussprache durch die Standpunkte der Fraktionen ohnehin deutlich werden.

Die Beratungen im Ausschuss waren dadurch gekennzeichnet, dass im Unterschied zu den vorherigen Verfahren hier mit der Antragstellerin, der CDU-Fraktion, und faktisch stellvertretend für den Landtag als Antragsgegner mit den Fraktionen der SPD und PDS die Streitparteien sozusagen an einem gemeinsamen Tisch saßen, um in dem Organstreitverfahren wegen Verletzung von verfassungsrechtlichen und geschäftsordnungsmäßigen Rechten einer Minderheit im Landtag zu einer Beschlussempfehlung im Rechtsausschuss zu kommen. In zwei Sitzungen hat der Rechtsausschuss das Verfahren beraten und ist schnell vor dem Hintergrund, dass das Landesverfassungsgericht dem Landtag ursprünglich eine Frist bis zum heutigen Tage gesetzt hat, eine Stellungnahme abgeben zu können, zu dem Ihnen hier vorliegenden Ergebnis gekommen.

Da die Standpunkte der Parteien hinsichtlich der Wahl des Vorsitzenden der Enquetekommission feststehen – also die CDU-Fraktion hat ja in einer gut 130 Seiten umfassenden Stellungnahme ihre Argumente vortragen

lassen und die Koalitionsfraktionen gehen von der rechtlichen Zulässigkeit der Wahl der Vorsitzenden aus –, haben die Fraktionen im Ausschuss darauf verzichtet, nochmals ihre gesamten Argumente vorzutragen. Sie haben lediglich ihre Anträge gestellt, wobei natürlich der Antrag der CDU-Fraktion, dass dem Begehren des Klägers zu folgen sei, mehrheitlich abgelehnt und der Antrag der Koalitionsfraktionen mehrheitlich angenommen worden ist, so dass nunmehr der Präsident gebeten werden kann und hiermit auch gebeten wird, einen Prozessbevollmächtigten zu beauftragen, der die Interessen des Landtages in diesem Verfahren wahrnimmt. Da das Landesverfassungsgericht die Fristabgabe einer Stellungnahme verlängert hat, hat dieser nunmehr bis zum 14. März dieses Jahres Gelegenheit, in einer Stellungnahme die rechtliche Zulässigkeit der Wahl der Vorsitzenden der Enquetekommission darzulegen. In diesem Sinne bitte ich Sie um Zustimmung zur vorliegenden Beschlussempfehlung. – Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall Siegfried Friese, SPD,
und Dr. Gerhard Bartels, PDS)

Vizepräsidentin Renate Holznapel: Danke, Herr Kreuzer.

Im Ältestenrat wurde eine Aussprache mit einer Dauer von 60 Minuten vereinbart. Ich sehe und höre keinen Widerspruch, dann ist es so beschlossen.

Ich eröffne die Aussprache.

Das Wort hat der Abgeordnete Herr Dr. Born von der Fraktion der CDU.

Dr. Ulrich Born, CDU: Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Sie haben eben die Beschlussempfehlung und den Bericht des Vorsitzenden des Rechtsausschusses gehört. Natürlich müssen wir, damit meine ich die CDU-Fraktion, dazu etwas mehr sagen, nicht zuletzt deshalb, weil wir die Antragsteller in dem Verfahren sind, aber vor allem deshalb, weil es um unsere verfassungsmäßigen und geschäftsordnungsmäßigen Rechte geht, die nach unserer Überzeugung verletzt worden sind.

Ich weiß nicht, ob sich alle Abgeordneten der Mühe unterzogen haben, die Antragsschrift meiner Fraktion durcharbeiten, zu der der Landtag gegenüber dem Verfassungsgericht eine Stellungnahme abzugeben hat. Wenn nicht, so ist dies schade, zumal die Antragsschrift, gemessen an sonstigen juristischen Texten, durchaus auch für Nichtjuristen lesbar und lesenswert ist.

(Reinhard Dankert, SPD: Das stimmt.)

Im Kern der Auseinandersetzung geht es um die Verletzung von Minderheitenrechten. Und ich zitiere den Kollegen Heinz Müller aus der konstituierenden Sitzung der Enquetekommission, in der er sagte: „jede Mehrheit tut gut daran, Minderheiten zu schützen, man weiß ja nie, was kommt, und man kann selbst in diese Rolle wieder hineingeraten.“

(Siegfried Friese, SPD: Sehr wahr. –
Gerd Böttger, PDS: So allgemein richtig.)

Dem stimmen wir voll zu, Herr Kollege Müller.

Ich will hier jetzt nicht den Schriftsatz unseres Verfahrensbevollmächtigten vorlesen, obwohl dessen Qualität es eigentlich verdient hätte. Aber Sie haben ja gehört, 120 Seiten. Ich möchte Ihnen vielmehr verdeutlichen,

worum es uns in der Sache geht, warum wir erst den einen Antrag gestellt, diesen dann zurückgezogen und nun den Änderungsantrag gestellt haben und warum der Landtag nach unserer Überzeugung der Rechtsauffassung der CDU-Fraktion im Ergebnis folgen sollte.

Der nun zurückgezogene Antrag war zweifellos notwendig, um der vom Verfassungsgericht gesetzten Frist zur Abgabe der Stellungnahme Folge leisten zu können, auch wenn vom Antragsgegner zu 2., dem Landtagspräsidenten, Verlängerung der Einlassungsfrist beantragt wurde. Auch wenn Sie es, verehrte Damen und Herren von der Koalition, hier nicht unbedingt zugeben werden, ich bin mir ziemlich sicher, dass sich ohne den Antrag der CDU-Fraktion der Rechtsausschuss in der Sache noch nicht abschließend zu dem Organstreitverfahren geäußert hätte, geschweige die Beschlussempfehlung und den Bericht ins Plenum eingebracht hätte.

Fast hätte dieser zurückgezogene Antrag seinerseits noch für eine Streitigkeit verfassungsrechtlicher Art gesorgt. Wir haben ihn aber zurückgezogen, weil er sich mit der nun erfolgten Abgabe der Beschlussempfehlung durch den Rechtsausschuss mindestens im ersten Punkt schlichtweg erledigt hat. Die Diskussion über die Zulässigkeit des Antrags im Übrigen will ich jetzt nicht erneut entfachen, obwohl sie an und für sich wegen der unzutreffenden, nach unserer Meinung, unzutreffenden abweichenden Auffassungen der Abgeordneten der Koalitionsfraktionen im Rechtsausschuss vielleicht angebracht wäre. Das würde uns aber von der vorliegenden Fragestellung einfach zu weit entfernen.

Deshalb schlicht nur so viel: Paragraph 32 unserer Geschäftsordnung regelt, dass Verfassungsklagen mit der Gelegenheit zur Stellungnahme vom Präsidenten direkt dem für Verfassungsfragen zuständigen Rechtsausschuss zugewiesen werden. Dabei handelt es sich um eine reine Zweckmäßigekeitsregelung, um sicherzustellen, dass der Aufforderung zur Stellungnahme durch das Verfassungsgericht angesichts unseres etwas schwerfälligen Parlamentsbetriebs und dem Respekt vor dem obersten Gericht entsprechend rechtzeitig entsprochen werden kann. Selbstverständlich kann der Landtag als Ganzes – der Rechtsausschuss stellt ja lediglich nur eine, wenn auch nicht ganz unwesentliche, Teilmenge hiervon dar – jederzeit auf die ansonsten vom Rechtsausschuss zu liefernde Beschlussempfehlung verzichten und die Sache selbst an sich ziehen.

Der Ihnen nun vorliegende Änderungsantrag muss von der CDU-Fraktion schon deshalb gestellt werden, weil wir einerseits natürlich die der Beschlussempfehlung des Rechtsausschusses zugrunde liegende Rechtsauffassung für falsch halten. Andererseits muss die Beschlussempfehlung des Rechtsausschusses aber abgeändert werden, weil sie formell nicht korrekt und unvollständig ist.

(Peter Ritter, PDS: Das war doch nicht etwa Kritik an deiner Arbeit jetzt?!)

Die Beschlussempfehlung lautet:

„Der Landtag möge beschließen:

1. Der Landtag wird zu dem Verfahren vor dem Landesverfassungsgericht – LVerfG 2/00 – eine Stellungnahme abgeben, in der die rechtliche Zulässigkeit der Wahl der Vorsitzenden der Enquetekommission ‚Zukunftsfähige Gemeinden und Gemeindestrukturen in Mecklenburg-Vorpommern‘ dargelegt wird.

2. Der Präsident des Landtages von Mecklenburg-Vorpommern wird gebeten, einen Prozessbevollmächtigten mit der Wahrnehmung der Interessen des Landtages in dem Verfahren – LVerfG 2/00 – vor dem Landesverfassungsgericht zu beauftragen.“

Mehr ist in der Beschlussempfehlung des Rechtsausschusses nicht zu lesen.

Meine Damen und Herren, der Verfahrensgegenstand vor dem Verfassungsgericht wird allein und ausschließlich bestimmt durch die Anträge. Insofern ist es doch notwendig, einen Blick in die Antragsschrift zu werfen. Dort sind nämlich zwei Anträge formuliert, wobei der erste Antrag wiederum zwei Begehren der Klägerin enthält, nämlich zum einen die Feststellung, dass der Landtag durch die Delegation der Geschäftswaltung auf die Enquetekommission die CDU-Fraktion in ihrem Recht auf Teilhabe an der Geschäftswaltung verletzt hat, und zum anderen die Feststellung, dass der Landtag zugleich durch dieselbe Maßnahme das der CDU-Fraktion geschäftswaltungsmäßig zustehende Zugriffsrecht auf den Vorsitz der Enquetekommission willkürlich gefährdet und damit das der CDU-Fraktion als parlamentarische Opposition zustehende Verfassungsrecht auf politische Chancengleichheit verletzt hat.

Mit dem zweiten Verfahrensantrag möchten wir festgestellt haben, dass der Landtagspräsident unter Verstoß gegen den Verfassungsrechtsgrundsatz der Fairness und Loyalität in der Handhabung der Geschäftswaltung dadurch, dass er in der konstituierenden Sitzung der Enquetekommission statt im Wege des Zugriffs der CDU-Fraktion die Bestimmung des Vorsitzenden durch eine Wahl ermöglicht hat, das verfassungsmäßige Recht der CDU-Fraktion auf politische Chancengleichheit und auf selbständige Mitwirkung an der parlamentarischen Willensbildung verletzt hat.

Zumindest zu der Frage, ob durch die Delegation der Geschäftswaltung auf die Enquetekommission das Recht der CDU-Fraktion auf Teilhabe an der Geschäftswaltung verletzt wurde, enthält die Beschlussempfehlung des Rechtsausschusses keine Ausführungen. Der Landtag muss sich in diesem Punkt also eine eigene Meinung bilden. Schon deshalb bedarf es also unseres Änderungsantrages. Denn wenn der Landtag einfach der Beschlussempfehlung des Rechtsausschusses folgen würde, würde zu diesem Punkt eine Stellungnahme des Landtags gerade fehlen.

(Götz Kreuzer, PDS: Nein, zwei erfüllen eins. Insofern ist doch die Technologie des Beschlusses schlüssig, Herr Born.)

Herr Vorsitzender des Rechtsausschusses, Sie sind da anderer Auffassung, das weiß ich.

Nun, eigentlich könnte die CDU-Fraktion das ja ausnutzen. Vielleicht hätten wir in irgendeiner Form einen Vorteil davon. Es geht uns hier aber um die Sache und nicht zuletzt auch um den Rechtsfrieden. Deshalb möchten wir unsere Rechtsauffassungen in allen Punkten vor dem Parlament darlegen.

Zum ersten Verfahrensantrag und damit zu der von der CDU-Fraktion gerügten Verletzung des Rechts Teilhabe an der Geschäftswaltung durch den Einsetzungsbeschluss:

Selbstverständlich hat die CDU-Fraktion von Anfang an gesagt, dass die Befugnis in Ziffer 6.5 der Beschlussempfehlung des Innenausschusses – die Grundlage für den Einsetzungsbeschluss war und nach der die Enquetekommission das Recht erhalten sollte, ihre Geschäftswaltung ohne Zustimmung des Landtages selbst zu verändern – erheblichen rechtlichen Bedenken begegnet.

Und, Herr Kollege Müller, wenn Sie uns Ihre Argumente aus der konstituierenden Sitzung der Enquetekommission hier quasi wieder – mehr oder weniger gebetsmühlenartig, ich bitte das nicht persönlich zu nehmen –

(Heiterkeit bei Heinz Müller, SPD: Ohoh!)

entgegenhalten wollen, die CDU hat in der Innenausschusssitzung wiederholt darauf hingewiesen, dass bei einer eigenständigen Abänderung der Enquetekommissionsgeschäftswaltung und damit bei einem Abweichen von der Landtagsgeschäftswaltung eine rechtsförmige Grundlage geschaffen werden müsse, auch in der anschließenden Landtagsdebatte am 13. Juli 2000 – Sie werden sich erinnern – hat die CDU sich von diesem Standpunkt nicht gelöst. Wir haben deshalb der Einsetzung der Enquetekommission auf der Grundlage der Beschlussempfehlung des Innenausschusses auch nicht unsere Zustimmung hier im Landtag gegeben. Ein Dagegenstimmen kam aber aus politischen Gründen nicht in Frage, weil auch wir eine Enquetekommission inhaltlich für sinnvoll hielten. Deshalb haben wir uns seinerzeit der Stimme enthalten.

Nun, damals waren wir durchaus Ihnen gegenüber auch noch etwas gutgläubig – warum sollten wir Ihnen von vornherein Böses unterstellen? – und hätten nicht vermutet, dass Minderheitenrechte tatsächlich ausgeschaltet werden würden. Beteuerungen Ihrerseits, dies nicht zu tun, gab es genug. Ich zitiere nur die Kollegin Polzin aus der Rechtsausschusssitzung, in der sich der Rechtsausschuss auf Ersuchen des Vorsitzenden des Innenausschusses unter anderem mit der Frage zu beschäftigen hatte, ob für die Einsetzung einer Enquetekommission nicht zunächst ein Enqueteausschussgesetz erforderlich sei: Sie könne sich nicht vorstellen, „dass eine zukünftige Geschäftswaltung der Enquetekommission bestehende Gesetzmäßigkeiten aushebeln wolle“.

(Heike Polzin, SPD: Nö. – Gerd Böttger, PDS: Richtig.)

Die Formulierung im Einsetzungsbeschluss der Enquetekommission birgt nicht nur die Gefahr, dass diese Enquetekommission sich eine willkürliche Geschäftswaltung gibt, auf die der Landtag und somit die Fraktionen keinen Einfluss mehr haben. Diese Gefahr hat sich inzwischen tatsächlich sogar realisiert, denn gleich in der konstituierenden Sitzung der Enquetekommission ist eine Geschäftswaltung beschlossen worden, die eben der des Landtags widerspricht. Um es schlicht zu sagen: Die Geschäftswaltung des Landtages kann nicht einfach so geändert werden. Vielmehr muss im Einzelfall, wenn davon abgewichen werden soll, gemäß Paragraph 62 unserer Geschäftswaltung das mit einer qualifizierten Mehrheit beschlossen werden. Sofern ein Viertel der Abgeordneten widerspricht, geht es nicht. Das ist Minderheitenschutz. Und nun sagen Sie mir, wo sich der Minderheitenschutz in der Geschäftswaltung der Enquetekommission befindet! – Den gibt es da nicht.

Und, meine Damen und Herren von der Koalition, Sie können doch auch nicht ernsthaft der Meinung sein, dass der Landtag eine Enquetekommission zwar ins Leben rufen darf, es aber anschließend nicht mehr als sein eige-

nes und zugehöriges Gremium betrachten und steuern darf. Nur mal angenommen, die nichtparlamentarischen Mitglieder der Enquetekommission würden die Rede- und Stimmrechte der parlamentarischen Mitglieder der Enquetekommission in der Geschäftsordnung beschränken oder gar ausschließen, mit einfachen Mehrheiten, ohne die Minderheiten der Abgeordneten zu berücksichtigen. Das geht nicht? Na bitte! Seien Sie hier aber nicht zu gutgläubig! Das können wir Ihnen als unsere Erfahrung mit der Vorgehensweise der Geschäftsordnung Enquetekommission nur empfehlen.

Nein, das darf auch so nicht sein, wie ich es eben geschildert habe. Die Enquetekommission ist ein Gremium des Landtags, sie ist eine besondere Art der Ausschüsse des Landtags. Zugegebenermaßen hat sie die Besonderheit, dass auch Nichtparlamentarier mit Rede- und Stimmrecht Mitglied in diesem Ausschuss sein können. Das hat übrigens der Rechtsausschuss auch so gesehen, nicht nur in der ersten Legislaturperiode, sondern auch jüngst in seiner Sitzung im Sommer letzten Jahres, als er seine so vorgenommene Auslegung aus der ersten Wahlperiode nicht für überholt, sondern nach wie vor für gültig hielt und erklärte: In der Auslegungsentcheidung heißt es: „§ 8 GO LT unterscheidet ... drei ... Arten von Ausschüssen:

1. ständige Ausschüsse ...
2. Sonderausschüsse und Enquete-Kommissionen ...
3. Untersuchungsausschüsse ...“

Weiter heißt es: „Der Rechtsausschuss stellt fest, dass in jedem der drei Fälle – mit einer neuen Zählreihe – gesondert nach § 8 Abs. 4 GO LT zu verfahren ist.“ Und schließlich: „Sollte ein weiterer Sonderausschuss bzw. eine Enquete-Kommission gebildet werden, stünde der Vorsitz der Fraktion der SPD zu. Das ergibt sich aus der Tatsache, dass die Fraktion der CDU den Vorsitz in dem 1. Sonderausschuss ... wahrnimmt.“ So weit die damalige Auslegungsentcheidung.

Ich bedauere sehr, dass der verehrte Kollege Dr. Schoenenburg offensichtlich wegen Krankheit nicht hier sein kann,

(Peter Ritter, PDS: Sehr richtig.)

denn ich bin ganz sicher, dass er mir jetzt das Protokoll einer Rechtsausschusssitzung vom 17. Mai 1995 entgegengelassen hätte,

(Peter Ritter, PDS: Das wird der Kollege Kreuzer nachher noch nachholen.)

wo vermeintlich das Gegenteil drinsteht, aber nur vermeintlich. Wenn man es ganz genau liest, wird man feststellen,

(Götz Kreuzer, PDS: Ich werde die Chance nutzen.)

dass hier gerade kein Widerspruch zu der damaligen Auslegungsentcheidung getroffen wurde.

(Dr. Gerhard Bartels, PDS: Auf diese Kurve bin ich jetzt aber gespannt.)

Ich will Ihnen das ganz kurz belegen anhand der Zitate.

Ich sehe – und ich freue mich darüber –, Dr. Bartels hat das offensichtlich auch gelesen. Also sind Sie ja bestens darauf vorbereitet.

(Peter Ritter, PDS: Wir bereiten uns immer auf die Landtagssitzung vor. – Heiterkeit bei Dr. Gerhard Bartels, PDS, und Andreas Bluhm, PDS)

Ich zitiere: „Abg. Dr. Schoenenburg vertritt namens seiner Fraktion die Ansicht, daß auch für Enquete-Kommissionen § 8 Abs. 4 GO-LT Anwendung fände. Er begründet diese Ansicht damit, daß es sich bei Enquete-Kommissionen entsprechend dem Wortlaut um Untersuchungsausschüsse handele, ...“

(Der Abgeordnete Götz Kreuzer meldet sich zur Geschäftsordnung.)

Sie sind nicht einverstanden, dass ich aus einem Protokoll des Rechtsausschusses zitiere? Dann werde ich das inhaltlich wiedergeben,

(Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten der CDU und PDS)

denn dieses dient hier der Rechtsfindung.

(Götz Kreuzer, PDS: Vorsicht! Sonst haben wir im Rechtsausschuss wieder was zu tun.)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Hat sich das ...

Dr. Ulrich Born, CDU: Ich respektiere das natürlich. Dann werde ich das so formulieren: Der Kollege Dr. Schoenenburg –

(Zuruf von Andreas Bluhm, PDS)

und ich hoffe, Herr Ausschussvorsitzender, ...

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Herr Kreuzer, hat sich dann der Antrag erledigt?

(Götz Kreuzer, PDS: Ja. – Heiterkeit bei Dr. Gerhard Bartels, PDS)

Dr. Ulrich Born, CDU: Herr Ausschussvorsitzender, ich hoffe, Sie haben keine Bedenken, da es ausschließlich um reine Rechtsfragen geht und hier keine Persönlichkeitsrechte tangiert sind,

(Dr. Armin Jäger, CDU: So ist das.)

wenn ich das referiere, was im Ausschuss damals gesagt worden ist, denn ...

(Götz Kreuzer, PDS: Ausschusssitzungen bleiben nicht öffentlich und demzufolge auch die Zitate. Und auch die Protokolle sind nicht öffentlich.)

Ja, ...

(Götz Kreuzer, PDS: Ich bitte das zu berücksichtigen. Gerade wir als Geschäftsordnungsausschuss dürfen nicht wissentlich und ohne Not dagegen verstoßen, Herr Dr. Born. – Heiterkeit bei Dr. Gerhard Bartels, PDS)

Sehr geehrter Herr Vorsitzender, ich freue mich und hoffe, dass das im Protokoll festgehalten wird

(Heiterkeit bei Harry Glawe, CDU)

und zukünftig von allen Mitgliedern dieses Hohen Hauses in dieser Form, wie Sie es eben gesagt haben, beachtet wird.

(Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten der CDU – Beifall Jörg Vierkant, CDU)

Dann werden wir in Zukunft nicht mehr wörtliche Zitate aus Ausschusssitzungen kurz nach Beendigung oder Fertigstellung des Protokolls in der Presse wiederfinden.

(Götz Kreuzer, PDS: Ja. Ja. –
Zuruf von Heinz Müller, SPD)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Herr Abgeordneter, das wird natürlich im Protokoll festgehalten.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Das ist sehr schön.)

Dr. Ulrich Born, CDU: Danke schön.

Der Kollege Dr. Schoenenburg hat in der damaligen Sitzung gleichgesetzt Enquetekommissionen und Untersuchungsausschüsse. Und dies widerspricht ganz exakt der ursprünglichen Beschlussfassung und auch der späteren Beschlussfassung des Rechtsausschusses. Das ist der erste Punkt.

Zweitens. Dem ist widersprochen worden durch die Abgeordneten von SPD, Kollege Gerloff war das, und CDU, damals der Kollege Bollinger.

Und drittens – und das ist der ganz entscheidende Unterschied –, wir rügen mit dem heutigen Verfahren die Verletzung von Minderheitenrechten. Damals stand aber unstreitig nach der Zählreihe, wonach Enquetekommissionen und Sonderausschüsse eine Zählreihe bilden – und da sind sich SPD und CDU völlig einig gewesen –, der Ausschussvorsitz der CDU zu. Völlig unstreitig!

Die SPD wollte allerdings damals,

(Dr. Gerhard Bartels, PDS: Das habe ich alles ganz anders in Erinnerung.)

weil die SPD sehr gerne Ausschussvorsitzende stellt, was wir ja verstehen,

(Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

unabhängig von Wahlergebnissen, auch gerne einen Vorsitz haben in der Enquetekommission.

(Götz Kreuzer, PDS: Jeder will ihn.)

Und dann haben wir gesagt, wenn es denn so sehr darauf ankommt, dann teilen wir den uns zustehenden Vorsitz, dieses Recht, mit der SPD. So großzügig sind wir mit der SPD verfahren, unserem damaligen Koalitionspartner.

(Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten der SPD,
CDU und PDS – Reinhard Dankert, SPD:
Jetzt kommen Sie noch ins Schwärmen. –
Gerd Böttger, PDS: Jaja.)

Und deshalb hat diese ...

(Dr. Gerhard Bartels, PDS: Ich möchte Sie jetzt nicht zitieren. Ich habe das alles ganz anders in Erinnerung.)

Sie können das alles im Protokoll nachlesen, ich darf es leider nicht vorlesen. Ich kann es hier nur referieren.

Und deshalb hat damals diese Enquetekommission – Sie wissen alle, um welche es ging: „Leben in der DDR, Leben nach 1989 – Aufarbeitung und Versöhnung“ –, diese denkwürdige Enquetekommission zwei Vorsitzende gehabt, nicht nur einen, der von der CDU gestellt wurde, sondern zwei Vorsitzende, gleichberechtigt.

(Götz Kreuzer, PDS: Und die Opposition war draußen geblieben.)

In diesem Zusammenhang ist die Frage gestellt worden, ob das geht. Und da hat der Rechtsausschuss völlig korrekt gesagt: Hier gibt es keine gesonderten Regelungen in unserer Landtagsgeschäftsordnung. Das könnt ihr so machen. Hier ist, wie gesagt, keine Minderheit in ihren Rechten beeinträchtigt worden. Das ist der fundamentale Unterschied. Wäre das anders gewesen,

(Heiterkeit bei Dr. Gerhard Bartels, PDS –
Herbert Helmrich, CDU: Das ist entscheidend.)

wäre das anders gewesen ...

Es ging gar nicht darum. Sie konnten keinen Vorsitzenden stellen, denn nach der Zählreihe war die CDU dran.

(Dr. Gerhard Bartels, PDS: Das ist ein sehr gefährlicher Kreisel, den Sie da drehen.)

Wäre dies anders gewesen, dann hätten wir eine Grundsatzentscheidung treffen müssen. Und die hätte sich übrigens dann folglich in der Anlage zu unserer Geschäftsordnung wiedergefunden. Dass der Rechtsausschuss das selbst so gesehen hat, dass das keine Abweichung ist von seiner ursprünglichen Entscheidung,

(Götz Kreuzer, PDS: So ist das. So ist das.)

sehen Sie genau daran, dass das hier nicht abgedruckt ist.

(Zuruf von Dr. Armin Jäger, CDU –
Götz Kreuzer, PDS: Und insofern ist
der Landtag frei in seiner Entscheidung.)

Also insofern bedaure ich sehr, dass der Kollege Dr. Schoenenburg heute keine Gelegenheit hat, das noch einmal nachzulesen. Aber ich denke, er wird das Protokoll lesen.

Wenn also die Enquetekommission eine besondere Art der Landtagsausschüsse ist, dann verbleibt es zunächst auch bei der Anwendung der Geschäftsordnung des Landtags, so dass eben auch Paragraph 8 Absatz 4 der Geschäftsordnung gilt. Danach erfolgt die Regelung des Vorsitzes der Ausschüsse durch Zugriff nach Maßgabe des Stärkeverhältnisses der Fraktionen. Das Zugriffsrecht für den Vorsitz der Enquetekommission stand der CDU-Fraktion zu, weil nach dieser Zählreihe Sonderausschüsse und Enquetekommissionen eine Zählreihe bilden und der erste Sonderausschuss seinerzeit der SPD-Fraktion zugefallen war. Sie werden sich hoffentlich alle erinnern, verehrte Kollegen, dass der Kollege Gerloff Vorsitzender dieses ersten Sonderausschusses war. Es ging damals um

(Heinz Müller, SPD: Rügenanbindung.)

das Volksbegehren Rügenanbindung.

Dadurch, dass der Einsetzungsbeschluss vorsah, dass die Geschäftsordnung durch die Enquetekommission selbst geändert werden konnte, hätte die von der CDU-Fraktion wegen des Zugriffs erfolgte Besetzung des Vorsitzes im Nachhinein abgeändert werden können, indem der Vorsitzende hätte abgewählt und ein neuer Vorsitzender unter Nichtbeachtung des Zugriffsrechts der CDU-Fraktion neu gewählt werden können. Die Gefährdung des Zugriffsrechts der CDU-Fraktion ist in dieser Konstellation, das werden Sie mir sicher zugestehen, evident. Dass es nicht bei einer Gefährdung des Zugriffsrechts geblieben ist, sondern dieses tatsächlich auch verletzt worden ist, da der Vorsitzende nicht durch den Zugriff der CDU-

Fraktion bestimmt werden konnte, sondern gleich ein anderes Mitglied gewählt wurde, ist bekannt. Durch diese aufgezeigte Verletzung des Zugriffsrechts für die CDU-Fraktion ist diese zugleich auch in ihrem Recht auf politische Chancengleichheit verletzt. Schon deshalb sollte die Verfassungsklage der CDU mit dem Antrag zu 1.) Erfolg haben.

Auch unser zweiter Antrag scheint uns begründet, denn der Landtagspräsident hat mit seinem Verhalten in der konstituierenden Sitzung eine dem Verfassungsrechtsgrundsatz der Fairness und Loyalität nicht entsprechende Handhabung der Geschäftsordnung praktiziert und dadurch das Zugriffsrecht der CDU-Fraktion vereitelt.

Zunächst ist wichtig, Herr Präsident, dass man die zwei Phasen – jetzt sitzt unsere Frau Vizepräsidentin da –, also zunächst ist wichtig, das müssen wir dem Landtagspräsidenten entgegenhalten, dass man die zwei Phasen der Enquetekommission deutlich voneinander unterscheidet:

Zum einen geht es um die Leitung in der Phase der Konstituierung. In dieser Phase hat der Landtagspräsident die Nichtparlamentarier schon mit Rechten ausgestattet, obwohl ihnen hier selbst nach der dem Einsetzungsbeschluss zugrunde liegenden Geschäftsordnung noch keine Rechte zustanden. Ziffer 6.5 spricht die bereits konstituierte Enquetekommission, also die Phase, nachdem die Enquetekommission zusammengetreten ist, an, und nicht die sich konstituierende Enquetekommission. Selbst wenn also diese Bestimmung im Einsetzungsbeschluss rechtmäßig gewesen wäre, was wir nach wie vor in Abrede stellen, dürfte die Enquetekommission erst, nachdem der Konstituierungsvorgang abgeschlossen ist, die Geschäftsordnung ohne Zustimmung des Landtags selbst verändern. Bis dahin, also in der Phase des Zusammentretens, hätte nach der Geschäftsordnung des Landtags verfahren werden müssen. Das hat der Landtagspräsident zum Teil ja auch so gemacht. Deshalb war er ja auch als Landtagspräsident mit der Konstituierung der Enquetekommission betraut. Der Antrag der SPD- und der PDS-Fraktion, über den der Präsident allerdings abstimmen ließ, hätte nicht sofort als Geschäftsordnung herangezogen werden dürfen. Rechtlich ist dies nämlich als ein Antrag auf Abweichen von der Geschäftsordnung des Landtages zu bewerten. Wie gesagt, Ziffer 6.5 des Einsetzungsbeschlusses des Landtages vom 13. Juli 2000 räumt der bereits zusammengetretenen Enquetekommission das Recht ein, ihre Geschäftsordnung ohne Zustimmung des Landtags selbst zu verändern, also der bereits konstituierten. Um eine solche Veränderung beschließen zu können, muss die Enquetekommission also zunächst einmal beschlussfähig gewesen sein. Und die Beschlussfähigkeit setzt voraus, logisch voraus, dass die Enquetekommission bereits zusammengetreten, bereits konstituiert ist. Der Landtagspräsident hat den zweiten Schritt vor dem ersten getan. Er hat den Antrag der SPD/PDS sofort als Grundlage genommen und auf dieser Grundlage den Vorsitzenden wählen lassen, obwohl die Enquetekommission als beschlussfähiges Gremium noch gar nicht bestanden hat.

Wie gesagt, der Antrag von SPD- und PDS-Fraktion stellt rechtlich einen Antrag auf Abweichen von der Geschäftsordnung, speziell auf Abweichen von Paragraph 8 Absatz 4 dar. Nach Paragraph 62 der Geschäftsordnung des Landtags darf allerdings nur im Einzelfall durch Beschluss des Landtags von der Geschäftsord-

nung abgewichen werden, wenn nicht ein Viertel der Abgeordneten widerspricht.

(Zuruf von Herbert Helmrich, CDU)

Der Landtagspräsident hätte also zunächst einen Beschluss des Landtags herbeiführen müssen, von der Geschäftsordnung des Landtags abzuweichen. Diesen Weg ist er aber gerade nicht gegangen. Stattdessen hat er den Antrag in der Ältestenratssitzung am Mittwoch vor der konstituierenden Sitzung der Enquetekommission zur Kenntnis gegeben und dann am nächsten Tag einfach im Ausschuss zur Abstimmung gestellt.

(Zuruf von Dr. Armin Jäger, CDU)

Mit Verlaub, meine sehr verehrten Damen und Herren, Kolleginnen und Kollegen, dieser Vorgang ist an sich rechtlich – ich betone, rechtlich – schon hanebüchen. Aber schon allein durch die Verkennung der Rechtsform der Enquetekommission als einer besonderen Art von Landtagsausschuss hat sich der Präsident über die geltenden Auslegungsregeln zur Geschäftsordnung und somit über die Geschäftsordnung des Landtags selbst hinweggesetzt. Damit hat er schließlich das Zugriffsrecht der CDU-Fraktion verletzt. Er hätte eigentlich nur die CDU-Fraktion, so, wie er das sonst auch stets im Vorfeld macht, auffordern müssen – nicht nur die CDU-Fraktion, sondern alle anderen bei konstituierenden Sitzungen –, neben den Mitgliedern auch den jeweils der Fraktion zukommenden Vorsitzenden der Enquetekommission zu benennen.

Ich komme zum Schluss. Meine Damen und Herren, heute und jetzt haben Sie die Möglichkeit, den rechtswidrigen Zustand wieder beseitigen zu helfen. Ich appelliere an Ihr Rechtsverständnis und hoffe, Sie lassen sich nicht durch kurzfristige partei- oder fraktionstaktische Überlegungen davon abhalten, dafür einzutreten, dass Recht bleiben muss, was Recht ist. Nicht zuletzt bitte ich Sie, auch an die eingangs von mir zitierten Worte des Abgeordneten Müller zu denken: Der Schutz der Minderheiten ist gerade auch in der Zeit wichtig, in der man zur Mehrheit gehört, denn man weiß nie, was kommt und ob man nicht selbst irgendwann zur Minderheit gehört.

(Peter Ritter, PDS: Die Erfahrung haben Sie ja gemacht, Herr Born, nicht?!)

Noch einmal vielen Dank für das Zitat. Es ist wirklich druckreif und deshalb habe ich es hier auch zweimal vorgelesen.

(Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten der PDS und Heinz Müller, SPD – Zuruf von Gerd Böttger, PDS)

Ich will es abschließend noch einmal mit folgendem Vergleich zum Ausdruck bringen: Gerade weil wir in einem harten politischen Wettbewerb miteinander stehen – und das ist ja gerade ein Wesensmerkmal funktionierender Demokratie – und gerade weil im Parlament manchmal harte Gegensätze aufeinander prallen und wir uns in der Sache, hoffentlich nicht in der Person, gelegentlich ja geradezu fetzen, ist es nahezu lebensnotwendig, dass wir das nach bestimmten Spielregeln tun und diese auf keinen Fall zur Disposition stellen, nur weil sich gerade die eine oder andere Seite davon einen Vorteil verspricht.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Richtig. – Siegfried Friese, SPD: Das ist wahr, ja. Das ist wohl wahr.)

Wir können und dürfen es eben nicht machen, verehrte Kolleginnen und Kollegen, wie die kleinen Kinder,

(Siegfried Friese, SPD: Jawohl.
Da kann man nur zustimmen.)

die dann, wenn sie verlieren, schnell versuchen, die Spielregeln zu ihren Gunsten zu verändern. – Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit und hoffe, dass Sie unserem Antrag entsprechen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Danke, Herr Dr. Born.

Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Herr Friese von der Fraktion der SPD.

(Gerd Böttger, PDS: Ihr seid die Spielregelerfinder. – Unruhe bei Dr. Armin Jäger, CDU, und Gerd Böttger, PDS)

Siegfried Friese, SPD: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren!

Herr Dr. Born, zur Richtigstellung: Der Rechtsausschuss hat sich nicht auf Drängen oder auf Antrag der CDU-Fraktion bereits am 3. Januar mit dieser Frage beschäftigt, sondern auf Antrag des Präsidenten des Landtages.

(Dr. Ulrich Born, CDU: Das habe ich auch gar nicht gesagt.)

Ihre Ausführungen hierzu sind insofern unrichtig.

(Dr. Ulrich Born, CDU: Das habe ich überhaupt nicht behauptet.)

Ich freue mich, dass die CDU-Fraktion vor diesem Hohen Hause anerkennt, wenn ich Herrn Dr. Born zitieren darf, dass sie die Arbeit der Enquetekommission für inhaltlich sinnvoll hält. Ich hoffe, Sie gehen in dieser Einschätzung noch einen Schritt weiter und kommen zur sachgerechten Arbeit in dieser Kommission zurück.

(Eckhardt Rehberg, CDU: Wenn Sie Recht und Gesetz wiederhergestellt haben, ja. – Zuruf von Dr. Armin Jäger, CDU)

Meine Damen und Herren, wir müssen leider wieder einmal wertvolle Zeit damit verschwenden, dass wir uns letztlich mit uns selbst beschäftigen.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Ja, das liegt an Ihnen. – Eckhardt Rehberg, CDU: Ja, das haben Sie verursacht.)

Wertvolle Zeit, die wir besser damit verbracht hätten, die wirklichen Probleme dieses Landes anzusprechen und zu lösen,

(Dr. Armin Jäger, CDU: Ja, richtig. Das haben Sie zu verantworten.)

verbringen wir damit, uns mit diesem Antrag zu beschäftigen.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Sie haben das zu verantworten. – Glocke der Vizepräsidentin)

Zu meinem Bedauern dürfen wir bei diesem Tagesordnungspunkt hier und heute nicht über die wirklichen Probleme, nämlich über Fragen zukünftiger Gemeindestrukturen im Land Mecklenburg-Vorpommern sprechen und

über die unterschiedlichen politischen Ansätze. Wir sprechen über Verfahrensfragen

(Dr. Armin Jäger, CDU:
Weil Sie das Recht brechen.)

und über eine Klage vor dem Landesverfassungsgericht.

(Dr. Armin Jäger, CDU:
Weil Sie das Recht brechen.)

Herr Dr. Jäger, diese Entscheidung wollen wir doch gemeinsam dem Landesverfassungsgericht überlassen.

(Beifall Reinhard Dankert, SPD, und Heinz Müller, SPD – Dr. Armin Jäger, CDU: Sie haben das Recht gebrochen.)

Dies ist Ihre Meinung. Ich weiß, dass Sie den Gerichten gerne vorgreifen. Ich tue das nicht.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Nein, das können Sie auch nicht. Sie verstehen es nicht.)

Das Landesverfassungsgericht wird in dieser Frage entscheiden.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Wenn der Landtagspräsident das Recht bricht, dann muss man darüber reden.)

Ich denke mal, es wird Ihre Meinung zur Kenntnis nehmen, aber es wird sich eine eigene Meinung bilden bei aller Wertschätzung für Ihre hohen juristischen Kenntnisse.

Meine Damen und Herren, die breite Diskussion ist vor allem auch der Enquetekommission zu verdanken, die hierzu in den vergangenen Wochen sehr konzentriert und sachlich die Arbeit begonnen hat.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Zur Sache!)

Damit hat die Kommission schon jetzt ein wichtiges Ziel erreicht,

(Dr. Armin Jäger, CDU: Zur Sache!)

nämlich eine öffentliche Diskussion anzuregen und das Problem in die Köpfe unserer Menschen zu bringen. Nur, meine Damen und Herren, eine Fraktion hat daran keinen Anteil,

(Dr. Armin Jäger, CDU: Zur Sache!)

nimmt nicht einmal an diesen Beratungen teil. Nicht etwa, weil diese Fraktion meint, es bedürfe dieser Arbeit der Enquetekommission nicht – ich wiederhole, ich freue mich über die Klarstellung von Herrn Dr. Born –, nein, der einzige Grund, warum Sie, meine Damen und Herren von der CDU-Fraktion, nicht an der Arbeit der Enquetekommission teilnehmen, ist, dass Sie nicht den Vorsitz in dieser Enquetekommission stellen.

In Ihrer Klage vor dem Landesverfassungsgericht berufen Sie sich maßgeblich auf eine Auslegung des Rechtsausschusses aus dem Jahre 1993. Damals, und das ist völlig unstrittig, war der Rechtsausschuss in Auslegung des Paragraphen 8 der Geschäftsordnung zu dem Ergebnis gekommen, dass erstens Sonderausschüsse und Enquetekommissionen im Sinne des Paragraphen 8 Absatz 2 unserer Geschäftsordnung eine gemeinsame Fallgruppe bilden und zweitens, dass in jeder Fallgruppe eine gesonderte Zählweise beim Zugriffsverfahren gelte. Weil es in dieser Wahlperiode bereits einen Sonderaus-

schuss gegeben habe, leiten Sie nun ab, dass jetzt der CDU als der zweitstärksten Fraktion das Zugriffsrecht für diese Enquetekommission zustehe. So haben Sie auch vor dem Landesverfassungsgericht vorgetragen. Nur, meine Damen und Herren, dieses ist nicht einmal die halbe Wahrheit und Sie haben weder der Öffentlichkeit noch dem Landesverfassungsgericht Folgendes mitgeteilt – blicken wir zurück, ich spreche jetzt den Punkt an, den Herr Dr. Born auch bereits ausgeführt hat –, nämlich dass im Rahmen der Einsetzung der Enquetekommission „Leben in der DDR, Leben nach 1989 – Aufarbeitung und Versöhnung“ der Rechtsausschuss in seiner Funktion als Geschäftsordnungsausschuss in seiner achten Sitzung am 7. Mai 1995

(Dr. Ulrich Born, CDU: 17. Mail)

Entschuldigung, am 17. Mai 1995 – schönen Dank –, zu dem Ergebnis gelangt ist, dass für die Besetzung des Vorsitzes und des Stellvertreters einer Enquetekommission keine Regelung in unserer Geschäftsordnung vorhanden ist. Der Landtag hat insofern seine Organisationsgewalt, war frei und konnte Geschäftsordnungsregelungen treffen. Unterschrift Helmrich, seinerzeit Vorsitzender des Rechtsausschusses.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Der Landtag.)

Herr Dr. Born, Ihre Argumentation in dieser Sache überzeugt uns wenig. Wenn Sie so überzeugt sind von dieser Auslegung, die Sie hier vorgetragen haben, frage ich, warum Sie diesen gesamten Komplex und diesen Zusammenhang nicht in Ihrer Klageschrift an das Landesverfassungsgericht erwähnt haben.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Weil das nicht maßgeblich ist. – Dr. Ulrich Born, CDU: Weil das keine Bedeutung hat.)

Ich halte diesen Punkt für sehr maßgebend und wir werden sehen, ob das Landesverfassungsgericht, Herr Dr. Jäger, ihn auch für maßgeblich hält. Ich stelle nur fest, dass Herr Dr. Born dieser Auslegung hier sehr viel Zeit eingeräumt hat.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Ich glaube, um Sie von Ihrem Irrweg abzubringen.)

Offensichtlich ist er nicht Ihrer Meinung, Herr Dr. Jäger.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Nein.)

Aber das klären Sie dann ja vielleicht in Ihrer Fraktion.

(Zuruf von Dr. Armin Jäger, CDU)

Mit dieser Auslegung des Rechtsausschusses vom 17. Mai 1995 hat der Rechtsausschuss seine Auslegung zum Paragraphen 8 Geschäftsordnung von 1993 insoweit korrigiert und aufgegeben, soweit die Enquetekommission betroffen war. Ich deute diese Auslegung von 1995 des Rechtsausschusses zu dieser Frage, die zeitlich nach der Auslegung des Rechtsausschusses des Jahres 1993 natürlich liegt und auf die Sie sich so gern berufen, in folgender Weise:

1. Es gibt zur Frage der Besetzung des Vorsitzes in Enquetekommissionen keine geschäftsordnungsmäßigen Regelungen.
2. Dem Landtag kommt bei dieser Frage ein Spielraum zu.
3. Diesen Spielraum muss der Landtag bei seinem Vorgehen sachlich begründen können.

4. Genau dieses ist bei der Enquetekommission in dieser Wahlperiode geschehen.

Wenn es in dem Protokoll des Rechtsausschusses des Jahres 1995 heißt, dass die Auslegung gegen die Stimmen der Oppositionsfraktionen erfolgt ist, heißt dieses ja nicht, dass dies schon damals gegen Ihre Stimmen gewesen wäre. Im Gegenteil, diese Auslegung des Rechtsausschusses des Jahres 1995 ist mit den Stimmen der CDU und den Stimmen der SPD zustande gekommen. Wir stehen auch dazu.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Ja. Wir auch.)

Heute wollen Sie, meine Damen und Herren, so habe ich den Eindruck, davon nichts mehr wissen. Sie greifen immer nur das heraus, scheint mir, was Sie wollen, gleichgültig, ob Sie damit der Öffentlichkeit die Wahrheit sagen oder nicht. Ich will es an dieser Stelle einmal ganz vorsichtig und zurückhaltend ausdrücken: Sie haben diesen Umstand dem Landesverfassungsgericht ganz bewusst vorenthalten. Verfolgen Sie damit das Ziel, das Landesverfassungsgericht unvollständig über den tatsächlichen Sachverhalt zu informieren und einen falschen Eindruck entstehen zu lassen? Sie von der CDU und die Fraktionen von SPD und PDS kennen diese Auslegung. Wie soll dieses das Landesverfassungsgericht kennen? Diese Auslegung ist niemals öffentlich als Anlage zur Geschäftsordnung veröffentlicht worden.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Eben.)

Allenfalls beiläufig ist sie in der Chronik des Landtages der zweiten Wahlperiode erwähnt. Es wäre Ihre Pflicht gewesen, meine Damen und Herren von der CDU, das Gericht auch darüber zu informieren. Das haben Sie unterlassen.

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Herr Abgeordneter, gestatten Sie eine Anfrage des Abgeordneten Born?

Siegfried Friese, SPD: Nein.

(Unruhe und Heiterkeit bei Abgeordneten der CDU – Dr. Armin Jäger, CDU: Die Antworten sind ihm wohl nicht aufgeschrieben worden?)

Meine Damen und Herren von der CDU! Sie haben dies erwähnt, Herr Dr. Born, ich bin der gleichen Meinung, man sollte die Geschäftsordnung dieses Hohen Hauses nicht immer so auslegen, wie man es gerade für seine eigenen politischen Zwecke braucht.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Das haben Sie doch gerade getan! – Dr. Ulrich Born, CDU: Sie als Vorsitzender des Innenausschusses haben offiziell angefragt im Rechtsausschuss! – Zuruf von Dieter Markhoff, CDU)

Dieses ist eine Mahnung, die ich an Ihre Seite richten möchte.

(Unruhe bei Abgeordneten der CDU – Dr. Ulrich Born, CDU: Sie machen als Ausschussvorsitzender genau das Gegenteil von dem, was Sie hier vorgetragen haben. – Glocke der Vizepräsidentin)

Meine Damen und Herren, für uns liegt der sachliche Grund dafür, dass die Enquetekommission ihren Vorsitz selber wählen lassen soll, in Wesen und Funktion einer Enquetekommission. Lassen Sie mich dazu Folgendes vor diesem Hohen Hause sagen: Für uns ist eine Enquete-

kommission nicht gleichzusetzen mit den üblichen parlamentarischen Gremien, insbesondere ständigen Ausschüssen.

(Dr. Ulrich Born, CDU: Warum haben Sie dann beim Rechtsausschuss angefragt, Herr Ausschussvorsitzender?)

Für uns ist die Arbeit von Enquetekommissionen, bei denen man den Sachverstand externer Dritter einbeziehen kann, von großer Bedeutung. So, wie es richtig und wichtig ist, bei vorliegenden Gesetzentwürfen oder Anträgen in den Ausschüssen Expertengespräche und Anhörungen durchzuführen, umso wichtiger ist es, diesen Sachverstand von Experten bereits in die Vorbereitung von Entscheidungen einzubeziehen. Wir stehen dazu, externe Dritte in solche Entscheidungsprozesse einzubeziehen. Wir stehen natürlich auch dazu in der täglichen Arbeit. Wir hatten gehofft, dass Sie auch im Falle der Enquetekommission diesem externen Sachverstand den ihm gebührenden Platz einräumen wollen mit allem, was dazugehört, einschließlich der Rechte, die man diesen Mitgliedern zubilligen möchte.

(Herbert Helmrich, CDU: Aber es bleibt ein Ausschuss des Parlaments.)

Wir halten dieses für den richtigen Weg und deshalb muss die Einbeziehung dieser Externen auch im Organisationsstreit, im Organisationsrecht ihren Widerhall finden. Deshalb haben wir der Enquetekommission das Recht eingeräumt, sich selbst eine Geschäftsordnung zu geben.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Ja Sie, aber wir nicht.)

Die CDU argumentiert in ihrer Klage, dass gerade weil die externen Sachverständigen, die nicht Mitglieder des Landtages sind, mitarbeiten und in der Kommission sogar in der Mehrheit sind, gerade deshalb der Landtag hätte die Geschäftsordnungsbefugnis nicht an die Kommission delegieren dürfen. Herr Dr. Born hat dieses eben auch noch mal vorgetragen.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Das ist so.)

Ich, meine Damen und Herren, halte dieses für falsch. Gerade umgekehrt wird ein Schuh draus. Wenn man nicht will, dass es von Anfang an Kommissionsmitglieder erster und zweiter Ordnung gibt, dann muss man gerade solche Regelungen schaffen, dass alle Kommissionsmitglieder mit gleichen Rechten ausgestattet sind. Die SPD-Fraktion will diese Gleichheit gleichsam als Grundsatz unserer parlamentarischen Arbeit.

(Herbert Helmrich, CDU: Die können Sie doch nicht zu Abgeordneten machen!)

Meine Damen und Herren, die Experten, die wir aufgrund ihres Sachverstandes haben wollen, sind doch kein Feigenblatt, um letztlich Entscheidungen vorzubereiten, die wir uns schon im geheimen Kämmerlein ausgedacht haben. Glauben Sie ernsthaft, Sachverständige mit hoher Reputation zu finden, wenn sie diesen mitteilen, dass sie durchaus mitbestimmen können, aber nicht bei der allerwichtigsten Frage, nämlich der Besetzung des Vorsitzes? Der soll nach Ihrer Meinung ohne die Sachverständigen vergeben werden.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Weil es ein Landtagsausschuss ist. – Dr. Ulrich Born, CDU: Ja, weil es ein Gremium des Landtages ist.)

Wir halten dieses für falsch.

Die SPD-Fraktion ist der Ansicht, dass ihr als der stärksten Fraktion der Vorsitz in dieser Enquetekommission zugestanden hätte. Dieser Punkt ist für die Klage vor dem Landesverfassungsgericht wichtig,

(Unruhe bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

denn Sie, meine Damen und Herren von der CDU, stützen sich ja maßgeblich darauf, dass nach dieser Vorschrift der CDU der Vorsitz zugestanden hätte. Das sehen wir anders.

(Dieter Markhoff, CDU: Dann hätten Sie doch nicht zu wählen brauchen. Warum haben Sie denn gewählt?)

Damit bricht aus meiner Sicht ein ganz wesentlicher Baustein Ihrer Klage in sich zusammen.

(Eckhardt Rehberg, CDU: Der widerspricht sich komplett. – Zuruf von Dr. Armin Jäger, CDU)

Ihre Klage kann nur Erfolg haben, wenn der CDU beim Zugriffsverfahren der Zugriff zugestanden hätte. Dieses ist aber nicht der Fall.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Was haben die Ihnen bloß wieder aufgeschrieben?!)

Aus unserem Politikverständnis haben wir uns aber nicht auf unsere Rechtsposition zurückgezogen, sondern gleichwohl der Kommission das Recht zur Bestimmung des Vorsitzenden einräumen wollen. Und dass die Kommissionsmitglieder ebenfalls über den Vorsitz mitbestimmen wollen, kann man doch letztlich an dem Stimmresultat in der Enquetekommission erkennen. Die vorgelegte Geschäftsordnung, die die Wahl des Vorsitzenden durch die Kommission selbst vorsieht, fand in der Kommission eine breite Mehrheit.

Meine Damen und Herren, ich möchte noch auf einen anderen Aspekt eingehen. Ich will durchaus anerkennen, dass es Fälle geben kann, in denen der Gang zum Landesverfassungsgericht unausweichlich und richtig sein kann. Nur, ein solcher Fall ist hier nicht gegeben.

(Lorenz Caffier, CDU: Ihre Ansicht. – Zuruf von Dr. Armin Jäger, CDU)

Zum einen hätte es einen durchaus einfacheren und schnelleren Weg gegeben, um den Versuch der Klärung herbeizuführen,

(Dr. Armin Jäger, CDU: Ja wie denn?)

nämlich das Anrufen des Geschäftsordnungsausschusses.

(Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Sie hätten noch während der laufenden Konstituierung der Enquetekommission eine Unterbrechung der Sitzung durch Anrufung des Rechtsausschusses herbeiführen können,

(Dr. Armin Jäger, CDU: Ich glaube, ich muss weinen.)

noch bevor über die Geschäftsordnung beschlossen und der Vorsitzende gewählt worden ist. Selbst nach Beschlussfassung über die Geschäftsordnung und Wahl des Vorsitzenden hätten Sie diesen Weg noch einschlagen können, einen Weg, der übrigens durch die Geschäftsordnung des Landtages vorgesehen und möglich ist. Sie wollten diesen Weg nicht. Sie haben voll und ganz ...

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Herr Abgeordneter, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Abgeordneten Jäger?

Siegfried Friese, SPD: Nein.

(Heiterkeit und Unruhe bei einzelnen Abgeordneten der CDU – Zuruf von Dr. Armin Jäger, CDU – Georg Nolte, CDU: Anfrage!)

Sie wollten nicht. Sie haben voll und ganz auf Polarisierung gesetzt. Sie wollten nicht eine Rechtsfrage klären, Sie wollten Politik machen. Ich bin darauf gespannt, meine Damen und Herren, was das Landesverfassungsgericht dazu sagt, dass Sie den geschäftsordnungsmäßigen Weg nicht beschritten und gleich das Gericht angerufen haben. Und deshalb noch einmal: Es kann gute Gründe für den Gang zum Landesverfassungsgericht geben. Hier liegt ein solcher nicht vor. Bei Ihnen ist der Gang zum Landesverfassungsgericht ein deutlicher Mangel an politischer Kultur

(Unruhe bei Abgeordneten der CDU – Eckhardt Rehberg, CDU: Das gibt es doch wohl nicht!)

und ein Mangel an Argumenten in den parlamentarischen Gremien.

(Eckhardt Rehberg, CDU: Das gibt es ja wohl nicht! – Dr. Ulrich Born, CDU: Das ist eines der vornehmlichsten Rechte im Rechtsstaat, das es gibt.)

Was ich, meine Damen und Herren, ...

(Unruhe bei Abgeordneten der CDU – Dr. Ulrich Born, CDU: Das war zu SED-Zeiten so, dass es schlimm war, wenn man das Gericht anruft. – Glocke der Vizepräsidentin)

Meine Damen und Herren, was ich so anstößig finde,

(Dr. Ulrich Born, CDU: Das ist ja ein Skandal! – Herbert Helmrich, CDU: Nach dem Motto: „Wenn wir klagen, Friese fragen“!)

was ich so anstößig finde – hören Sie zu –,

(Unruhe bei Abgeordneten der CDU – Dr. Ulrich Born, CDU: Das ist ein verfassungsmäßiges Recht, das wir in Anspruch nehmen. – Glocke der Vizepräsidentin)

was ich so anstößig finde, ist Folgendes: Sie spielen sich hier wieder als Saubermänner der Nation auf, und das als Partei,

(Dr. Ulrich Born, CDU: Das ist ein Rechtsstaatsverständnis! – Zuruf von Dr. Armin Jäger, CDU)

die bundesweit Schlagzeilen gemacht hat.

(Eckhardt Rehberg, CDU: Ach, hören Sie doch auf! – Dr. Ulrich Born, CDU: Sie bestimmen, wann wir ein Gericht anrufen dürfen oder nicht?! Das ist ja unglaublich!)

Wenn die Schlagworte genannt werden „Bimbekoffer“ und „Renten-Verbrecher-Kartei-Plakat“. Diese Partei schwingt sich hier auf,

(Eckhardt Rehberg, CDU: Sie sollten still sein! Sie haben einen Bundeskanzler, der die Menschen im Land belogen hat.)

sich zum Anwalt von Recht, Ordnung und Anstand zu heben.

(Unruhe bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Ich sage, meine Damen und Herren, dieses werden die Menschen im Lande nicht verstehen.

(Eckhardt Rehberg, CDU: Wir lassen uns von Ihnen nicht vorschreiben, was wir zu sagen haben, wie wir es zu sagen haben und wann wir es zu sagen haben! – Georg Nolte, CDU: Winkeladvokaten! – Glocke der Vizepräsidentin)

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren, ich fahre wie folgt fort: Lassen Sie mich abschließend die Position der SPD, so, wie sie letztendlich Eingang in den Beschluss des Rechtsausschusses gefunden hat, noch einmal kurz zusammenfassen:

1. Enquetekommissionen sind besondere Formen parlamentarischer Gremien, die sich hinsichtlich Aufgabenstellung, Struktur und Zusammensetzung von anderen parlamentarischen Gremien unterscheiden.
2. Der Beschluss des Landtages vom 13.07.2000, nach dem der Enquetekommission das Recht eingeräumt worden ist, sich eine Geschäftsordnung zu geben, die von der Geschäftsordnung des Landtages abweichen darf, war rechtmäßig.
3. Die Enquetekommission hat sich in ihrer konstituierenden Sitzung auf der Grundlage des Landtagsbeschlusses vom 13.07.2000 in zulässiger Weise eine Geschäftsordnung gegeben, die rechtlich nicht zu beanstanden ist.
4. Die Wahl des Vorsitzenden der Enquetekommission ist nach demokratischen Regeln in rechtlich nicht zu beanstandender Form erfolgt.

(Dr. Ulrich Born, CDU: Viertens, wir fragen die SPD, ob wir ein Gericht anrufen dürfen oder nicht. – Zurufe von Dr. Armin Jäger, CDU, und Georg Nolte, CDU)

Eine Bemerkung zum Schluss: Ich möchte die Gelegenheit nutzen, darauf einzugehen, dass Sie ja nicht nur gegen den Landtag klagen, sondern zugleich auch gegen den Landtagspräsidenten.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Ja, der hat rechtswidrig gehandelt. – Dr. Ulrich Born, CDU: Das ist auch unsachgerecht, ja!?)

Ich möchte hier für die SPD-Fraktion klar sagen, dass wir den Versuch der CDU, den Landtagspräsidenten durch eine solche Klage öffentlich herabzuwürdigen

(Heiterkeit bei Harry Glawe, CDU – Dr. Ulrich Born, CDU: Das ist ein Demokratieverständnis!)

und seiner Amtsführung und Autorität zu schaden, auf das Schärfste verurteilen.

(Beifall und Zuruf von Dr. Klaus-Michael Körner, SPD – Dr. Ulrich Born, CDU: Vielen Dank für das Demokratieverständnis!)

Das Verhalten des Landtagspräsidenten war einwandfrei und nicht zu beanstanden.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Das wird das Gericht entscheiden.)

Und das wissen Sie, meine Damen und Herren von der CDU, auch ganz genau. Ihnen geht es darum, den Kandidaten für den Oberbürgermeistersessel in Greifswald zu beschädigen, und dafür ist Ihnen fast jedes Mittel recht.

(Unruhe bei Abgeordneten der CDU –
Dr. Ulrich Born, CDU: Das ist eine
Denkstruktur, das ist unglaublich! –
Zuruf von Dr. Armin Jäger, CDU –
Glocke der Vizepräsidentin)

Sie verstehen nur eines nicht, meine Damen und Herren, damit schaden Sie nicht einer Person, wohl aber der Demokratie und dem Ansehen der Politik insgesamt.

(Harry Glawe, CDU: Das ist ja unerhört! –
Dr. Armin Jäger, CDU: Das hat der Landtagspräsident in hervorragender Weise selbst geschafft.)

Meine Damen und Herren, die Koalition wird der Beschlussempfehlung des Rechtsausschusses in unveränderter Fassung zustimmen und den Änderungsantrag der CDU ablehnen. – Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und PDS –
Dr. Ulrich Born, CDU: Peinlich! Peinlich!)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Danke, Herr Friese.

Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Herr Kreuzer von der Fraktion der PDS.

Götz Kreuzer, PDS: Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Es ist gewiss Sache der Opposition, Streit vom Zaune zu brechen,

(Heiterkeit bei Dr. Gerhard Bartels, PDS: Ja.)

wo und wann immer es ihr beliebt. Dazu gehört selbstverständlich auch die Anrufung des Verfassungsgerichtes, wenn sie meint oder vorgibt, zu einem ihrer verfassungsmäßigen Rechte verletzt worden zu sein.

(Lorenz Caffier, CDU: Sehr richtig.)

Die CDU hat, wie wir alle wissen, Klage beim Greifswalder Verfassungsgericht eingereicht. Zunächst wird sich aber zeigen, wie justitiabel in diesem konkreten Fall in Ansehung des Zustandekommens der Enquetekommission und der Rolle der CDU dabei der von Ihnen, liebe Kolleginnen und Kollegen der CDU, behauptete Verfassungsrechtsgrundsatz der Fairness und Loyalität in der Handhabung der Geschäftsordnung des Landtages tatsächlich ist. Wie auch immer, eine Prognose wage ich allerdings im Voraus. Das Gericht wird Fairness und Loyalität möglicherweise daran messen müssen, wie die CDU mit der Geschäftsordnung des Landtages umging, als sie noch in der Koalition etwas zu sagen und erste Tatsachen und Fakten dazu auch geschaffen hatte. Dieser Grundsatz der Fairness und Loyalität in der Handhabung der Geschäftsordnung gegenüber der Opposition ist, so er sich in Greifswald als justitiabel erweist, meilenweit davon entfernt, was jetzt die CDU für fair und loyal hält und für sich in Anspruch nimmt.

Bei Ihnen, meine lieben Damen und Herren von der CDU, war, als Sie noch die regierende Majorität darstellten, die Manipulation und willkürliche Handhabung der Geschäftsordnung tägliche Übung. Ich kann das aus eigener Betroffenheit, da ich acht Jahre lang Opposition war, auch sagen. Das betrifft gerade auch die Besetzung von Vorsitzendenstellen in den bisherigen Untersu-

chungsausschüssen und der bisher veranstalteten Enquetekommission. Sie sollten daher, bevor Sie hier ein solches Gezeter wegen einer eigentlichen Nichtigkeit vom Stapel lassen, ruhig einmal Ihre parlamentarische Vergangenheit, sozusagen Ihre Sturm- und Drangzeit, Revue passieren lassen.

(Zuruf von Dr. Armin Jäger, CDU)

Und ich werde noch darauf zurückkommen, Ihr inzwischen abhanden gekommenes Langzeitgedächtnis etwas aufzufrischen. So weit, so schlecht aber.

Ich denke jedoch, dass hinter der mehr als jämmerlichen Kampagne der CDU weniger juristische Klagegründe stehen, obwohl es juristisch ausformuliert ist. Denn was ist in der Sache eigentlich los? Zunächst liegt mir sehr daran festzustellen, dass diese Koalition sich in reichlicher Geduld bemüht hat, die Opposition für das Projekt der Enquetekommission „Zukunftsfähige Gemeinden und Gemeindestrukturen in Mecklenburg-Vorpommern“ zu gewinnen. Wir haben uns in der Sache gegenüber der CDU durchaus tolerant, aufmerksam, fair und loyal verhalten. Beweis: Selbstverständlich waren und sind wir nach wie vor der Meinung, dass die Fragen der zukünftigen Gestaltung unserer Gemeinden sowie der Gemeinde- und Verwaltungsstrukturen in größtmöglichem Konsens unter Einbeziehung der Opposition beraten und entschieden werden sollten.

Übrigens, was heißt in Bezug auf Gemeinden Opposition? In vielen Gemeinden gibt es äußerst unterschiedliche Strukturen und Zusammenarbeitsbündnisse und auch Besetzungen der Bürgermeister von den verschiedenen Parteien. Hier verwischen sich alle Konturen von Koalition oder Opposition. Insofern ist es logisch, dass Koalition und Opposition in diesen die Gemeinden berührenden Dinge eng zusammenarbeiten.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Ja, genau
so hätten Sie sich verhalten sollen.)

Ist hier nicht der Fall. Ich werde Ihnen schon sagen, wann Sie bockig geworden sind und warum Sie bockig geworden sind.

(Dr. Ulrich Born, CDU: Was? –
Peter Ritter, PDS: Na, bei euch ist ja was los im
Ausschuss! – Zuruf von Dr. Armin Jäger, CDU)

Meine Damen und Herren von der CDU, wir wollten und wollen Sie auch weiterhin im Boot der Gemeindereform haben. Dies ist für uns keine taktische Frage, ich sage Ihnen das ausdrücklich, sondern entspricht unserem Selbstverständnis.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten
der SPD und PDS)

Und hierin unterscheiden wir uns allerdings deutlich von der CDU. Ich will nur daran erinnern, meine Damen und Herren, wie die CDU, als sie noch die regierende Partei war, die Kreisgebietsreform, die Funktionalreform sowie auch das ominöse Bündel – jetzt muss ich lesen – Kostensenkende Strukturmaßnahmen durchstanzte. Das waren in der Tat fast Nacht-und-Nebel-Aktionen mit viel Geheimniskrämerei uns gegenüber. Die Opposition, also damals wir, die PDS-Fraktion, jedenfalls blieb bis zu guter Letzt außen vor – Mitarbeit und gut gemeinte und taugliche Vorschläge in der Sache nicht zugelassen. Ich habe hier von dieser Stelle aus mehrfach völlig umsonst geredet.

Wir wollen anders vorgehen. Eine unserer Schlussfolgerungen übrigens: Wir wollen mit dieser Enquetekommission eine ergebnisoffene, nicht überhastete, eine transparente parlamentarische und außerparlamentarische Beratung über das weitere Schicksal der kommunalen Selbstverwaltung in unserem Land sowie auch eine vorurteilslose und sachliche Analyse und Prüfung des gegenwärtigen Ist-Zustandes erreichen. Dazu waren und sind Sie, meine Damen und Herren von der CDU, eingeladen, selbst wenn Sie uns mit dem Verfassungsgericht massiv drohen.

Und selbstverständlich ist dann beispielsweise auch im Vorfeld bei der CDU sondiert worden. Sie waren in allen wichtigen Fragen, auch in der Vorsitzendenfrage, nicht so ahnungslos, wie Sie heute tun. Herr Rehberg, Kollege Rehberg, Sie werden sich sicherlich noch daran erinnern, wer bei Ihnen auf der Matte stand beziehungsweise neben Ihnen auf der Couch saß. Und da ist nicht nur das Grundanliegen besprochen, sondern es sind auch die organisatorischen Details zur Sprache gebracht worden. Die CDU kann daher nicht sagen, dass sie in der Frage des Vorsitzes ausgetrickst beziehungsweise auf halbem Wege ausgeschaltet worden ist.

(Eckhardt Rehberg, CDU: Herr Kreuzer, waren Sie bei diesem Gespräch dabei?)

Es gab eine zuverlässige Auswertung davon

(Eckhardt Rehberg, CDU: Der Vorsitz wurde bei diesem Gespräch nicht besprochen.)

und auf die darf ich mich in aller Verbindlichkeit beziehen.

(Gabriele Schulz, PDS: Richtig.)

Sie wusste, dass die Geschäftsordnung wie ausgelegt würde.

(Eckhardt Rehberg, CDU: Das ist falsch, was Sie sagen.)

Ihr Problem lag doch nicht bei der Ausgestaltung der Geschäftsordnung. Ihre Bauchschmerzen lagen doch ganz woanders,

(Dr. Armin Jäger, CDU: Wo denn?)

denn zunächst passte der CDU wohl die ganze Richtung nicht. Es gab zu Beginn Ihrerseits erhebliche Zweifel und Abneigung. Daraus haben Sie nie einen Hehl gemacht. Ihre Begehrlichkeit kam doch erst, als die Karawane sozusagen politisch ins Laufen kam,

(Dr. Armin Jäger, CDU: Überhaupt nicht.)

als nämlich die kommunalen Spitzenverbände und die nicht im Landtag vertretenen Parteien wie die FDP und die Grünen beim Zustandekommen der Kommission mitzogen. Da nunmehr das Projekt Gestalt annahm, wurde es für die CDU interessant und ernst und flugs wollten Sie nicht nur auf den fahrenden Zug, sondern gleich auf dessen Lokomotive aufspringen,

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD und PDS – Zuruf von Dr. Armin Jäger, CDU)

nämlich den Vorsitz kolportieren und das Projekt politisch dominieren. Klar ist, dass die Koalition sich von Ihnen in beidem nicht den Schneid abkaufen lassen wollte und konnte. Aber trotz allem hat auch im weiteren parlamentarischen Verfahren die Koalition die Opposition fast

um deren Teilnahme beknet. Sie hat darum beispielsweise in beachtlichem Umfang von der CDU gewollte Änderungen im Einsetzungsbeschluss der Enquetekommission zugelassen und dem Innenausschuss langwierige, teilweise das Projekt verzögernde Diskussionen der CDU und selbst schulmeisternde Belehrungen von Herrn Dr. Jäger hingenommen und im Interesse der Sache weggesteckt, meine Damen und Herren.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Wären Sie unserem Rat gefolgt, dann müssten Sie jetzt nicht da vorne stehen und reden.)

Dies alles nur aus einem Grund: um die Enquetekommission auf möglichst breiter gemeinsamer demokratischer Grundlage unter Einschluss der CDU zu Wege zu bringen. Das heißt, der CDU standen und stehen alle verfassungs- und geschäftsordnungsmäßigen Rechte zu, an der Arbeit der Enquetekommission zunächst einmal teilzunehmen.

(Beifall Gabriele Schulz, PDS – Dr. Armin Jäger, CDU: Ja, wie denn? Die gibt es doch rechtlich gar nicht.)

Allerdings hat sie nicht den Vorsitz der Enquetekommission bekommen, der ihr eben aus Sicht der Koalition nach der Geschäftsordnung überhaupt nicht zustand. Und die Mehrheit hat nun einmal ein Verfahren beschlossen, das für die Besetzung der Kommissionsvorsitzenden eine Wahl aus dem Kreis der Mitglieder der Kommission vorsah, soweit diese Mitglieder des Landtages sind. Ein sehr natürliches Verfahren.

Die CDU hätte jederzeit einen Kandidaten für die Wahl zum Vorsitzenden aufstellen können. Sie tat dies jedoch nicht, sondern warf die Tür ins Schloss und blockierte seitdem ihre Mitarbeit, das heißt die Opposition bockt. Und dies ist, meine Damen und Herren, nichts anderes als übler parlamentarischer Stil. Abgesehen davon, dass Blockade kein politisches Argument ist, sollte das Thema der Enquetekommission auch für die CDU wichtig genug sein, um solche taktischen Spielchen und politischen Ränke zu unterlassen.

(Harry Glawe, CDU: Sie veranstalten doch Spielchen hier.)

Und darum geht es der CDU doch wohl, wenn man die verschiedensten Verlautbarungen und das reale Verhalten der CDU-Fraktion einmal betrachtet. Da hat einerseits die CDU am Einsetzungsbeschluss mitgewirkt und mitformuliert, was untersucht werden soll. Finde ich okay. Andererseits aber bekommt die Regierung eine Kleine Anfrage von Herrn Rehberg vom 24.01. dieses Jahres, wo er Antworten auf die Fragen verlangt, die ja erst untersucht werden müssen, wozu die Enquetekommission übrigens eingesetzt wurde. Besser ist also, arbeiten Sie mit und die Antworten werden Ihnen unverzüglich zufliegen.

(Heiterkeit bei Eckhardt Rehberg, CDU – Zuruf von Dr. Armin Jäger, CDU)

Da beteuert der Kollege Jäger im Landtagsplenum, wie ernst es angeblich der CDU mit den Problemen der Gemeinden sei. Herr Markhoff aber, er ist auch da,

(Dr. Armin Jäger, CDU: Wir sind immer da.)

ich kann ihn zitieren, tönt zu Hause in seinem Wahlkreis, die Enquetekommission sei nur eine Alibiveranstaltung.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Das stimmt.)

Der eine sagt so und der andere sagt so.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Nein, beides stimmt.)

Schließlich, da zieht man sich mit Getöse einerseits aus der Sacharbeit der Kommission zurück, schreibt aber andererseits ein Positionspapier auf, von dem der Vorsitzende des Städte- und Gemeindetages, Herr Kollege Dettmann, meint, die CDU wäre damit quasi in die Enquetekommission zurückgekehrt.

(Heiterkeit bei Dr. Gerhard Bartels, PDS –
Zuruf von Dr. Armin Jäger, CDU)

Man kommt ins Grübeln und fragt sich also, was will denn nun die CDU? Vielleicht nur im Lichte stehen, ohne zu arbeiten?

(Dr. Armin Jäger, CDU: Das macht Herr
Müller doch jetzt schon drei Monate. –
Zuruf von Dr. Christian Beckmann, CDU)

Vermutlich weiß das auch die CDU selbst nicht. Und selbst die Vorsitzendenfrage hat sie erst reichlich spät zugespielt, denn der Abgeordnete der CDU-Fraktion sagte noch in der Sitzung des Rechtsausschusses am 14.09. des Vorjahres, das heißt 14 Tage vor Konstituierung der Enquetekommission, wegen der Vorsitzendenfrage würde man wohl nicht gleich zum Verfassungsgerecht gehen.

(Gabriele Schulz, PDS: Wie wahr! Wie wahr!)

Der Sinneswandel der CDU kam also relativ plötzlich. Die zuständigen Abgeordneten jedenfalls konnten ihn im Rechtsausschuss nicht voraussetzen.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Nein,
das konnten wir nicht wissen.)

Aber, meine Damen und Herren von der CDU, wenn man schon von einer Alibiveranstaltung redet

(Dr. Armin Jäger, CDU: Wir konnten nicht
ahnen, dass Sie Recht brechen würden.)

und von Anbeginn derartige Zweifel und Unbehagen an dem Unternehmen hegt, wird eigentlich völlig unverständlich, warum Sie ein solches Gezänk um den Vorsitz dieser Kommission anzetteln. Sie hätten doch bei einer derartigen Aversion ohnehin keine Freude daran. Sie sollten darum doch eher froh sein, dass Sie sich an einem so unreinen Unterfangen in dieser Alibiveranstaltung nicht die Hände schmutzig machen müssen. Das wäre doch eher logisch als dieses Hin und Her, das wir von Ihnen durchgeführt bekommen.

Und dann sind Sie schließlich in Ihrer Argumentation damit gekommen, aus Ihrer Sicht müsste für die Enquetekommission erst einmal ein Gesetz gemacht werden, was übrigens die Arbeitsaufnahme dieser Enquetekommission über viele Monate hinweg verzögert hätte.

(Gabriele Schulz, PDS: Genau.)

Und das war Ihr Ziel. Das sage ich Ihnen so offen ins Gesicht.

(Beifall Heinz Müller, SPD,
und Gabriele Schulz, PDS)

Schön, aber auch darüber ließe sich reden, nur ist das durchaus nicht zwangsläufig erforderlich, meine Damen und Herren, denn der Bundestag wie auch andere Land-

tage haben nicht erst seit gestern und heute Enquetekommissionen durchgeführt, ohne dass ein Gesetz existiert, unser Landtag, wie Sie wissen, auch. Im Bundestag existiert bekanntlich nicht einmal ein Untersuchungsausschussgesetz. Lassen Sie es sich ruhig einmal von Herrn Helmrich sagen, der das ganz genau weiß, der ja lange genug Vorsitzender des Rechtsausschusses im Bundestag war.

Freilich wäre andererseits ein Gesetz nur zu begrüßen. Nur, meine Damen und Herren von der CDU, Sie hätten ja eins machen können.

(Beifall bei Abgeordneten der PDS und
einzelnen Abgeordneten der SPD –
Gabriele Schulz, PDS: Genau.)

Acht Jahre lang hätten Sie das machen können.

(Gabriele Schulz, PDS:
Ja, da hätten Sie Zeit gehabt.)

Wer hat Sie denn daran gehindert? Beiläufig gesagt, Sie hätten ein solches Gesetz auch schon haben können,

(Gabriele Schulz, PDS: Genau.)

denn die PDS hatte bereits 1996

(Dr. Gerhard Bartels, PDS: Richtig.)

einen entsprechenden Entwurf eingereicht.

(Dr. Gerhard Bartels, PDS: Der
ist als unnötig deklariert worden.)

Der Ehrlichkeit halber sollten Sie heute allerdings sagen, meine Damen und Herren von der CDU, dass gerade die CDU es war, die bislang ein solches Gesetz verhindert hat. Insoweit ist das Vordringen der CDU heute nicht recht schlüssig, aber auch hier könnten wir der CDU gern ein Stück entgegenkommen.

(Vizepräsidentin Kerstin Kassner
übernimmt den Vorsitz.)

Ich verrate ein offenes Geheimnis, wenn ich sage, dass die Koalition beabsichtigt, in absehbarer Zeit ein solches Gesetz einzubringen. Und ich bin dann schon sehr gespannt, ob die CDU erneut in irgendeine Ränkespiele verfällt

(Gabriele Schulz, PDS: Ich auch.)

oder ob es ihr ernstlich darum geht, Regelungslücken, so sie denn noch da sind, zu füllen.

In der Tat geht es in unserem Streitfall vor allem darum: Das strittige Problem, das die CDU an das Verfassungsgericht gebracht hat, ist hausgemacht und deshalb entstanden, weil der Text der Geschäftsordnung in der Frage der Besetzung des Vorsitzes in Untersuchungsausschüssen, Sonderausschüssen und Enquetekommissionen leider nicht uneindeutig ist. Der Rechtsausschuss musste darum auch bei aktuellen Anlässen Auslegungen beziehungsweise Interpretationen vornehmen. Und interessanterweise beruft sich die CDU in ihrer offiziellen Verlautbarung lediglich auf die Auslegung von 1993 zu Paragraph 8 der Geschäftsordnung,

(Dr. Gerhard Bartels, PDS: Richtig.
Da spielt '95 dann keine Rolle. Jaja.)

eine Auslegung, die allerdings seinerzeit gegen den Protest der PDS mehrheitlich beschlossen wurde.

(Gabriele Schulz, PDS: Man könnte Arges dabei denken.)

Was war der Inhalt der Auslegung? Nun, es wurde der Verzicht der CDU auf den Vorsitz des ersten Untersuchungsausschusses kaschiert, so dass die CDU dann im zweiten Untersuchungsausschuss den Zugriff auf den Vorsitz bekam. Die Geschäftsordnung konnte nicht deutlicher verbogen oder missausgelegt werden. Diese Auslegung ist der CDU genehm und so wird sie eifrig boykottiert.

Doch es gab ja fast auf den Tag genau zwei Jahre später, nämlich 1995, erneut Zoff in der Besetzungsfrage, und zwar dieses Mal im Zusammenhang mit der damaligen Enquetekommission zur Aufarbeitung der Vergangenheit. Die Mehrheit, bestehend vor allem aus der CDU, hatte einfach festgelegt, dass beide Koalitionsfraktionen unter Ausschluss der Opposition, damals der PDS, den Vorsitz beanspruchten. Das war ebenfalls ein Abgehen vom Zugriffsrecht.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der PDS)

Die PDS verwies damals auf das geschäftsmäßige Zugriffsrecht. Und nun kommt das eigentlich Spannende, was die CDU allerdings heute vergessen hat, der Rechtsausschuss kam nämlich in der schon zitierten Sitzung vom 17. Mai 1995 zur Feststellung, die da sinngemäß heißt – ich würde jetzt auch am liebsten zitieren, Herr Kollege Dr. Born, aber das kann ich ja nun nicht –,

(Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten der SPD und PDS)

dass mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen der Oppositionsfraktion der Ausschuss feststellt, für die Besetzung des Vorsitzenden und des Stellvertreters einer Enquetekommission enthalte die Geschäftsordnung des Landtages keine Regelungen. Der Landtag sei insofern entsprechend seiner Organisationsgewalt frei von geschäftsmäßigen Regelungen,

(Dr. Gerhard Bartels, PDS: Richtig.)

Vorgaben, Bindungen.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der PDS – Dr. Gerhard Bartels, PDS: Jaja, das hat Herr Dr. Born vergessen zu erzählen.)

Übrigens hat der PDS-Vertreter dagegen protestiert, im Ergebnis freilich fruchtlos. Ich sage Ihnen in aller Ernsthaftigkeit, auch Bescheidenheit, auch hier könnte sich die CDU endlich mal an der damaligen Verhaltensweise der PDS ein Beispiel nehmen, denn die PDS-Fraktion zeigte sich eben nicht bockig wie heute die CDU.

(Heiterkeit bei Dr. Gerhard Bartels, PDS, und Gabriele Schulz, PDS)

Die PDS nahm trotz ihrer tiefen Bedenken

(Gerd Böttger, PDS: Und Betroffenheit. – Heiterkeit und Unruhe bei einzelnen Abgeordneten der SPD, CDU und PDS)

an der Sacharbeit in der Enquetekommission teil. Das stand für uns niemals in Frage.

(Dr. Ulrich Born, CDU: Aber im wahrsten Sinne des Wortes. Sie waren wirklich betroffen davon. – Der Abgeordnete Dr. Armin Jäger meldet sich für eine Anfrage.)

Meine Damen und Herren, ich komme alles in allem nicht darum festzustellen, dass die CDU immer noch nicht so recht in der Rolle der Opposition angekommen und in sie hineingewachsen ist,

(Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten der PDS und Heidemarie Beyer, SPD – Peter Ritter, PDS: Die braucht noch mal vier Jahre jetzt.)

und so langsam habe ich Zweifel daran, ob dies noch in dieser Legislaturperiode etwas wird.

(Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten der SPD und PDS – Gerd Böttger, PDS: Die müssen noch mal üben, einmal noch.)

Dabei wäre es für dieses Haus wirklich wünschenswert, ich sage das sehr ernsthaft, denn die Opposition hat nach der Verfassung nun einmal eine wichtige Aufgabe, nämlich eigene Programme zu entwickeln und Initiativen zur Kontrolle der Regierung und der Landesverwaltung zu ergreifen. Sie soll sich – das ist der Sinn der entsprechenden Verfassungsnorm – als Alternative zur Regierung begreifen und darstellen. Aber seit wann sind parlamentarischer Klamauk und Blockade, wie sie in dem vorliegenden Fall von der CDU vorgeführt werden, eine Alternative, meine Damen und Herren? Wir sehen jedenfalls einem Greifswalder Richterspruch mit einiger Gelassenheit entgegen.

Zusammenfassung – Herr Kollege Friese, Sie haben es mir ein bisschen vorweggenommen, ich würde mir aber trotzdem erlauben, meine Zusammenfassung noch einmal anzubieten:

(Harry Glawe, CDU: Aha! Voneinander abgeschrieben oder was? – Gabriele Schulz, PDS: Das war nicht nötig. – Heiterkeit bei Harry Glawe, CDU, und Gabriele Schulz, PDS)

Erstens. Auf der Grundlage der Regelungen von Landesverfassung und Geschäftsordnung des Landtages

(Peter Ritter, PDS: Wir liegen so eng beieinander. – Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten der PDS)

ist das Verhalten der Koalition bei der Konstituierung der Enquetekommission nicht zu beanstanden, wenn gleich man hätte ganz andere Beschlüsse treffen können, selbstverständlich.

(Zuruf von Harry Glawe, CDU: Beide dieselbe Quelle, nicht?!)

Zweitens. Da die Regelungen so sind, wie sie sind, und maßgeblich von der CDU-Fraktion de jure und de facto in die Welt gesetzt wurden,

(Dr. Gerhard Bartels, PDS: Richtig. Richtig.)

entbehrt das Wehklagen der CDU-Fraktion vor dem Verfassungsgericht sowohl jeglicher Grundlage, nicht aber einer gewissen Komik.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der PDS – Dr. Gerhard Bartels, PDS: Richtig.)

Drittens. Deshalb muss dem Beschlussvorschlag des Rechtsausschusses zugestimmt und deshalb muss der Änderungsantrag der CDU-Fraktion abgelehnt werden.

Und viertens. Ihre – der CDU-Fraktion – Plätze in der Enquetekommission bleiben für Sie reserviert.

(Gabriele Schulz, PDS: Wir erwarten Sie.)

Nutzen Sie die Chance! – Danke für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei Abgeordneten der PDS
und einzelnen Abgeordneten der SPD)

Vizepräsidentin Kerstin Kassner: Herr Abgeordneter Kreuzer, gestatten Sie eine Anfrage des Abgeordneten Dr. Jäger? (Zustimmung)

Bitte sehr, Herr Dr. Jäger.

Dr. Armin Jäger, CDU: Herr Kollege, weil Sie die Freundlichkeit hatten, mich zu zitieren, auch mit einem Attribut, habe ich jetzt eine Frage. Sie sind ja Vorsitzender des Rechtsausschusses, können Sie sich, nach dem, was Sie und Herr Friese hier vorgetragen haben, vorstellen, warum der Herr Landtagspräsident nicht nur in der Sitzung, sondern auch danach in einer öffentlichen Erklärung nicht gesagt hat, es sei dies ein rechtmäßiges Vorgehen, sondern der Herr Landtagspräsident der Öffentlichkeit mitgeteilt hat, dass es jedenfalls nicht offenkundig verfassungswidrig sei?

(Gabriele Schulz, PDS: Dann soll er die Frage an den Präsidenten stellen.)

Und können Sie mir als Vorsitzender des Rechtsausschusses und damit mir als Mitglied dieses Hohen Hauses erklären, wie das sein kann,

(Zuruf von Peter Ritter, PDS)

dass der Landtagspräsident in eine Sitzung geht,

(Siegfried Friese, SPD: Soll er doch den Landtagspräsidenten fragen.)

die Geschäftsordnung nicht handhabt, sondern ihr zuwiderhandelt – Herr Kollege Born hat das vorgetragen – und anschließend der Öffentlichkeit erklärt, das sei deshalb in Ordnung, weil es nicht offensichtlich verfassungswidrig sei? Können Sie mir bitte sagen, ob der Rechtsausschuss diese Auffassung teilt oder Sie als sein Vorsitzender sie teilen und ob wir in Zukunft damit rechnen müssen, dass jedenfalls die Verfassung nicht mehr eingehalten wird, und, wenn man glaubt, sie sei eingehalten, dass dies dann ein Grund sei dafür, dass es wenigstens nicht offensichtlich verfassungswidrig sei? Können Sie mir den Rechtssatz in der Verfassung zeigen, der Ihnen das erlaubt?

Götz Kreuzer, PDS: Also erstens, Herr Kollege Dr. Jäger, der Rechtsausschuss hat sich mit dieser Bemerkung oder mit dieser Intention des Herrn Präsidenten nicht zu befassen gehabt. Es ist von niemandem in den Rechtsausschuss hineingetragen worden.

Dr. Armin Jäger, CDU: Ja, ich habe Sie gefragt.

Götz Kreuzer, PDS: Insofern kann ich meine persönliche Auffassung sagen.

Dr. Armin Jäger, CDU: Ja.

Götz Kreuzer, PDS: Zweitens. Ich bin mir nicht ganz sicher, wie üblich nicht ganz sicher, ob Sie Wort und Geist dieses Zitates tatsächlich hier richtig wiedergegeben haben.

Dr. Armin Jäger, CDU: Lesen Sie es im Protokoll! Das steht da.

Götz Kreuzer, PDS: Deswegen gehe ich zunächst einmal auf Ihre Wortwahl nur ein. Wenn Sie sagen, es ist

offensichtlich nicht gegen etwas verstoßen worden, dann berührt das den Ermessensspielraum und den Handlungsspielraum einer Regelung, die diesen Spielraum beinhaltet. Und wenn man sich in diesem bewegt und wie man das dann zum Schluss ausdrückt, ist durchaus eine persönliche, aber eine zulässige Auffassung und Meinungsäußerung.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und PDS)

Vizepräsidentin Kerstin Kassner: Herr Abgeordneter Kreuzer, gestatten Sie noch eine Anfrage des Abgeordneten Dr. Born? (Zustimmung)

Bitte sehr.

Dr. Ulrich Born, CDU: Herr Kollege Kreuzer, können Sie mir als Vorsitzender des Rechtsausschusses bestätigen, dass der Vorsitzende des Innenausschusses, der Kollege Friese, sich offiziell an den Rechtsausschuss gewandt hat,

(Dr. Armin Jäger, CDU: Richtig.)

um Sie zu fragen, ob der Rechtsausschuss an seiner seinerzeitigen Auslegung, die ich vorhin zitiert habe, aus dem Jahr 1995,

(Eckhardt Rehberg, CDU: '93!)

nein, 1993 festhält? Das ist meine erste Frage.

Und meine zweite Frage ist: Teilen Sie meine Auffassung, dass es zu den vornehmsten Rechten eines Bürgers, jeder Institution gehört, wenn er sich in seinen Rechten verletzt fühlt, dass er dann freie Gerichte anrufen kann und allein zu entscheiden hat, ob er die Gerichte anruft oder nicht? Oder halten Sie es für anrühlich, wenn jemand ein freies Gericht in einem Rechtsstaat anruft?

(Gerd Böttger, PDS: Die Frage ist blöd. Entschuldigung! – Heiterkeit und Unruhe bei Abgeordneten der SPD, CDU und PDS – Gerd Böttger, PDS: Das weiß doch jeder.)

Götz Kreuzer, PDS: Gerd! Gerd, so nicht!

(Wolfgang Riemann, CDU:
Die Bemerkung ist blöd.)

Gerd, so nicht! Gerd, bitte so nicht!

(Unruhe bei einzelnen Abgeordneten der CDU und PDS – Erhard Bräunig, SPD: Das ist 'ne Frage! – Zuruf von Dieter Markhoff, CDU)

Also zur ersten Frage: Selbstverständlich hat der Rechtsausschuss diese Frage gestellt bekommen. Die Frage ging sogar weiter, ob der Rechtsausschuss der Auffassung ist, dass entsprechend der Intention der CDU-Fraktion ein Gesetz gemacht werden müsse. Wir sind – nun weiß ich nicht mehr auswendig, ob einstimmig oder mehrheitlich, ich denke, es war mehrheitlich – zu der Auffassung gekommen, dass die vorliegende Geschäftsordnung für die Handlungsfähigkeit des Landtages bei der Konstituierung der Enquetekommission ausreichend sei und nicht neu interpretiert oder erweitert werden müsse. Der Ausschuss ist weiterhin zu der Auffassung gekommen, dass auch für die Arbeitsaufnahme der Enquetekommission ein gesondertes Gesetz nicht erlassen werden muss.

Zur zweiten Frage hinsichtlich der Zulässigkeit, dass ein Bürger, ein Verein oder ein Verband zu einem Gericht geht, gibt es eine ganz klare Rechtmäßigkeit in diesem

Lande. Es ist jedem selbstverständlich unbenommen, zu Gerichten zu gehen, und insofern ist das ja auch nicht prinzipiell zu beanstanden. Die Frage ist eben nur, ob man nun jedes Gericht mit jeder Frage belegen und anrufen sollte. Ich wäre der Auffassung ...

(Dr. Armin Jäger, CDU:
Und das entscheiden Sie?!)

Nein, Herr Dr. Jäger, ich habe eine andere Auffassung zu Entscheidungen, zu Mitwirkungen oder zu ähnlichen Dingen als Sie

(Beifall Dr. Gerhard Bartels, PDS –
Dr. Armin Jäger, CDU: Bedauerlicherweise.)

oder als Sie anderen unterstellen wollen!

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der PDS)

Insofern ist es durchaus eine nützliche Überlegung vorher, dass in dem Kreise unterhalb einer Gerichtsentscheidung, unterhalb einer staatlichen Maßnahme und auch unterhalb einer behördlichen Maßnahme nach Lösungen und einvernehmlichen Regelungen – Konsens sagt man heutzutage wohl dazu – gesucht wird, die eben diese Befassung mit Gerichten oder, jetzt sage ich das mal mit meinen Worten, das Schießen mit den größten Kanonen unnötig und überflüssig macht.

(Zuruf von Dr. Armin Jäger, CDU)

Ich wäre von mir aus immer an einer solchen einvernehmlichen, an einer solchen kollegialen Lösung interessiert.

(Beifall Dr. Gerhard Bartels, PDS –
Zuruf von Dr. Armin Jäger, CDU)

Vizepräsidentin Kerstin Kassner: Gestatten Sie noch eine weitere Anfrage des Abgeordneten Herrn Dr. Born? (Zustimmung)

Dr. Ulrich Born, CDU: Herr Kollege Kreuzer, habe ich Sie recht verstanden, dass Sie bestätigen, dass der Vorsitzende des Innenausschusses die Frage an den Rechtsausschuss gerichtet hat, ob seine Auslegung aus dem Jahre 1993 aufrecht erhalten wird, und dass der Rechtsausschuss nicht beschlossen hat, von dieser Auslegung abzuweichen?

Götz Kreuzer, PDS: Ja, ja, ja, selbstverständlich. Das habe ich ja gesagt.

Dr. Ulrich Born, CDU: Herzlichen Dank.

Götz Kreuzer, PDS: Nein. Nein, falsch.

(Zuruf von Dr. Armin Jäger, CDU)

Das ist wieder nur eine ...

Pardon, Herr Kollege Dr. Born.

Dr. Ulrich Born, CDU: Nein, ich habe nur gedacht, Ihre Antwort ist beendet.

Götz Kreuzer, PDS: Das ist nur eine halbe Frage. Also die ganze Wahrheit ...

(Heiterkeit bei einzelnen
Abgeordneten der SPD und CDU –
Gabriele Schulz, PDS: Die ganze Antwort.)

Die ganze Frage muss lauten, in Kenntnis der Entwicklung

(Wolfgang Riemann, CDU: Er antwortet auf Fragen, die gar nicht gestellt worden sind.)

und auch in Kenntnis der Entscheidung des Rechtsausschusses, ob überhaupt eine Passage und nicht nur eine bevorzugte und auszugsweise Passage

(Siegfried Friese, SPD: Die Frage war, ob ein Gesetz notwendig ist.)

der Beschlussempfehlung oder der Auslegung der Geschäftsordnung durch den Rechtsausschuss zu beantworten war, sondern es war in Gänze die Frage gestellt worden. Und insofern ist die Antwort auch nicht nur bezogen auf die damalige Auslegung von 1993, sondern auf die Gesamtauslegung hinsichtlich der Geschäftsordnung durch den Rechtsausschuss zu beantworten gewesen.

Dr. Ulrich Born, CDU: Danke schön.

Götz Kreuzer, PDS: Bitte schön.

(Beifall Dr. Gerhard Bartels, PDS)

Vizepräsidentin Kerstin Kassner: Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Herr Müller von der SPD-Fraktion. Er möchte nicht. Gut, dann schließe ich die Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung.

Ich rufe auf die Ziffer 1 der Beschlussempfehlung.

Hierzu liegt Ihnen ein Änderungsantrag der Fraktion der CDU auf Drucksache 3/1867 vor, über den ich zunächst abstimmen lasse. Wer diesem Änderungsantrag zustimmen wünscht, den bitte ich um das Handzeichen. – Vielen Dank. Die Gegenstimmen. – Danke. Stimmenthaltungen? – Das ist nicht der Fall. Damit ist der Änderungsantrag der Fraktion der CDU auf Drucksache 3/1867, da er nur die Stimmen der CDU-Fraktion erhalten hat, abgelehnt.

Wer der Ziffer 1 der Beschlussempfehlung zustimmen wünscht, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. – Danke. Die Gegenprobe. – Danke. Gibt es Stimmenthaltungen? – Das ist nicht der Fall. Damit ist die Ziffer 1 der Beschlussempfehlung des Rechtsausschusses auf Drucksache 3/1838 mit den Stimmen der Fraktionen von SPD und PDS bei Gegenstimmen der Fraktion der CDU angenommen.

Ich rufe auf die Ziffer 2 der Beschlussempfehlung. Wer der Ziffer 2 zustimmen möchte, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. – Danke. Die Gegenstimmen. – Danke schön. Gibt es Stimmenthaltungen? – Das ist ebenfalls nicht der Fall. Damit ist die Ziffer 2 der Beschlussempfehlung des Rechtsausschusses auf Drucksache 3/1838 ebenfalls mit den Stimmen der Fraktionen von SPD und PDS bei Gegenstimmen der CDU-Fraktion angenommen.

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 6:** Beratung des Antrages der Fraktionen der PDS und SPD – Beteiligungskampagne, Drucksache 3/1301. Hierzu liegen Ihnen die Beschlussempfehlung und der Bericht des Sozialausschusses auf Drucksache 3/1836 vor.

**Antrag der Fraktionen der PDS und SPD:
Beteiligungskampagne
– Drucksache 3/1301 –**

**Beschlussempfehlung und Bericht
des Sozialausschusses
– Drucksache 3/1836 –**

Das Wort zur Berichterstattung hat die Abgeordnete Frau Dr. Seemann von der SPD-Fraktion. Bitte sehr.

Dr. Margret Seemann, SPD: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren Abgeordnete! Wie Sie wissen, hat der Landesjugendring auf seiner Jahreshauptversammlung im März 2000 beschlossen, das Jahr 2000 zum „Jahr der Beteiligung“ zu machen. Zudem fordern Normen internationalen und nationalen Rechts Kommunen und Länder dazu auf, junge Menschen zumindest in den sie betreffenden Angelegenheiten an der Entscheidungsfindung zu beteiligen und ihre Belange angemessen zu berücksichtigen. Die Umsetzung dieser Normen in der Praxis ist jedoch nicht selbstverständlich und bereitet vielfältige Probleme. Diesen kann durch Erhöhung der Kompetenzen bei Verwaltungen, Politikern und Jugendlichen entgegen gewirkt werden.

Ziel der vom Landesjugendring initiierten Kampagne soll sein, dass die Beteiligung junger Menschen ein Stück Normalität im Land ist und letztlich damit das Land Mecklenburg-Vorpommern auch kinder- und jugendfreundlicher wird. Diesem Anliegen soll in einem Antrag der Koalitionsfraktionen Rechnung getragen werden. Darin ist unter anderem vorgesehen, dass der Landtag die Beteiligungskampagne des Landesjugendringes, die auf die Entwicklung einer Beteiligungskultur in Mecklenburg-Vorpommern, die Entwicklung, Erprobung und Verallgemeinerung von Methoden und Verfahren der Beteiligung von Kindern und Jugendlichen an Entscheidungsprozessen und die Entwicklung von Kompetenzen bei den Akteuren kommunaler Entscheidungsprozesse gerichtet ist, als einen unverzichtbaren Beitrag zur Beförderung einer neuen demokratischen Kultur in Mecklenburg-Vorpommern unterstützt.

Die Fraktionen werden zudem gebeten, die Beschlüsse von „Jugend im Landtag“ auszuwerten. Vor diesem Hintergrund hat der Landtag den Antrag auf Drucksache 3/1301 während seiner 41. Sitzung am 25. Mai 2000 beraten und federführend an den Sozialausschuss sowie zur Mitberatung an den Innenausschuss und den Finanzausschuss überwiesen. Der Sozialausschuss hat in seiner 53. Sitzung am 29. November 2000 den Antrag der Fraktionen der PDS und SPD beraten und die vorgelegte Beschlussempfehlung unter Berücksichtigung der Stellungnahmen des Innenausschusses sowie des Finanzausschusses in seiner 55. Sitzung am 17. Januar 2001 mehrheitlich mit den Stimmen der Fraktionen der SPD und PDS, gegen die Stimmen der Fraktion der CDU angenommen.

Der Ergänzungsbeschluss des Sozialausschusses sieht auf Antrag der Fraktionen der SPD und PDS in Ergänzung des Antrages auf Drucksache 3/1301 vor, dass der Landtag die Ergebnisse von „Jugend im Landtag“ an die Landesregierung übermittelt und diese beauftragt, im September 2001 darzulegen, wie sie diese Interessen berücksichtigt hat. Bei der Bearbeitung der Richtlinien für den Landesjugendplan 2001 sollen ferner Möglichkeiten zur Unterstützung von Projekten und Modellen zur frühzeitigen Einbindung von Kindern und Jugendlichen in politische Entscheidungsprozesse, zum Beispiel Kinder- und Jugendparlamente, geschaffen werden. Die Erarbeitung dieser Richtlinien soll der Unterstützung der Beteiligungskampagne des Landesjugendringes Mecklenburg-Vorpommern dienen. Ferner sollte im Rahmen der Novellierung der Kommunalverfassung Kindern und Jugendlichen ein Anspruch auf Mitwirkung in denjenigen kommunalen Angelegenheiten eröffnet werden, die sie selbst betreffen.

Ich stelle fest, hier im Hohen Hause besteht ein unheimliches Interesse an diesem Thema, Herr Kollege Glawe.

(Harry Glawe, CDU: Bitte? –
Peter Ritter, PDS: Hat der wieder nicht zugehört?! – Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten der SPD, CDU und PDS)

Die Koalitionsfraktionen wiesen zur Begründung ihres Ergänzungsantrages darauf hin, dass sie es für erforderlich hielten, nicht nur im Bereich des Landtages, sondern auch innerhalb der Landesregierung ressortübergreifend darauf aufmerksam zu machen, dass die Beteiligungskampagne zu interessanten Ergebnissen geführt habe. Sie seien von den Veranstaltern der Beteiligungskampagne aufgefordert worden, innerhalb von sechs Monaten zu den Forderungen Stellung zu nehmen. Dies allein reiche aber insoweit nicht aus, als im Rahmen der Gewaltenteilung vielfach ein Handeln der Regierung, also der Verwaltung erforderlich sei. Daher müsse auch die Landesregierung Position beziehen. Ich bitte Sie deshalb, dem Antrag der Fraktionen der PDS und SPD in der Fassung der Beschlussempfehlung zuzustimmen und bedanke mich für die Aufmerksamkeit von einigen. – Danke.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD und PDS)

Vizepräsidentin Kerstin Kassner: Vielen Dank, Frau Dr. Seemann.

Im Ältestenrat wurde eine Aussprache mit einer Dauer von 45 Minuten beschlossen. Ich denke, es gibt dazu keinen Widerspruch.

Dann bekommt als Erster in der Aussprache das Wort der Abgeordnete Herr Schädel von der PDS-Fraktion.

Monty Schädel, PDS: Frau Präsidentin! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Heute noch – und das wurde mehrfach in diesem Hohen Hause schon ausgeführt – ist Mecklenburg-Vorpommern eines der jüngeren Länder in der Bundesrepublik Deutschland.

(Peter Ritter, PDS: Ja.)

In einigen Jahren wird sich dieses Bild jedoch gewandelt haben und in Mecklenburg-Vorpommern wird die älteste Bevölkerung der Bundesrepublik leben. Um nicht falsch verstanden zu werden, ich habe natürlich nichts gegen Ältere, jedoch einige Punkte sind damit ja verbunden, wenn in einem Land nur ältere Menschen leben. Einige sage ich hier: Produktivität, soziales und kulturelles Leben. Auf mehr gehe ich jetzt nicht ein.

Es ist deshalb unbedingt notwendig, dass junge Menschen hier im Land eine Perspektive sehen und bereits früh als gleichberechtigte Partner unserer Gesellschaft anerkannt werden und sie mitgestalten können. Abgesehen davon, dass die Gesellschaft durch verschiedenste Regelungen dazu verpflichtet ist, einige wurden schon ausgeführt und stehen ja auch in dem Antrag beziehungsweise der Beschlussempfehlung, ist es von Bedeutung, dass Jugendliche dieses im täglichen Leben erfahren können. Deshalb verlassen ja auch viele Jugendliche unser Land. Ausbildung und Arbeit, das gehört unbestritten dazu. Perspektive heißt auch, beteiligt zu werden, mitzubekommen, dass den Interessen und den Vorstellungen junger Menschen Beachtung geschenkt wird, und dass sie über bestimmte Dinge einfach mitentscheiden wollen und können.

Mitentscheidung darf dann nicht bei der Wahl der kommunalen Vertretung stehen bleiben. Wer wählen darf, muss auch das Recht haben, gewählt zu werden und in den gewählten Gremien nicht von den Entscheidungen ausgeschlossen zu bleiben oder muss auch in Schulen die Möglichkeit haben, die Arbeit in den SchülerInnenvertretungen ohne Bevormundung und gleichberechtigt entsprechend der Drittelparität ausüben zu können. Oder sie müssen die Kinder- und Jugendparlamente auch mit Rechten zum Eingreifen und Gestalten ausgestattet haben, damit sie wirklich etwas bewegen können und diese nicht zu einer Alibiveranstaltung werden. Auch wenn es von vielen Menschen und vor allem von den VertreterInnen in den Kommunen und den LehrerInnen an den Schulen einiger Umstellungen bedarf, ist nach den Befindlichkeiten von Kindern und Jugendlichen zu fragen, um sie mit Entscheidungen zu lassen. Höchste Zeit ist es auf alle Fälle.

Die Beteiligungskampagne des Landesjugendringes hat zum Ziel, junge Leute zu befähigen, Leitungspositionen zu übernehmen, und das nicht erst, wenn sie die Strukturen über Jahre durchlaufen haben. Hier ist der Mut zur Entscheidung bei den Entscheidungsträgern gefragt. Politik und Entscheidungsträger mit Jugend in Kontakt zu bringen ist ein weiteres Ziel, um Vertrauen durch Jugendliche und Jugendbeteiligung zu wecken. Jugendverbände sollen als „Andockstationen“ für Beteiligungsprojekte etabliert werden und Jugendliche, die sich beteiligen wollen, sollen damit in Jugendverbände integriert werden. Nicht Doppelstrukturen sollen gefördert oder gar neu aufgebaut werden, sondern es sollen Entscheidungsstrukturen vorhanden sein. Dieses zeigt, dass die Jugend eben nicht, wie oft vorgeworfen wird, unmotiviert, unpolitisch, kriminell oder mehr oder auch weniger ist, sondern zeigt, dass diese Jugend nur nicht verarscht

(Lorenz Caffier, CDU: Das ist aber kein parlamentarischer Ausdruck. – Peter Ritter, PDS: Das ist aber Tatsache.)

und hingehalten werden will. So wie jeder andere auch möchten Jugendliche in sie betreffende Entscheidungen und Veränderungen mit einbezogen werden und es ist unsere Pflicht, dieses zu berücksichtigen, sie zu beteiligen und nach Möglichkeiten zu suchen, wie dieses möglich wird.

(Annegrit Koburger, PDS: In der Sprache der jungen Leute reden.)

Die Beschlussempfehlung kann in diesem Zusammenhang nur als ein Zwischenergebnis der Arbeit des Landtages gesehen werden, als ein Signal, auf das bereits lange gewartet wird, dass die Jugendlichen, die im vergangenen Herbst an „Jugend im Landtag“ teilgenommen haben, nicht umsonst erschienen sind und sich dort bemüht haben und diese Ergebnisse wahrgenommen werden.

Das Sozialministerium hat mit Veränderungen in der Jugendplanung begonnen und ist im Gespräch mit Jugendvereinen und Verbänden sowie dem Landesjugendring als Interessenverband. Verschiedene Kolleginnen und Kollegen dieses Hauses, auch wenn jetzt nicht so viele da sind, bemühen sich darum, Ähnliches zu leisten. Die Erarbeitung der Richtlinie zum Landesjugendplan dient natürlich nicht nur der Unterstützung der Beteiligungskampagne des Landesjugendringes und diese ist natürlich nicht die Erfüllung der Kampagne beziehungsweise der sich für das Sozialministerium und die Landesregierung daraus ergebenden Aufgaben. Aber dies ist

für das Sozialministerium natürlich selbstverständlich. Selbstverständlich sollte auch sein, dass die Unterstützung nicht nur von der Landesregierung im Allgemeinen und dem Sozialministerium als zuständiges Ministerium im Besonderen kommen darf. Es sind alle Menschen hier gefragt. Politiker und sicher besonders alle anderen Menschen, vor allem die, die sich Erwachsene nennen, sind jedoch nicht weniger davon betroffen, sich einzubringen und in ihrem Denken umzudenken. Wenn sich niemand über den Tisch gezogen fühlt und nicht über den Kopf Entscheidungen gefällt werden, sondern Beteiligung ernst und ehrlich genommen wird, wird dieses Engagement von Jugendlichen gefördert werden. Sie werden sich in die Gestaltung der Gesellschaft mit einbringen und weniger anfällig für menschenverachtete Ideologien sein.

In diesem Sinne ist und kann der heutige Beschluss nur ein Zwischenergebnis, ein Signal sein. Ihm muss hier im Haus, in der Landesregierung sowie in den Kommunen und Schulen, dort, wo die Jugendlichen hauptsächlich leben, die Arbeit, die ehrliche Beteiligung von Jugendlichen folgen. Handlungsfelder sind mit den Ergebnissen von „Jugend im Landtag“ ausreichend vorgegeben. Dazu sind in den genannten Strukturen wiederum Umdenken und Einstellungsänderungen notwendig. Förderung sowie Ermunterung von Jugendlichen und ihren Zusammenschlüssen zum Sich-Einbringen – nicht zu verwechseln mit „Wir sagen euch, wie es richtig gemacht wird.“ – muss die Folge sein. Änderungen der Kommunalverfassung, des Schulgesetzes sowie anderer Vorschriften reichen nicht aus, sind aber zunächst und vielleicht auch vor allen die Voraussetzung dafür, dass Jugendliche sich einbringen können, denn zu viele fragen heute immer noch und blockieren damit nicht selten das Engagement von Jugendlichen: „Ja, dürfen die denn das?“ Es müssen also Regelungen und Möglichkeiten geschaffen und Kompetenzen erhöht werden.

Vor diesem Hintergrund ist es zu begrüßen, dass der Landtagspräsident Hinrich Kuessner die Schirmherrschaft für die gesamte Veranstaltung – und nicht, wie irrtümlich im Antrag steht, nur für die Auftaktveranstaltung – übernimmt, damit Jugendliche begreifen und sehen, dass es der Wunsch des Hauses nach der Beteiligung von Jugendlichen in ihren Gremien ist. Lassen wir als Abgeordnete also den Präsidenten nicht im Regen stehen und schauen uns die Ergebnisse und Forderungen von „Jugend im Landtag“ des vergangenen Jahres nochmals an! Hier wurden für viele Fachbereiche Vorschläge gemacht und Ideen entwickelt, die es wert sind, in unserer Arbeit Eingang zu finden, denn – zum wiederholten Male: Kinder und Jugendliche wollen nicht wissen, was nicht geht, sie wollen wissen, wie wir das, was nicht geht, mit ihnen erreichen und umsetzen. Es gibt also viel zu tun für uns. – Danke schön.

(Beifall bei Abgeordneten der PDS – Sylvia Bretschneider, SPD: Das ist wahr.)

Vizepräsidentin Kerstin Kassner: Vielen Dank, Herr Schädel.

Eine Bemerkung: Es gibt auch Worte, mit denen man die berechnete Enttäuschung in parlamentskonformes Deutsch bringen kann.

(Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten der SPD und PDS – Beifall Dr. Gerhard Bartels, PDS – Peter Ritter, PDS: Ach ja.)

Als Nächster hat das Wort der Abgeordnete Herr Caffier von der CDU-Fraktion.

Lorenz Caffier, CDU: Ich benutze das Wort nicht.

(Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten der PDS)

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren Abgeordnete! Die Veranstaltung „Jugend im Landtag“ im Spätsommer des vergangenen Jahres war sicherlich insbesondere für die teilnehmenden Jugendlichen ein Erfolg, nicht nur, weil die Partys, wie man hört, es in sich hatten, sondern vor allem auch und gerade deshalb, weil diese Veranstaltung „Jugend im Parlament“ ein Beitrag war, dass einerseits die Jugendlichen untereinander intensiver ins Gespräch kommen, deren Ideen und Vorstellungen gebündelt werden und sie direkt beim Adressaten der Politik auf den Tisch gelangen.

(Zuruf von Peter Ritter, PDS)

Andererseits – und das möchte ich nicht gering schätzen – gewährte dieses Jugendparlament auch ein wenig den Einblick in die Abläufe, nach denen Politik funktioniert. Wichtig ist mir das deshalb, weil Unterstützung für das parlamentarische Regierungssystem nur dann erwartet werden kann, wenn das Verständnis da ist. Unsere Abläufe sind manchmal so kompliziert, dass es schwer fällt, sie zu verstehen, wenn man nicht einmal unmittelbar nach den gleichen oder zumindest ähnlichen Regeln gearbeitet hat. Deshalb meine ich, meint meine Fraktion, dass eine solche Initiative bei aller Diskussionswürdigkeit bei den einzelnen Abläufen einen praktischen Nutzen haben könnte, unabhängig von der Qualität der Umsetzbarkeit oder einfach der unterschiedlichen parteipolitischen Beurteilung der vorgenommenen Beschlüsse.

Unter beiden Aspekten – das bekenne ich sehr offen – hielt ich schon Ihren Antrag vom Mai letzten Jahres für nicht gut und ich halte noch in viel stärkerem Ausmaß die nunmehr mehrheitliche Beschlussempfehlung des Sozialausschusses für eine einzige Enttäuschung. So schaffen Sie es erstens tatsächlich, in Ihrer Beschlussempfehlung mit keinem Wort auf die nunmehr vorgelegten Ergebnisse von „Jugend im Landtag“ einzugehen. Sie legen ausführlich dar, dass Beteiligungsverfahren eine Chance sind. Wozu sie genutzt werden können, sagen Sie nicht. Sie überlassen das lieber der Landesregierung, der Sie jetzt die Beschlüsse hinüberschieben wollen. Ich glaube, da müssen wir alle als Abgeordnete über unser Selbstverständnis nachdenken, wenn wir erst eine Aktion einberufen und später, wenn die Aktion im Gang ist, bestimmte Verantwortlichkeiten woanders hinschieben. Ich denke, darüber müssen wir in Zukunft auch im Vorfeld intensiver sprechen, wenn solche Veranstaltungen ins Leben gerufen werden, die durchaus wichtig sind.

Ich habe Verständnis dafür, dass eine Äußerung zu den Beschlüssen des Jugendparlaments schwer fällt, insbesondere den Regierungsfractionen.

(Peter Ritter, PDS: Die CDU ist ja nicht da, die kann ja nichts sagen.)

Die Einladung, Forderungen aufzustellen, ist leicht ausgesprochen. Die Forderung zu formulieren, ist schon etwas schwieriger. Die Forderung dann aber auch umzusetzen, das ist hohe politische Kunst, denn alles ist ja nicht umsetzbar. Das müssen wir alle gleichermaßen konstatieren. Vieles ist so nicht umsetzbar, weil auch mit

anderen Bevölkerungs- und Interessengruppen ein Ausgleich gefunden werden muss.

(Reinhard Dankert, SPD:

Das ist ja erst der nächste TOP.)

Dafür sind wir schließlich alle da. Für Vieles muss noch vorgearbeitet werden, es müssen Gespräche geführt werden. Das eine oder andere will zwar die eine oder andere Partei, zwei andere Parteien wollen dies nicht oder möglicherweise nicht vollständig. Ich meine – und das kann man offen und ehrlich sagen, weil das zum politischen System gehört –, wir können als Landespolitiker nicht zu allem und immer „ja“ sagen. Selbst dann, wenn uns Forderungen sympathisch erscheinen, müssen wir manchmal sagen „später“ und manchmal auch „nein“. Wir haben das doch auch schon vor dem Jugendparlament erlebt, und zwar mit dem Altenparlament.

Mit den Senioren des Landes haben wir intensiv diskutiert. Die Senioren haben aus ihrer Sicht ihre Forderungen aufgestellt, die sie an uns gerichtet haben. In der Gesamtheit dieses Forderungskataloges – das haben wir alle unabhängig voneinander festgestellt – sind diese Forderungen schwer umsetzbar. Deshalb muss man Punkt für Punkt überlegen, wo man Schritte gehen kann. Dabei wäre es aber auch unfair, quasi Rosinenpickerei zu betreiben und das herauszugreifen, was gerade mal ins Konzept passt, und die anderen Sachen zu negieren. Darauf, das finde ich relativ verantwortungsvoll von uns allen, haben wir jahrelang bisher verzichtet. Ich hoffe, das bleibt auch so. Nur sorgt das auch wiederum verständlicherweise für ein wenig Unruhe bei den Senioren beispielsweise, die manchmal den Verdacht hegen, dass wir mit ihren Beschlüssen gar nichts anfangen.

Da gehört es zur offenen Kommunikation, ehrlich zu sagen, wie die Situation technisch ist, wie die Beschlüsse beurteilt werden in ihrer Gesamtheit und im Einzelnen und welche Schwierigkeiten es bei der Umsetzung geben kann. Da besteht schon die Gefahr, dass wir die Senioren ein wenig enttäuscht haben. Deshalb wäre es ja zweitens so unglaublich wichtig gewesen, wenigstens die Chance zu nutzen, formal den Jugendlichen des Jugendparlaments näher zu bringen, wie das Verfahren der Willensbildung hier im Hause abläuft. Dann können wir den Jugendlichen unsere Arbeit erklären, uns damit auseinandersetzen, dass wir verschiedenste, meistens sogar gegensätzliche Forderungen aller gesellschaftlichen Gruppen auf den Tisch bekommen, die wir einfach zu einem machbaren und vernünftigen Kompromiss formen müssen.

Doch was passiert? SPD und PDS erinnern sich an die vereinbarte Frist, in der die Beschlüsse beantwortet sein sollen,

(Peter Ritter, PDS: Und die CDU ist nicht da.)

aber merken, dass es aufgrund der eben objektiv bestehenden Situation so schnell nicht geht, und schieben das Problem jetzt der Landesregierung zu. Dann wird noch eine heftige Frist gesetzt bis September 2001, in der ein Bericht vorgelegt werden soll. Und dann, wie geht es dann weiter? Bekommen wir diesen Bericht überhaupt? Oder werden wir im Oktober 2001 wieder eine Erklärung bekommen, dass der Bericht etwas länger dauern wird, weil noch die Kommunikation, beispielsweise mit dem Jugendparlament, gesucht werden muss, von dem die zugeleiteten Forderungen ja sind, und diese Kommunikation noch ein Jahr braucht, so dass etwa im vierten Quar-

tal 2002 damit zu rechnen ist? So erleben wir das ja heute einige Tagesordnungspunkte weiter hinten mit dem Landesaltenplan. Ist das seriöser Umgang in der Jugendpolitik? Wird damit der ursprüngliche Sinn des Jugendparlaments erreicht, die Jugendlichen aus der passiven Ecke herauszubekommen, mit ihnen in den Dialog zu kommen, sie an das parlamentarische Regierungssystem heranzuführen, sie darin zu unterrichten, ihre Interessen zu artikulieren und durchzusetzen? Oder lernen sie jetzt einfach: Wir stellen eine Forderung auf, wir formulieren sie, dann liegt die Forderung herum, dann wird daraus ein Bericht gemacht, der wird dann abgeheftet und das war's.

Mit dieser Beschlussempfehlung, glaube ich, sorgen wir für Frust und nicht für Freude. Sie sorgen für Politikverdrossenheit statt für Politikinteresse. Das ist mir allerdings zu einfach und auch zu billig. Ich bezweifle, dass ein 15-Jähriger, der mit Euphorie und Enthusiasmus gearbeitet hat und nun so einen Bericht bekommt, weitergeht auf dem Weg des Engagements in unserem politischen System.

Vizepräsidentin Kerstin Kassner: Herr Abgeordneter, gestatten Sie eine Anfrage des Abgeordneten Peter Ritter?

Lorenz Caffier, CDU: Zum Schluss.

Wenn wir dem 15-Jährigen aber ehrlich sagen würden, wie das System funktioniert, dass es darauf ankommt, auch dicke Bretter zu bohren, dass genau in diesen Abwägungsprozess der verschiedenen gegenseitigen Interessen gepaart mit einem verantwortungsvollen Umgang mit den finanziellen Mitteln gerade auch die Stärken des Systems liegen, dann können wir, glaube ich, die Jugendlichen für dieses System stärker begeistern. Ich finde, es gibt kaum etwas Spannenderes, als die Abläufe in unserem Parlament, wenn sie denn mehr sind, als schlichte Berichtsanforderungen an die Landesregierung. Diese Spannung bringen wir allerdings dem Jugendparlament nicht nahe, weil wir nicht den Mut haben, den jungen Leuten auch zu sagen: Nicht alle Eure Forderungen werden umsetzbar sein. Wir werden auch nicht nur einmal „nein“ sagen müssen. Doch aus meiner Sicht ist ein ehrliches „Nein, hier geht es nicht.“ besser als ein ständiges Vertrösten.

Dabei wissen wir doch, dass uns die Probleme der Jugend und ihrer Entwicklung hier im Land unter den Nägeln brennen. Ich möchte das gar nicht auf das Thema Rechtsextremismus beschränken. Doch die Frage der demographischen Entwicklung ist wohl eine der zentralsten Fragen, die wir hier erleben. Die Frage, wie wir die jungen Menschen für unser Land begeistern, damit sie bleiben – auch in etwas schwierigeren Zeiten – und nicht nach Hamburg, Schleswig-Holstein, Bayern oder Baden-Württemberg auswandern, ist doch eine Frage, um die wir uns hier täglich kümmern sollten, in die wir auch die Jugendlichen einbeziehen können und müssen.

Oder der Arbeitsmarkt – wie sieht denn die Situation dort aus? Wir können doch nicht monatelang über Pro und Kontra der Beteiligung an Kommunalwahlen für 16-Jährige diskutieren und diesen gleichzeitig eine berufliche Perspektive verweigern. Die junge Generation in unserem Bundesland sieht Ausbildung und Chance am Arbeitsmarkt als wichtigstes und als perspektivisch entscheidendes Kriterium darüber an,

(Monty Schädel, PDS: Das würde ich aber nicht sehen.)

ob sie in diesem Land eine Zukunft sehen. Bis zum heutigen Tag hat der Arbeitsminister Herr Holter – jedenfalls für mich nicht nachvollziehbar – kein exaktes Programm zur Bekämpfung der gegenwärtigen Jugendarbeitslosigkeit vorgestellt. Wir haben eine ständig steigende Zahl der Jugendarbeitslosigkeit. Derzeit sitzen hier 20.590 Jugendliche unter 25 Jahren auf der Straße – das ist die Einwohnerzahl von Parchim – und Sie reden über mehr Beteiligung der Jugendlichen in den Kommunen.

(Monty Schädel, PDS: Nee, die Jugendlichen reden darüber.)

Aber ich frage Sie: Woran wollen wir sie noch beteiligen? Wollen Sie ihnen durch die Beteiligung an kommunalen Entscheidungsprozessen einen weiteren dritten Arbeitsmarkt, oder, sagen wir lieber, einen vierten, auf-tun? Sollen die Jugendlichen durch mehr Beteiligung ihre existentiellen Sorgen und Nöte, ihre Zukunftsängste, die aus der fehlenden Vermittlung auf dem ersten Arbeitsmarkt resultieren, vergessen? Bedenkt man dieses, ist Ihr Antrag nicht nur eine Farce, sondern sogar der Versuch, durch Täuschung einen Irrtum über die Perspektiven in diesem Land zu erregen – schlicht und einfach.

Jungen Menschen zu beweisen, dass man sie braucht, dass unsere Gesellschaft, unser Land sie braucht, wird man vor allem dadurch erreichen können, ihnen Arbeit in diesem Land zu verschaffen, gerecht bezahlte und vernünftige Arbeit, sie darüber hinaus erfahren zu lassen, dass sich gesellschaftliches und politisches Engagement und die Übernahme eines Amtes lohnen kann. Dass man mitunter nur dort viel mehr bewegen kann als in kurzfristigen Aktionen, muss und kann ihnen allerdings nur auf der Basis eines gesicherten Arbeitsplatzes vermittelt werden.

Wenn wir mit einer Beschlussempfehlung zu Arbeit, Jugend und Parlament auch keinen gesicherten Arbeitsplatz bereitstellen können, sollten wir doch zumindest versuchen, durch eine offene und ehrliche Diskussion mit den Jugendlichen nicht für Frustration gegenüber der Politik zu sorgen. Diese Beschlussempfehlung wird diesem Anspruch allerdings aus unserer Sicht nicht gerecht, so dass meine Fraktion sie auch nur ablehnen kann.

(Zuruf von Peter Ritter, PDS)

Ich danke für die Aufmerksamkeit.

(Beifall Jörg Vierkant, CDU)

Vizepräsidentin Kerstin Kassner: Bitte sehr, Herr Ritter, Sie können Ihre Frage stellen.

Peter Ritter, PDS: Herr Kollege Caffier, würden Sie mir zustimmen, dass die mangelhafte Anwesenheit der Abgeordneten, vor allen Dingen auch Ihrer Fraktion, wenig dazu beiträgt, Jugendliche zu motivieren, in die Politik einzusteigen?

Lorenz Caffier, CDU: Dem habe ich nichts hinzuzufügen. Das muss sich jeder Abgeordnete selbst fragen.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der PDS)

Vizepräsidentin Kerstin Kassner: Vielen Dank, Herr Caffier.

Das Wort hat jetzt die Abgeordnete Frau Bretschneider von der SPD-Fraktion.

Sylvia Bretschneider, SPD: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren Abgeordnete hier im Saal, an den Mikrofonen, an den Kaffeetassen und wo

immer Sie sich aufhalten möchten! Ich bitte nachdrücklich darum, dass wir auch angesichts der eben angesprochenen Dinge vielleicht ein bisschen Disziplin zeigen und in den Saal zurückkehren, damit die jungen Leute, die hier im Gästeraum sitzen, nicht mit dem allerschlechtesten Eindruck von uns nach Hause gehen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Bislang haben Kinder und Jugendliche noch keine richtige Lobby. Eher geht heute noch immer ein Kamel durch ein Nadelöhr, als einem Kind in unserer Gesellschaft ausreichend Gehör geschenkt wird. Parkplätze, Düsenjäger für Milliarden Mark – all das ist wichtiger als Zeit und Raum für Kinder und Jugendliche und ihre Bedürfnisse.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der PDS)

Wir Erwachsenen und insbesondere wir Politiker haben aber auch die Pflicht, und wir sollten auch den Verstand und das Gewissen dazu haben, unsere Wünsche und Ziele mit dem Wohl der Kinder und zu ihrem Schutz zu vereinbaren. Wir sollten das Liebste und Wertvollste, was wir besitzen – unsere Kinder –, mehr in den Mittelpunkt rücken.

Idee und Herzstück einer modernen Politik sollte es meines Erachtens sein, Kinder und Jugendliche schützend in die Mitte unserer Gesellschaft zu nehmen, sie als vollwertige Persönlichkeiten zu achten und durch Teilhabe am politischen und gesellschaftlichen Prozess zu einem demokratischen Bewusstsein zu erziehen sowie zu Standhaftigkeit und aufrechtem Gang, ebenso zum Respekt vor der Meinung Andersdenkender und zur Solidarität untereinander. Nur so können Kinder und Jugendliche ein soziales Gewissen entwickeln. Dies kann nicht durch Zwang geschehen, sondern durch das Recht, sich selbst dahin entwickeln zu dürfen und vor allen Dingen auch zu können. Mit Hilfe der Eltern und Erzieher können Kinder und Jugendliche dazu ermuntert werden, sich mit eigener Kraft verstärkt in die Gesellschaft und die Politik einzubringen und sich dort Gehör zu verschaffen, wo ihre Worte bisher ungehört verhallen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, gestatten Sie mir an dieser Stelle, einige Worte einzufügen, die der Beauftragte oder der Vertreter der Bundesregierung in seiner Rede zur Auftaktveranstaltung von „Jugend im Landtag“ am 6. September 2000 in Schwerin formulierte: „Partizipation sollte in einer Demokratie eigentlich eine Selbstverständlichkeit sein. Aber: sie ist es leider nicht. Das gilt vor allem für Jugendliche und noch mehr für Kinder. Je jünger die Kinder, um so mehr meinen die Erwachsenen, wir könnten über sie bestimmen. Was das auslöst, dürfte gerade den Jugendlichen unter uns klar sein: Ohnmacht; das Gefühl, ein Objekt des Handelns anderer zu sein und keine Rechte zu haben; der Eindruck, ohnehin nichts bewirken zu können; und das Ausgeschlossenensein von Entscheidungen. Wovon lebt aber die Demokratie? Davon, dass Menschen sich einmischen, dass sie sich beteiligen, dass sie eine Chance haben, ihre Meinung zu äußern. Das Aushandeln von Interessen, das Demokratie ja im Kern ist, kann doch nur funktionieren, wenn alle Beteiligten ihre Interessen überhaupt in die Diskussion einbringen können. Und was will Erziehung? Das Menschenbild unserer Verfassung, des Kinder- und Jugendhilfegesetzes oder auch der UN-Konvention über die Rechte des Kindes ist das des mündigen und selbständigen sowie verantwortlich handelnden jungen Menschen, der mit sich und seiner Umwelt zurecht kommt. Wie will

die Gesellschaft dieses Ziel dann erreichen, wenn Kindern und Jugendlichen die Erfahrung vorenthalten wird, ernstgenommen zu werden, wenn sie nicht die Chance haben zu lernen, was Beteiligung konkret heißt? Diese wenigen Anmerkungen mögen genügen, um zu zeigen, dass Beteiligung nichts“, aber auch gar nichts – das ist jetzt meine Einfügung – „mit ‚good will‘ der Erwachsenen zu tun hat, sondern dass Partizipation ein Recht junger Menschen ist. Und zwar nicht im Sinne von einmaligen, spektakulären Aktionen, die häufig mehr Alibicharakter haben. Vielmehr bin ich überzeugt, dass wir eine Alltagsdemokratie brauchen. Überall dort, wo Sie, die Jugendlichen, leben, müssen Sie die Chance haben, sich zu ihren eigenen Belangen zu äußern.“

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Bei der Beteiligungskampagne müssen alle staatlichen Ebenen mitwirken, vom Bund, übers Land bis hin zu jedem einzelnen Dorf. Es ist aber schon bezeichnend, dass wir darüber überhaupt im Landtag beraten müssen. 100 Jugendliche aus Mecklenburg-Vorpommern haben uns Politikerinnen und Politiker während „Jugend im Landtag“ deutlich gezeigt, dass Jugendliche sich dauerhaft und qualifiziert einmischen wollen. Die Themen reichen von Bildung, über Sucht und Drogen bis hin zur Verkehrspolitik.

Die Ergebnisse von „Jugend im Landtag“ liegen Ihnen allen vor. Von Null-Bock habe ich dort nichts bemerkt, im Gegenteil. Beteiligung von Kindern und Jugendlichen ist, wie wir alle wissen, kein Selbstläufer. Wenn sie gelingen soll, müssen wir dafür die Rahmenbedingungen schaffen, sie unterstützen und helfen. Der Landesjugendring hat dafür schon viel durch seine Beteiligungskampagne beigetragen. Nun ist es an uns, dafür zu sorgen, dass die eingeforderte Partizipation der Kinder und Jugendlichen auch Folgen hat und nicht Lippenbekenntnis bleibt, ansonsten brauchen wir uns nicht über die Politikverdrossenheit zu beklagen. Wenn unser Land kinderfreundlicher werden soll, dann ist es notwendig, dass Kinder und Jugendliche in eigener Sache mitreden dürfen. Erfreulicherweise wird dies auch schon in einigen Kommunen so gehandhabt. Ich hoffe, dass die Kommunalverfassung nun endlich entsprechend verändert wird.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der PDS)

Ganz entscheidend ist für mich auch, dass die Richtlinien für den Landesjugendplan die Beteiligungsmöglichkeiten für frühzeitige Einbindung von Kindern und Jugendlichen in politische Entscheidungsprozesse unterstützen. Die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen ist von unschätzbare Bedeutung für unsere Demokratie. Sie ist Voraussetzung dafür, dass junge Menschen Verantwortung übernehmen lernen und besser geschützt sind vor der Ausübung von Gewalt und Diskriminierung, denn wer es gewohnt ist zu argumentieren, der schlägt und tritt nicht auf andere Menschen ein. Beteiligung ist deshalb auch ein Beitrag gegen Gewalt und Fremdenfeindlichkeit. Es ist nicht das alleinige Mittel, aber es ist ein Mittel, ohne das Demokratie nicht überleben kann.

Deshalb sieht der Beschluss des Sozialausschusses in Ergänzung des Antrages vor, dass die Ergebnisse von „Jugend im Landtag“ an die Landesregierung übermittelt werden und diese darlegt, wie sie diese Forderungen und die Empfehlungen der Fraktionen dazu berücksichtigen wird. Die Fraktionen des Landtages sind damit nicht aus der Verantwortung entlassen, sich mit den Ergebnissen von „Jugend im Landtag“ zu beschäftigen.

Für meine Fraktion kann ich sagen, dass wir uns in allen Fachbereichen intensiv damit befasst haben. Ich bin schon sehr gespannt, ob und wie sich die Opposition hier einbringen wird. Ich finde es sehr bedauerlich, dass Sie, meine Damen und Herren von der CDU, offensichtlich so ihre Probleme mit der Beteiligung haben. Das haben Sie durch Ihre Voten in den Ausschüssen gezeigt. Ich rufe Sie heute dazu auf, Ihre Meinung zu ändern und der vorliegenden Beschlussempfehlung zuzustimmen.

(Wolfgang Riemann, CDU: Eine Beteiligung ohne Folgen. Ohne Folgen!)

Nehmen Sie wenigstens Ihre eigenen Aussagen ernst!

(Wolfgang Riemann, CDU: Ja, das sollten Sie auch tun, weil Sie Aussagen für das Jugendparlament getroffen haben. – Zuruf von Dr. Gerhard Bartels, PDS)

Und jetzt zitiere ich aus dem Papier „Zukunftsoffensive der CDU – Politik gestalten, Mecklenburg-Vorpommern voranbringen“. Dort heißt es unter dem Punkt „Kommunal- und Innenpolitik“: „In der Kommune als dem unmittelbaren Lebensumfeld der Menschen liegt eine Grundlage für einen toleranten, konfliktfähigen Umgang in der Gesellschaft. Eine verantwortlich handelnde Landesregierung wird daher das Engagement und die Mitsprachemöglichkeiten der Bürger gerade auf kommunaler Ebene unterstützen und die Kommunen stärken.“ Und ein zweites Zitat: „Wir wollen, dass die Mitsprache der Bürger bei Entscheidungen in ihrem persönlichen Umfeld verbessert wird. Sie ermöglicht Identifikation und Heimatbewusstsein. Die Mitsprache wird in den gewählten Gemeindevertretungen gewährleistet.“ Hört, hört! Zählen Kinder und Jugendliche nicht zu den Bürgern in diesem Land? Soll Mitsprache nur in den Gemeindevertretungen erfolgen? Das hätte ich gerne natürlich von Ihnen erklärt.

(Wolfgang Riemann, CDU: Das ist doch gar nicht wahr! Das ist doch gar nicht wahr!)

Und an der Stelle ist mir natürlich aufgefallen, Herr Riemann, dass Ihr Papier so einige Lücken hat im Demokratieverständnis.

Wenn dann unter einem dritten Zitat, das ich gern noch vorlesen möchte,

(Wolfgang Riemann, CDU: Ihre Versprechen haben Lücken in der Realität.)

steht: „Schule muss Kinder und Jugendliche darauf vorbereiten, Konflikte zu ertragen, Lebensumbrüche zu bewältigen und die eigene Lebensgestaltung in die Hand zu nehmen.“, dann frage ich mich ganz besorgt: Wollen wir das Bild des geduldigen Leibeigenen?

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD und PDS)

Wollen wir unsere Kinder und Jugendlichen dazu erziehen und bilden?

Meine Damen und Herren von der CDU, an einigen Stellen hatte ich die Hoffnung, dass Ihr Papier etwas taugt.

(Wolfgang Riemann, CDU: Sie lesen die Toleranz nicht aus diesen Worten.)

Anhand dieser Zitate muss ich sagen, ich habe den Glauben leider wieder verloren. – Ich danke Ihnen für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD und PDS – Wolfgang Riemann, CDU: Sie hatten noch nie einen Glauben.)

Vizepräsidentin Kerstin Kassner: Vielen Dank, Frau Betschneider.

Das Wort hat jetzt die Ministerin Frau Dr. Bunge.

Ministerin Dr. Martina Bunge: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Damit Sie nicht bis September warten müssen, Herr Caffier, schon heute Einiges zum Stand:

Seit dem Frühjahr letzten Jahres kenne natürlich auch ich als Sozialministerin den Vorschlag des Landesjugendringes zu einer Beteiligungskampagne und ich habe von Anbeginn diesem Anliegen meine Unterstützung zugesagt. Ich sehe aktives, direktes Einmischen von Kindern und Jugendlichen als einen guten Baustein für die Entwicklung der demokratischen Kultur in Mecklenburg-Vorpommern an. Ich meine, nicht nur touristische Attraktivitäten sollten das Gesicht unseres Landes prägen, sondern dies kann auch das gesellschaftliche Klima sein. Dazu gehört für mich breite Teilhabe von Kindern und Jugendlichen. Ich meine, auch diese Möglichkeit der Teilhabe ist ausschlaggebend für das Hierbleiben oder Zurückkommen. Ich möchte ganz einfach appellieren, Herr Caffier, wenn sich Jugendliche für eine Arbeit in anderen Bundesländern entscheiden, sollten wir doch nicht von Auswandern sprechen. Wir haben ein einheitliches Deutschland, ein einheitliches Büro „Europa“, und sehen wir doch die sicher schwierige Entscheidung des Über-den-Tellerrand-Hinausschauens auch mal als eine gewisse Chance an für diese Jugendlichen. Wir müssen alles andere tun, damit sie wiederkommen.

(Wolfgang Riemann, CDU: Diese Worte hätte ich gern mal gehört von der PDS, als der Ministerpräsident genau dieselben Worte gebraucht hat, die Sie heute gebraucht haben. Herr Seite hat genau dieselben Worte gebraucht. Da hat die PDS vehement widersprochen.)

Vizepräsidentin Kerstin Kassner: Herr Riemann, die Ministerin hat jetzt das Wort.

(Wolfgang Riemann, CDU: Ich will Sie nur an die Vergangenheit erinnern.)

Ministerin Dr. Martina Bunge: Zur Beteiligungskampagne liefen einige Aktivitäten bereits im Jahr 2000. Erinnert wurde an den Prozess „Jugend im Landtag“. Dieser Prozess muss verstetigt werden.

(Siegfried Friese, SPD: Wo ist Herr Seite eigentlich? – Peter Ritter, PDS: Der studiert gerade.)

Die Diskussionen zu den neuen Richtlinien zum Landesjugendplan habe ich natürlich genutzt, um seit dem Sommer allen Beteiligten auch den Gedanken der Beteiligungskampagne mit nahe zu bringen, damit dieses in die Richtlinien für 2001 bis 2003 einfließen kann. Und es ist so, die Richtlinien sind so ausgestaltet, dass die Beteiligungskampagne einordbar ist. Speziell ist das in den Richtlinien 1 und 2. Und hier vielleicht auch die Information: Die Abstimmung zu den Richtlinien ist beendet und sie werden in den nächsten Tagen veröffentlicht. Das heißt dann aber auch, dass mit diesen Mitteln für den Landesjugendplan die Haushaltsmittel für die Kampagne reserviert sind. Es kommt jetzt darauf an, das Konzept zu spezifizieren und einen konkreten Finanzplan aufzustellen.

Das Sozialministerium und der Landesjugendring sind dazu im Gespräch. Ich fordere alle dazu auf, sich zu beteiligen, und ich bin gern bereit, wie es die Beschlussempfehlung vorsieht, im September wieder über den dann aktuellen Stand zu berichten. – Danke.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD und PDS – Wolfgang Riemann, CDU:
Das war aber ein magerer Beifall.)

Vizepräsidentin Kerstin Kassner: Vielen Dank, Frau Dr. Bunge.

Wir kommen nun zur Abstimmung.

Der Sozialausschuss empfiehlt in seiner Beschlussempfehlung auf Drucksache 3/1836, den Antrag der Fraktionen der PDS und SPD auf Drucksache 3/1301 mit der in der Beschlussempfehlung enthaltenen Maßgabe anzunehmen. Wer diesem zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Danke. Gegenprobe. –

(Peter Ritter, PDS: Das kann ja wohl nicht wahr sein!)

Gibt es Stimmenthaltungen? – Das ist nicht der Fall. Damit ist die Beschlussempfehlung des Sozialausschusses auf Drucksache 3/1836 mit den Stimmen der Fraktionen von SPD und PDS gegen die Stimmen der CDU-Fraktion angenommen.

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 7:** Beratung der Unterrichtung durch die Landesregierung – Entwurf einer Vereinbarung zwischen Bund und Ländern zur Änderung der Rahmenvereinbarung „Forschungsförderung“ und der Ausführungsvereinbarung DFG/SFB sowie zur Aufhebung der Ausführungsvereinbarung Graduiertenkollegs, Drucksache 3/1679.

**Unterrichtung durch die Landesregierung:
Entwurf einer Vereinbarung zwischen Bund und Ländern zur Änderung der Rahmenvereinbarung „Forschungsförderung“ und der Ausführungsvereinbarung DFG/SFB sowie zur Aufhebung der Ausführungsvereinbarung Graduiertenkollegs
– Drucksache 3/1679 –**

Mir ist von allen Fraktionen angezeigt worden, dass eine Aussprache nicht vonnöten ist. Offensichtlich ist das immer noch so.

Damit kommen wir zur Abstimmung.

Der Ältestenrat schlägt vor, die Unterrichtung auf Drucksache 3/1679 zur federführenden Beratung an den Ausschuss für Bildung, Wissenschaft und Kultur und zur Mitberatung an den Finanzausschuss zu überweisen. Wer diesem Vorschlag folgen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Vielen Dank. Gibt es Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Das ist nicht der Fall. Damit ist dem Überweisungsvorschlag einstimmig gefolgt worden.

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 8:** Er enthält a) die Beratung der Unterrichtung durch die Landesregierung zum Zwischenbericht über Entwicklungstendenzen der Theater- und Orchesterstrukturen des Landes Mecklenburg-Vorpommern auf Drucksache 3/1564. Wir werden ihn in Verbindung mit dem Punkt b) Beratung des Antrages der Fraktion der CDU – Theaterstrukturen und Theaterfinanzierung in Mecklenburg-Vorpommern, auf Drucksache 3/1819 behandeln.

**Unterrichtung durch die Landesregierung:
Zwischenbericht über Entwicklungstendenzen der Theater- und Orchesterstrukturen des Landes Mecklenburg-Vorpommern
– Drucksache 3/1564 –**

**Antrag der Fraktion der CDU:
Theaterstrukturen und Theaterfinanzierung in Mecklenburg-Vorpommern
– Drucksache 3/1819 –**

Das Wort zur Begründung des Antrages der Fraktion der CDU hat der Abgeordnete Herr Dr. Jäger von der CDU-Fraktion. Bitte sehr.

(Beifall Wolfgang Riemann, CDU)

Dr. Armin Jäger, CDU: Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Nun liegt es also vor, das Gutachten, auf das der Herr Kultusminister uns immer wieder ausreichend hingewiesen hat, wenn er in den letzten Jahren konkrete Fragen umgangen hat.

(Dr. Gerhard Bartels, PDS: So lange war das gar nicht in Auftrag, Herr Kollege.)

Das Gutachten enthält wichtige Aussagen, nämlich dass Mecklenburg-Vorpommern gegenüber den alten Bundesländern ein qualitativ und quantitativ hochwertiges Theaterangebot hat. Das ist eine wichtige Aussage

(Beifall Siegfried Friese, SPD:
Ja, das wollen wir mal festhalten.)

und über diese grundsätzliche Aussage können wir gemeinsam froh sein, denn sie sagt, dass im Nordosten der Republik ein fruchtbares Terrain für Kunst und Kultur vorhanden ist. Und dass die Menschen dieses Angebot annehmen, ein hohes Bedürfnis zeigen für Schauspiel, Konzert und Ballett, das hat so mancher vielleicht nicht vermutet. Aber eine solche Aussage ist auch Verpflichtung, Verpflichtung für die theatertragenden Kommunen, aber auch Verpflichtung für das Land, das über 50 Prozent der Finanzausstattung der Theater trägt. Aus diesem Grunde geht unsere Fraktion mit ihrem Antrag natürlich über eine ausschließliche Debatte zum Bericht des Kultusministers oder der Projektgruppe hinaus und fordert von der Landesregierung eine Konzeption ein, die langfristig das Niveau von Theatern und Orchestern sichern hilft.

Die Expertise des Unternehmens Culture Concepts hat gezeigt, dass es zu den Aussagen des Berichts „Entwicklungstendenzen der Theater- und Orchesterstrukturen des Landes Mecklenburg-Vorpommern“ ganz entscheidende Unterschiede gibt. Während die Projektgruppe beziehungsweise die Landesregierung an der Deckelung der Landeszuschüsse über das Finanzausgleichsgesetz bei gleichzeitiger Entwicklung oder Beibehaltung eines 4-Standorte- beziehungsweise 4-Regionen-Modells festhält, trifft die Expertise die eindeutige Aussage, dass dies langfristig nicht möglich sein wird. Dies ist ein Zielkonflikt. Dieser Widerspruch muss aufgelöst werden.

Hier gilt es, verschiedene Modelle zu entwickeln, wie unter welchen Finanzierungsbedingungen flächendeckend und langfristig qualitativ hochwertiges Theater und attraktive Konzerte in Mecklenburg-Vorpommern stattfinden können. Es zeichnet sich ab – und das ist unsere große Befürchtung, die auch durch die Expertise, durch deren Wertung Nahrung erhält –, der gegenwärtig angestrebte Fusionsprozess ist mehr ein Zeichen der Not

der kommunalen Träger als ein Zeichen der Fruchtbarkeit einer künstlerischen Kooperation. Sie ist nicht gegeben.

Die Fusionen finden derzeit, und das wissen wir, glaube ich, alle, nur zwischen den theatertragenden Kommunen statt, und zwar deshalb, weil sie sich aufgrund rapide sinkender kommunaler Haushalte bei gleichzeitigem Wachsen der zu bewältigenden Aufgaben in einer Stagnation der Landeszuweisungen befinden und da im Rahmen des kommunalen Finanzausgleiches bis hin zum Vorhalten von Mitteln durch das Land, speziell im Haushalt des Kultusministers, sich nichts tut. Letztendlich führen die Fusionen, und das sehen wir im Lande, zu empfindlichen Einschnitten im künstlerischen Angebot. Und das gipfelt in der Feststellung, die Sie sicher auch alle mit mir getan haben, dass die größte Stadt unseres Landes mit dem sicher größten wirtschaftlichen Entwicklungspotential, das ist die Stadt Rostock, in Erwägung zieht, ihr Theater ganz zu schließen.

(Zuruf von Reinhard Dankert, SPD)

Wir sehen, die Erwägungen werden angestellt, Herr Dankert, und das ist bedenklich genug.

Und hier helfen sicher auch keine Theaterverträge, selbst wenn wir mal unterstellen, sie würden ein Stück helfen, sie sind ja keine langfristigen Lösungen, nicht über das magische Jahr 2004 hinaus. Wir müssen also langfristig tragbare Strukturen finden, wir müssen über infrastrukturelle Kooperationen vor allem ein gemeinsames Marketing erzielen. Dies muss halten über die Neuregelung des Länderfinanzausgleichs. Das, meine Damen und Herren, ist das Ziel und der Sinn unseres Antrages. Wir wollen, und das sage ich hier sehr deutlich, wir wollen eine aktivere Rolle des Kultusministers in der Neuordnung der Theaterlandschaft.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU – Wolfgang Riemann, CDU: Richtig.)

Herr Kultusminister, Ihr Zögern, Ihr offenkundiges Desinteresse, die wiederkehrenden Ausreden ...

(Reinhard Dankert, SPD: Keine Unterstellungen!)

Ich werde es belegen, Herr Dankert.

... haben schon erhebliche Schäden in der Theaterlandschaft unseres Landes verursacht.

Ich will das am Beispiel, das mir sicher, und das werden Sie mir nachsehen, am nächsten liegt, am Beispiel des Mecklenburgischen Staatstheaters deutlich machen. Es dürfte auch dem Kultusminister mittlerweile klar geworden sein, dass schon aufgrund der Tarifsteigerungen und der Inflationsrate die seit 1997 als Vorwegabzug im kommunalen Finanzausgleich eingestellten 70 Millionen DM heute real weniger als 60 Millionen DM bedeuten. Das lässt sich nachrechnen. Im Zeitraum zwischen 1999 bis heute hat diese Landesregierung mit Hilfe der Fraktionen von SPD und PDS die Mittel für den kommunalen Finanzausgleich um 172 Millionen DM gekürzt. Das haben nicht wir, die Opposition, errechnet, das sind Zahlen, die die kommunalen Landesverbände auch Ihnen mitgeteilt haben.

(Zuruf von Ministerin Sigrid Keler)

Und um das runterzuberechnen auf eine Kommune – für die Landeshauptstadt Schwerin bedeutet dies einen Verlust von 6 Millionen DM im Jahr, 6 Millionen DM allein bei den Schlüsselzuweisungen. Dennoch haben wir hier in

Schwerin – und da werden mir Frau Gramkow und Herr Böttger sicher Schützenhilfe leisten – gesagt, wir kommen mit dem kommunalen Zuschuss, der 10 Millionen DM betrug, nicht mehr aus. Wir haben in einer sehr heißen Diskussion uns durchgerungen auf 13 Millionen DM.

(Angelika Gramkow, PDS: Aber er war bei 12.)

Er war faktisch bei 12, der Beschluss war bei 10. Ich will das nur so nennen, wie es war.

(Angelika Gramkow, PDS: Wir konnten nicht mal unseren eigenen Beschluss einhalten.)

Richtig. Vielen Dank! Genau das war's, weil das Land sich verweigert hat. Das ist genau das.

(Angelika Gramkow, PDS: Der Schlusssatz stammt nicht von mir.)

Nein, natürlich nicht. Der stammt von mir, zu dem stehe ich auch.

(Heiterkeit bei Dr. Gerhard Bartels, PDS)

Und das, meine Damen und Herren, bedeutet – und da muss man sich die Größenordnung klar machen –, dass landesweit, wahrscheinlich bundesweit eine Kommune mit 130 Mark pro Einwohner in jedem Jahr ihr Theater bezuschusst und trotzdem reicht es nicht aus. Und es ist Ihnen, Herr Kultusminister, wiederholt auf formellem und informellem Wege nahegebracht worden, dass trotz dieser Beschlusslage in der Stadt 57 Stellen unseres Theaters gestrichen werden müssen, wenn, ja, wenn nicht eine größere Unterstützung des Landes erfolgt. Aber, Sie haben dieses Theater hängen lassen,

(Wolfgang Riemann, CDU: Die anderen Theater auch.)

obwohl es bei hoher Qualität landesweit und darüber hinaus die höchsten Zuschauerzahlen und die höchsten Einnahmen aus dem Kartenverkauf aufzuweisen hatte.

Meine Damen und Herren, sehr aktuell liegt Ihnen, liegt uns allen der Hilferuf der Mecklenburgischen Staatskapelle vor. Sie haben dies sicher zur Kenntnis genommen. Im Sommer 2000 sah es mal ganz gut aus. Aber nur sehr kurz. Da haben Frau Gramkow und Herr Friese bei einer Veranstaltung auf dem Marktplatz in Schwerin großmündig – Entschuldigung, wenn ich das sage – erklärt, sie würden sich beide persönlich dafür einsetzen, dass mindestens die Mittel aus dem Landeshauptstadtvertrag für den Betrieb des Theaters eingesetzt werden können.

(Angelika Gramkow, PDS: Warum unterstellen Sie eigentlich, dass ich das nicht getan habe, Herr Jäger?)

Ich sag's Ihnen gleich.

Der Herr Kultusminister konnte es leider nicht ermöglichen, bei uns zu erscheinen. Er konnte auch seinen Staatssekretär nicht schicken und die Mitarbeiterin, die in seinem Auftrag sprach oder besser eigentlich nichts sagen durfte, tat mir und anderen, die dabei waren, in der Seele Leid. Aber, Herr Kultusminister, bei diesem mangelnden Interesse, das Sie zeigen, wundert es nicht. Ich weiß nicht, was im stillen Kämmerlein Frau Gramkow und Herr Friese mit Ihnen besprochen haben, aber Erfolg hatten sie beide nicht.

Dann haben wir erst wieder von der Landesregierung ganz überraschend etwas gehört, nämlich dann meldete

sich der Innenminister zu Wort und forderte die CDU-Stadtratsfraktion ultimativ auf, der Amputation des Theaters zuzustimmen. Ich habe den Presseauschnitt noch, Herr Dr. Timm.

(Siegfried Friese, SPD: Herr Jäger, wir haben vier Theaterstandorte und nicht nur Schwerin.)

Das ist richtig. Ich kann hier nur aus meinem eigenen Erfahrungshorizont sprechen und ich weiß, dass Ihre Aufgabe, Herr Friese, ...

(Dr. Gerhard Bartels, PDS:
Das ist vielleicht ein bisschen zu eng,
Herr Kollege. – Siegfried Friese, SPD:
Wir haben vier Theaterstandorte.)

Es ist immer gut, am konkreten Beispiel zu bleiben – sonst wischen Sie uns wieder so durch, das kennen wir ja schon –, ganz konkret an einem Theater,

(Zuruf von Wolfgang Riemann, CDU)

an einem Standort, an dem Sie tolle Versprechungen gemacht haben, und nichts davon konnte gehalten werden.

(Siegfried Friese, SPD: Wir machen nicht nur Versprechungen.)

Herr Innenminister, Sie haben diese eigenartige Aufforderung an eine Fraktion gerichtet. Darf ich Sie daran erinnern, dass Sie die Rechtsaufsicht über die kreisfreien Städte und Landkreise führen und keine Parteiaufsicht? Das ist sicher nicht Ihre Aufgabe

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

und wenn Sie das tun, dann disqualifizieren Sie sich für eine solche Aufgabe.

Aber, Herr Kultusminister, wenn Sie schon nichts für die Theater in unserem Land übrig haben, so sehen Sie doch als Mitglied der Landesregierung wenigstens eins ein,

(Dr. Margret Seemann, SPD: Lassen Sie doch die Unterstellungen!)

nämlich: Ein qualitativ hochwertiges Theater ist auch zumindest ein weicher Standortfaktor für künftige Industrieansiedlungen. Standortentscheidungen werden von Personen getroffen. Diese Personen sind häufig solche, die berücksichtigen, dass sie mal später als Leiter eines Werkes, für das sie im Augenblick Ansiedlungsmöglichkeiten suchen, vielleicht mit ihrer Familie an diesem Standort leben werden. Und es ist sicher kein Geheimnis, dass bei einer solchen persönlichen Beurteilung die Frage des kulturellen Angebotes vor Ort eine nicht zu unterschätzende Rolle spielt. Ich meine hier ganz konkret die Ansiedlung eines BMW-Werkes, um das sich die Landeshauptstadt bemüht. Wenn Sie schon nichts für Kultur übrig haben, denken Sie doch an die Arbeitsplätze, die eine solche Ansiedlung bringen könnte.

Sie haben, Herr Kultusminister, und das war schon bezeichnend, kürzlich darauf hingewiesen, dass ja die Opposition bei der Beratung des Haushaltes 2001 keine Anträge auf Einstellung von Mitteln im Einzelplan Ihres Ressorts gestellt hat. Entschuldigen Sie, entschuldigen Sie wirklich, dass Sie so vergesslich sind, ist erstaunlich. Können Sie sich nicht erinnern, dass Sie auf Anträge unserer Fraktion immer hier gestanden haben und sinngemäß gesagt haben, vielen Dank, liebe Opposition, aber

(Wolfgang Riemann, CDU:
Das machen wir doch nicht.)

ich brauche das nicht. Herr Minister, „Ich brauche das nicht“, haben Sie gesagt. Gucken Sie in Ihren eigenen Reden nach! Sie waren sehr dankbar, aber Sie haben abgelehnt. Das bringt dem Theater nichts. Es wäre Ihre Aufgabe gewesen, in zähem Ringen mit der Finanzministerin Mittel bereitstellen zu lassen, hier in den Landeshaushalt, in den Entwurf, den bekanntlich ja die Landesregierung vorlegt, einzustellen und uns die Möglichkeit zu geben, dem zuzustimmen. Das haben Sie nicht getan.

Und, meine Damen und Herren, auch wieder hier aus persönlicher Erfahrung, ich habe es schon als sehr makaber empfunden, dass in diesem Theater, hier direkt über die Straße, der Ministerpräsident unseres Landes vor wenigen Tagen beim IHK-Empfang verkündete: „Wir kommen voran, in unserem Land“.

(Siegfried Friese, SPD: Recht hat er. –
Minister Dr. Wolfgang Methling: Tag für Tag.)

Ja, Herr Friese, das mag ja sein, dass er Recht hat.

(Zuruf von Wolfgang Riemann, CDU)

Herr Ministerpräsident, Sie haben offenbar die Bodenhaftung gänzlich verloren.

(Reinhard Dankert, SPD:
Das hätten Sie wohl gerne.)

Die hätten Sie haben können, wenn Sie mit den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Theaters, die dafür gesorgt haben, dass diese Veranstaltung richtig gut abgelaufen ist, ein paar Worte gesprochen hätten. Nur der Respekt vor Ihrem Amt hat sicher den einen oder den anderen von unseren Mitarbeitern, die mit der Kündigung jetzt rechnen müssen, davon abgehalten, Ihnen auf offener Bühne zu widersprechen. Überziehen Sie es nicht! Denken Sie an die Menschen, über die wir hier reden!

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Meine Damen und Herren, wir wollen mit unserem Antrag eigentlich nur eins erreichen: Wir wollen, nachdem das Gutachten vorliegt, erreichen, dass der Kultusminister endlich aus seinem Dornröschenschlaf erwacht und Vorschläge umsetzt.

(Angelika Gramkow, PDS: Eigentlich haben Sie ihm zu verdanken, dass es das überhaupt gibt, Herr Dr. Jäger. Einen Teilsatz, nur einen Nebensatz dafür, geht das? –
Zuruf von Dr. Gerhard Bartels, PDS)

Frau Gramkow, wir haben ein sehr nettes,

(Zuruf von Georg Nolte, CDU)

wir haben ein sehr nettes Gespräch geführt über das Theater, aber geschehen ist nichts. Ich beurteile jemanden nach dem, was er tut, und nicht nach dem, was er redet. Das wissen Sie und Sie wissen es genau einzuschätzen.

(Angelika Gramkow, PDS: Dann finde ich Ihre Fehleinschätzung mir gegenüber dilettantisch.)

Und, meine Damen und Herren, ...

Sie ändern die Tatsachen nicht, Frau Gramkow, trotz jeden Zwischenrufes. Dieser Kultusminister hat für unsere Theater bisher nichts, aber auch gar nichts getan!

(Beifall bei Abgeordneten der CDU –
Siegfried Friese, SPD: Das ist
Unsinn. Das ist falsch.)

Das ist das, was wir zu konstatieren haben, was übrigens, Herr Friese, wenn Sie das Gutachten gelesen haben, wenn Sie das Gutachten gelesen haben, sogar in dem Gutachten bescheinigt wird.

(Siegfried Friese, SPD: Seien Sie
vorsichtig mit solchen Behauptungen! –
Dr. Gerhard Bartels, PDS: Sie scheinen ein
seltsames Gutachten gelesen zu haben.)

Herr Friese, leichtfertig ist nicht jemand, der konstatiert, dass jemand nichts tut,

(Siegfried Friese, SPD: Mit diesen
Behauptungen sind Sie sehr leichtfertig.)

sondern leichtfertig ist jemand,

(Siegfried Friese, SPD: Halten Sie sich zurück!)

der die kulturelle Szene in unserem Lande so leichtfertig aufs Spiel setzt, wie Sie das tun.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU –
Siegfried Friese, SPD: Sagen Sie was zu den
Theatern in Rostock und Neubrandenburg!)

Meine Damen und Herren, auch wenn das Gutachten dem Kultusminister bescheinigt, dass er hätte längst handeln müssen – Herr Kultusminister, es ist niemals zu spät und deswegen werden wir Sie, wenn Sie sich denn aufraffen könnten, bei jedem der Schritte, die gut für unsere Theater sein sollen, in jedem Punkte unterstützen. Und das sage ich hier sehr verbindlich für eine ganze Fraktion. – Ich bedanke mich.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU –
Volker Schlotmann, SPD: Das ist
ja ganz was Neues.)

Vizepräsidentin Kerstin Kassner: Vielen Dank, Herr Dr. Jäger.

Im Ältestenrat wurde eine verbundene Aussprache mit einer Dauer von 45 Minuten vereinbart. Dazu gibt es offensichtlich Zustimmung.

Dann eröffne ich die Aussprache und das Wort erhält der Bildungsminister. Bitte sehr, Herr Professor Kauffold.

Minister Dr. Peter Kauffold: Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Herr Dr. Jäger hat sich mit einem Gutachten befasst, was seit kurzer Zeit bei uns vorliegt ...

(Dr. Gerhard Bartels, PDS: Das muss ein
anderes gewesen sein, Herr Minister.)

Bitte?

(Dr. Gerhard Bartels, PDS:
Das muss ein anderes gewesen sein.)

Das muss vielleicht ein anderes gewesen sein.

... und zu dem ich zum Schluss noch etwas sagen werde. Ich weiß, dass es sehr unterschiedliche Expertisen gibt,

(Dr. Gerhard Bartels, PDS: Ja.)

sehr unterschiedliche. Mit dieser Expertise bin ich ausgesprochen einverstanden – eine sehr gute Expertise,

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten
der SPD und Dr. Gerhard Bartels, PDS)

eine sehr konstruktive Zusammenarbeit mit der Verfasserin und ihrem kleinen Team. Die Firma ist nebenbei auch sehr akzeptiert im Lande,

(Dr. Armin Jäger, CDU: Ja.)

sehr akzeptiert, besonders in Vorpommern, auch in Rostock,

(Dr. Armin Jäger, CDU: Ja, richtig.)

und hat diesen Sachverstand eingebracht. Ich stehe also zu dieser Expertise, obwohl ich aus Erfahrung weiß, wie unterschiedlich die sein können, wenn man sie hier bestellt oder da. Aber was ich jetzt erst gemerkt habe, Herr Jäger, ist, wie unterschiedlich man Expertisen lesen kann,

(Beifall und Heiterkeit bei
Abgeordneten der SPD und PDS)

je nachdem, was man mit ihnen anfangen will,

(Zuruf von Dr. Armin Jäger, CDU)

je nachdem, was man mit ihnen anfangen will. Und ich kenne ja nun Ihre Auftritte: Wenn es um die Polizei geht, da ist es ein bisschen schneidiger, hier ist es kulturvoller.

(Heiterkeit bei Abgeordneten der SPD –
Volker Schlotmann, SPD: Na ja,
das wage ich zu bezweifeln.)

Ich kenne das. Sie sind sehr variabel, Sie sind sehr variabel, aber Sie wissen es doch besser.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Im Gegensatz zu
Ihnen. – Unruhe bei Abgeordneten der SPD
und PDS – Minister Dr. Wolfgang Methling:
Geheimwaffe. Geheimwaffe.)

Sie wissen doch besser, was Sie hier erzählen. Sie wissen es besser und deswegen muss ich bei vielem sagen Larifari, was Sie sagen. Larifari.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD –
Reinhard Dankert, SPD: Das ist Jägerlatein.)

Ja, da kommen wir noch zu, kommen wir noch zu.

Also das Land hat sich, die Landesregierung und dieser Minister haben sich seit Anfang 1999 mit außerordentlichem Einsatz, mit Herzblut, mit hohem Interesse mit den Problemen der Theater und Orchester befasst, die hier aufgebrochen sind, weil von Seiten der Theater und Orchester deutlich gemacht wurde, dass die vorhandenen finanziellen Ressourcen bei den gegebenen Strukturen nicht ausreichen. Das war der Einstieg. Und seitdem befassen wir uns damit, befasse ich mich damit.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Ja.)

Das ist natürlich nebenbei kein landesspezifisches Problem. Gucken Sie nach Magdeburg, gucken Sie nach Würzburg! Würzburg, ein sehr interessanter Fall.

(Siegfried Friese, SPD: Ja.)

Gucken Sie nach Berlin! Herr Stölzel hatte mal im vorigen Jahr einen Appell an die Länder gerichtet, sie möchten doch bitte die Berliner, weil es ja die Hauptstadt ist, unterstützen durch Beiträge. Das war etwas spektakulär, aber ich wollte damit sagen, dass also dort auch ganz

große Probleme bestehen. Brandenburg, das wissen wir auch. Es ist also kein mecklenburg-vorpommersches Problem, sondern es ist ein deutschlandweites Problem, was verschiedene Ursachen hat, vor allen Dingen eine Tarifsituation, die eine Dynamisierung erfordert. So, das ist erst einmal die Gesamtsituation.

Die Landesregierung hat von Anfang an keinen Zweifel daran gelassen und unmissverständlich geäußert, dass eine Aufstockung der Zuwendungen im absehbaren mittelfristigen Rahmen von ihr nicht vorgesehen werden kann. Das waren feste Prämissen. Und im Rahmen dieser Prämissen müssen wir handeln.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Ja.)

Es ist auch eine Aufstockung nicht vertretbar von mir, weil wir die Verhältnismäßigkeit im Bereich der Kulturförderung nicht beschädigen können.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD –
Siegfried Friese, SPD: Richtig.)

Wir haben nicht nur leistungsstarke Theater, wir haben auch einen sehr entwickelten Kulturbereich in der Außertheaterszene, in allen Genres, die man sich vorstellen kann. Und es ist nun ganz unterschiedlich, mit wem man spricht. Spreche ich mit Leuten aus diesem Bereich, dann meinen sie, die Theaterförderung wäre angemessen, aber ihre nicht. Auf jeden Fall halte ich es für unangemessen, die Proportionen zu verändern bei einer Deckelung. Und diese Deckelung ist gesetzt und das wissen Sie alle.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Von wem? Von Ihnen.)

Bitte?

(Dr. Armin Jäger, CDU: Ich wundere mich über Ihre Gelassenheit.)

Na, machen wir mal weiter. Machen wir mal weiter.

(Dr. Gerhard Bartels, PDS: Über Ihre Reden wundern wir uns auch, Herr Jäger.)

Machen wir mal weiter, weil wir nämlich jetzt zur Kenntnis nehmen, dass Mecklenburg-Vorpommern in Deutschland und in den neuen Bundesländern zu den Ländern gehört mit den höchsten Zuschüssen des Landes an die Theater, und zwar nach Thüringen an zweiter Stelle. Das hätten Sie auch zitieren können aus Frau Dümkes Gutachten, da ist es nämlich noch mal verdichtet, wir haben aber diese Zahlen ja auch schon mal hier vertreten. Wir haben nach Thüringen die höchsten Zuwendungen pro Einwohner und der Durchschnitt der Bundesrepublik insgesamt ist weit, weit entfernt davon. Das finanzschwache Land, das viele Entwicklungsaufgaben hat, leistet dieses. Und wir haben auch im Konzert der Länder mit die höchsten Zuwendungen für die Besucher, mit die höchsten Zuwendungen pro Besucher. Auch das steht noch einmal verdichtet in Frau Dr. Dümkes Gutachten und auch daran müssen wir denken.

Es bestehen nebenbei in der Bevölkerung ja ganz andere Vorstellungen darüber, wie hoch die Zuwendungen des Landes für die einzelnen Theaterkarten sind. Wir haben da mal eine Umfrage gemacht, das wissen Sie. Und ich würde das also nicht unbedingt auch thematisieren wollen, diese Zuwendungen vordergründig zu steigern. Das muss ich Ihnen sagen. Das Land bringt sich nun in notwendige Gestaltungsprozesse der durchweg kommunalen Einrichtungen – das ist Ihnen auch klar, Sie sind Anwalt, Sie wissen das ja – im Rahmen einer sehr schma-

len Geschäftsgrundlage ein. Und die Geschäftsgrundlage kennen Sie auch:

Sie besteht einmal in Empfehlungen aus dem Jahre '92, die durchs Kabinett der damaligen Landesregierung gegangen sind, zu Eckdaten über eine Theaterstruktur, einschließlich der Theaterfinanzierung, von der wir ja wissen, dass wesentliche Punkte eben bis heute nicht eingelöst sind. Aber sie weist die vier Theaterregionen aus, zu denen ich im Rahmen der Möglichkeiten nach wie vor stehe. Und die Geschäftsgrundlage besteht zweitens in der Möglichkeit der Mitwirkung bei einer Zielverknüpfung zweckgebundener Zuwendungen, die über das FAG ausgereicht werden. Das ist die Geschäftsgrundlage für die Einflussnahme, und zwar im Zusammenwirken von Bildungsminister, von Innenminister und von Finanzministerium, was sich auch in der Arbeitsgruppe widerspiegelt, in einer interministeriellen Arbeitsgruppe, die die ganzen Prozesse begleitet. Das ist also die Geschäftsgrundlage.

Das ist aber nicht das Entscheidende. Ich bin überzeugt davon, dass sich notwendige Lösungen für Entwicklungen im Dialog entwickeln müssen, und zwar partnerschaftlich erarbeitet werden müssen, und zwar in einem Dialog, in dem die kulturpolitischen Ziele und Möglichkeiten der Kommunen, in den die theaterfachlichen Kompetenzen der Häuser und Orchester einfließen, auch für eine Vernetzung und Fusion, und in den der kulturpolitische Anspruch des Landes einfließt. Und das dialogisch, das machen wir die ganze Zeit. Das ist ein sehr mühseliges, ein sehr aufwendiges, das ist aber auch ein sehr kreatives und für alle Seiten befruchtendes Geschäft.

Das Land ist dabei interessiert, das muss sein kulturpolitischer Anspruch sein, an einer möglichst flächendeckenden Versorgung mit vielfältigen, mit qualifizierten Leistungen der Einrichtungen und auch unter Gesichtspunkten von Synergien mit der Wirtschaft in allen Landesteilen. Das ist also der Anspruch, den das Land zu vertreten hat. Und das tun wir in diesem dialogischen Prozess.

Dabei gehen wir bisher von der Aufrechterhaltung von vier Theaterregionen aus und es ist nicht beabsichtigt, in die kommunalen Strukturen hineinzuregieren. Es ist auch nicht beabsichtigt, die Geschäftsgrundlagen so zu verändern, dass wir hier hineinregieren. Das verträgt dieser Betrieb nicht. Nehmen Sie das bitte zur Kenntnis. Und im Rahmen dieser Grundlagen ist hier eine sehr intensive Arbeit von der Landesregierung in Zusammenarbeit mit Regionen geleistet worden.

Ich möchte Sie daran erinnern, dass eine Projektgruppe aus Vertretern der Träger, der Häuser des Landes und externem Sachverstand Empfehlungen für eine Neuordnung der Theaterstruktur erarbeitet hat. Das liegt hier vor. Das ist in den Landtag eingebracht worden, als Unterrichtsvorlage. Diese Empfehlungen weisen aus, dass wir bei den jetzigen Strukturen ein Defizit haben bei der Finanzierung der Theater, bei den jetzigen Strukturen, und sie beinhalten unter anderem den Abschluss von Theaterverträgen als Steuerungsinstrument. Auf der Grundlage dieser Empfehlungen haben wir im zweiten Halbjahr des zurückliegenden Jahres diese dialogischen Theaterkonferenzen durchgeführt, deren Ergebnisse in der jetzigen Unterrichtsvorlage zusammengefasst wurden.

Sie haben bisher nur in der Region Neubrandenburg, Mecklenburg-Strelitz zu einer sehr konkreten strukturellen Entwicklung, zu einer Neuordnung geführt. Der Zusammenschluss des Landestheaters Mecklenburg Neustre-

litz, des Kammertheaters Neubrandenburg und der Neubrandenburger Philharmonie zum ersten regionalen Theaterverbund in Mecklenburg-Vorpommern in Verbindung mit dem Abschluss des ersten Theatervertrages wird gewertet als Ausdruck kommunaler Selbstverwaltung und bietet alle Voraussetzungen für eine zeitgemäße Weiterentwicklung der Theaterstrukturen. Das ist die Einschätzung des Ministers, aber auch der kommunalen Ebene. Mit dem Vertrag zwischen dem Land Mecklenburg-Vorpommern und dem Theaterverbund Neubrandenburg-Mecklenburg-Strelitz werden im Sinne einer Zielvereinbarung die Rahmenbedingungen geschaffen, um Theater- und Konzertangebote in der gesamten Region auf einem hohen qualitativen Niveau langfristig zu erhalten und weiterzuentwickeln. Der Vertrag ist Ausdruck der gemeinsam wahrgenommenen Verpflichtungen von Land und Trägerkommunen für die Entwicklung der Theaterlandschaft. Verankert sind deshalb im Vertrag die für die Region und ihre Bürger vorzuhaltenden Leistungsangebote ebenso wie die Pflicht zur sinnvollen Kooperation mit anderen Theaterregionen.

Nebenbei, diese strukturelle Entwicklung wird in dem Gutachten von Frau Dr. Dümke ausgesprochen positiv bewertet und die Theaterverträge als Instrumente zur Steuerung ebenfalls. Diese Theaterverträge sind jetzt auch in Sachsen-Anhalt ein Mittel zur Steuerung. Ich habe gerade gestern eine Pressenotiz gefunden, dass zwischen dem Landestheater, der Landesbühne Magdeburg und dem sachsen-anhaltinischen Ministerium ein solcher Theatervertrag abgeschlossen wurde. Mit dem Theatervertrag werden auch Möglichkeiten für einen flexibleren Haushaltsvollzug eingeräumt, die bisher nicht vorhanden waren, der auf die Bedürfnisse einer kunstproduzierenden Einrichtung ausgerichtet ist. Er wird dazu führen, die Autonomie und die künstlerische Freiheit der Einrichtung zu stärken. Dazu dient auch die Stetigkeit der über das FAG gewährten Landesmittel zunächst bis zum Jahr 2004.

Die vertragsgebundene Theaterfinanzierung des Landes für diese Region führt schließlich zu einer höheren Rechts- und Planungssicherheit und damit zu einer Stabilisierung der Rahmenbedingungen für den Theaterverbund. Damit wären wir in dieser Region einen Schritt weiter.

Auf der Grundlage der Analyse der Ausgangssituation und der bisherigen Ergebnisse bei der Anpassung der Neuordnung der Theater- und Orchesterstruktur bezogen auf die vier Theaterregionen gibt es nun einige Schlussfolgerungen, die ich noch mal zusammenfassen möchte:

Erstens. Die Idee der regionalen Theaterverbände wird von der Landesregierung als eine Möglichkeit gesehen, mit der Trägerstrukturen verbreitert werden und die Verantwortung für die Sicherung von Theater- und Konzertangeboten in der Region von den beteiligten Gebietskörperschaften wahrgenommen werden. Dadurch werden Möglichkeiten kommunaler Selbstverwaltung ausgebaut. Ich werde darüber mit den Kommunen weiter im Gespräch bleiben.

Zweitens die Theaterverträge. Da sich kein Theater und Orchester in Trägerschaft des Landes befindet und befinden wird

(Angelika Gramkow, PDS: Schade.)

und demzufolge dem Land keine unmittelbare Entscheidungskompetenz zukommt, werden im Abschluss

von weiteren Theaterverträgen wirksame Steuerungs- und Gestaltungsinstrumente gesehen. Die Mittel sollen weiterhin über das FAG ausgereicht werden. Ich betone nochmals, es gibt dafür ein einheitliches Votum aller Kommunen und Theater.

Drittens Leistungskriterien. Es ist vorgesehen, zur Beförderung der strukturellen Entscheidungsprozesse in Regionen die Verteilung der anteiligen Landesmittel für die Theater und Orchester zu überprüfen und darüber hinaus mittelfristig die Mittel unter anderem nach entsprechenden Leistungskriterien zu berechnen. Ich habe über das Thema der Tarife und der Verträge einen bundesweiten Erfahrungsaustausch angeregt. Die erste Erörterung dieser Problematik soll anlässlich der nächsten Sitzung des Landesverbandes Nord des Deutschen Bühnenvereins im Februar dieses Jahres in Göttingen erfolgen.

Mit dem, was das Bildungsministerium im Zusammenwirken mit den Regionen geleistet hat, ist die Plattform einer Moderation weit überschritten. Es liegen konkrete Vorschläge auf dem Tisch, die nunmehr mit den Beteiligten zu besprechen sind. Es gibt Lösungsansätze in der Expertise für die einzelnen Regionen, die die Grundlage bilden werden für die Gespräche mit den Regionen. Ich freue mich außerordentlich – bei allen Problemen, die sich auftun –, dass auch in der Region Rostock eine Bewegung entstanden ist. Mit welchem Ergebnis sie beendet wird, ist noch offen. Wir werden das abstimmen mit den Rostockern und werden auch hier die Möglichkeit des Theatervertrages nutzen, um die landespolitischen Zielstellungen zu verfolgen. So viel, meine sehr verehrten Damen und Herren, als Unterrichtung zum Stand.

Und nun noch etwas zu der Expertise: In der Expertise der Frau Dr. Dümke wird ausgewiesen, dass ein flächendeckendes Angebot mit den verfügbaren Finanzmitteln mittelfristig zu machen ist, auch im Rahmen der vier Regionen. Es ist grundsätzlich zu machen, wenn betriebswirtschaftliche Maßnahmen, Personalmaßnahmen, Fusionen, Rechtsformänderungen geprüft und gegebenenfalls umgesetzt werden. Aber sie bringt zum Ausdruck, dass damit auch eine Ausdünnung der Substanz verbunden sein wird.

Konkrete Empfehlungen sind gegeben für die einzelnen Regionen. Ab 2005 muss dann entschieden werden, ob dieses 4-Regionen-Modell aufrechterhalten werden kann oder ob wir zu anderen Strukturen kommen müssen. Und darüber werden wir uns in den bevorstehenden Theaterkonferenzen mit den Regionen unterhalten. Dazu werden wir den dort vorhandenen Sachverstand, die dortigen Vorstellungen einbinden und mit unseren verbinden.

So viel, meine sehr verehrten Damen und Herren, als Zwischenbericht.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der PDS)

Vizepräsidentin Kerstin Kassner: Vielen Dank, Herr Minister.

Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Herr Dr. Bartels von der PDS-Fraktion.

Dr. Gerhard Bartels, PDS: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Lassen Sie mich einen Einstieg in das zugestandenermaßen komplizierte Thema mit zwei Zitate versuchen. Christoph Hein hat im Jahre 2000 anlässlich der Verleihung eines Literaturpreises in seiner Festrede Folgendes gesagt: „Ich komme aus Deutschland,

einem sehr reichen Land, in dem in den vergangenen zehn Jahren jedes Jahr irgendwo Theater geschlossen, Orchester zusammengelegt oder aufgelöst wurden, unaufhörlich über die Schließung von Opernhäusern diskutiert wird. Einem Land, in dem sich der Staat sukzessive aus der Kunstförderung zurückzieht, in dem die Künstler aufgefordert sind, für die entstehenden Kosten ihrer Arbeit andere Geldgeber zu finden, private Sponsoren.“

Ein zweites Zitat in diesem Zusammenhang stammt aus der nun schon viel gerühmten und offensichtlich vielfach interpretierten Expertise. Diese Expertise stellt fest: „Bei allen Entscheidungen zu einer ‚Neuordnung‘ der Theater- und Orchesterstrukturen in Mecklenburg-Vorpommern (ist) auch zu berücksichtigen, dass begründete Erkenntnisse und Konzepte zur Zukunft des öffentlich finanzierten Stadttheaters in Deutschland“ – in Deutschland, das habe ich jetzt wiederholt – „gegenwärtig nicht existieren. Die Diagnose seiner krisenhaften Entwicklung ist seit langem bekannt.“

Ich habe diese beiden Dinge an den Anfang gestellt als einen Kommentar zu dem Antrag, den wir hier heute behandeln, der CDU-Fraktion, die von der Regierung fordert, dass bis zum 8. Juni 2001 ein schlüssiges Konzept über die mittel- und langfristige Entwicklung der Theater und Orchester – nein, zu den Orchestern sage ich gleich noch was –,

(Angelika Gramkow, PDS:
Die Orchester haben sie vergessen.)

der Theaterlandschaft in diesem Land vorzulegen ist. Ich glaube, allein diese beiden Zitate zeigen, dass derartig populistische Schnellschüsse, wie sie hier gefordert werden, nur nach hinten losgehen können.

(Unruhe bei Steffie Schnoor, CDU –
Beifall Angelika Gramkow, PDS)

Die Theaterlandschaft in Deutschland ist bekanntlich ...

Frau Schnoor, wir können jetzt gerne wieder über die Zeit seit 1990 reden.

(Steffie Schnoor, CDU: Tun Sie doch nicht so,
als ob wir erst seit heute darüber reden! –
Angelika Gramkow, PDS: Das bringt
uns nicht weiter.)

Aber diese Forderung ist Populismus in reinsten Form und lässt völlig außer Acht,

(Zuruf von Steffie Schnoor, CDU)

dass diese Strukturen, die wir hier haben, seit dem 19. Jahrhundert gewachsen, in den Regionen verankert und für die Identität der Menschen wichtig sind und dass Schnellschüsse und Schnellkonzeptionen nur dazu führen können, dass diese Strukturen zerstört werden, dass irreparabler Schaden entsteht.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Von selbst.)

Und das will die PDS-Fraktion mit Sicherheit nicht.

(Beifall Angelika Gramkow, PDS,
und Karsten Neumann, PDS)

Natürlich, Herr Jäger, besteht ein Zielkonflikt. Das ist nichts Neues. Darin haben sich auch andere Regierungen schon befunden in unserem Land. Es hat auch niemand behauptet, auch der Minister eben nicht, dass wir diesen Zielkonflikt nicht hätten oder dass wir ihn gelöst hätten.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Na dann
müssen wir doch da mal ran. Na
dann fangen wir doch mal an!)

Das ist eine Sache, wo Sie Eulen nach Athen tragen und so tun, als ob Sie neue Erkenntnisse vorzuweisen hätten.

Lassen Sie mich noch einen Hinweis geben im Zusammenhang mit dem Antrag der CDU-Fraktion, auch wenn dann hinterher wieder enttäuschte Äußerungen kommen, dass ich Textkritik betreibe. Ich will trotzdem etwas sagen. In dem Antrag und auch in der Rede vom Kollegen Dr. Jäger geht es darum, dass Theater zu den weichen Standortfaktoren in Mecklenburg-Vorpommern gehören.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Mindestens.)

Sprechen Sie bitte mal mit Unternehmern vor Ort, mit Unternehmerverbänden, wonach potentielle Investoren in unserem Land mit zuerst fragen. Das ist die Theaterlandschaft.

(Steffie Schnoor, CDU: Genau. –
Zuruf von Harry Glawe, CDU)

Fragen Sie Herrn Professor Wagner zum Beispiel, den Leiter des Greifswalder Max-Planck-Institutes, was ihn potentiell wichtige Wissenschaftler, die er benötigt, zuerst fragen.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Ja.)

Ja, was soll denn immer diese Bestätigung? Die brauche ich doch nicht. Hören Sie doch mal zu!

(Dr. Armin Jäger, CDU: Ja.)

Ich ziehe auch noch Schlussfolgerungen daraus, und zwar andere als Sie, Herr Dr. Jäger.

(Steffie Schnoor, CDU:
Das haben wir schon gemerkt.)

Das heißt, aus Sicht der PDS-Fraktion gehört die Theater- und Orchesterlandschaft zu den Hauptstandortfaktoren in Mecklenburg-Vorpommern und so müssen wir auch an das Problem herangehen.

(Steffie Schnoor, CDU: Dann
fangen Sie doch endlich mal an!)

Von daher finde ich es dann schon etwas verblüffend, Frau Schnoor – wenn ich dann anfangen soll –,

(Heiterkeit bei Siegfried Frieze, SPD)

dass in Ihrem Text das Wort „Orchester“ überhaupt nicht vorkommt.

(Beifall Angelika Gramkow, PDS)

Haben Sie sie schon abgeschrieben oder wie ist das?

(Zuruf von Steffie Schnoor, CDU)

Und dass die Orchester natürlich ein ganz wichtiger Teil dieses Problems sind, das sollten Sie eigentlich wissen. Insofern bin ich dann doch schon ein bisschen überrascht darüber, dass das Wort „Orchester“ dort nicht vorkommt.

In einem Punkt gebe ich dem Antrag der CDU-Fraktion ausdrücklich Recht,

(Harry Glawe, CDU: Ui!)

und das ist die Frage der notwendigen Ressortzusammenarbeit, die auch nicht erst seit 1998 besteht, aber seit 1998 weiterbesteht. Das will ich gerne zugestehen oder

nicht gerne, aber ich gestehe es zu. Natürlich passiert in vielen Ressorts etwas, was auch die Theaterlandschaft betrifft. Im Wirtschaftsministerium gibt es eine Abteilung, die sich zu nicht unwesentlichen Teilen damit beschäftigt. Ich erinnere nur mal an die „Aida“-Aufführung hier in Schwerin. Wie in der Expertise nachzulesen ist – was zugegebenermaßen für mich neu war –, haben wir auch 55 Stellen aus dem so genannten zweiten Arbeitsmarkt an unseren Theatern. Das heißt, auch das Arbeitsministerium ist in dieser oder jener Weise mit diesen Dingen befasst. Ich denke schon, dass in der weiteren Entwicklung und in der weiteren Bearbeitung des Problems die Zusammenarbeit der Ressorts eine ganz wichtige Frage werden sollte und werden muss, um mit den vorhandenen Mitteln besser und zielstrebig zu arbeiten. So weit vielleicht einiges zu dem Antrag der CDU und zu der Ausgangsposition.

(Zuruf von Dr. Armin Jäger, CDU)

Lassen Sie mich bitte noch etwas sagen zu dem Inhalt der Unterrichtung, die ja auch zur Debatte steht und die wir aus zwei Gründen auf die Tagesordnung haben setzen lassen. Der erste Grund ist, dass in dieser Unterrichtung eines deutlich wird im Gegensatz zu dem, was Herr Dr. Jäger hier mehrfach behauptet hat, und zwar dass diese Regierung tätig geworden ist,

(Dr. Armin Jäger, CDU: Ach!)

dass diese Regierung einen Dialog angefangen hat und erste Schritte eingeleitet hat, um zum Beispiel ein Teilproblem zu lösen, das die vorhergehenden Regierungen auch schon vor sich hatten, aber nicht gelöst haben, nämlich die Fusion der Theaterinstitutionen im Raum Neubrandenburg/Neustrelitz. Das ist ein Ergebnis der Aktivität dieser Regierung. Da können Sie noch so viel sagen, dass nichts getan wurde. Wenn Sie nur Schwerin im Blick haben, Herr Dr. Jäger, dann ist der Blick eben etwas eng. Tut mir Leid!

(Angelika Gramkow, PDS: Das gilt aber nicht für alle Schweriner.)

Ich habe von Herrn Dr. Jäger, nicht von den Schwerinern gesprochen. Also, ich werde mich hüten.

(Angelika Gramkow, PDS: Ich wollte ja nur vorbauen. – Zuruf von Siegfried Friese, SPD)

Ich will in diesem Zusammenhang auch etwas sagen zu der von der CDU-Fraktion oft geäußerten Kritik an der Moderatorenrolle des Ministers. Der Minister hat eben deutlich gemacht – das weiß eigentlich auch jeder –, es gibt passive Moderatoren, es gibt aktive Moderatoren und der Minister versteht seine Aufgabe als aktiver Moderator.

(Georg Nolte, CDU: Aber nicht mehr Geld.)

Dass er aber diese Moderatorenrolle hat, liegt an der Rechtskonstruktion, die nicht Professor Kauffold zu verantworten hat. Wenn nämlich die Kompetenz für die Theater bei den Kommunen liegt, dann kann der Minister nur moderieren.

(Heiterkeit bei Dr. Armin Jäger, CDU, und Steffie Schnoor, CDU)

Und er hat es getan, und zwar hat er es aktiv getan, Frau Schnoor. Und wer diese Konstruktion geschaffen hat, das wissen Sie auch.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Na ja!)

Und der zweite Punkt, warum wir diese Unterrichtung aufgesetzt haben, ist der, dass natürlich in dieser Unterrichtung auch eins deutlich wird: Den Schlüssel für eine mittel- und langfristige Lösung des Problems haben wir bislang noch nicht gefunden. Das bestreitet auch niemand. Es hat auch niemand behauptet, dass es so ist, sondern hier müssen wir ansetzen, um auch in unserer Mitwirkung als Landtag dieses Landes unseren Teil zur Lösung der Probleme beizutragen. Dazu lassen Sie mich ein paar Dinge im Zusammenhang mit der Expertise und mit meiner Sicht auf die Problemlage ausführen:

In der Ausgangslage finden sich in der Expertise sehr interessante Zahlen und auf einige will ich eingehen. Natürlich ist es immer so, dass man sich Zahlen aussucht, die den eigenen Intentionen in dem Moment am besten entsprechen, aber eins ist, glaube ich, völlig klar: In der Expertise wird ganz deutlich, dass unsere Theater und vor allen Dingen die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den Theatern in den vergangenen Jahren eine hervorragende Arbeit geleistet haben.

(Beifall Gerd Böttger, PDS, und Angelika Gramkow, PDS –
Dr. Armin Jäger, CDU: Das stimmt. –
Georg Nolte, CDU: Warum nennen Sie denn die Orchester nicht? –
Heiterkeit bei Steffie Schnoor, CDU)

Das wird zum Beispiel darin deutlich, dass in Mecklenburg-Vorpommern beim Abbau eines Viertels des Personals zwischen 1990 und 1999 – also 1999 hatten wir nur noch drei Viertel des Personals von 1990 – gleichzeitig eine Steigerung der BesucherInnenzahlen um 66 Prozent erreicht worden ist. Und wenn das kein Qualitätsnachweis ist, dann weiß ich nicht, wo man ihn noch suchen soll.

(Beifall Erhard Bräunig, SPD, und Angelika Gramkow, PDS)

Es ist auch eine Leistung, dass es in dem gleichen Zeitraum gelungen ist, die Anzahl der Vorstellungen um 19 Prozent zu steigern. Das sollte man der Ehrlichkeit halber sagen, auch wenn dies der vorletzte Platz innerhalb der neuen Bundesländer ist.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Richtig.)

Auch das ist gerade wichtig, da wir immer so viel von Finanzen reden. Die Theater in Mecklenburg-Vorpommern belegen mit 59 Prozent Steigerung der eigenen Einnahmen in diesem Zeitraum den zweiten Platz. Auch das ist eine ganz wesentliche Leistung.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Und deshalb verdienen sie Unterstützung.)

Natürlich ist es dann so, dass es in solchen Statistiken auch immer Zahlen gibt, die auf die Problemlagen hinweisen. Denn auf der einen Seite, gerechnet pro Einwohner in unserem Land, ist es richtig, wie der Minister sagte, dass wir dort sehr gut abschneiden in dieser Expertise. Das Problem wird aber deutlich, wenn man eine andere Zahl dagegensetzt und diese dann miteinander in Beziehung setzt, nämlich bei der Zuwendung je Besucher liegt Mecklenburg-Vorpommern unter den neuen Ländern an letzter Stelle. Und das relativiert dann natürlich wieder ein bisschen die positive Sicht, die sich aus der anderen Zahl ergibt. Beide Dinge sollte man zusammen sehen.

Trotzdem zeigt sich an diesen Zahlen eins, wir haben eine Ausgangssituation, auf die sich aufbauen lässt, die

aber nicht – und das Zeichen wird auch deutlich – als Selbstläufer weiterlaufen und sich entwickeln wird. Vielmehr sind eben eine ganze Reihe von Problemen in diesen Zahlen versteckt. Eines dieser Probleme ist zum Beispiel das unheimliche, für mich unheimliche Lohngefälle sowohl zwischen den verschiedenen Sparten an den Theatern als auch zwischen den verschiedenen Regionen. Ich nenne einfach mal nur die Eckwerte von Durchschnittslöhnen. Der niedrigste Eckwert – ich sage jetzt weder die Sparte, das wird alles zu viel – liegt bei rund 45.000 Mark Verdienst im Jahr und der höchste Eckwert liegt bei gut 100.000 Mark Jahreseinkommen. Hier finden wir natürlich einen Teil des ganz großen Problems, mit dem wir an den Theatern zu tun haben.

Auf der anderen Seite ist es so, dass in absoluten Zahlen gesehen die Steigerung der Kosten zwischen 1990 und 1999 nicht auf die Personalkosten zurückzuführen ist. Vielmehr haben sich die Personalkosten in diesem Zeitraum fast nicht verändert. Erreicht worden ist das durch zwei Dinge: zum einen durch den erheblichen Personalabbau, von dem ich schon gesprochen habe, und zum anderen auch über Haustarifverträge, über Lohnverzicht im Interesse des Arbeitsplatzes. Es kann aber auf Dauer nicht ernsthaft Ziel von Politik sein, dass die Ergebnisse, die zwischen Tarifpartnern ausgehandelt werden, unterlaufen werden, um bestimmte Einrichtungen erhalten zu können.

(Harry Glawe, CDU: Das verstehe ich aber nicht. Dann hätten Sie ein bisschen deutlicher werden müssen.)

Ich werde gleich deutlicher, Herr Glawe. Ich zitiere nämlich den Präsidenten des Deutschen Bühnenvereins, Herrn Jürgen Flimm, der Folgendes zu diesem Problem sagt – Herr Glawe hören Sie bitte zu:

(Harry Glawe, CDU: Ja.)

„Wieso behandelt Ihr Eure Arbeitnehmer in den Kulturinstituten als Arbeitnehmer 2. Klasse?“

(Harry Glawe, CDU: Und jetzt die Schlussfolgerung daraus.)

„Wieso nehmt Ihr diese Leute, die täglich in den Theatern eine harte Arbeit erbringen, von dem aus, was Ihr verhandelt? Das ist die erste Frage, die nach der ungeheuren Portion Ungerechtigkeit.“

(Harry Glawe, CDU: Wo ist denn die Schlussfolgerung jetzt?)

Nun warten Sie doch ab! Herr Glawe, seien Sie nicht immer so ungeduldig.

(Harry Glawe, CDU: Ich sollte zuhören, jetzt will ich die Antwort haben.)

Die kommt schon noch.

(Steffie Schnoor, CDU: Wir haben noch so viel Zeit! Bis wir alle Theater schließen, haben wir noch so viel Zeit!)

Ach, Frau Schnoor, wie viel Zeit hatten Sie denn?

(Steffie Schnoor, CDU: Zwei, drei, vier Jahre Zeit, Herr Bartels. – Zurufe von Norbert Baunach, SPD, und Harry Glawe, CDU)

Wissen Sie, Ihre Reden von heute finde ich immer richtig begeisternd. Wir können uns gerne mal die Protokolle

angucken, als wir in anderen Konstellationen miteinander über diese Probleme geredet haben.

(Unruhe bei Steffie Schnoor, CDU – Harry Glawe, CDU: Jetzt die Antwort!)

Herr Glawe, darf ich noch reden, was ich will?

(Dr. Armin Jäger, CDU: Aber ja!)

Sie werfen uns immer vor, dass wir der Opposition den Mund verbieten. Also bitte!

(Harry Glawe, CDU: Ich sollte zuhören und jetzt sollen Sie die Antwort geben. – Zurufe von Dr. Armin Jäger, CDU, und Jörg Vierkant, CDU)

Ja, was Sie wollen, ist nicht so wichtig.

(Harry Glawe, CDU: Jetzt reden wir vom Geld. Jetzt reden wir vom Geld.)

Klar ist in der Expertise, auch das wurde gesagt, dass bei der Realisierung der in den Regionen erarbeiteten Vorstellungen bis 2004 eine relative Stabilität von Qualität gesichert werden kann.

(Angelika Gramkow, PDS: Ja, Sie reden ja nur vom Geld, sagen aber nicht, wo es herkommt. Das ist Ihr einziger Ansatz.)

Ich sagte bewusst, relativ. Wenn wir danach mittel- und langfristig sichere Konzepte haben wollen, dann müssen wir spätestens heute anfangen zu arbeiten.

(Harry Glawe, CDU: Aha, heute, ab jetzt. – Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Dazu brauchen wir Diskussionen mit zwei Prämissen.

(Harry Glawe, CDU: Also heute ist Startschuss. – Zuruf von Dr. Armin Jäger, CDU)

Ich habe nicht gesagt, auch wenn es die CDU gerne hören möchte, dass wir noch nicht angefangen hätten. Sie haben vorher wieder nicht zugehört, Herr Glawe,

(Harry Glawe, CDU: Was?)

als darüber geredet wurde, was alles schon passiert ist in den letzten anderthalb Jahren.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Ja, ja, die Theater schließen, das merken wir.)

Die erste Prämisse: Jeder Vorschlag sollte eine echte Chance in der Diskussion haben,

(Harry Glawe, CDU: Der Theaterdonner wird immer größer.)

auch die Chance des begründeten Verwerfens. Alle Beteiligten sollten für eine Auseinandersetzung offen sein, auch für eine Auseinandersetzung mit dem Undenkbaren. Ich will das an einem Beispiel sagen. Ich kann mir heute eigentlich kein Argument vorstellen, das zur Aufhebung des 4-Standorte-Konzeptes führen könnte. Aber wir müssen bereit sein, auch darüber zu reden.

Ich will zum Schluss, um das deutlich zu machen – Frau Präsidentin, ich komme gleich zum Schluss –, zwei Dinge sagen. Zum einen sind die Vorschläge, die in der Expertise genannt sind, diskussionswürdig. Darüber muss diskutiert werden, auch wenn ich mir eine Vorpommersche

Landestheater GmbH heute nicht vorstellen kann. Es muss darüber geredet werden. Warum sollte man nicht dem Ratschlag der Expertise folgen, dass das Land eben doch stärker wieder auch gestaltend eingreift? Ich mache einen Vorschlag, wissend, dass ich dafür von einigen Leuten in der Luft zerrissen werde, trotzdem bringe ich einen Vorschlag einfach in die Diskussion ein.

(Harry Glawe, CDU: Ja, ab jetzt geht es ja los.)

Warum sollten wir in diesem Land nicht ein Landessinfonieorchester haben in Landesträgerschaft?

(Beifall Dr. Armin Jäger, CDU,
Steffie Schnoor, CDU,
und Angelika Gramkow, PDS –
Steffie Schnoor, CDU: Beifall!)

Darüber müsste man, denke ich, diskutieren.

(Zuruf von Dr. Armin Jäger, CDU)

Ich kann das jetzt hier nicht ausführen, auch aus Zeitgründen.

(Harry Glawe, CDU: Das war jetzt der Startschuss! Nun haben wir es gehört! –
Zuruf von Dr. Armin Jäger, CDU)

Aber auch damit wäre wieder Gestaltung für das Land vorhanden. Und dass wir dann natürlich zu den Themen, für die es kein Tabu geben darf, auch die Frage der Aufhebung der Deckelung stellen müssen, ist keine Frage.

(Steffie Schnoor, CDU: Bravo!)

Wenn ich sage, es gibt kein Tabu, dann meine ich das auch so. – Danke.

(Unruhe bei den Abgeordneten –
Beifall Andreas Bluhm, PDS –
Steffie Schnoor, CDU: Bravo!)

Vizepräsidentin Kerstin Kassner: Vielen Dank, Herr Dr. Bartels.

Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Herr Friese von der SPD-Fraktion.

Siegfried Friese, SPD: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Den Theatern und Orchestern in unserem Lande geht es wie den meisten staatlichen und kommunalen Einrichtungen: Sie leisten hervorragende Arbeit bei ständiger Präsenz von finanzieller Not. Zu einer realistischen Wahrnehmung der Situation an unseren Theatern gehört die Anerkennung, dass nach nicht leichten Konsolidierungsprozessen, die in der Regel Reduzierungen bei Personal waren, die Personalkosten auch heute noch den Theatern und Orchestern schwer zu schaffen machen. 85 Prozent der Kosten an unseren Theatern und im Orchester sind Personalkosten.

Meine Damen und Herren, wenn wir hier über die wichtige Frage von Theatern und Orchestern reden, können wir dieses nicht losgelöst tun – jedenfalls wir Sozialdemokraten wollen das nicht – von dem Grundanliegen unserer Politik für dieses Land, das heißt Konsolidierung der Finanzen für dieses Land. Wir können den Weg in die Schuldenfalle, der zu Beginn der neunziger Jahre eingeschlagen wurde, nicht fortsetzen. Wir müssen auf allen Wegen uns darum bemühen, die Möglichkeiten des Landes und die Aufgaben des Landes mit seinen finanziellen Möglichkeiten in Übereinstimmung zu bringen. Und nur wenn man diesen Grundgedanken anerkannt und ehrlich zum Maßstab für alle Politikbereiche macht,

(Dr. Armin Jäger, CDU: Na prima.
Was ist denn mit den Ministerien?)

muss man dieses gerechterweise auch für den Kulturbereich tun. Wir Sozialdemokraten wollen dieses.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Erst mal bei sich selber.)

Zu einer realistischen Wahrnehmung der Situation an unseren Theatern gehört ebenfalls die Feststellung, dass unsere Theater in ihrem Selbstverständnis als Stätten der Hochkultur keinen Schaden genommen haben. Wer will, dass dieses so bleibt –

(Zuruf von Steffie Schnoor, CDU)

die SPD-Fraktion bekennt sich nachdrücklich dazu –, der darf sich als Politiker gerade in schwierigen Situationen nicht aus der Verantwortung herausnehmen.

(Beifall Heidemarie Beyer, SPD,
und Angelika Gramkow, PDS)

Herr Dr. Jäger, und ich sage mit gutem Grund,

(Zurufe von Harry Glawe, CDU,
und Dr. Armin Jäger, CDU)

der Kultusminister hat sich dieser Verantwortung seit seinem Dienstantritt gestellt, und das mit Sachkenntnis und Umsicht.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Aber zu merken ist da nichts. – Sylvia Bretschneider, SPD: Sie wollen ja nichts merken! Manchmal merken Sie auch nichts! – Zuruf von Steffie Schnoor, CDU)

Es mag ja sein, dass Ihnen das nicht so deutlich geworden ist. Ich sage nur, fahren Sie raus an die Theater, sprechen Sie mit den für Kultur Verantwortlichen in den Kommunen,

(Zuruf von Dr. Armin Jäger, CDU)

dann wird Ihnen diese Aussage, die ich zur Tätigkeit des Kultusministers hier getan habe, dort bestätigt werden.

(Beifall Heidemarie Beyer, SPD,
und Reinhard Dankert, SPD)

Meine Damen und Herren! Zu einer realistischen Wahrnehmung der Situation unserer Theater gehört die Feststellung, die uns von außerhalb unseres Landes immer wieder gesagt wird, und zwar dass Mecklenburg-Vorpommern ein Land mit einer überdurchschnittlich hohen Versorgung mit Angeboten der Theater und Orchester auf die Einwohner bezogen ist.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Das möchten wir gerne behalten. – Heidemarie Beyer, SPD: Wir auch.)

Da stimme ich Ihnen zu.

Ich sage dieses nicht als Rechtfertigung für Reduzierungen bei Mitteln für die Theater und beim Personal. Das will niemand. Ich unterstelle das niemandem. Ich sage dieses, um dem Eindruck entgegenzuwirken, Mecklenburg-Vorpommern stehe vor einem Zusammenbruch seiner Theaterlandschaft. Das ist nicht der Fall.

(Beifall Heidemarie Beyer, SPD –
Dr. Armin Jäger, CDU: Na, na! –
Steffie Schnoor, CDU: Siehe Rostock. –
Harry Glawe, CDU: Wir sind ja
auch ein Urlaubsland.)

Meine Damen und Herren! Zu einer realistischen Einschätzung der Theaterlandschaft gehört die Feststellung, dass sich die Theater, die Kommunen und das Kultusministerium den Herausforderungen unserer Theater und Orchester gestellt haben und sich immer wieder stellen. Der Minister hat dazu Ausführungen gemacht. Die SPD-Fraktion nimmt den Zwischenbericht über Entwicklungstendenzen der Theater- und Orchesterstrukturen im Lande Mecklenburg-Vorpommern zustimmend zur Kenntnis.

(Zuruf von Dr. Armin Jäger, CDU)

Meine Damen und Herren! Die SPD-Fraktion kennt die finanziellen Sorgen unseres Landes sehr genau, von denen die Sorgen der kulturellen Einrichtungen nur ein Teil und die der Orchester und Theater wiederum nur ein Teil sind. Von den Zuwendungen des Landes zur Förderung der gesamten Kultur in Mecklenburg-Vorpommern erhalten die Theater und Orchester mehr als 50 Prozent.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Ja, das stimmt.)

Das löst bei den Vertretern der anderen Künste und kulturellen Einrichtungen immer häufiger die Frage nach den Gründen dieser „ungerechtfertigten Mittelvergabe“ angesichts der Beschäftigtenzahlen und der Besucherresonanz in den Theatern einerseits und den anderen Kulturstätten andererseits aus. Die SPD bekennt sich zu diesen hohen Zuwendungen an die Theater und Orchester und wird sie auch in Zukunft nicht in Frage stellen. Der Minister für Bildung, Wissenschaft und Kultur hat in zehn Verhandlungen im Rahmen der Haushaltsberatungen für dieses Jahr erreicht, dass die Zuwendungen an die Theater und Orchester des Landes auf dem hohen Niveau von 70 Millionen DM pro Jahr erhalten bleiben.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Wo ist denn da verhandelt worden?)

In Zeiten allgemeinen Sparens ist die Garantie der Zuwendung an die Theater bis zum Jahr 2004 auf diesem Niveau eine anerkennenswerte Leistung. Meine Damen und Herren, ich sage Ihnen, viele Politikbereiche in diesem Lande wären froh, wenn sie die Gewissheit hätten, dass sie Zuwendungen des Landes vom heutigen Niveau bis zum Jahr 2004 behalten werden können. Wir können diese Garantie nicht geben. Der Kultusminister hat sich vertraglich verpflichtet, dieses bis zum Jahr 2004 einzuhalten. Dieses ist eine hoch anzurechnende Leistung.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Ach!)

Wir hören, dass uns durch diese Festschreibung von 70 Millionen DM pro Jahr für die Theaterstandorte von den Theatern selber gesagt wird, dadurch wird unsere Planungssicherheit in wesentlichen Punkten stabilisiert. Wir sind dankbar dafür. Der Vorwurf, die Landesregierung schweige angesichts der finanziellen Not der Theater und Orchester und schaue zu, wie die Theaterlandschaft veröde, ist ungerechtfertigt.

(Zuruf von Dr. Armin Jäger, CDU)

Meine Damen und Herren! Es wird gerade im Bereich von Schwerin die Frage der Gründung einer Theater GmbH erörtert.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Ja.)

Lassen Sie mich dazu Folgendes sagen: Ich habe mich bei den Verantwortlichen eines Theaters in unserem Lande, welches in eine GmbH umgewandelt wurde,

erkundigt. Dabei habe ich erfahren, dass diese Umstrukturierung nicht leicht war, jetzt aber erhebliche Vorteile gegenüber der Eingliederung der Theater in die Verwaltungs- und Verantwortungsstruktur einer Stadtverwaltung bringe. Dieses Theater möchte in jedem Fall den GmbH-Status beibehalten und nicht zurück zur alten Einbindung in die städtischen Strukturen. Wenn die Gesellschafter einer GmbH verlässliche Partner sind, kann eine GmbH Vorteile bringen.

Meine Damen und Herren! Man muss anerkennen, dass die Stadt Schwerin im Vergleich mit anderen Städten in Deutschland ein 3-Sparten-Theater unterhält, das ihre finanziellen Möglichkeiten seit langem schon, aber jetzt insgesamt überfordert. Die Stellenstreichungen im Theater und im Orchester werden zu Recht als schmerzhaft empfunden. Davon sind persönliche Biografien und Lebensplanungen betroffen, die keinem Stadtvertreter, dessen bin ich mir sicher, die Entscheidung leicht gemacht haben und auch mich und meine Kolleginnen und Kollegen nicht gleichgültig lassen. Die Reduzierung der Zahl der Orchestermusiker muss – und das sollte mal geprüft werden – aber nicht unbedingt einen Verlust an künstlerischer Qualität des Orchesters bedeuten,

(Dr. Armin Jäger, CDU: Oh! –
Zuruf von Steffie Schnoor, CDU)

wie ein Blick in die Geschichte zeigt. Das Schweriner Theater hat unter dem großen Dirigenten Masur mit 66 Musikern hervorragende Orchestertätigkeit geleistet. Ich weiß, dass ein Orchester, das mehr Musiker hat, mehr leisten und vielfältiger arbeiten kann.

(Präsident Hinrich Kuessner
übernimmt den Vorsitz.)

Aber es ist ein Unterschied, ob man hier den Untergang damit verkündet oder ob man sagt, in schwierigen Zeiten ist dieses eine Maßnahme, die man mittragen muss.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Das haben wir schon anders gehört.)

Meine Damen und Herren, was ist zu tun? Wir sollten anerkennen, dass die Summe von 70 Millionen DM Landesmittel ...

(Angelika Gramkow, PDS: Den kommunalen
Finanzausgleich nicht vergessen!)

Schön Dank, Frau Kollegin.

... bis zum Jahr 2004 festgeschrieben wird.

Frau Kollegin, unter uns ist ja ohnehin unstreitig, dass diese Summe im kommunalen Finanzausgleich festgeschrieben wird.

(Gerd Böttger, PDS: Na das haben Sie doch
genauso gemacht. – Harry Glawe, CDU:
Na dann können Sie es ja besser machen.)

Ich habe heute erstmals zur Kenntnis genommen, dass die CDU diese Festschreibung im FAG nicht mehr in Frage stellt.

(Unruhe bei Harry Glawe, CDU,
und Gerd Böttger, PDS)

Nun kann natürlich sein, dass Frau Schnoor noch ans Pult kommt und diese FAG-Zuweisung wieder in Frage stellt, ich hoffe, sie tut es nicht. Frau Schnoor, wenn Sie es dennoch tun, ...

(Steffie Schnoor, CDU: Muss ich mir jetzt meine Reden von Ihnen genehmigen lassen, Herr Friese?)

Ich will Ihnen nur einen guten Rat geben, Frau Kollegin, wenn Sie erlauben. Es gibt nämlich kein Theater in diesem Lande, das in dieser Frage Ihre Meinung teilt. Sie stehen sehr alleine da.

(Heiterkeit bei Steffie Schnoor, CDU –
Zuruf von Dr. Armin Jäger, CDU)

Es mag ja für eine Politikerin mitunter sehr ehrenhaft sein, alleine dazustehen. Ich will Ihnen nur sagen,

(Dr. Armin Jäger, CDU:
Außer Ihnen glaubt das keiner.)

Sie können sich, wenn Sie dieses kritisieren, nicht auf die Zustimmung der Theater berufen. Ich meine, wir sollten nach dem Jahr 2004 oder, wenn es der Haushalt zulässt, auch früher, darüber nachdenken, ob denn dieser Deckel von 70 Millionen DM aufgemacht werden kann. Ich werde mich an dieser Prüfung engagiert beteiligen und werde dafür werben.

(Dr. Armin Jäger, CDU,
und Angelika Gramkow, PDS:
Außerhalb des Finanzausgleichs.)

Meine Damen und Herren! Die Schaffung neuer Rechtsformen der Theater und vertragliche Vereinbarungen der Landesregierung mit Theaterverbänden wie in der Region Neubrandenburg/Neustrelitz sollten auch für die Region Westmecklenburg geprüft werden. Wenn wir nach Vorpommern und in die Theaterlandschaft in der Mitte des Landes schauen, können wir feststellen, dass die Region Schwerin hier Nachholbedarf hat, wenn ihre Theaterstruktur zukunftssicher auch für die kommenden Jahre gemacht wird. Ich plädiere sehr dafür,

(Wolfgang Riemann, CDU: Dazu würde mich mal die Meinung der Theater interessieren.)

hier zu einem Verbund zu kommen, und appelliere an die Verantwortlichen im Raum Parchim und im Raum Wismar.

(Der Abgeordnete Dr. Armin Jäger
meldet sich für eine Anfrage.)

Ich habe auch mit meinen Kollegen in Nordwestmecklenburg gesprochen, dass auch der Kreis Nordwestmecklenburg das Seine dazu tun wird.

Herr Dr. Jäger, ich würde Sie gerne eine Frage stellen lassen. Lassen Sie mich erst zum Schluss kommen

(Dr. Armin Jäger, CDU: Ja.)

und stellen Sie dann die Frage.

Meine Damen und Herren! Auch das wurde hier angesprochen, es müssen das Tarifrecht und -system reformiert sowie Tarifgerechtigkeit an den Theatern gefördert werden. Die Politik sollte sich zwar aus dem Tarifgeschehen heraushalten,

(Wolfgang Riemann, CDU:
Was meinen Sie damit?)

aber es verlangt niemand von uns, dass wir bewusst wegschauen und Verwerfungen in dieser Frage nicht zur Kenntnis nehmen und zur Sprache bringen, wenn diese dem Interesse des Gesamtunternehmens Theater entgegenstehen.

Meine Damen und Herren, noch kurz zu dem Antrag der Fraktion der CDU. Herr Dr. Jäger, ich kann ja verstehen, dass Ihnen als Politiker der Stadt Schwerin besonders das Theater Schwerin am Herzen liegt.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Auch, auch.)

Ich muss Ihnen aber sagen, nur aus der Sicht auf das Schweriner Theater

(Wolfgang Riemann, CDU: Na, dann kommen Sie doch mal nach Anklam!)

wird man der Gesamtsituation nicht gerecht. Man muss sich schon die Mühe machen, dort genauer hinzuschauen.

(Steffie Schnoor, CDU: Dann gucken Sie doch mal nach Rostock! – Wolfgang Riemann, CDU:
Nach Vorpommern! – Zuruf von
Dr. Armin Jäger, CDU)

Es gibt ganz unterschiedliche Probleme. Ich habe Ihnen bereits gesagt, die Lösung, die in Neubrandenburg/Neustrelitz gefunden ist, halte ich für hervorragend. Mein Kollege Dr. Körner wird dazu noch etwas sagen.

Zu der Situation im Theater Vorpommern, die Umwandlung in eine GmbH, habe ich Ausführungen gemacht,

(Dr. Armin Jäger, CDU: Haben wir doch schon. Haben wir schon.)

weil ich mich sachkundig gemacht habe.

(Zuruf von Wolfgang Riemann, CDU)

Diese Situation wird von den dort Tätigen und Verantwortlichen vom Theater wie von der Kommune als ein richtiger Schritt bezeichnet,

(Dr. Armin Jäger, CDU: Haben wir schon.)

der schwierig war. Und die Frage der 70 Millionen DM, das heißt der Deckelung, ist auch dort ein Problem,

(Unruhe bei Wolfgang Riemann, CDU,
und Jörg Vierkant, CDU)

das will ich überhaupt nicht bestreiten.

(Wolfgang Riemann, CDU:
Nur um die größte Not zu lindern.)

Nur, die Theatersituation ist eben nicht nur von Schwerin aus zu betrachten.

Meine Damen und Herren von der CDU, wenn ich mir Ihren Antrag anschau, so kann ich mich des Eindrucks nicht erwehren, dass Sie die konkret ablaufende Diskussion zwischen unseren Theatern, den Kommunen und dem Ministerium nicht zur Kenntnis genommen haben.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Oh doch.)

Offensichtlich wissen Sie nichts von der Projektgruppe, die vom Kultusministerium eingesetzt wurde, die gearbeitet und die Ergebnisse vorgelegt hat.

(Zuruf von Dr. Armin Jäger, CDU)

Offensichtlich wissen Sie nichts von den regionalen Theaterkonferenzen. Der Minister hat dazu ausführlich hier gesprochen.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Wussten wir alles.)

Ihr Antrag spricht nur davon, der Minister soll ein Konzept vorlegen.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Ja, natürlich.)

Lassen Sie mich ein letztes Wort sagen, Herr Dr. Jäger, zu dem von Ihnen immer wieder favorisierten Vorwurf an den Minister, er moderiere nur,

(Dr. Armin Jäger, CDU: Ja, ja. –
Wolfgang Riemann, CDU: Richtig.)

er solle eine Entscheidung treffen. Ich bin dieser Frage mal nachgegangen, weil andere dieses auch so sehen. Es kommt in der Regel raus, ...

(Heiterkeit bei Wolfgang Riemann, CDU:
Bitterfelder Weg, oder was, Herr Friese?!)

Ja genau, das ist der Punkt.

Sie wollen, Herr Riemann,

(Heiterkeit bei Wolfgang Riemann, CDU:
Nee, wir wollen das nicht.)

dass der Minister per Erlass

(Dr. Armin Jäger, CDU: Nein. –
Wolfgang Riemann, CDU: Dass Sie sich bei der
Finanzministerin stark machen, das wollen wir.)

Theaterstrukturen schafft, die finanzierbar sind. Das würde bedeuten, dass wir die zentralen Orte, die vier großen Standorte, stärken zu Lasten der anderen. Anders geht es ja nicht.

(Wolfgang Riemann, CDU: Wer sagt denn das? –
Steffie Schnoor, CDU: Wer sagt das denn? –
Zuruf von Jörg Vierkant, CDU)

Das sagen Sie natürlich nicht, aber das steckt natürlich dahinter. Der Weg, den der Minister geht, ist der einzig richtige,

(Steffie Schnoor, CDU:
Woher nehmen Sie denn das?)

nämlich mit den für Theater zuständigen Kommunen und mit den Theatern zu reden

(Unruhe bei Abgeordneten der CDU –
Beifall Heidemarie Beyer, SPD –
Zuruf von Wolfgang Riemann, CDU)

und mit Ihnen gemeinsame Lösungen zu finden. Das ist der Weg.

(Zurufe von Heidemarie Beyer, SPD,
und Harry Glawe, CDU)

Alles andere, alles andere, Herr Riemann, was Sie wollen, ist SED-Kulturpolitik pur, und da weiß ich, wovon ich rede.

(Unruhe und Heiterkeit bei Abgeordneten
der CDU – Beifall Heidemarie Beyer, SPD –
Dr. Armin Jäger, CDU: Das war die falsche
Seite, Herr Friese! – Angelika Gramkow, PDS:
Was soll das denn? – Zuruf von
Steffie Schnoor, CDU)

So was kenne ich, diese Position kenne ich. Jawohl, das wollen wir nicht. Ich sage, Herr Dr. Jäger, Sie müssten aus der Deckung herausgehen. Sie müssten sagen, was Sie tun wollen,

(Dr. Armin Jäger, CDU: Ja.)

um die Theater gesunden zu lassen. Dieses sagen Sie nicht.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Ja, natürlich. –
Steffie Schnoor, CDU: Sie haben
doch alle Anträge abgelehnt.)

Sie fordern nur. Ich fordere Sie auf: Kommen Sie mit Ihren Konzepten heraus, dann können wir darüber reden!

(Beifall Heidemarie Beyer, SPD –
Sylvia Bretschneider, SPD:
Sie haben doch keine.)

Nur zu fordern, aber keine eigenen Anstrengungen in die Diskussion zu bringen, ist unredlich

(Dr. Armin Jäger, CDU: Ach,
Herr Friese, hören Sie mal auf!)

und hilft den Theatern nicht weiter.

(Beifall Heidemarie Beyer, SPD)

Der Einzige, der den Theatern und Orchestern weiterhilft mit nachhaltiger Wirkung, ist der Kulturminister dieses Landes. – Ich danke Ihnen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD –
Sylvia Bretschneider, SPD: Richtig. –
Dr. Armin Jäger, CDU: Um Gottes willen!)

Präsident Hinrich Kuessner: Herr Friese, Sie wollten noch eine Frage beantworten.

Herr Jäger, Sie haben das Wort.

Dr. Armin Jäger, CDU: Herr Friese, gestatten Sie, dass ich meine Frage in zwei Teile gliedere.

Erstens. Stimmen Sie mir darin zu, dass ein weiterer Vorwegabzug aus dem FAG weniger sinnvoll wäre als eine Mittelgewährleistung im Ressort des Kultusministers, damit er nicht nur moderiert, sondern auch Zuwendungen bestimmen kann?

Siegfried Friese, SPD: Nein.

(Harry Glawe, CDU, und
Jörg Vierkant, CDU: Gestalten, gestalten.)

Dr. Armin Jäger, CDU: Danke.

Herr Friese, stimmen Sie mir vielleicht dann ...

Präsident Hinrich Kuessner: Darf ich erst einmal den Herrn Friese fragen, ob er noch eine Frage gestattet.

Siegfried Friese, SPD: Bitte.

Präsident Hinrich Kuessner: Bitte sehr.

Dr. Armin Jäger, CDU: Er hatte mich so freundlich angelächelt, Herr Präsident.

(Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Präsident Hinrich Kuessner: Das reicht nicht immer. Ich muss Ihnen auch noch etwas sagen: Sie haben das Wort, Herr Jäger.

Dr. Armin Jäger, CDU: Vielen Dank, Herr Präsident.

Herr Friese, stimmen Sie mir vielleicht dann darin zu, dass es sehr viel Sinn macht, aus der praktischen Erfahrung vor Ort in diesem Hause zu berichten, wie sich dieses Nichtstun des Ministers auswirkt, als dass man ganz global so tut, als hätte man das ganze Land so richtig im Griff und wisse alles? Glauben Sie, dass es nicht besser ist, dass man aus einer sehr praktischen Erfahrung hier berichtet, damit die Kollegen sich ein Bild machen können?

Siegfried Friese, SPD: Herr Jäger, ich hatte den Eindruck, dass der Minister uns ein Bild dargestellt hat, welche Anstrengungen er unternommen hat, um die Theaterstruktur in diesem Lande langfristig auf sichere Füße zu stellen. Ich habe mich überzeugt anhand von Dokumenten aus dem Hause und den Gesprächen vor Ort, dass der Minister hier realistisch berichtet hat und dass seine Arbeit von den Theatern und von den Kommunen als gute Arbeit anerkannt wird.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD)

Dr. Armin Jäger, CDU: Danke schön.

Präsident Hinrich Kuessner: Erlauben Sie noch eine Frage von Frau Bretschneider?

Siegfried Friese, SPD: Bitte.

Präsident Hinrich Kuessner: Bitte sehr, Frau Bretschneider.

Sylvia Bretschneider, SPD: Herr Friese, geben Sie mir Recht, dass die Zustimmung der kommunalen Parlamente im Kreise Mecklenburg-Strelitz und in der kreisfreien Stadt Neubrandenburg, die ja bekanntlich nicht nur aus Vertretern der SPD und der PDS bestehen, sondern auch aus Vertretern der CDU, auch gewertet werden kann als Anerkennung für die Bemühungen des Bildungsministerium

(Heiterkeit bei Steffie Schnoor, CDU)

in diesen Verhandlungen zur Erarbeitung des Vertrages in der betroffenen Region?

(Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten der CDU – Jörg Vierkant, CDU:
Na, so weit wollen wir mal nicht gehen.)

Siegfried Friese, SPD: Ich kann dem nur zustimmen und sagen, nur auf der Basis einer so breiten Zustimmung der Verantwortlichen vor Ort ist es möglich, die Theater über die kommenden Jahre zu bringen. Wenn hier Streit entsteht, wie er hier im Hause manchmal entsteht, sind die Kommunen in einer sehr schwierigen Situation auch in ihrer Verhandlungsposition dem Kultusministerium gegenüber, denn natürlich wird dort nicht alles im Konsens geregelt und die kommunalen Vertreter müssen auch Auseinandersetzungen mit dem Kultusministerium führen. Das gehört zur Sache. Insofern ist eine gemeinsame Haltung der Kommunalparlamente eine wichtige Voraussetzung, um gegenüber dem Kultusminister stark zu sein.

Präsident Hinrich Kuessner: Möchten Sie noch eine Nachfrage stellen? Bitte sehr.

Sylvia Bretschneider, SPD: Herr Kollege Friese, ist Ihnen bekannt, dass die kommunalen Vertreter der CDU in den anderen Theaterregionen durch ganz konkrete praktische konstruktive Vorschläge dazu beigetragen haben, die Bemühungen des Ministers zu unterstützen?

(Steffie Schnoor, CDU: Ja und?)

Siegfried Friese, SPD: Mir ist das so nicht bekannt, aber mir ist bekannt die Aussage von den Kulturdezernenten dieser Städte,

(Zuruf von Wolfgang Riemann, CDU)

die darauf hingewiesen haben, dass die Parlamente entsprechend einstimmig zu solchen Beschlüssen gekommen sind.

Sylvia Bretschneider, SPD: Danke.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD – Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten der CDU – Zuruf von Wolfgang Riemann, CDU)

Präsident Hinrich Kuessner: Das Wort hat die Abgeordnete Frau Schnoor von der CDU-Fraktion. Bitte sehr, Frau Schnoor.

Steffie Schnoor, CDU: Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Also manchmal habe ich hier schon den Eindruck, wir leben in unterschiedlichen Ländern und haben deswegen so unterschiedliche Erfahrungen und unterschiedliche Feedbacks von den Betroffenen.

Herr Friese, wenn Sie Ihre Termine auch einhalten würden, die Sie machen, dann wären Sie indem einen oder anderen Punkt vielleicht etwas besser informiert. Das zum einen.

(Sylvia Bretschneider, SPD: Warum sind Sie denn schon wieder so zickig, Frau Schnoor? – Wolfgang Riemann, CDU: Er ist doch Bürgermeister, er kann das nicht immer.)

Und zum anderen: Wenn seitens der CDU Konzepte für die Lösung von Theaterstrukturproblemen hier eingebracht werden und sie von den Koalitionsfraktionen abgelehnt werden, dann, glaube ich, ist es nicht ganz fair zu sagen, wir sollen doch mal Konzepte vorlegen.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU – Harry Glawe, CDU: Richtig.)

Auf die anderen Vorredner werde ich eingehen, falls ich am Ende meiner Rede noch Zeit übrig habe.

(Unruhe bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Meine Damen und Herren! Es geht nicht um Unkenntnis, die Kultusminister Professor Kauffold, der eigentlich ein solcher ja gar nicht sein wollte, der CDU-Fraktion jüngst vorwarf, sondern, meine Damen und Herren, es geht um viel mehr. Es geht um die Ernsthaftigkeit in der Diskussion aus der Kenntnis um den wahren Zustand unserer Theater und Orchester. Der ist ausgesprochen gut, wenn man den Besucherzahlen Glauben schenken darf, und das tun wir. Nur, meine Damen und Herren, die Situation derer, die die Theater und Orchester finanzieren, lässt zu wünschen übrig, und das nicht erst seit heute. Das ist seit 1997 ein Problem. Jetzt können ja alle wieder die Schuld auf die CDU schieben,

(Harry Glawe, CDU: Genau.)

aber ich möchte Sie doch daran erinnern, dass bereits 1997 sowohl das Kultus- als auch das Finanzministerium von der SPD geführt wurden.

(Beifall Wolfgang Riemann, CDU – Dr. Armin Jäger, CDU: Bei den beiden Damen. – Dr. Gerhard Bartels, PDS: Ach, die arme CDU! Die arme CDU! Ich könnte weinen.)

Meine Damen und Herren! 100.000 DM hat die am Montag vorgestellte Expertise gekostet. Diese Expertise bescheinigt der Landesregierung einen Zielkonflikt in der Theater- und Orchesterpolitik.

(Unruhe bei einzelnen Abgeordneten der CDU und PDS)

Also ich habe eine lehrerprobte Stimme, ich kann es noch ein bisschen lauter versuchen. Ich glaube, ich schaffe es noch.

(Dr. Gerhard Bartels, PDS: Wer dazwischenruft, muss auch mit Zwischenrufen leben können, Frau Kollegin!)

Die CDU benennt seit Jahren diesen Zielkonflikt und sie hat es auf der Grundlage des nunmehr öffentlich bekannten Gutachtens wieder getan. Dieser Tatsache mit dem Vorwurf der Unkenntnis zu begegnen zeugt einmal mehr vom gestalterischen Unwillen der Landesregierung.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Seit geraumer Zeit wird der Kulturminister wider Willen nicht müde, auf die eigentlichen Verantwortlichen der Theaterstruktur zu verweisen, nämlich die Kommune.

(Wolfgang Riemann, CDU:
Es gibt doch kein Geld.)

In keinem anderen Politikfeld wird so auf die Verantwortlichkeit der theatertragenden Kommunen gepocht, obwohl das Land mehr als die Hälfte der Mittel für die Finanzierung dieser bereitstellt. In keinem anderen mir bekannten Fall weist das Land gestalterische Verantwortung so konsequent zurück. In einem Unternehmen, in dem eine Person oder ein Gesellschafter mehr als die Hälfte der Anteile hält, bestimmt dieser die Geschäftspolitik. In Mecklenburg-Vorpommern ist das aber offensichtlich nicht so.

(Siegfried Friese, SPD:
Der Vergleich hinkt ja wohl!)

Manchmal kann man sagen, vielleicht zum Glück. Aber in einer Zeit, in der auch durch das Land die kommunalen Mittel bei wachsender Aufgabenvielfalt weiter zurückgehen, kann sich der maßgebliche Geldgeber nicht so

(Siegfried Friese, SPD:
Der Vergleich hinkt ja wohl.)

einfach aus der Verantwortung stehen und Prozesse einfach nur moderieren.

(Zuruf von Wolfgang Riemann, CDU)

Präsident Hinrich Kuessner: Erlauben Sie eine Zwischenfrage des Abgeordneten Bartels.

Steffie Schnoor, CDU: Ja, bitte.

Präsident Hinrich Kuessner: Bitte sehr, Herr Bartels.

Dr. Gerhard Bartels, PDS: Frau Schnoor, können Sie mir bitte erklären, an welchem Theater das Land die Mehrheit der Anteile hält in diesem Land?

(Heiterkeit bei Heidemarie Beyer, SPD)

Steffie Schnoor, CDU: Wenn Sie sich die Theaterfinanzierung angucken, kommen derzeit 70 Millionen DM aus dem Finanzausgleich, und wenn Sie sich angucken, was die Theaterfinanzierung insgesamt kostet, dann ist das mehr als die Hälfte der insgesamt ausgereichten ...

Dr. Gerhard Bartels, PDS: Ich habe die Expertise gelesen, das wusste ich auch vorher schon. Aber ich habe gefragt, ...

(Zurufe von der CDU: Fragen, Fragen!)

Steffie Schnoor, CDU: Das steht nicht nur in der Expertise, sondern das können Sie auch aus den Theaterwirtschaftsplänen ersehen.

(Zuruf von Siegfried Friese, SPD)

Ich glaube, ich fahre jetzt besser fort, Herr Bartels, am Ende können wir gerne weiterdiskutieren.

Dr. Gerhard Bartels, PDS: Danke für die Nichtbeantwortung.

Steffie Schnoor, CDU: Es geht momentan doch gar nicht um eine künstlerische Neuordnung der Theaterlandschaft, es geht lediglich um eine Verwaltung des Mangels.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Und das ist schlimm, ja.)

Das ist auch der hauptsächliche Vorwurf, den wir an Sie zu richten haben. Und weil dies so ist – und das bestätigt auch die Expertise –, sehen Sie sich, sehr geehrter Herr Kulturminister, zur Moderation eines längst verlorenen Prozesses genötigt, quasi als Schadensbegrenzung. Dabei wollen Sie nicht die nötigen schmerzhaften Entscheidungen treffen, obwohl die Deckelung der Landeszuschüsse für die Theater die Ursache für die fortwährende Misere darstellt.

Das Land hat, wie auch die Gutachterin aussagte, qualitativ hochwertige Ensembles, die vom Publikum auch angenommen werden. Die Resonanz auf das Theater- und Konzertangebot ist auf jeden Fall nicht der Grund für Fusionen und Schrumpfungen. 1997 wurden im kommunalen Finanzausgleich 70 Millionen DM für die Theaterförderung festgelegt. Diese 70 Millionen DM haben im Jahr 2001 ungefähr einen Gegenwert von 59 Millionen DM. Bei jährlichen Tarifsteigerungen und Inflationen müssen wir nämlich demnach schon heute ein tatsächliches Defizit von mehr als 11 Millionen DM zur Kenntnis nehmen. Dass dieses Defizit nicht zu Buche schlägt, ist einzig und allein den theatertragenden Kommunen zu verdanken

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

beziehungsweise der Leidensfähigkeit der Schauspieler, Sänger, Musiker und Tänzer, die auf Weihnachtsgeld und Urlaubsgeld verzichteten, um das kulturelle Angebot der Theater und Orchester auf dem anerkannt hohen Niveau zu halten. Das, meine Damen und Herren, sind die nüchternen Tatsachen.

Aber nun hat der Deckel vom brodelnden Topf abgehoben. Schwerin steht vor der Entscheidung, Sparten zu schließen, das Orchester zu verkleinern. Personal wird auf jeden Fall abgebaut. Rostock will ganz auf das Theater verzichten, weil die kommunalen Schulden die Stadt erdrücken. Das Vorpommern-Theater kann sich auch nur noch mit Haustarifen helfen, die privatrechtliche Organisationsform macht es möglich. Auch die Fusion von Mecklenburg-Strelitz und Neubrandenburg, die ja hier immer so hoch bejubelt wird, ist mit Personalabbau und damit mit einem Verlust an attraktiven Angeboten verbunden. Theaterverträge sind ein Mittel zur Verwaltung des Mangels an reell verfügbaren Mitteln, aber nicht Ausdruck einer künstlerischen Neuordnung der Theater- und Orchesterlandschaft.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Der vorliegende Antrag der CDU-Fraktion zeigt sehr wohl, dass wir uns mit der Materie nicht nur einmal auseinander gesetzt haben ...

(Die Abgeordnete Sylvia Bretschneider
meldet sich für eine Anfrage.)

Nach meiner Rede gerne.

... und dass uns wider Erwarten Materialien zugänglich sind, die uns auch eine ernsthafte Auseinandersetzung möglich machen. So sind wir zum Glück nicht auf die Interpretation von Gutachten durch den Kulturminister wider Willen angewiesen, der, wie nicht anders zu erwarten war, die positive Evaluierung der Theaterverträge durch die Gutachterin als Indiz für die Richtigkeit seiner Moderationsbemühungen wertete.

Bezeichnend für die Pressekonferenz vom letzten Montag war auch, dass den anwesenden Journalisten nur Auszüge, nur statistisches Material zur Verfügung gestellt wurde und die Pressemitteilung eine geschönte Zusammenfassung der Expertise darstellt,

(Harry Glawe, CDU: Weniger ist mehr. –
Wolfgang Riemann, CDU: So macht das die
Landesregierung. Es geht immer vorwärts.)

in der zwar die Bestätigung der Theaterpolitik partiell Eingang fand, die Kritik aber gänzlich ausgespart wurde. Das ist, meine ich, unseriöse Informationspolitik, die auch von der Gutachterin aufgegriffen wurde, die sich wiederum in ihrem mündlichen Vortrag auf eben diese Kritikpunkte konzentrierte. Daher wäre es durchaus wünschenswert, wenn der Kulturminister die vollständige Expertise dem Landtag zur Verfügung stellen würde, damit sich jeder ein Bild machen kann, vor allem im Vergleich zur Unterrichtung des Kultusministers auf Drucksache 3/1564.

Meine Damen und Herren! Wie wir seit letztem Montag wissen, geht die Expertise über die Würdigung der tatsächlichen Theaterpolitik des Ministers hinaus. Besonders die kritischen Punkte der Expertise, die im Widerspruch zum Bericht der Projektgruppe stehen, verdienen eine besondere Würdigung. Ansonsten hätten wir die 104.000 DM anderweitig sinnvoller einsetzen können.

(Wolfgang Riemann, CDU: Für die Theater
am besten. – Angelika Gramkow, PDS:
Können Sie das untersetzen?)

Diese Expertise empfiehlt dem Land, der Landesregierung, dem Kulturminister wider Willen, aus der moderierenden Rolle herauszutreten und eine gestalterische Funktion zu übernehmen. Dieses Gutachten sagt auch, dass die gegenwärtigen Strukturen bei gleichbleibenden Finanzierungsvoraussetzungen nicht zu halten sind. Demnach vertritt der Kulturminister wider Willen den Standpunkt, dass Mecklenburg-Vorpommern weiterhin mit einer Fusion hier und dort, einem Theatervertrag hier und dort das 4-Regionen-Modell, das sich vornehmlich inhaltlich aus dem 4-Standorte-Modell von 1992 speist, mit Mehrspartenhäusern aufrechterhalten kann. Und das Gutachten sagt, dass hier und da durch Fusionen und Theaterverträge die eine oder andere Mark oder, formulieren wir es sachgerechter, der eine oder andere Euro gespart werden kann. Aber ein Defizit wird mit dieser Politik nicht vermieden,

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU –
Dr. Armin Jäger, CDU: Das ist das Problem.)

ein Defizit, meine Damen und Herren, das wir ohnehin schon seit 1998 vor uns her schieben. An dieser Stelle widerspreche ich dem Gutachten, denn die Deckelung des Landeszuschusses provoziert geradezu ein solches, da die theatertragenden Kommunen von Jahr zu Jahr weniger in der Lage waren, dieses Defizit zu kompensieren.

(Angelika Gramkow, PDS: Wer hat das
denn eigentlich im Finanzausgleich
gedeckt? Waren Sie das?)

Meine Damen und Herren! Das war auch der tatsächliche Hintergrund der Theaterfusion ...

(Angelika Gramkow, PDS: Ja, jetzt auch
ehrlich. Sagen Sie, wie Sie dazu kommen!)

Ich komme noch darauf, Frau Gramkow.

Das war auch der tatsächliche Hintergrund der Theaterfusion von Mecklenburg-Strelitz und Neubrandenburg. Nicht die Ensembles wollten sich zusammenschließen, meine Damen und Herren, sondern es bestand der Zwang zum Zusammenschluss, da beiden theatertragenden Kommunen das Wasser bis zum Hals stand. Es ging schlicht um die Existenz der Philharmonie, des Mehrspartentheaters Neustrelitz und des Kammertheaters Neubrandenburg. Im Gegensatz zum Abbau des Neustrelitzers Orchesters 1994 haben die Fusionspläne heute keinen künstlerischen Hintergrund. Die gleichen Kulturpolitiker, die heute die Theaterverträge und Fusionspläne der Landesregierung wohlwollend begleiten, hätten mich 1994 für den Abbau des Neustrelitzer Orchesters am liebsten gesteinigt, obwohl es damals künstlerisch nachvollziehbar war, innerhalb von 30 Kilometern nicht zwei volle Orchester vorzuhalten.

(Dr. Klaus-Michael Körner, SPD:
Was wissen Sie davon denn überhaupt? –
Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten der CDU –
Zuruf von Wolfgang Riemann, CDU)

Dieses Problem der künstlerischen Abgrenzung und Profilierung besteht heute nicht und das, meine Damen und Herren, macht genau heute den Unterschied zu 1994 aus. So ist das also, was damals verdammt wurde, ist heute recht und billig.

(Zuruf von Lorenz Caffier, CDU)

Aus diesem Gegensatz wird deutlich, dass sich der Kulturminister nicht von künstlerischen Bedürfnissen und von den Bedürfnissen des Publikums leiten lässt, sondern vom Spardiktat der Finanzministerin.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU –
Dr. Armin Jäger, CDU: Ja, natürlich.)

Man kann sich gesund sparen, aber hier passiert genau das andere, wir sparen kaputt, was vorhanden ist. Dabei hilft es auch nicht, die Verantwortung dem Parlament zuzuschieben.

(Zuruf von Siegfried Friese, SPD)

Wenn Sie, sehr geehrter Herr Bildungsminister, dies tun, dann vergessen Sie bitte nicht zu erwähnen, dass Sie und Ihre Fraktionen in der Koalitionsvereinbarung die Höhe des kommunalen Finanzausgleiches festgeschrieben haben, Frau Gramkow, und damit auch einer Dynamisierung der Theaterfördermittel schon 1998 bei Regierungsantritt einen Riegel vorgeschoben haben.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU –
Angelika Gramkow, PDS: Es muss doch aufhö-
ren, dass die Kommunen das selber finanzieren.
Was soll denn diese Spiegelfechtereii?)

Also, meine Damen und Herren, hören Sie auf, die Verantwortung hin und her zu schieben!

(Zuruf von Harry Glawe, CDU)

Genau aus diesem Grund fordern wir schon seit 1998, die Theaterfördermittel – Herr Friese, ich sage es, auch wenn Sie es nicht hören wollen – aus dem FAG wieder herauszunehmen, damit Sie als Kulturminister Wirkungsmöglichkeiten haben, Herr Kauffold.

(Siegfried Friese, SPD: Können Sie das mal etwas genauer ausführen? Wie sollte das denn aussehen?)

Sie haben heute keine Kundschaft mehr, denn die Kundschaft, die Sie wort- und tatenreich begleiten wollen, die ist seit 1997 die Kundschaft des Herrn Innenministers.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, bleiben wir bitte bei den Wahrheiten. Der Theatervertrag zwischen Neubrandenburg und Neustrelitz ist noch kein Vertrag zwischen den betroffenen Ensembles. Die theatertragenden Kommunen sahen sich zur Vertragsschließung gezwungen, da – und das wäre die bedauerliche Alternative gewesen – das Mehrspartentheater, bereits auf ein Minimum geschrumpft, hätte ganz geschlossen werden müssen. Was ist eigentlich an dieser Praxis beispielgebend?

(Dr. Armin Jäger, CDU:
Das frage ich mich auch.)

Die künstlerische Fusion muss erst noch vollzogen, Spielpläne und Inszenierungen abgestimmt werden. Darin liegt die eigentliche Herausforderung, die noch nicht bewältigt ist.

Meine Damen und Herren! Ich werde den Eindruck nicht los, dass die besondere Herausforderung der künstlerischen Zusammenführung mehrerer Theaterstandorte allein den theatertragenden Kommunen überlassen wird. Die dürften aber damit überfordert sein.

(Dr. Armin Jäger, CDU: So ist es.)

Dass sie dies sind, das zeigen gerade Beispiele wie Rostock und mit Abstrichen auch Schwerin.

(Angelika Gramkow, PDS: Dann scheinen Sie die Situation nicht zu kennen.)

Ich sehe die Gefahr, dass die konsequente Kommunalisierung der Theater, der Theaterstruktur zur Provinzionalisierung der Theater- und Orchesterstruktur führt.

(Dr. Armin Jäger, CDU:
Bloß nichts damit zu tun haben.)

Diese Feststellung treffe ich ohne Vorwurf an die betroffenen Kommunen,

(Siegfried Friese, SPD: Wer hat denn die Provinzionalisierung eigentlich eingeleitet?)

denn der Vorwurf geht eher in die Richtung Landesregierung, die nach wie vor kein eindeutiges Bekenntnis zu ihrer kulturpolitischen Gesamtverantwortung abgelegt hat.

(Unruhe bei Siegfried Friese, SPD,
und Harry Glawe, CDU)

Mit Bekenntnissen allein ist es nicht getan. Verantwortung, meine Damen und Herren, muss auch wahrgenommen werden. Reden alleine reicht nicht. Den Reden müssen Taten folgen.

Lassen Sie mich zum Abschluss noch einige Worte sagen, warum ich mich vehement für die Wahrnehmung

der Verantwortung durch die Landesregierung einsetze. Die Bedeutung der Theater geht weit über diese selbst hinaus und das ist bei Vorrednern auch schon angesprochen worden. Circa 20 Prozent der Besucher sind Touristen. Theater und Orchester sind noch ein Aushängeschild für unser Land, von denen wir eigentlich viel mehr bräuchten. Was hier aber betrieben wird, bewirkt genau das Gegenteil. Das Institut für kulturelle Infrastruktur in Sachsen führte im vergangenen Jahr eine Untersuchung zu „Kultur im ländlichem Raum“ durch, übrigens eine nachahmenswerte Analyse. Empirisch belegt kommt diese Studie dann zu folgendem Schluss: „Die Summe der Urteile über eine Region, also das Image, wird durch die Bewohner und Besucher immer auch und vor allem im Sinne von Kultur- und Freizeitwert betrachtet.“ So nachzulesen in „Kultur im ländlichen Raum“, erschienen in Leipzig im Jahr 2000, auf Seite 37.

Es sind die viel zitierten weichen Standortfaktoren, an denen Sie sich gerade durch Konzeptionslosigkeit versündigen. Für infrastrukturelle Entscheidungen sind auch kulturelle Faktoren entscheidend. Gerade Technologieunternehmen mit hochqualifiziertem Personal fragen diese Faktoren nach. Und, meine Damen und Herren, ich bin mir sicher, dass auch die Stadt Schwerin bei BMW mit dem Staatstheater geworben hat.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Ja natürlich.)

Peinlich wird allerdings die Sache, wenn die Stadt bald ohne Orchester dastehen würde. Wir hoffen aber alle, dass es nicht so kommt.

(Zuruf von Harry Glawe, CDU)

Mit Ihrer Theaterpolitik setzen Sie Entwicklungspotentiale daher aufs Spiel.

(Wolfgang Riemann, CDU: Nun wissen wir es, wenn BMW nicht kommt, dann ist der Minister Kauffold dran. – Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Die Bildung von Theaterregionen benachteiligt einmal mehr strukturschwache Regionen, wie zum Beispiel den Uecker-Randow-Kreis.

(Heiterkeit bei Harry Glawe, CDU: Wenn BMW nicht kommt, sind Sie auch noch schuld.)

So stellen die empirischen Untersuchungen aus Sachsen auch fest, dass „der Kulturbereich mit seinen Institutionen eines der wichtigsten Prägungselemente des regionalen Profils sind. Damit wird Kultur, ökonomisch gesehen, Inputfaktor für andere Bereiche“, so nachzulesen in der vorhin erwähnten Broschüre. Nicht nur das, meine Damen und Herren. Kultur wird damit auch zu einem wichtigen Identifikationselement für die Bürger in und mit ihrer Region.

Und ein letztes Argument. Die sächsischen Sozialforscher fanden heraus, dass 58 Prozent der befragten Touristen die untersuchte Region wegen ihres Angebotes an Kultur und Bildung besuchten. Erst an zweiter Stelle folgten Urlaub und Erholung. Bei der Förderung des Tourismus dürfen wir die Kultur daher nicht aus dem Auge verlieren, denn gerade sie führt auch im Land zu einer wachsenden Zahl von Touristen. Hier Kahlschlag zu betreiben, aus Geldnot Schrumpfungsprozesse einzuleiten wäre genau das falsche Signal an die Wirtschaft, an die Menschen im Land. Hier soll und muss auch das Land wieder mehr Verantwortung übernehmen.

Präsident Hinrich Kuessner: Erlauben Sie eine Zwischenfrage?

Steffie Schnoor, CDU: Am Ende meiner Ausführungen, ja.

Präsident Hinrich Kuessner: Gut.

Steffie Schnoor, CDU: Meine Damen und Herren, wenn ich dann sowohl heute Morgen in der Aktuellen Stunde als auch hier in der Theaterdebatte eigentlich immer nur höre, was andere Länder schlechter machen als wir, dann bin ich das langsam leid. Wir haben Standortnachteile, die wir nur damit auflösen können, indem wir in einigen Bereichen besser sind als andere, und wir sollten uns nicht an Leuten orientieren, die schlechter sind.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU – Wolfgang Riemann, CDU: Richtig.)

Und, Herr Dr. Bartels, ich freue mich sehr, dass Sie heute am Ende Ihrer Rede ausgeführt haben, dass Sie nun auch Modelle favorisieren, die wir hier bereits vor Monaten als Anträge eingebracht haben. Damals wurden sie leider abgelehnt.

(Dr. Gerhard Bartels, PDS: Sie haben von Favorisieren nicht gesprochen, Sie haben Vorschläge unterbreitet. – Zuruf von Wolfgang Riemann, CDU)

Aber ich gewinne neue Hoffnung, dass wir vielleicht doch noch irgendwann einmal auf einen richtigen Weg kommen und Anträge, die den Theatern und den theatertragenden Kommunen helfen, hier auch verabschieden können.

Meine Damen und Herren, die Diskussion dazu wird heute aber nicht abgeschlossen werden können. Aus diesem Grunde beantragt meine Fraktion die Überweisung des Antrages auf Drucksache 3/1819 federführend in den Ausschuss für Bildung, Wissenschaft und Kultur und mitberatend in den Tourismusausschuss und in den Wirtschaftsausschuss.

Ich bin jetzt gerne bereit, die Anfragen zu beantworten.

Präsident Hinrich Kuessner: So, jetzt können die Fragen gestellt werden.

Zunächst Frau Bretschneider, Sie war die Erste, bitte sehr.

Sylvia Bretschneider, SPD: Ich habe zwei Fragen an Frau Schnoor.

Die erste wäre: Frau Schnoor, können Sie mir erklären, was an Ihrer damaligen Entscheidung, die Anzahl der Orchestermitglieder zu reduzieren beziehungsweise Orchester aufzulösen, von kultureller Bedeutung war? Sie haben ja erklärt, es wären keine fiskalischen Gründe gewesen, sondern künstlerische. Was war daran künstlerisch? Das wäre die erste Frage.

Die zweite Frage: Sie haben behauptet in Ihrer Rede, dass die Entscheidungen der Theaterfusion in der Region Mecklenburg-Strelitz/Neubrandenburg zu Personalabbau mit Auswirkungen auf die Theaterqualität führen würden. Können Sie das belegen?

Steffie Schnoor, CDU: Den zweiten Punkt werden wir in der nächsten Zeit hier kritisch betrachten und immer wieder auf die Punkte hinweisen. Aber da in Neustrelitz im Mehrspartentheater kein Abspecken mehr möglich ist,

weil sonst das Theater nicht mehr existiert, wird es weitere Qualitätsverluste durch diese Fusion geben.

Zur ersten Frage. Ich erinnere mal an den Abbau der Philharmonie in Schwerin. Es war natürlich eine Entscheidung, die die Menschen betroffen hat, was nicht einfach ist, aber es war insofern eine künstlerische ...

(Angelika Gramkow, PDS: Das war eine künstlerische völlige Fehlentscheidung.)

Ich frage Sie, Frau Gramkow, wie würden Sie heute mit diesem Standort klarkommen, wenn die Philharmonie auch noch da wäre. Dann wäre inzwischen alles tot.

(Zuruf von Angelika Gramkow, PDS)

Darf ich jetzt bitte ausreden?

(Angelika Gramkow, PDS: Na wenn Sie ehrlich sind.)

Die Auflösung der Philharmonie war schon eine künstlerische Entscheidung, weil man damit Stellen aus der ursprünglichen Philharmonie für die Staatskapelle überleiten konnte, damit sicherstellen konnte, dass die Staatskapelle A-Qualität behält. Dies war ein wichtiger ...

Sylvia Bretschneider, SPD: Also doch finanziell.

(Angelika Gramkow, PDS: Sie ist überhaupt erst A geworden.)

Steffie Schnoor, CDU: Nein, das war eine künstlerische Entscheidung, weil man nämlich mit einem Orchester dann auch diese Aufgaben wahrnehmen kann,

(Siegfried Friese, SPD: Mit künstlerisch hat das überhaupt nichts zu tun. Das ist eine Verwaltungsentscheidung.)

genauso war es eine künstlerische Entscheidung Neustrelitz/Neubrandenburg-Philharmonie mit einer gemeinsamen Bespielung.

(Dr. Gerhard Bartels, PDS: Auf die Wortwahl kommt es an.)

Es ist ein Unterschied, Frau Bretschneider, ob man ausschließlich von Seiten der Kommunen eine Fusion wahrnimmt oder ob man von Seiten von Ensembles Fusionen wahrnimmt, die dazu dienen können, dass der künstlerische Wert ein größerer wird, weil man damit bessere Kapazitäten, eine bessere Auslastung und damit auch mehr Möglichkeiten hat, in Spielplan und Inszenierung eingreifen zu können.

Präsident Hinrich Kuessner: Herr Friese wollte noch eine Frage stellen. Erlauben Sie es?

Steffie Schnoor, CDU: Ja.

Präsident Hinrich Kuessner: Bitte sehr, Herr Friese.

(Wolfgang Riemann, CDU: Ja, Sie wollten ja alles besser machen.)

Siegfried Friese, SPD: Nach dem sächsischen Kulturraumgesetz ist den Kommunen von Landesseite eine feste Summe zugewiesen worden, ich weiß nicht genau, welche Summe das ist, aber eine Summe, die seit 1995 gedeckelt ist und seitdem nicht erhöht worden ist.

(Wolfgang Riemann, CDU: Aber das ist nicht durch das FAG gedeckelt.)

Würden Sie eine solche Deckelung der Landeszuweisungen ebenfalls als Kahlschlag für Sachsen bezeichnen?

(Dr. Armin Jäger, CDU: Die haben auch ein flexibles FAG.)

Steffie Schnoor, CDU: Man darf immer Äpfel und Birnen nicht so zusammenschmeißen, wie Sie es gerade tun, Herr Friese.

(Zurufe von Minister Dr. Wolfgang Methling und Angelika Gramkow, PDS)

Das Schlimme ist, dass hier die Theaterfördermittel im FAG sind, damit gedeckelt und gleichzeitig das FAG gedeckelt, dass die Kommunen beim Finanzausgleich nicht an Steuererhöhungen, wenn sie da sind, teilnehmen und hier keine Flexibilisierung stattfindet.

(Wolfgang Riemann, CDU: Sich das einklagen müssen.)

Das heißt zwei Deckel am gleichen Ort. Das ist in Sachen nicht der Fall, da ist das FAG flexibel gestaltet, dynamisiert, und dann ist es nicht so tragisch, wenn nur ein Teilbereich darin gedeckelt ist.

Aber ich nenne auch gerne das Beispiel von Schleswig-Holstein, wo Dynamisierung von drei Prozent jährlich, um die Tarifsteigerungen aufzufangen, ein fester Bestandteil ist. Es gibt viele gute Beispiele und ich würde immer vorschlagen, sich an den guten Beispielen zu orientieren,

(Wolfgang Riemann, CDU: Genau.)

dann kommen wir nach vorne.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Präsident Hinrich Kuessner: Das Wort hat der Abgeordnete Herr Körner von der SPD-Fraktion. Bitte sehr, Herr Körner.

(Wolfgang Riemann, CDU: Jetzt schwebt Herr Körner nach vorne.)

Dr. Klaus-Michael Körner, SPD: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich will noch einmal als jemand, der die kommunale Situation in Neustrelitz sehr genau kennt, Revue passieren lassen, was in den letzten zehn Jahren passiert ist:

Die Einschnitte waren von Anfang an sehr deutlich und sehr klar. Und dennoch haben wir in unserer Region ein Konzept gefunden, von dem ich meine, dass es auf Dauer tragfähig sein kann und dass es vielleicht das Beste ist, was wir gegenwärtig im Land haben. Es war 1994 das Orchester, es war dann später das Ballett in Neustrelitz, was eingespart wurde, es wird nun im Zusammenhang des neuen Vertrages auch eine klare Reduzierung des Schauspiels geben. Das Kammertheater Neustrelitz und das Schauspiel Neustrelitz werden auf absehbare Zeit natürlich ein Schauspielkörper sein. Insofern ist eine Reduzierung seit fast zehn Jahren Schritt für Schritt immer wieder umgesetzt worden.

Wenn wir gegenwärtig in Neustrelitz eine Situation haben – Neustrelitz/Neubrandenburg oder Neubrandenburg/Neustrelitz, je nachdem –, die beide Kommunen, also beide Gewährträger in diesem Fall, beide Einrichtungen, die Philharmonie und das Landestheater, zusammengebracht hat in eine Rechtsform, die, ich denke, vor drei oder vier Jahren noch undenkbar gewesen wäre, und alle Ressourcen aus der Region gebündelt hat, dann ist damit ein Punkt erreicht, über den hinaus es aus meiner Sicht keine weitere Strukturentwicklung geben kann.

Andere Theaterbereiche und -regionen in unserem Land haben diesen Schritt noch vor sich und sollten ihn, denke ich, auch gehen. Hier liegen meines Erachtens Reserven, die entwickelt werden müssen, die noch nicht ausgeschöpft sind. Und wir sehen das ähnlich – im Gutachten ist es geschrieben –, auf Dauer werden sich die vier Standorte mit der gegenwärtigen finanziellen Ausstattung nicht aufrechterhalten lassen. Diese Diskussion wird weiterhin zu führen sein und sie hat ja auch begonnen.

Was Ihren Antrag betrifft, den Antrag der CDU, so werden wir ihn ablehnen.

Frau Schnoor, ich will Sie ansprechen, Sie reden zwar gerade dahinten, aber vielleicht können Sie mir einen Augenblick Aufmerksamkeit schenken: Das künstlerische Moment in der Abwicklung des Neustrelitzer Theaters, das kann ich meines Erachtens allenfalls in dem Versuch einer künstlerischen Rechtfertigung hier und heute sehen. Sie sagen, Sie haben sich mit dem Thema Theater oft auseinander gesetzt. Das will ich Ihnen wohl abnehmen. Auseinander gesetzt – hier die CDU und da das Thema.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD)

Das war doch dünne Suppe, was Sie heute gebracht haben – keine Alternative, keine Idee, keine Vorstellung, lediglich Infragestellung des Bestehenden. Diese Suppe müssen Sie alleine auslöffeln.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD und PDS)

Mit dieser Suppe befassen wir uns im Antrag nicht. Hätten Sie ein richtiges Steak serviert, das Konturen hat, wie es denn zukünftig aussehen könnte, das hätten wir gerne in den Ausschuss gebracht.

(Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten der CDU – Lorenz Caffier, CDU: Das ist der blanke Wahnsinn.)

Aber hier ist viel zu wenig dran. Tut mir Leid, diese Auseinandersetzung wollen wir nicht unterstützen. Sie sagen, wir brauchen keine Expertise, und dann beklagen Sie, dass Sie die nicht haben. Was denn nun? Werden Sie sich klar, was Sie selber wollen! Es gab schon mal Zeiten, da konnte man sich mit Ihnen streiten. Heute ist eigentlich kaum noch Substanz da.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD – Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten der CDU – Harry Glawe, CDU: Das ist ja weltfremd.)

Wenn Sie wieder Substanz haben, dann werden wir gerne in die Auseinandersetzung einsteigen. Aber so bitte schön nicht.

Präsident Hinrich Kuessner: Herr Abgeordneter Körner, erlauben Sie eine Zwischenfrage des Abgeordneten Jäger?

Dr. Klaus-Michael Körner, SPD: Bitte sehr, Herr Jäger.

Präsident Hinrich Kuessner: Herr Jäger, Sie haben das Wort.

Dr. Armin Jäger, CDU: Herr Kollege Körner, als Sie vorhin noch zur Sache sprachen, da haben Sie Ihre Erfahrungen berichtet mit der Bildung einer GmbH, einer privatrechtlichen Rechtsform. Könnten Sie sich vorstellen, dass Sie diese, von Ihnen ja positiv dargestellte Erfahrung den ausnahmslos Ihrer Partei angehörenden Hauptver-

waltungsbeamten in den Städten Wismar und den drei Landkreisen rund um Schwerin auch so vermitteln könnten, oder eignet sich das für den Raum nicht?

Dr. Klaus-Michael Körner, SPD: Herr Jäger, Ihre Frage hat erst einmal schon zwei Denkfehler. Zum einen gibt es nicht nur eine denkbare Rechtsform für Theater.

Dr. Armin Jäger, CDU: Das ist richtig.

Dr. Klaus-Michael Körner, SPD: Insofern muss ich die Rechtsform, die wir in Neustrelitz/Neubrandenburg gefunden haben, nun nicht weitervermitteln. Da muss jeder gucken, was für seine Region das Beste ist. Das ist der erste Denkfehler.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD)

Und der zweite Denkfehler ist, dass wir in Neustrelitz/Neubrandenburg eine Entwicklung haben, die Sie noch vor sich haben. Und wenn Sie sich auf diesen Entwicklungsprozess eingelassen haben, dann können wir gerne über Ihre Erfahrung reden. Aber solange Sie sich dem verweigern, kann man gar nichts sagen.

Dr. Armin Jäger, CDU: Herr Präsident, darf ich eine Zusatzfrage stellen?

Präsident Hinrich Kuessner: Herr Körner?

Dr. Klaus-Michael Körner, SPD: Aber bitte sehr.

Dr. Armin Jäger, CDU: Danke schön, Herr Körner.

Dr. Klaus-Michael Körner, SPD: Wenn sie sachlich ist.

Dr. Armin Jäger, CDU: Herr Körner, da Sie meine erste Frage nicht beantwortet haben,

(Siegfried Friese, SPD:
Doch, er hat geantwortet!)

versuche ich es noch einmal. Wir haben in Schwerin eine GmbH gegründet aus Gründen der Flexibilität.

Präsident Hinrich Kuessner: Keine lange Erörterung, sondern eine Frage, Herr Jäger.

Dr. Armin Jäger, CDU: Ich war gerade dabei, Herr Präsident.

Präsident Hinrich Kuessner: Gut. Sehr schön.

Dr. Armin Jäger, CDU: Und meine Frage ist die: Sie haben gesagt, es ist sehr gut, wenn sich die Kommunen in einer irgendwie gearteten Rechtsform in der Trägerschaft zusammenschließen.

(Kerstin Kassner, PDS: Keine Aussage!)

Meine Frage ist ganz konkret: Könnten Sie sich vorstellen, dass Sie Ihre guten Erfahrungen dazu nutzen, die Kollegen aus Ihrer Partei zu überreden, einer solchen GmbH beizutreten?

Dr. Klaus-Michael Körner, SPD: Ich muss hier niemanden überreden, Herr Jäger. Wir haben kommunale Selbstverwaltung. Unser Modell steht. Alle, die es interessiert, können es sich angucken.

Übrigens, Frau Schnoor, Sie habe ich bei diesem gesamten Entwicklungsprozess in Neubrandenburg/Neustrelitz überhaupt nicht gesehen. Sie sind überhaupt nicht aufgetaucht, als dieser Prozess vonstatten ging, als wir diskutiert haben. Und es ist völlig falsch, was Sie gesagt haben, dass sich nur die Kommunen aus Finanzgründen bewarben. Natürlich gab es auch Finanzgründe, aber die

Intendanten, die künstlerischen Bereiche waren doch involviert in diesen Prozess. Aber Sie haben sich nicht die Bohne dafür interessiert.

Herr Jäger, ich kann Ihnen sagen, das Modell steht. Alle, die interessiert sind, können es sich anschauen, ob sie in der SPD oder in der PDS oder in der CDU sind. Wir sind da offen.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD)

Dr. Armin Jäger, CDU: Ich bedanke mich für die Nichtbeantwortung meiner Frage.

Präsident Hinrich Kuessner: Ich schließe die Aussprache.

Kann ich davon ausgehen, dass wir nach der jetzigen Aussprache die Unterrichtung durch die Landesregierung auf Drucksache 3/1564 verfahrensmäßig für erledigt erklären? – Ich sehe und höre keinen Widerspruch, dann ist das so beschlossen.

Jetzt kommt der zweite Antrag.

(Lorenz Caffier, CDU:
Es war Überweisung beantragt.)

Für den CDU-Antrag. Das war die Unterrichtung der anderen Drucksache.

Der Ältestenrat schlägt vor, den Antrag der Fraktion der CDU auf Drucksache 3/1819 zur federführenden Beratung an den Ausschuss für Bildung, Wissenschaft und Kultur und zur Mitberatung an den Innenausschuss, an den Finanzausschuss, an den Wirtschaftsausschuss sowie an den Tourismusausschuss zu überweisen. Wer stimmt für diesen Überweisungsvorschlag? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Damit ist dieser Überweisungsvorschlag mit den Stimmen der SPD- und PDS-Fraktion gegen die Stimmen der CDU-Fraktion abgelehnt.

Wir kommen damit zur Abstimmung dieses Antrages in der Sache. Wer stimmt für diesen Antrag der Fraktion der CDU auf Drucksache 3/1819? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Damit ist dieser Antrag der CDU mit den Stimmen der SPD- und PDS-Fraktion gegen die Stimmen der CDU-Fraktion abgelehnt.

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 9**: a) Beratung der Unterrichtung durch die Landesregierung – Fortschreibung des Landesaltenplanes, auf Drucksache 3/1713, hierzu Antrag der Fraktionen der SPD und PDS auf Drucksache 3/1851 und Antrag der Fraktion der CDU auf Drucksache 3/1854, in Verbindung mit b) Beratung der Unterrichtung durch die Landesregierung – Bericht zur Sucht- und Drogenprävention sowie Bekämpfung der Drogenkriminalität, auf Drucksache 3/1715, hierzu Antrag der Fraktionen der SPD und PDS auf Drucksache 3/1852 und Antrag der Fraktion der CDU auf Drucksache 3/1855, in Verbindung mit c) Beratung der Unterrichtung durch die Landesregierung – Gestaltung Strafvollzug, auf Drucksache 3/1804, hierzu Antrag der Fraktionen der SPD und PDS auf Drucksache 3/1853 und Antrag der Fraktion der CDU auf Drucksache 3/1856.

**Unterrichtung durch die Landesregierung:
Fortschreibung des Landesaltenplanes
– Drucksache 3/1713 –**

**Antrag der Fraktionen der SPD und PDS
– Drucksache 3/1851 –**

Antrag der Fraktion der CDU
– Drucksache 3/1854 –

Unterrichtung durch die Landesregierung:
Bericht zur Sucht- und Drogenprävention
sowie Bekämpfung der Drogenkriminalität
– Drucksache 3/1715 –

Antrag der Fraktionen der SPD und PDS
– Drucksache 3/1852 –

Antrag der Fraktion der CDU
– Drucksache 3/1855 –

Unterrichtung durch die Landesregierung:
Gestaltung Strafvollzug
– Drucksache 3/1804 –

Antrag der Fraktionen der SPD und PDS
– Drucksache 3/1853 –

Antrag der Fraktion der CDU
– Drucksache 3/1856 –

Im Ältestenrat wurde eine verbundene Aussprache mit einer Dauer von 30 Minuten vereinbart. Ich sehe und höre keinen Widerspruch, dann ist das so beschlossen.

Ich eröffne die Aussprache.

Das Wort hat der Abgeordnete Herr Dankert von der SPD-Fraktion. Bitte sehr, Herr Dankert.

Reinhard Dankert, SPD: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Was die CDU-Fraktion mit dieser Debatte zu den Anträgen auf Fristverlängerung bewirken will, bleibt meines Erachtens ein Geheimnis der CDU.

(Harry Glawe, CDU: Was?)

Aber wir werden es ja gleich selber merken, was die CDU beabsichtigt. Die hier von der CDU-Fraktion vorgelegten Entschließungsanträge machen sehr deutlich, dass es bei der CDU-Fraktion nicht auf eine konstruktive Oppositionspolitik ankommt, sondern auf Verfahrens- und Geschäftsordnungsdebatten, die nur ein einziges Ziel verfolgen,

(Minister Dr. Gottfried Timm:
Ja, Trickserei ist das.)

Sand ins Getriebe zu streuen, obwohl die Formulierungen wohl gesetzt und vornehm abgefasst sind. Ich erinnere hier an die 19 Kleinen Anfragen des Abgeordneten Riemann

(Heinz Müller, SPD: Die kommen noch.)

und an den heutigen Dringlichkeitsantrag. Man könnte alles für „verkappte“ Große Anfragen halten. So halten Sie es mit der Geschäftsordnung. Für eine solche Form der Oppositionspolitik haben die Menschen in diesem Lande wohl wenig Verständnis.

(Zuruf von Götz Kreuzer, PDS)

Wir sollen die Diskussion zu diesem Tagesordnungspunkt politisch kurz halten, auch wenn man trefflich über Geschäftsordnungsfragen diskutieren könnte. Es gab da ja schon mehrere Begehrlichkeiten. Ich schließe meinen Beitrag mit der Bitte, die Entschlüsse der CDU-Fraktion abzulehnen und den Entschlüssen der Koalitionsfraktionen Ihre Zustimmung zu geben. – Ich bedanke mich.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und PDS)

Präsident Hinrich Kuessner: Das Wort hat der Abgeordnete Caffier von der CDU-Fraktion. Bitte sehr.

(Siegfried Friese, SPD: Er reicht jetzt 27 Kleine Anfragen ein.)

Lorenz Caffier, CDU: Herr Präsident! Meine Damen und Herren Abgeordnete!

Sehr geschätzter Herr Kollege Dankert, es ist schon eine Frage über das Selbstverständnis der Abgeordneten untereinander, wie die Regierung mit Berichtsanträgen uns gegenüber als Abgeordneten umgeht, und insofern ist es schon sehr sinnvoll, sich über diese Problematik in Gänze zu unterhalten.

Die Frage der Qualität der Regierungsarbeit ist selbstverständlich auch in Mecklenburg-Vorpommern zwischen Regierungs- und Oppositionsfraktionen heftig umstritten und wir konnten ja gerade von dünner Suppe und saftigen Steaks et cetera hören. So war zu vernehmen, wie sich das in diesem Land entwickelt.

(Zuruf von Andreas Bluhm, PDS)

Der objektive Beobachter sollte jedoch sehen, dass diese Landesregierung im Lande derzeit positiv wie negativ nichts bewegt. Doch auch hinsichtlich der Frage der Quantität der Regierungsarbeit sind SPD und PDS einsame Spitze. Seit Wochen und Monaten, ja eigentlich seit Regierungsbeginn haben SPD und PDS Vorlagen von Format bislang noch nicht in dem Maße zustande gebracht, wie ich das erwartet hatte.

(Kerstin Kassner, PDS: Das ist die Opposition.)

Ein Blick auf die heutige Tagesordnung zeigt dies erneut. Prima Klima, gute Stimmung zwischen den Regierungsparteien wird hier als Regierungsphilosophie durchgetragen bis zum bitteren Ende.

Uns überrascht denn auch nicht, dass bis zur 45. Sitzung des Landtages – an dieser Stelle bin ich dann müde geworden, es abzuzählen – von 72 Anträgen der Regierungsfaktionen innerhalb dieser Legislaturperiode sage und schreibe 34 Anträge Berichtsanträge waren. Dazu kann ich nur sagen: Herzlichen Glückwunsch! Die Regierungsfaktionen dieses Landes dürften oder müssten zu den bestinformiertesten Fraktionen der Parlamentsgeschichte gehören.

(Minister Dr. Gottfried Timm: So ist es auch. – Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten der SPD)

Aber halt! Die Berichte sind zwar gefordert, aber wo sind sie denn?!

(Heiterkeit bei Eckhardt Rehberg, CDU)

Vielfach nicht auf dem Tisch des Hauses, denn gerade in letzter Zeit werden wir bombardiert von Erklärungen, warum gerade dieser oder gerade jener Bericht leider doch noch nicht vorgelegt werden kann. Dabei ist durchaus eine Lieblingserklärung diejenige, dass Gutachten, die zur Berichterstattung notwendig seien, noch nicht vorliegen. Und Gutachten, das hat soeben die Antwort auf eine Kleine Anfrage des Kollegen Riemann ergeben,

(Volker Schlotmann, SPD: Welche von den 99?)

gibt es reichlich.

(Reinhard Dankert, SPD:
Eine Antwort wissen wir ja schon.)

So sind allein in der Zeit vom 1. April 2000 bis zum 30. September 2000 sage und schreibe 148 Gutachten und Studien im Wert von knapp 6 Millionen DM in Auftrag gegeben worden.

(Harry Glawe, CDU: Toll!)

Schön beispielsweise, dass ein Gutachten notwendig war: „Erarbeitung von Verfahrenshinweisen zur Durchführung einer Verträglichkeitsprüfung gemäß Richtlinie 92/43/EWG des Rates zur Erhaltung der natürlichen Lebensräume“

(Minister Dr. Wolfgang Methling: FFH.)

„sowie der wild lebenden Tiere und Pflanzen und Paragraph 19 c Bundesnaturschutzgesetz“. Herzlichen Glückwunsch! Das Gutachten liegt seit einem Jahr vor. Es dient der „verwaltungsinternen Entscheidungsfindung. Das Gutachten dient der Erarbeitung eines Erlasses des Umweltministers.“ Das Gutachten ist da, 60.000 DM sind ausgegeben, was noch immer fehlt, ist schlicht und einfach der Erlass, der ja so unglaublich wichtig ist.

(Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Das wissen wir aus der langen und intensiven Diskussion, die hier im Parlament um die FFH-Richtlinie geführt wurde im vergangenen Jahr bis in dieses Jahr hinein.

Meine Damen und Herren, hierin steckt doch System: Diese Landesregierung erklärt ein Thema zum wichtigsten der Welt. Sie kündigt Handlungen an, damit dieses Thema zum Wohle des Landes geklärt wird. Dann weiß sie nicht, wie es geht, dann kündigt sie ein Gutachten an. Dieses Gutachten soll der unglaublich demokratischen und unglaublich weit verzweigten Diskussion gelten. Diese Diskussion wird dann, siehe Umweltausschuss vor 14 Tagen, als vertraulich deklariert.

(Wolfgang Riemann, CDU: Na toll!)

Die verschiedenen Ressorts kommen hin und her und nicht zu Potte. Und schließlich soll das Thema im Sande verlaufen,

(Peter Ritter, PDS: Das war eine sehr interessante Diskussion. – Zuruf von Reinhard Dankert, SPD)

damit bloß nicht das Prima-Klima in dieser Koalition gefährdet wird. Im Ergebnis ist das Geld weg, die Regierung zeigt Aktionismus, aber keine Aktionen, und die Menschen im Land schauen in die Röhre.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Das gleiche Spiel passiert hier mit SPD und PDS im Landtag. Da wird ein Problem an die Wand gemalt, das es zu klären gilt.

(Heiterkeit bei Monty Schädel, PDS – Barbara Borchardt, PDS: Wir beschmieren keine Wände.)

Doch können SPD und PDS sich nicht auf eine gemeinsame Aussage einigen. Ich kann Ihnen das nachvollziehen, ich habe selbst auch schon mal in zwei Koalitionen mitgearbeitet.

(Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten der PDS)

Das ist schwer. Aber weil es für Sie zu schwer ist, Sie sich einer gewissen Peinlichkeit jedoch nicht aussetzen wollen, weil das Thema überhaupt nicht diskutiert wird,

(Wolfgang Riemann, CDU: Weil sie nicht zu Lösungen kommen wollen.)

einigen Sie sich zumindest auf einen Bericht. Und dann passiert das, was ich mittlerweile als skandalös empfinde: Der Bericht kommt nicht oder er kommt verspätet, wenn alles vorbei ist.

Da ist zum Beispiel das Rüschemann-Gutachten, das derzeit diskutiert wird, über die Situation der Krankenhäuser.

(Harry Glawe, CDU: Ja.)

Dies war eigentlich geplant als Grundlage für den Krankenhausplan. Jetzt ist der Krankenhausplan verabschiedet und das Rüschemann-Gutachten kommt hinterher. Was sind denn das für Mechanismen, meine Damen und Herren Kollegen Abgeordnete?!

(Unruhe bei den Abgeordneten – Andreas Bluhm, PDS: Da bringen Sie aber was durcheinander.)

Exemplarisch ...

(Unruhe bei den Abgeordneten – Harry Glawe, CDU: Das kommt nur ein Jahr zu spät.)

Exemplarisch haben wir ...

(Unruhe bei den Abgeordneten – Zuruf von Wolfgang Riemann, CDU – Barbara Borchardt, PDS: Nun lasst ihn doch mal reden! – Harry Glawe, CDU: Jetzt kann es doch erst mal zwei Jahre abgebunkert werden bis ins Jahr 2003. – Glocke des Präsidenten – Harry Glawe, CDU: Das hat Frau Bunge alles im Schreibtisch.)

Präsident Hinrich Kuessner: Lassen Sie den Redner reden!

Lorenz Caffier, CDU: Exemplarisch haben wir einfach mal in dieses Nest hineingegriffen und die Unterrichtungen der Landesregierung zu drei von SPD und PDS beantragten und hier vom Haus einmütig geforderten Berichten gegriffen:

Bericht zur Sucht- und Drogenprävention sowie Bekämpfung der Drogenkriminalität. Am 25. Mai hat dieser Landtag bei Enthaltung der Stimmen der Union einen Bericht zur Konzeption der Landesregierung über Maßnahmen zur Sucht- und Drogenprävention sowie zur Bekämpfung der Drogenkriminalität verlangt. Also es wurde noch nicht einmal das Konzept als solches erwartet, sondern nur ein Bericht zum Konzept. Kollegin Seemann begründete die Notwendigkeit des Berichtes in drastischen Worten: „In besorgniserregendem Maß nimmt die Sucht- und Drogenproblematik in Deutschland insgesamt und auch in Mecklenburg-Vorpommern zu und führt zu schweren individuellen und gesamtgesellschaftlichen Schäden.“ Hier herrscht also Handlungsbedarf. Und was macht die Landesregierung? Sie schreibt mit Datum vom 12.12.2000: „Der Bericht befindet sich gegenwärtig in der Ressortabstimmung.“ Frage: Was macht die Regierung überhaupt?

(Barbara Borchardt, PDS, und Peter Ritter, PDS: Ressortabstimmungen.)

Ich hätte eigentlich erwartet, dass sie in der Mitte der Legislaturperiode in der Lage wäre, eine Konzeption

umzusetzen. Jetzt braucht sie drei Monate, um einen Bericht darüber zu schreiben, wie die Konzeption aussehen soll. Ein Skandal sondergleichen!

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU – Wolfgang Riemann, CDU: Richtig.)

Im Herbst und Winter 1999 hatten wir alle gemeinsam guten Grund, über die Gestaltung des Strafvollzugs zu diskutieren. Wir haben verschiedene Gesetzentwürfe hier vorgelegt. Kollege Schoenburg begründete die Notwendigkeit einer Hoffnung.

(Barbara Borchardt, PDS: Der ist nicht da.)

Zitat: „Wir hoffen, daß die Landesregierung mit dem auszuarbeitenden Konzept für den Strafvollzug den programmatischen Gedanken des Ministerpräsidenten aus seiner Regierungserklärung vom 2. Dezember 1998 folgt. Ich zitiere: ‚In unseren Justizvollzugsanstalten wollen wir einen menschenwürdigen, vor allem aber auch sicheren Strafvollzug.‘ Das sollte die Richtung sein, in die das Konzept geht.“ Also sollte dieser Bericht bis zum 31.12.2000 vorgelegt werden. Mittlerweile haben wir das Psychischkrankengesetz geändert. Mittlerweile haben wir eine Situation, in der das Justizministerium Aufgaben vom Sozialministerium übernommen hat. Ich hatte tatsächlich gedacht, dass Teil des Konzeptes der Landesregierung die Übernahme des Maßregelvollzugs aus dem Sozialministerium in das Justizministerium ist.

(Harry Glawe, CDU: Irrtum. – Zuruf von Andreas Bluhm, PDS)

Das heißt, dass es doch möglich gewesen wäre, darüber hier in diesem Landtag zu berichten. Jetzt lese ich in der Unterrichtung der Landesregierung zu diesem Bericht, dass es nicht so ist, dass diese Kabinettsverlagerung Teil des Konzepts ist, sondern dass diese Verlagerung dazu führt, dass kein Konzept erarbeitet werden kann. Zitat aus der Unterrichtung: „Grund für die Verzögerung ist die kurzfristige Übernahme des Maßregelvollzugs durch das Justizministerium und der damit verbundenen außerordentlichen Beanspruchung der auch für diesen Bericht zuständigen Abteilungen.“ Anstatt sich also um den Strafvollzug zu kümmern, kümmern sich die Abteilungen um den Umzug.

Höhepunkt allerdings ist die Fortschreibung des Landesaltenplanes. Die Rentendiskussion ist in aller Munde, die demographische Entwicklung ist in aller Munde. Wir sind eine Gesellschaft, in der der Lebensbaum auf den Kopf gestellt ist. Der Landtagspräsident hat sich entschlossen, deshalb ein Alten- und Seniorenparlament einzurichten. Einstimmig wurde beschlossen, „den Landesaltenplan fortzuschreiben und konkrete Schlussfolgerungen für die zukünftige Seniorenpolitik abzuleiten“. Die Fortschreibung sollte im zweiten Halbjahr 2000 vorgelegt werden. Dieser Beschluss erfolgte am 16. September 1999. Es waren also sage und schreibe 15 Monate Zeit, den Bericht vorzulegen. Stattdessen schreibt am 12. Dezember 2000 die Landesregierung, sie brauche noch Zeit bis zum vierten Quartal 2001. Das ist sage und schreibe eine Verlängerung um ein ganzes Jahr.

(Zurufe von Harry Glawe, CDU, und Reinhardt Thomas, CDU)

Begründet wird dies damit, dass das Landesaltenparlament einbezogen werden soll. Frau Sozialministerin, der Landtagspräsident ist gerade dabei, das zweite Landesaltenparlament einzurichten.

(Wolfgang Riemann, CDU: Na toll! – Zuruf von Reinhardt Thomas, CDU)

Das erste Landesaltenparlament hat seine Forderungen auf den Tisch gelegt. Da ist die Arbeit längst beendet. Mit welchem Landesaltenparlament wollen Sie sich abstimmen? Mit dem vierten, dem fünften oder dem sechsten?

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU – Wolfgang Riemann, CDU: Richtig.)

Die Forderungen sind da. Die Forderungen sind da und Sie müssen sich positionieren. Was Sie tun, ist verzögern und vertagen. Wer bis zum 31. Dezember 2001 erst den Bericht vorlegen will,

(Sylvia Bretschneider, SPD: Wo waren denn Ihre Vertreter, als die getagt haben?)

der kann ihn doch gar nicht mehr umsetzen. Im Herbst 2002 werden wir wählen.

Meine Damen und Herren, ich könnte dieses fortsetzen. Ich bitte nur alle Abgeordneten dieses Landtages, mal über das Selbstverständlichste des Parlamentes gegenüber der Landesregierung,

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

und die Landesregierung darum, über das Selbstverständnis der Landesregierung gegenüber dem Parlament nachzudenken. – Ich danke Ihnen für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Reinhardt Thomas, CDU: Da oben sitzt das Altenparlament.)

Präsident Hinrich Kuessner: Das Wort hat die Abgeordnete Frau Schulz von der PDS-Fraktion. Bitte sehr, Frau Schulz.

(Wolfgang Riemann, CDU: Alles wird gut.)

Gabriele Schulz, PDS: Meine Damen und Herren!

Herr Caffier, ich bin beeindruckt von Ihrer Wahlkampfede, aber ich kann Sie nur noch mal zitieren: Was den Inhalt Ihrer Anträge betrifft, war das eher „dünne Suppe“. Was das Letztere betrifft, waren es „saftige Steaks“ gegen die Regierung und die Arbeit dieser Koalition.

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich will mich etwas länger als Kollege Dankert doch noch mal zumindest auf einen Ihrer Anträge, meine Damen und Herren von der CDU, ganz ausdrücklich beziehen, nämlich auf den mit der Drucksachenummer 3/1856, der die Gestaltung Strafvollzug betrifft. Dieser scheint mir aber genauso wenig sinnhaft, wie Herr Dankert das hier schon deutlich gesagt hat.

(Vizepräsidentin Renate Holznagel übernimmt den Vorsitz.)

Nehmen wir uns den Antrag noch mal vor. Ich verweise auf die Punkte 1 und 2 des genannten Antrags. Ich denke, sie berühren eine Grundproblematik unseres parlamentarischen Systems, nämlich das Informationsrecht des Landtages beziehungsweise die Informationspflicht der Landesregierung und das hierbei bestehende Spannungsfeld zwischen Regierung und Parlament. Da diese Berichts- und Informationspflicht der Regierung gerade auch für eine qualifizierte Aufgabenerfüllung durch Sie, meine Damen und Herren auf den Oppositionsbänken,

bedeutsam ist, werde ich hierauf noch einmal zurückkommen, denn keine Opposition ist so gut, dass man sie nicht noch verbessern könnte. Aber dabei müssen wir Ihnen offensichtlich helfen.

(Harry Glawe, CDU: Sehr schön.)

Was allerdings die Punkte 3 und 4 Ihres Antrages betrifft, so kann ich Ihnen bescheinigen, meine Damen und Herren von der CDU-Fraktion, damit haben Sie sich und den gesamten Antrag auf dem Weg in die geistige Wagenburg wieder ein gutes Stück vorangebracht oder eingegelt, so könnte man auch sagen. Oder anders ausgedrückt, durch die Punkte 3 und 4 wird Ihr gesamter Antrag so sinnvoll wie Radarkontrollen in einer Fußgängerzone.

(Lorenz Caffier, CDU:
Für Skater sind die wichtig.)

Worum geht es im Einzelnen? Dazu drei Anmerkungen:

Erstens. Das Problem, das angesprochen wird, das ist wichtig.

(Reinhardt Thomas, CDU: Videoüberwachung in Neubrandenburg, von der PDS bestätigt.)

Es berührt den Grundsatz ...

Hören Sie zu, Herr Thomas! Ich bin schon weiter, ich bin nicht mehr bei den Radarkontrollen.

(Harry Glawe, CDU: In Hagenow, Videoüberwachung in Hagenow!)

Also noch mal: Das Problem, das angesprochen wird, ist wichtig. Es berührt den Grundsatz der Gewaltenteilung und des qualifizierten Zusammenwirkens von Regierung und Landtag. Und hierbei steht es uns als Landtagsabgeordneten durchaus zu, meine Damen und Herren Minister, zu versuchen, das Ideal wieder ein bisschen stärker in die Wirklichkeit zu rücken.

(Beifall Lorenz Caffier, CDU)

Hierfür allerdings ist der Antrag der CDU – und hören Sie jetzt weiter zu, Herr Caffier – wenig hilfreich.

(Wolfgang Riemann, CDU:
Siehste! Weil ja alles gut wird.)

Im Gegenteil, dieser Antrag soll nicht nur das Wirken der Landesregierung diskreditieren,

(Zuruf von Harry Glawe, CDU)

sondern ganz offensichtlich auch die inhaltliche Arbeit dieses Hohen Hauses.

Zweitens. Es muss in aller Deutlichkeit bezweifelt werden, dass Sie, meine werten Kollegen von der CDU-Fraktion, mit Ihrem Antrag inhaltlich irgendein berechtigtes Anliegen als Landtagsopposition verfolgen. Werfen wir einen Blick in die Landesverfassung. Der Unterrichtszeitpunkt der Landesregierung ist eben nicht ohne Grund in der Landesverfassung verfassungsrechtlich nicht exakt fixiert. Nötigenfalls muss dies auf politischer Ebene, eben auf der Ebene zwischen Landtag und Landesregierung ausgefochten werden. Da Sie aber, meine Herren und Damen von der CDU, nicht mal im Ansatz den Versuch einer politischen Verständigung im dafür zuständigen Gremium unternommen haben –

(Harry Glawe, CDU: Auweia! Das glauben Sie doch selbst nicht. Das glaubt Ihnen doch keiner.)

das ist nämlich der Ältestenrat und dazu hätten Sie ja immer Gelegenheit gehabt, Herr Caffier –,

(Wolfgang Riemann, CDU: Das stimmt so nicht! Das stimmt so nicht!)

verstoßen Sie mit Ihrem vorliegenden Antrag letztlich ...

(Wolfgang Riemann, CDU: Und das wissen Sie genau, dass Sie hier die Unwahrheit erzählen.)

Bleiben Sie ruhig, Herr Riemann!

(Lorenz Caffier, CDU: Da hat man Ihnen was Falsches aufgeschrieben.)

... gegen das an alle Verfassungsorgane gerichtete Gebot der gegenseitigen Rücksichtnahme.

Und drittens, meine Damen und Herren, durch diese Art von Anträgen laufen wir Gefahr, dass die Glaubwürdigkeit des parlamentarischen Systems insgesamt in Mitleidenschaft gezogen wird. Die Tür zur Schwatzbude hin wäre ein gutes Stück weit aufgestoßen.

Und, verehrte Kollegen von der Opposition, in Ihrem Antrag Punkt 4 wollen Sie irgendetwas ablehnen. Doch was konkret? Die Begründung der Landesregierung für eine Fristverlängerung? Oder diese Fristverlängerung selbst? Das ist eben schwerlich zu entnehmen.

(Harry Glawe, CDU: Dann müssen Sie noch mal lesen.)

Aber auch eine Landtagsopposition kann aus der Pflicht zur Klarheit und Zielgenauigkeit bei der Antragsformulierung nicht entlassen werden. Die Konsequenz Ihres Antrages, nämlich eine sofortige Berichtsanhörung, wäre allerdings letztlich eine Beeinträchtigung der Kontrollfunktion unseres Landtages.

(Heiterkeit bei Harry Glawe, CDU –
Wolfgang Riemann, CDU: Ach!)

Und genau das dürfen wir Ihnen aus verfassungsrechtlicher Sicht nicht erlauben, auch im Interesse der Opposition selbst.

(Heiterkeit bei Harry Glawe, CDU)

Ihr Antrag hätte nämlich zur Folge, das Parlament mit lediglich quantitativ angereicherten und nicht qualitativ aufbereiteten Informationen zu überfüttern.

(Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten der CDU – Harry Glawe, CDU: Hör auf! –
Eckhardt Rehberg, CDU: Das tut wirklich weh.)

Die Kontrollfunktion des Landtages würde so zur Farce.

(Harry Glawe, CDU: Jaja. –
Eckhardt Rehberg, CDU: Untätigkeit wird hier noch unterstützt.)

Und in diesem Zusammenhang, meine Damen und Herren von der CDU-Fraktion, eine abschließende kritische Anmerkung zum Frage- und Auskunftsrecht: Ich will ein anderes Beispiel als mein Kollege Herr Dankert benennen, und zwar eben auch zum Frage- und Auskunftsrecht der Abgeordneten, als Konkretisierung des hier zu behandelnden Informations- und Kontrollrechtes des Landtages gegenüber der Landesregierung. Parlamentsarbeit soll ja bekanntlich auch ein bisschen Spaß bereiten und nicht nur bierernst verlaufen.

(Dr. Ulrich Born, CDU: Was? –
Harry Glawe, CDU: Prost!)

Wird die Landesregierung dann aber um Auskunft darüber gebeten – Herr Abgeordneter Born,

(Dr. Ulrich Born, CDU: Ja.)

ja, da sind Sie –, ob die Landung von Bergenten durch die Entfernung von Schwimmstegen erleichtert würde, und die Landesregierung sich daraufhin nicht vorstellen konnte, dass die Schwimmstege von der Bergente als Landefläche genutzt würden, wie ja mit der Drucksache 3/1485 vom September 2000 nachvollzogen werden kann, ich denke, dann, meine Damen und Herren, dient das Anfragerecht wohl kaum zur ordnungsgemäßen Wahrnehmung verfassungsrechtlicher Aufgaben der Abgeordneten, sondern letztlich der Beeinträchtigung der Funktionsfähigkeit der Landesregierung.

(Der Abgeordnete Dr. Ulrich Born meldet sich für eine Anfrage.)

Und damit hört der Spaß dann eben auf und wir wären wieder bei Ihrem Antrag, meine Damen und Herren von der CDU, den wir wie die beiden anderen Drucksachen 3/1854 und 3/1855 ablehnen.

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Frau Abgeordnete, gestatten Sie ...

Gabriele Schulz, PDS: Herr Dr. Born hat eine Nachfrage, aber ich glaube, ich kann auf die Nachfrage verzichten.

(Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten der CDU – Dr. Ulrich Born, CDU: Das glaube ich Ihnen gern.)

Ich möchte nicht antworten. Ich denke, wir sollten alle noch mal in die Landesverfassung und den Kommentar schauen. Dort können Sie auch die Antwort auf Ihre Fragen finden.

(Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten der CDU – Beifall bei einzelnen Abgeordneten der PDS – Zuruf von Dr. Ulrich Born, CDU)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Danke schön, Frau Schulz.

Ich schließe die Aussprache.

Wir kommen nun zur Abstimmung.

Zuerst zum Tagesordnungspunkt 9 a) – Fortschreibung des Landesaltenplanes.

Ich lasse zunächst über den Antrag der Fraktion der CDU auf Drucksache 3/1854 abstimmen. Wer dem zustimmen wünscht, den bitte ich um ein Handzeichen. – Danke. Gegenprobe. – Danke. Enthaltungen? – Damit ist der Antrag der Fraktion der CDU auf Drucksache 3/1854 mit den Stimmen der Fraktion der SPD und der Fraktion der PDS gegen die Stimmen der Fraktion der CDU abgelehnt.

Ich lasse nun über den Antrag der Fraktionen der SPD und PDS auf Drucksache 3/1851 abstimmen. Wer dem zustimmen wünscht, den bitte ich um das Handzeichen. – Danke. Gegenprobe. – Danke. Enthaltungen? – Damit ist der Antrag der Fraktionen der SPD und PDS auf Drucksache 3/1851 mit den Stimmen der Fraktion der SPD und der Fraktion der PDS gegen die Stimmen der Fraktion der CDU angenommen, das heißt, der Verlängerung des Vorlagetermins entsprechend Drucksache 3/1713 wird zugestimmt und die Unterrichtung ist im Übrigen verfahrensmäßig erledigt.

Zum Tagesordnungspunkt 9 b) – Bericht zur Sucht- und Drogenprävention sowie Bekämpfung der Drogenkriminalität.

Ich lasse zunächst über den Antrag der Fraktion der CDU auf Drucksache 3/1855 abstimmen. Wer dem zustimmen wünscht, den bitte ich um ein Handzeichen. – Danke. Gegenprobe. – Danke. Stimmenthaltungen? – Damit ist der Antrag der Fraktion der CDU auf Drucksache 3/1855 mit den Stimmen der Fraktion der SPD und der Fraktion der PDS gegen die Stimmen der Fraktion der CDU abgelehnt.

Wir kommen nun zur Abstimmung über den Antrag der Fraktionen der SPD und PDS auf Drucksache 3/1852. Wer dem zustimmen wünscht, den bitte ich um das Handzeichen. – Danke. Gegenprobe. – Danke. Stimmenthaltungen? – Damit ist der Antrag der Fraktionen der SPD und PDS auf Drucksache 3/1852 mit den Stimmen der Fraktion der SPD und der Fraktion der PDS bei Gegenstimmen der Fraktion der CDU angenommen, das heißt, der Verlängerung des Vorlagetermins entsprechend Drucksache 3/1715 wird zugestimmt und die Unterrichtung ist im Übrigen verfahrensmäßig erledigt.

Zum Tagesordnungspunkt 9 c) – Gestaltung Strafvollzug.

Ich lasse zunächst über den Antrag der Fraktion der CDU auf Drucksache 3/1856 abstimmen. Wer dem zustimmen wünscht, den bitte ich um das Handzeichen. – Danke. Gegenprobe. – Danke. Stimmenthaltungen? – Damit ist der Antrag der Fraktion der CDU auf Drucksache 3/1856 bei Zustimmung der Fraktion der CDU und Gegenstimmen der Fraktion der SPD und der Fraktion der PDS abgelehnt.

Ich lasse jetzt über den Antrag der Fraktionen der SPD und PDS auf Drucksache 3/1853 abstimmen. Wer dem zustimmen wünscht, den bitte ich um ein Handzeichen. – Danke. Gegenprobe. – Danke. Stimmenthaltungen? – Damit ist der Antrag der Fraktionen der SPD und PDS auf Drucksache 3/1853 mit den Stimmen der Fraktion der SPD und der Fraktion der PDS bei Gegenstimmen der Fraktion der CDU angenommen, das heißt, der Verlängerung des Vorlagetermins entsprechend Drucksache 3/1804 wird zugestimmt und die Unterrichtung ist im Übrigen verfahrensmäßig erledigt.

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 10:** Beratung des Antrages der Landesregierung – Zustimmung des Landtages zum Verwaltungsabkommen zwischen den Ländern Berlin, Brandenburg und Mecklenburg-Vorpommern über den Betrieb des Archivs der Kunstsammlungen von Parteien und Massenorganisationen und Staatsorganen der DDR durch das Land Brandenburg, Drucksache 3/1744.

**Antrag der Landesregierung:
Zustimmung des Landtages zum Verwaltungsabkommen zwischen den Ländern Berlin, Brandenburg und Mecklenburg-Vorpommern über den Betrieb des Archivs der Kunstsammlungen von Parteien und Massenorganisationen und Staatsorganen der DDR durch das Land Brandenburg (Verwaltungsabkommen Kunstarchiv) – Drucksache 3/1744 –**

Das Wort zur Begründung hat der Minister für Bildung, Wissenschaft und Kultur Herr Professor Kauffold. Bitte, Herr Minister.

Minister Dr. Peter Kauffold: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Im Schloss Beeskow in Brandenburg befindet sich das Archiv der Kunstsammlungen der Parteien, Massenorganisationen und Staatsorgane der DDR, das von den Ländern Brandenburg, Berlin und Mecklenburg-Vorpommern gespeist wird. Das Archiv ist kulturell, ist zeitgeschichtlich, ist kulturgeschichtlich außerordentlich wertvoll. Insgesamt befinden sich dort 16.059 Kunstwerke. Davon gehören Mecklenburg-Vorpommern 1.562. Bisher bestand ein Verwaltungsabkommen, das von dem Beherbergungskreis, dem Landkreis Oder-Spree, gekündigt wurde. Es wurde ein neuer Träger gesucht. Der neue Träger ist das Dokumentationszentrum Alltagskultur der DDR e. V. in Eisenhüttenstadt.

Notwendig wurde ein neues Verwaltungsabkommen, das jetzt vorliegt und das gegenüber dem alten Vorteile aufweist. Es entstehen Mecklenburg-Vorpommern keine Verwaltungs- und Betriebskosten. Wir tragen lediglich dafür Sorge, wenn Restaurierungen, neue Rahmungen, Sockelbefestigungen oder andere Ausgaben für den eigenen Kunstbestand anfallen. Das ist Punkt 1. Punkt 2: Mecklenburg-Vorpommern erhält entgegen dem früheren Abkommen ein gleichberechtigtes Mitspracherecht in einem Kuratorium. Der nächste Punkt: Das Verwaltungsabkommen sichert den sachgerechten Umgang, die wissenschaftliche Forschung am Bestand und eine zweckdienliche Öffentlichkeitsarbeit durch den neuen Betreiber. Und schließlich ist der Zugang zu den Kunstwerken durch die beteiligten Länder gegeben. Das sind also Vorteile gegenüber dem alten Abkommen.

Die Landesregierung ist sehr interessiert an der Aufrechterhaltung dieses Bestandes in Beeskow. Es liegt also auf der Drucksache 3/1744 der Antrag vor, diesem Verwaltungsabkommen, das in der Anlage der Drucksache beigefügt ist, zuzustimmen. Ich bitte Sie freundlich um Ihre Zustimmung. – Danke.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD und PDS)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Danke schön, Herr Minister.

Im Ältestenrat wurde eine Aussprache mit einer Dauer von 30 Minuten vereinbart. Ich sehe und höre keinen Widerspruch, dann ist es so beschlossen.

Ich eröffne die Aussprache.

Das Wort hat die Abgeordnete Frau Schnoor von der Fraktion der CDU.

Steffie Schnoor, CDU: Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir haben bei dem vorliegenden Antrag der Landesregierung eigentlich nur über eine Formalie abzustimmen. Da Brandenburg und Berlin als die anderen Vertragspartner dem Verwaltungsabkommen bereits zugestimmt haben, ist also die Zustimmung des hiesigen Landtags eine reine Formsache. Aber einige Worte sollten dennoch gesagt werden, damit dieser Verwaltungsakt eine Würdigung erfährt, denn es geht um das kulturelle Erbe des Landes Mecklenburg-Vorpommern aus 40 Jahren DDR-Zeit.

(Dr. Gerhard Bartels, PDS:
Um einen Teil nur, Frau Kollegin.)

Auch wenn ich einige Schwierigkeiten mit dem Begriff „kulturelles Erbe“ in Bezug auf einen Teil der in Beeskow archivierten Kunstgegenstände habe, so gehören sie

doch zur Geschichte unseres Landes und zeigen auch, wie Kunst und Kultur im Sinne der damaligen Staatsmacht instrumentalisiert wurden. Dies ist ein Aspekt, der vor allem im Kunst- und Geschichtsunterricht der Schulen viel stärker behandelt werden müsste. Anhand dieser greifbaren Hinterlassenschaft wird deutlich gemacht, wie stark die kommunistische Ideologie alle Lebensbereiche durchdrungen hat und Mittel zum Zweck war. Deutlich wird, wie wichtig freiheitliche Kunst und Kultur für ein demokratisches Gemeinwesen sind.

Mit der Unterbringung dieser Kunstgegenstände in Beeskow haben die Länder Berlin, Brandenburg und Mecklenburg-Vorpommern einen Weg gefunden, dieses Kunstgut gesammelt unterzubringen. Oftmals ist der regionale Bezug nicht erkennbar und die Sammlungen entfalten in ihrer komplexen und ganzheitlichen Darstellung ihre manchmal auch bedrückende Wirksamkeit.

Schon 1996 haben wir darauf hingewiesen, dass die in Brandenburg gesammelten Kunstgegenstände nicht verbracht wurden, sondern dass die zentrale Erfassung von Kunstwerken aus der ehemaligen DDR im eben genannten Sinne sinnvoll war und die betroffenen Kunstwerke weiterhin der Öffentlichkeit zugänglich sind.

Meine Damen und Herren, die ersten Jahre des Archivs waren nicht frei von Problemen. Lange Zeit mussten die Vertragspartner um eine klimagerechte Unterbringung der Kunstgegenstände bangen. Das Problem ist aber in der Zwischenzeit gelöst worden. Aber auch die Zuordnung des Archivs, die Trägerschaft, simpel gesagt, die Verantwortlichkeit für die Kunstsammlungen waren lange Zeit nicht eindeutig geregelt. Mit dem Verwaltungsabkommen können diese Probleme auf längere Sicht gelöst werden. Und die Bildung eines Kuratoriums ist dabei äußerst hilfreich, um Meinungsverschiedenheiten nicht in einem Eklat enden zu lassen, was aber letztlich dazu führt, dass in regelmäßigen Abständen ein neuer Betreiber gefunden werden muss. Irgendwann erschöpft sich nämlich die Auswahl an potentiellen Betreibern. Und der Antrag der Landesregierung zeigt deutlich, welche Folgen eine Rücknahme der Kunstgegenstände für das Land Mecklenburg-Vorpommern hätte. Ob diese künstlerischen Urkunden einer Epoche dann noch der Öffentlichkeit zugänglich wären, das wage ich zu bezweifeln. Aus diesem Grunde werden wir dem Verwaltungsabkommen zustimmen.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Danke, Frau Schnoor.

Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Herr Dr. Bartels von der Fraktion der PDS.

Dr. Gerhard Bartels, PDS: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Bei dem Thema DDR-Kunst und Beeskow fällt mir zuerst das vehemente Engagement von Frau Heide-Marlis Lautenschläger in acht Jahren Abgeordnetentätigkeit hier im Landtag ein.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der PDS – Dr. Henning Klostermann, SPD:
Sie hat alles gesagt.)

Und ich will an einen wesentlichen Denkansatz erinnern, der sie gerade in der Diskussion um Beeskow und das Depot gelenkt hat. Dieser Denkansatz lautet: Es ist mit diesen Kunstwerken – keine ehemaligen Kunstwerke, sondern Kunstwerke – eine kritische Auseinandersetzung

notwendig, die sowohl die positiven als auch die negativen Aspekte dieser einzelnen Kunstwerke und der damit zusammenhängenden Geschichte betrachtet. Und einseitige Verdammungen und pauschale Urteile über die kommunistische Ideologie und Kunstwerke, wie ich sie eben hier gehört habe, waren Frau Lautenschläger immer ein Gräuel, übrigens auch einseitige Lobhudeleien auf diese Dinge.

Die PDS hat sich in der vergangenen Legislaturperiode vehement gegen die Einlagerung der Kunstwerke in Beeskow ausgesprochen, vor allen Dingen unter einem Gesichtspunkt – gesteuert von dem Denkansatz, den ich eben mit Bezug auf Heide-Marlis Lautenschläger genannt habe –, nämlich der Befürchtung, Mecklenburg-Vorpommern will sich der Kunstwerke mit der Verlagerung nach Beeskow entledigen, will sich nicht damit auseinandersetzen, will auch keine kritische Würdigung vornehmen. Aber schon damals war natürlich eins sichtbar, auch das haben wir in den Diskussionen deutlich gemacht: Der Bestand in Beeskow, der Mecklenburg-Vorpommern gehört, ist natürlich mit 1.600 Einzelkunstwerken relativ klein. Das ist keine ausreichende Substanz für eine eigenständige Bearbeitung, Deponierung und museale Behandlung in Mecklenburg-Vorpommern. Leider haben wir es damals versäumt, mal darüber nachzudenken, ob wir nicht das Ganze zu uns nach Mecklenburg-Vorpommern holen. Aber das ist Schnee von gestern.

Ein zweites Problem oder ein zweiter durchaus hoffnungsvoller Aspekt, der damals eine Rolle spielte, war die Person dessen, der dieses Depot aufgebaut und betreut hat, nämlich des letzten Kulturministers der DDR, Herbert Schirmer, wohlgemerkt, in der Regierung de Maizière, damit es keine Verwechslung, keine Probleme gibt. Herbert Schirmer bot aus unserer Sicht durchaus eine gewisse Garantie für einen angemessenen Umgang mit dem Erbe. Dafür sprachen sowohl seine eigene Biographie als auch sein Engagement. Und er hat das auch durch wissenschaftliche Kolloquien sowie durch die Ausstellungen „Querformate I“ und „Querformate II“ zumindest teilweise eingelöst.

Nach dem Rauswurf von Schirmer – und ich will nur darauf hinweisen, dass die von Herbert Schirmer inzwischen gewonnenen Prozesse darauf hinweisen, dass es hier inhaltliche Aspekte im Hintergrund gegeben haben könnte – passierte genau das, was wir immer befürchtet haben. Die dann in Beeskow veranstaltete Ausstellung „Rahmenwechsel“ wurde von der FAZ, die ja vielleicht nicht so sehr der PDS-Hörigkeit verdächtig ist, mit der berühmten Ausstellung „Entartete Kunst“ verglichen. Und der Gestalter Jochen Spielmann, der in der altpreussischen Kulturszene durchaus als ein kundiger Gesprächspartner in Sachen Denkmals- und Erinnerungskultur gilt, jedoch ahnungslos ist gegenüber dem, was die Kunstentwicklung in der DDR betrifft – und diese Ahnungslosigkeit hat er selber dann auch in der Diskussion um diese unsägliche Ausstellung deutlich gemacht –, bekannte, dass er mit den Ausstellungsbildern keine persönliche Erinnerung verbinde, dass er auch beim Kunstgeschichtsstudium nichts mit der DDR-Kunst zu tun gehabt habe, dass er mit den großen Emotionen, die damit bezüglich der Identifikation verbunden sind in Ostdeutschland, nicht zurecht komme und dass er nicht gewusst hatte, welche Bedeutung diese Bilder für Identifikation und Abgrenzung Einzelner und ganzer Gruppen gehabt haben und bis heute haben. Ich erinnere nur an die

sehr seltsamen Vorgänge im Zusammenhang mit der in einer großen westdeutschen Stadt geplanten Ausstellung von Willi Sitte.

Trotz all dieser Geschichten, trotz all dieser Vorgänge stimmen wir heute diesem Vertragsentwurf zu. Dafür gibt es drei Gründe, die ich kurz nennen will:

Erstens ist es eine Chance, wenn sie denn genutzt wird, diesen Gesamtbestand, der in Beeskow nun einmal zusammengekommen ist, zusammenzuhalten und gemeinsam zu bearbeiten, gemeinsam auch für Ausstellungen, für Diskussionen, für kritische Auseinandersetzungen zu nutzen.

Zweitens sehen wir in der Eingliederung des Depots als eigenständige Abteilung in das Dokumentationszentrum „Alltagskultur der DDR“ durchaus eine positive Möglichkeit für die aus unserer Sicht notwendige Bearbeitung, gerade auch deshalb, weil dieses Dokumentationszentrum unter Leitung von Andreas Ludwig Hartnäckigkeit, Kompetenz und Einfallsreichtum bewiesen hat und mit seiner praktischen Arbeit alle Vorwürfe von Ostalgie oder auch alle Befürchtungen von Denunziationen à la Spielmann ad absurdum geführt hat.

Drittens – und das ist für mich besonders wichtig, weil damit Mecklenburg-Vorpommern anfängt, sich aktiv mit diesem Kulturerbe, mit diesem Teil des Kulturerbes auseinander zu setzen – stimmen wir zu, weil sich inzwischen durch die Bemühungen des Bildungsministeriums die Chance ergeben hat, dass sich Wissenschaftler der Ernst-Moritz-Arndt-Universität und des Caspar-David-Friedrich-Instituts mit ihren Studenten zusammen um die wissenschaftliche Interpretation, Kritik und Würdigung der Werke kümmern werden und dass damit für uns ein ganz wichtiger Aspekt, die Auseinandersetzung Mecklenburg-Vorpommerns mit diesem Teil seines Kulturerbes, wirklich möglich geworden ist. Und da wir das als eine echte Chance betrachten, stimmen wir diesem Vertrag zu.

(Beifall bei Abgeordneten der PDS
und Erhard Bräunig, SPD)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Danke schön, Herr Dr. Bartels.

Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Herr Friese von der Fraktion der SPD.

Siegfried Friese, SPD: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Der Kultusminister hat alles gesagt, was zu diesem Gesetzentwurf zu sagen ist.

(Beifall Dr. Ulrich Born, CDU)

Die SPD-Fraktion wird dem zustimmen. Ich kann auch den Ausführungen der kulturpolitischen Sprecherin der CDU-Fraktion zustimmen.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten
der CDU – Harry Glawe, CDU: Oh!)

Beeskow hat sich als ein Glücksfall erwiesen.

Und ich freue mich auch, dass die PDS-Fraktion jetzt dem zustimmt. Wenn ich mich richtig erinnere, hatten Sie ja die Befürchtung, die durch die von Ihnen genannte Abgeordnete in Ihren Reihen vorgetragen wurde, dass Kunstwerke außer Landes gebracht werden und ihnen dann Unheil widerfahren werde.

(Andreas Bluhm, PDS: Das ist ohne Frage passiert, Herr Friese.)

Wir waren von Anfang an der Meinung, dass dieses nicht passieren wird.

(Andreas Bluhm, PDS: Das ist aber passiert.)

Und, Herr Dr. Bartels, man muss sich in der Tat mit diesen Schöpfungen auseinander setzen, aber ich glaube, man muss auch immer eine kritische Distanz zu ihnen haben. Viel von dem, was jetzt noch aufbewahrt wird,

(Angelika Gramkow, PDS: Na?)

wird der Geschichte anheim fallen und dem Vergessen. Aber es ist auch einiges dabei, das des Erhaltens wert ist, das sage ich ausdrücklich. Und ich sage auch, wir sollten überlegen, ob wir nicht die Gelegenheit nutzen sollten, Bestände aus diesem ehemaligen DDR-Nachlass, soweit sie künstlerischen Anforderungskriterien gerecht werden, in unser Land zurückzuholen. Und wenn ich mir alleine unseren Plenarsaal anschau, könnte ich mir durchaus vorstellen, dass in diesem Plenarsaal auch einige dieser Werke einen Platz finden könnten.

(Angelika Gramkow, PDS: Man hätte ja Karikaturen von uns selbst aufhängen können. – Heiterkeit bei Peter Ritter, PDS)

Meine Damen und Herren, der Landtag hat sich mit diesem Thema seit 1991 insgesamt fünfmal befasst. Ich weiß nicht, ob es noch einen anderen Gegenstand gab. Werfen wir einen Blick zurück zu dieser Sache.

Der erste Antrag vom 10.04.1991 kam aus den Reihen der CDU-Fraktion. Dieser Antrag lautete seinerzeit: Gründung einer Initiative zum Erhalt und zur Rückführung von Kunst und Kulturgut durch die Landesregierung. Und der Antrag hatte dann noch einen zweiten Teil: Förderung der vom SED-Regime unterdrückten Künstler. Ich sage mit dem heiteren Blick zurück: Typisch 1991 und typisch CDU! Beim angenommenen Antrag war der zweite Teil gestrichen.

Meine Damen und Herren, und jetzt möchte ich ein Wort an den Minister richten. Wir haben heute im Lande noch eine ganze Reihe von Kunstwerken im freien Raum oder auch im geschützten Raum stehen, die in der Zeit der DDR entstanden sind und meiner Meinung nach erhaltenswert sind. Mir persönlich ist ein 2,50 Meter mal 12 Meter langes Wandmosaik in Groß Stieten bekannt. Das Haus, das dahinter steht, wird jetzt abgerissen. Ich hoffe, das Mosaik kann gerettet werden. Und so gibt es eine ganze Reihe von großen Gemälden in der Dimension von 2,50 Meter mal 12 Meter. Das macht heute kein Künstler mehr. Ich möchte nicht, dass sie verloren gehen. Nun weiß ich, dass diejenigen, die jetzt Verantwortung für diese Werke haben, diese Unterhaltungspflicht nicht länger tragen können. Deshalb, Herr Minister, sollten wir einmal überlegen, ob wir nicht eine Möglichkeit, eine Lösung finden können, wie wir diese Großgemälde und Plastiken, die noch ungeschützt vorhanden und erhaltenswert sind, als zu unserem Kulturerbe gehörend aufbewahren können.

Lassen Sie mich, wenn wir am Ende eines solchen Jahrzehnts sind, zu diesem Punkt feststellen:

Erstens. Vom Gesamtbestand der Werke der bildenden Kunst aus der DDR, soweit sich diese zur Wende in der Zuständigkeit der Parteien, Massenorganisationen beziehungsweise der Staatsorgane befanden, sind keine nennenswerten Werke hier in Mecklenburg-Vorpommern und aus Mecklenburg-Vorpommern verloren gegangen. Die-

ses ist auch ein Verdienst der jeweils tätigen Landesregierung und der dafür zuständigen Kultusministerien.

Zweitens. Von 1990 an haben der Landtag und die jeweilige Landesregierung ihre Verantwortung gegenüber den erhaltenswerten Werken der bildenden Kunst aus der Zeit der DDR wahrgenommen.

Drittens. Man muss aber feststellen, dass die Wahrnehmung der Fürsorgepflicht für die Werke der Künstler leichter war als die Fürsorge für die Künstler, deren sozialer Status, deren soziale Sicherheit aus der DDR-Zeit keine unveränderte Fortsetzung im Bundesland Mecklenburg-Vorpommern fanden. Unsere ehemalige Kollegin Lautenschläger hat uns daran immer wieder erinnert.

Viertens. Bilanzierend seit 1990 und eine neue Qualität von Kulturpolitik feststellend, sage ich: Seit 1990 haben die Künstler in unserem Lande nicht mehr jene Privilegien, die sie in der DDR genossen haben. Die Künstler sind von ihrem sozialen Status her heute Arbeitnehmern beziehungsweise freiberuflich Tätigen gleichgestellt. Dieses ist ein zu beachtender Gewinn für eine demokratisch verfasste Gesellschaft. Die Künstler selber schätzen diese Gleichbehandlung. Sie gibt ihnen Freiheit von staatlicher Bevormundung. Ihre Werke aus vergangener Zeit erfahren unseren Respekt und unsere Fürsorgepflicht. Der vorliegende Staatsvertrag wird dieser Aufgabe gerecht.

Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und einzelnen Abgeordneten der PDS)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Danke, Herr Friese.

Ich schließe die Aussprache.

Der Ältestenrat schlägt vor, den Antrag der Landesregierung auf Drucksache 3/1744 zur federführenden Beratung an den Ausschuss für Bildung, Wissenschaft und Kultur und zur Mitberatung an den Finanzausschuss zu überweisen. Wer diesem Überweisungsvorschlag zustimmen wünscht, den bitte ich um das Handzeichen. – Danke. Gegenprobe. – Stimmenthaltungen? – Das ist nicht der Fall. Damit ist der Überweisungsvorschlag einstimmig angenommen.

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 11:** Beratung des Antrages der Finanzministerin – Entlastung der Landesregierung für das Haushaltsjahr 1999 – Vorlage der Haushaltsrechnung und Vermögensübersicht des Landes –, Drucksache 3/1757.

**Antrag der Finanzministerin:
Entlastung der Landesregierung
für das Haushaltsjahr 1999
– Vorlage der Haushaltsrechnung
und Vermögensübersicht des Landes –
– Drucksache 3/1757 –**

Das Wort zur Begründung wird nicht gewünscht.

(Angelika Gramkow, PDS: Schade. – Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten der CDU und PDS)

Im Ältestenrat ist vereinbart worden, eine Aussprache nicht vorzusehen. Ich sehe und höre keinen Widerspruch, dann ist es so beschlossen.

Der Ältestenrat schlägt vor, den Antrag der Finanzministerin auf Drucksache 3/1757 zur Beratung an den Finanzausschuss zu überweisen. Wer diesem Überwei-

sungsvorschlag zuzustimmen wünscht, den bitte ich um das Handzeichen. – Danke. Gegenprobe. – Stimmenthaltungen? – Damit ist der Überweisungsvorschlag einstimmig angenommen.

Meine Damen und Herren, wir sind damit am Schluss der heutigen Tagesordnung. Ich berufe die nächste Sitzung des Landtages auf Donnerstag, den 1. Februar 2001,

9.00 Uhr ein. Die Sitzung ist geschlossen. Ich wünsche allen einen erholsamen Abend.

Schluss: 17.34 Uhr

Es fehlten die Abgeordneten Dr. Arthur König, Caterina Muth, Dr. Arnold Schoenenburg, Jürgen Seidel und Gesine Skrzepski.